

Stenografischer Bericht

42. Sitzung des Landtages Steiermark

XVI. Gesetzgebungsperiode 11. März 2014

Beginn: 10.04 Uhr

Entschuldigt: LTAbg. Zelisko, LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann ab 16.00 Uhr

Mitteilungen: (7395)

D1. Einl.Zahl 2576/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landeshauptmann Mag. Voves

Betreffend: *Franz Voves: "Eine Gesellschaft, die Betteln als einzige Einkommensoption akzeptiert, ist in meinen Augen eine unmenschliche Gesellschaft."*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (7493)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Mag. Voves (7497)

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (7502), LTAbg. Amesbauer (7504)

Beschlussfassung: (7507)

D2. Einl.Zahl 2577/1

Dringliche Anfrage der KPÖ an Landeshauptmann Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder

Betreffend: *Fortsetzung oder Ende der Irrfahrt in der steirischen Gesundheits- und Pflegepolitik?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Klimt-Weithaler (7507)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Drexler (7514)

Wortmeldungen: LTAbg. Klimt-Weithaler (7527), LTAbg. Lechner-Sonnek (7532), LTAbg. Dipl.-Ing. Hadwiger (7540), LTAbg. Riener (7541), LTAbg. Amesbauer (7544), Landesrat Mag. Drexler (7546)

Beschlussfassung: (7548)

N1. Einl.Zahl 2590/1

Freier Tagesordnungspunkt

Betreff: Wahl eines Mitgliedes der Landesregierung

Wortmeldungen: MMag. Eibinger (7399), LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (7399), LTAbg.

Kröpfl (7400), LTAbg. Dr. Murgg (7401), LTAbg. Ing. Jungwirth (7402), LTAbg.

MMag. Eibinger (7205), Landesrat Mag. Drexler (7407)

1. Einl.Zahl 2501/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Verfassung, Dienstrecht, Vereinbarungen und Staatsverträge, Unvereinbarkeit und Immunität

Betreff: *Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Besuch von landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen*

Berichterstattung: LTAbg. Schwarz (7412)

Beschlussfassung: (7412)

2. Einl.Zahl 2547/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Bildung, Schule, Kinderbetreuung und Sport

Betreff: *Bericht an den Landtag Steiermark betreffend Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Schulreformen (Einl.Zahl 1988/3)*

Berichterstattung: LTAbg. Böhmer (7412)

Wortmeldungen: LTAbg. Böhmer (7413), LTAbg. Klimt-Weithaler (7415), LTAbg. Ing. Jungwirth (7419), BR Krusche (7421), LTAbg. Schwammer (7422), LTAbg. Böhmer (7424), Landesrat Mag. Schickhofer (7425)

Beschlussfassung: (7426)

3. Einl.Zahl 2500/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend E-Technik Hafendorf Follow-up (Einl.Zahl 1091/3, Beschluss Nr. 469)*

Berichterstattung: LTAbg. Kolar (7426)

Beschlussfassung: (7427)

4. Einl.Zahl 2145/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Agrarpolitik (Land- und Forstwirtschaft)

Betreff: *Gesetz, mit dem das Steiermärkische Fischereigesetz 2000 geändert wird*

Berichterstattung: LTAbg. Erwin Gruber (7427)

Wortmeldungen: LTAbg. Erwin Gruber (7427), LTAbg. Samt (7431), LTAbg. Karl Lackner (7433), Landesrat Seitinger (7434)

Beschlussfassung: (7436)

5. Einl.Zahl 2551/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Agrarpolitik (Land- und Forstwirtschaft)

Betreff: *Bodenschutzbericht 2013*

Berichterstattung: LTAbg. Schiffer (7437)

Wortmeldungen: LTAbg. Kaufmann (7437), LTAbg. Schiffer (7439), LTAbg. Kogler (7440), LTAbg. Böhmer (7442), Landesrat Seitinger (7444)

Beschlussfassung: (7445)

6. Einl.Zahl 2533/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Finanzen und Beteiligungen

Betreff: *7. Bericht an den Landtag Steiermark über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2014 gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010*

Berichterstattung: LTAbg. Schwarz (7445)

Beschlussfassung: (7446)

7. Einl.Zahl 2534/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Verfassung, Dienstrecht, Vereinbarungen und Staatsverträge, Unvereinbarkeit und Immunität

Betreff: *Gesetz, mit dem das Steiermärkische Vergaberechtsschutzgesetz 2012 geändert wird*

Berichterstattung: LTAbg. Dr. Bachmaier-Geltewa (7446)

Beschlussfassung: (7446)

8. Einl.Zahl 2324/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Karmeliterhof - Bautechnische Prüfung*

Berichterstattung: LTAbg. Samt (7447)

Beschlussfassung: (7447)

9. Einl.Zahl 2290/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Wirtschaft und Tourismus

Betreff: *Förderung von Frauen und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Rahmen der Wirtschaftsförderung*

Berichterstattung: LTAbg. Dr. Murgg (7447)

Wortmeldungen: LTAbg. Gady (7448), LTAbg. Dr. Murgg (7450), LTAbg. Ing. Jungwirth (7452), LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko (7455), Landesrat Dr. Buchmann (7458)

Beschlussfassung: (7461)

10. Einl.Zahl 2521/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Wissenschaft, Forschung und Kultur

Betreff: *Forschung und Entwicklung (F&E) und Innovation am Wirtschafts- und Technologiestandort Steiermark*

Berichterstattung: LTAbg. MMag. Eibinger (7461)

Wortmeldungen: LTAbg. MMag. Eibinger (7462), LTAbg. Schleich (7462), Landesrat Dr. Buchmann (7464)

Beschlussfassung: (7465)

11. Einl.Zahl 2535/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gesundheit und Pflege

Betreff: *Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gesundheitsfondsgesetz geändert wird (1. StGFGNovelle)*

Berichterstattung: LTAbg. Riener (7466)

Beschlussfassung: (7466)

12. Einl.Zahl 2536/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Umwelt und Verkehr

Betreff: *Ausbau- bzw. Verfahrensstand der LB70 im Abschnitt Mooskirchen - Krottendorf*

Berichterstattung: LTAAbg. Erwin Gruber (7466)

Wortmeldungen: LTAAbg. Dirnberger (7467), Dipl.-Ing. Deutschmann (7470), LTAAbg.

Petinger (7471), Landesrat Dr. Kurzmann (7472), LTAAbg. Dirnberger (7474)

Beschlussfassung: (7475)

13. Einl.Zahl 1832/6

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gemeinden, Wohnbau, Bau- und Raumordnung

Betreff: *Selbstständiger Ausschussantrag gemäß § 22 GeoLT 2005 betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Baugesetz geändert wird (Steiermärkische Baugesetznovelle 2014)*

Berichterstattung: LTAAbg. Ing. Schmid (7475)

Wortmeldungen: LTAAbg. Dr. Murgg (7476), LTAAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (7477),

LTAAbg. Mag. Pichler-Jessenko (7480), LTAAbg. Ing. Schmid (7481), LTAAbg. Petinger (7482),

LTAAbg. Dirnberger (7483)

Beschlussfassung: (7485)

14. Einl.Zahl 771/10

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales, Arbeitsmarkt, KonsumentInnenenschutz, SeniorInnen, Jugend, Frauen, Familie und Integration

Betreff: *Zumutbarkeit von Kinderlärm gesetzlich verankern*

Berichterstattung: LTAAbg. Klimt-Weithaler (7485)

Wortmeldungen: LTAAbg. Klimt-Weithaler (7486), LTAAbg. Ederer (7488), LTAAbg. Ing. Lipp (7490)

Beschlussfassung: (7491)

15. Einl.Zahl 2285/6

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Umwelt und Verkehr

Betreff: *Schutz des Schiffterkogels*

Berichterstattung: LTAAbg. Schönleitner (7492)

Beschlussfassung (7492)

16. Einl.Zahl 2286/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Umwelt und Verkehr

Betreff: *Ökologische Revitalisierung von Kleinwasserkraftwerken und Möglichkeiten multifunktionaler Nutzungen*

Berichterstattung: LTAvg. Ing. Jungwirth (7492)

Beschlussfassung: (7493)

Präsident Majcen: Hohes Haus!

Es findet heute die zweiundvierzigste Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden Gesetzgebungsperiode statt. Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind: Herr LTAvg. Markus Zelisko und Herr LTAvg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann ab 16.00.

Hohes Haus! Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns. Herr LTAvg. Anton Gangl hatte ein rundes Geburtstagsjubiläum, nämlich am 18. Februar, zu feiern. Im eigenen Namen und namens des Landtages Steiermark entbiete ich die herzlichsten Glückwünsche. (*Allgemeiner Beifall*)

Meine Damen und Herren, Freud und Leid liegen manchmal sehr nahe beieinander. Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben, denn ich habe, bevor ich zur Tagesordnung übergehe, habe ich die traurige Pflicht, eines verdienten Mitgliedes des Landtages Steiermark zu gedenken.

Am 27. Februar dieses Jahres, vor wenigen Tagen, verstarb die ehemalige Landtagsabgeordnete Anne Marie Wicher kurz vor ihrem 80. Geburtstag.

Wir gedenken heute nicht nur einer langjährigen Kollegin, sondern eines wirklich außergewöhnlichen Menschen. Anne Marie Wicher wurde am 22. März 1934 in Graz geboren und trat nach ihrer Matura am Pestalozz gymnasium in den Landesdienst ein und war im Landesreisebüro tätig. Privat widmete sie sich als Mutter ihrer beiden Kinder Renate und Gerolf ganz der Familie und ihrer großen Passion, dem Sport. Anne Marie Wicher war Teamkapitänin der Basketballmannschaft ASV Graz und Jugendrekordhalterin im Speerwurf.

Auch der wohl größte Schicksalsschlag in ihrem Leben, eine Virusinfektion, die sie ab 1969 an den Rollstuhl fesselte, tat ihrem Sportsgeist und ihrem Kampfeswillen keinen Abbruch: 1980 und 1989 errang Anne Marie Wicher bei den Paralympics die Goldmedaille im Tischtennis, zweimal wurde sie Weltmeisterin, einmal Europameisterin.

Anne Marie kämpfte aber nicht nur für sportliche Erfolge, sondern viel mehr noch für die Rechte von Behinderten in unserer Gesellschaft. Sie war Vorstandsmitglied im Verband der Querschnittgelähmten Österreichs, bei der steirischen Behindertenhilfe und im Behindertenbeirat des Magistrates Graz. Außerdem war sie auch Europadelegierte in der Fachkommission behinderter Frauen.

1995 wurde Anne Marie Wicher von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer als unabhängige Kandidatin nominiert und zog 1996 in den Landtag ein. Auch hier im Landhaus und weit darüber hinaus machte sie sich fraktionsübergreifend einen Namen als Mahnerin und Vorkämpferin im Behindertenbereich. Ihrem Engagement ist es zu verdanken, dass es 2003 zur Verabschiedung des bis heute beispielgebenden Behindertengesetzes kam.

Heute ist die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude nahezu selbstverständlich. Auch diese Errungenschaft geht auf die Initiative von Anne Marie Wicher zurück, die maßgeblich dazu beigetragen hat, dass die Barrierefreiheit auch in den österreichweit gültigen bautechnischen Vorschriften verankert wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Anne Marie Wicher hat unsere Gemeinschaft mit ihrem großen politischen Engagement, aber auch mit Hilfsbereitschaft und Herzlichkeit bereichert. Dafür, aber auch für ihre jahrelange Freundschaft und Kollegialität, wollen wir ihr heute danken.

Hohes Haus, namens des Landtages Steiermark und im eigenen Namen danke ich Frau Anne Marie Wicher für die erbrachte Lebensleistung im Interesse des Landes Steiermark. Der Landtag Steiermark wird der Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Bekundung der Trauer und die Anteilnahme.

Bevor ich zu weiteren Bekanntmachungen komme, begrüße ich die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe St. Marein unter der Leitung von Frau Ermelinde Gruber herzlich. Herzlich willkommen, danke für das Interesse an unseren Sitzungen. (*Allgemeiner Beifall*)

Hohes Haus! Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder hat mir mit Schreiben vom 03. März 2014 mitgeteilt, dass sie mit Ablauf des 10. März ihre Funktion als Landesrätin der Steiermärkischen Landesregierung zurücklegt.

Mit Schreiben vom 05. März 2014 hat Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler mitgeteilt, dass er ebenfalls mit Ablauf des 10. März sein Mandat als Abgeordneter zum Landtag Steiermark zurücklegt.

Für die Besetzung des nunmehr frei gewordenen Landtagsmandates wurde von der Landeswahlbehörde Mag. Kristina Edlinger-Ploder gem. Art 32 Abs 2 L-VG in den Landtag Steiermark berufen. Zumal Mag. Edlinger-Ploder bereits in der ersten Sitzung des Landtages Steiermark in der XVI. Gesetzgebungsperiode, das war am 21. Oktober 2010, gem. § 7 Abs. 2 GeoLT iVm Art. 13 Abs. 3 L-VG als Landtagsabgeordnete angelobt wurde, erlaube ich mir, dich liebe Kristina Edlinger-Ploder, an dein Gelöbnis zu erinnern und darf dich nunmehr sehr herzlich zurück im Landtag begrüßen und dir für die jetzt neue Aufgabe aus anderer Sicht alles Gute und viel Erfolg wünschen. *(Allgemeiner Beifall)*

Weiters darf ich mitteilen, dass in der Klubsitzung der Steirischen Volkspartei vom 26. Februar 2014 Frau LTAbsg. MMag. Barbara Eibinger als neue geschäftsführende Klubobfrau des Landtagsklubs der ÖVP gewählt wurde. Diese Funktion wird sie mit Wirksamkeit des heutigen Tages ausüben. Liebe Barbara Eibinger, herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg in deiner neuen Tätigkeit. *(Allgemeiner Beifall)*

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Ich frage, ob gegen die Tagesordnung ein Einwand besteht?

Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu Bekanntgaben:

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass gem. § 66 Abs. 1 GeoLT 2005 15 schriftliche Anfragen eingebracht wurden und zwar von Abgeordneten der FPÖ – sieben Anfragen, von Abgeordneten der Grünen – drei Anfragen, von Abgeordneten der KPÖ - fünf Anfragen

Die Anfragen wurden an folgende Regierungsmitglieder eingebracht:

Landesrat Dr. Christian Buchmann – zwei Anfragen, Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder – zwei Anfragen, Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann – eine Anfrage, Landesrat Mag. Michael Schickhofer – eine Anfrage, Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser

– eine Anfrage, Erster Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer – vier Anfragen und Landeshauptmann Mag. Franz Voves – vier Anfragen

Es wurden vier Anfragebeantwortungen gem. § 66 Abs. 3 GeoLT 2005 seitens folgender Regierungsmitglieder eingebracht:

Landesrat Dr. Christian Buchmann – eine Anfragebeantwortung, Landesrat Mag. Michael Schickhofer – zwei Anfragebeantwortungen und Erster Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer – eine Anfragebeantwortung

Einbringung von Dringlichen Anfragen:

Am Mittwoch, dem 26. Februar 2014 wurde um 15.00 Uhr (02 Sekunden) von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves, betreffend Franz Voves: „Eine Gesellschaft, die Betteln als einzige Einkommensoption akzeptiert, ist in meinen Augen eine unmenschliche Gesellschaft“ eingebracht.

Weiters wurde am Mittwoch, dem 26. Februar 2014 um 15.00 Uhr (43 Sekunden) von Abgeordneten der KPÖ eine Dringliche Anfrage an Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder, betreffend „Fortsetzung oder Ende der Irrfahrt in der steirischen Gesundheits- und Pflegepolitik?“ eingebracht.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT 2005 nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen. Nach Beantwortung der Dringlichen Anfragen findet gemäß § 68 Abs. 1 GeoLT 2005 je eine Wechselrede statt.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT 2005 über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß § 55 GeoLT 2005.

N1. Wahl eines Mitgliedes der Landesregierung:

Mit Schreiben vom 03. März 2014, bei mir eingelangt am 04. März 2014, wurde mitgeteilt, dass Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder mit Ablauf des 10. März 2014 ihre

Funktion als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung zurücklegt. Aus diesem Grunde gilt es heute ein neues Regierungsmitglied zu wählen.

Ich ersuche nun um Bekanntgabe eines Wahlvorschlages für die freigewordene Funktion eines Mitgliedes der Landesregierung seitens der Steirischen Volkspartei.

LTabg. MMag. Eibinger (10.16 Uhr): Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aufgrund des Ausscheidens von Kristina Edlinger-Ploder aus der Landesregierung, der ich hiermit auch für ihre jahrelange tolle Arbeit sehr, sehr danke, schlage ich Ihnen allen als neues Mitglieder der Landesregierung Mag. Christopher Drexler vor und bitte um Ihre Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.16 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für diesen Wahlvorschlag. Es liegt mir im Moment keine Wortmeldung vor, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Bitte, wenn Herr Klubobmann Dr. Mayer eine Wortmeldung hat, dann bitte ich ihn darum, diese mir zu melden – das hat er getan – und zweitens erteile ich ihm das Wort. Herr Klubobmann, bitte.

LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL (10.17 Uhr): Danke schön, Herr Präsident! Geschätzte Kollegen, werte Zuhörer!

Ich muss mich heute hier zu Wort melden, weil für uns die Situation heute schon eine andere ist, wenn Sie sich erinnern, als der Herr Landesrat Schickhofer gewählt wurde. Herr Landesrat Schickhofer war ja zuvor nicht im Landtag. Er war zuvor Nationalratsabgeordneter und war damit nicht Teil dieser selbst ernannten Reformpartnerschaft. Beim Kollegen Drexler ist es aber ein bisschen anders gelagert. Der Kollege Drexler ist seit fast vier Jahren jetzt hier im Landtag mit ein Verteidiger dieser ganzen Dinge, die da im Landtag beschlossen wurden und hat alle Maßnahmen, die hier beschlossen wurden, auch mitgetragen. Ich sage jetzt nur das Beispiel Pflegeregress, der für uns alle ein wichtiges Thema ist. Da haben wir z. B. sieben Anträge insgesamt gestellt, diesen Pflegeregress abzuschaffen. Keiner dieser Anträge ist durchgegangen. Ich sage nur das Beispiel Schließung Spitäler und einzelner Abteilungen. All dies wurde mitgetragen von Seiten der ÖVP und von Seiten des Kollegen Drexler. Und jetzt wird ja im nächsten verbleibenden, ein bisschen mehr als ein Jahr, ja wohl keine Meinungsänderung des Kollegen Drexler in all diesen Dingen auf uns zukommen oder ist er

vielleicht doch so flexibel? Wir werden sehen, wir glauben es aber nicht. Im Lichte dessen, dass keine Änderung im politischen Zugang zu all diesen Themen aufkommen werden, gibt es für uns heute auch keine Veranlassung den Mag. Christopher Drexler heute in die Funktion des Landesrates zu wählen. Das wollte ich nur für unsere Fraktion klarstellen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 10.19 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, die nächste Wortmeldung ist die des Herrn Abgeordneten Klubobmann Kröpfl, bitte.

LTabg. Kröpfl (10.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, liebe Mitglieder der Landesregierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ein großer Tag für Christopher Drexler. Christopher und ich haben ja schon seit vielen Jahren miteinander zu tun gehabt, in guten und in bösen Tagen, wie es so schön heißt. Wir haben natürlich auch einzelne Gefechte gehabt, aber eines muss ich hier festhalten, und dazu stehe ich auch. In all dieser Zeit, in mehr als zehn Jahren, hat es persönlich nie Differenzen zwischen uns gegeben. Sachliche, harte Auseinandersetzungen, die waren auf der Tagesordnung. Seit 2010, seit der Reformpartnerschaft gab es sehr, sehr konstruktive Gespräche, viele Meinungsäußerungen von beiden Seiten, zu denen wir dann gestanden sind. Wir haben uns vorgenommen, gemeinsam mit den Mitgliedern der Regierung von der SPÖ und der ÖVP, diese Steiermark auf einen guten Zukunftskurs zu setzen und da war Christopher Drexler in seiner Fraktion natürlich einer der treibenden Kräfte. Verehrte Damen und Herren, deshalb fällt es mir und unserer Fraktion auch nicht schwer, zu dieser Wahl von Christopher Drexler zum neuen Landesrat unsere Zustimmung zu geben. Es fällt uns überhaupt nicht schwer, wir freuen uns darüber, dass du diese Funktion angenommen hast. Es ist keine einfache Funktion, die du jetzt übernommen hast und die nächsten eineinhalb Jahre werden zeigen, wie schwierig diese Aufgabe ist und wie schwierig es ist, diese Themen, die wir gemeinsam verfolgen, weiterhin umzusetzen. Ich wünsche dir jetzt von dieser Seite aus viel, viel Glück. Ich weiß, dass das eine oder andere auf dich zukommen wird und dass wir da vielleicht auch nicht immer einer Meinung sein werden, aber wir werden es in bewährter Weise zu lösen versuchen. Dir einmal herzliche Gratulation dazu. Du hast die volle Unterstützung der Sozialdemokratischen Fraktion. Bevor ich aber zum Ende komme, darf ich mich auch recht herzlich bei dir, liebe Kristina, bedanken für deine Arbeit, die du geleistet

hast. Es war nicht einfach in dieser Reformpartnerschaft die Dinge anzugehen, diese Dinge aber dann auch umzusetzen und diese Schwierigkeiten, ja die waren einfach groß und du hast schlussendlich auch Größe gezeigt und gesagt, du wirst dich zurückziehen, du wirst aber dem Landtag erhalten bleiben. Herzlichen Dank für deine Arbeit und alles Gute für die Zukunft. Bei dir Barbara, wir haben gestern ein kurzes Gespräch gehabt, ich gratuliere dir recht herzlich zu deiner Funktion und ich bin sicher, dass wir mit dir auch diese Arbeit der Reformpartnerschaft gut zu Ende bringen werden. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.22 Uhr)*

Präsident Majcen: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Murgg. Herr Abgeordneter ich bitte dich um Wortmeldung.

LTAbg. Dr. Murgg (10.22 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, lieber Herr ... – ich weiß nicht wie ich Sie ansprechen soll, Klubobmann sind Sie nicht mehr, Landesrat sind Sie noch nicht, sage ich, lieber Herr Magister Drexler!

Es wird Sie vielleicht nicht überraschen, dass wir Sie heute nicht zum Landesrat wählen können. Ich möchte das aber auch, wie es einer meiner Vorredner, der Herr Klubobmann Mayer getan hat, in einigen Worten zu begründen versuchen. Kein Geheimnis ist es, dass Sie in dieser Gesetzgebungsperiode Dinge, ich möchte fast sagen, um ein Wort zu verwenden, das auch Sie gerne auf der Zunge führen, mit „worth“ mitgetragen haben, die nicht nur uns, sondern ich wage fast zu behaupten, einer großen Zahl der Steirerinnen und Steirern gegen den Strich gehen. Ich spreche jetzt gar nicht beispielsweise von den Kürzungen im Behindertenbereich, denn da werden Sie dann bei Ihrer Jungferrede als Landesrat vermutlich sagen: „Das stimmt gar nicht, schaut einmal liebe KPÖ und Grüne in die Budgets. Es gibt ja gar keine Kürzungen. Es ist ja mehr Geld da.“ Deswegen sage ich das nicht, aber ich möchte zwei, drei Dinge ansprechen, die Sie doch nicht so leicht aus der Hüfte entkräften können. Das ist die Gemeindestrukturreform, das ist die Schließungswelle bei den Spitalsabteilungen und teilweise sogar bei den Spitalsstandorten und das ist die Schließungswelle bei den Schulen, Kleinschulen aber auch Hauptschulen und vor allem bei den landwirtschaftlichen Fachschulen. Was mich so stört ist, dass Sie angesichts dessen, dass es hier zu fundamentalen Kürzungen kommt, den Steirerinnen und Steirern einzureden versuchen, dass Trotz dieser Kürzungen eigentlich alles besser wird. Das verstehen wir nicht ganz und das geht uns – ich

sage es ganz salopp – gegen den Strich. Lieber Mag. Drexler, Sie gelten, und auch das haben wir anlässlich Ihrer Bestellung zum Landesrat den Medien entnommen, als intellektuell brillant, also ein Mann mit intellektueller Brillanz. Das will ich Ihnen gar nicht absprechen, aber ich möchte Ihnen etwas mit auf den Weg geben. Zu einem gesamten Persönlichkeitsbild gehört nicht nur intellektuelle Brillanz, da gehört auch intellektuelle Redlichkeit. Wenn ich mir Ihre Reden Revue passieren lasse und Ihr Auftreten im Landtag seit dem wir, die KPÖ, im Landtag sind, also diese und die vorhergehende Gesetzgebungsperiode, habe ich diese intellektuelle Redlichkeit bei Ihnen über weite Strecken vermisst. Denn man kann nicht in einer Gesetzgebungsperiode mit uns teilweise oder mit unseren Argumenten mitgehen und sagen: „Ja, richtig“ und wenn der derzeit amtierende Landeshauptmann nicht mehr Landeshauptmann ist, dann wird das alles durchgesetzt werden und in einer Gesetzgebungsperiode später – ich sage nicht alles – aber Vieles davon vergessen, und dem Landeshauptmann und seine Kürzungspolitik glühend verteidigen. Und gleichzeitig wird schon wieder angedroht, ich habe ja gar nicht gewusst, dass die ÖVP also ein Waffenlager hat, aber wenn es dann so weit ist, wird der Bihänder wieder ausgepackt und dann wird genau wieder das gemacht, was man in der vorhergehenden Gesetzgebungsperiode gemacht hat, also dann wird man vielleicht wieder sagen: „Alles falsch, jetzt ist die ÖVP wieder in Opposition und jetzt werden wir sehr wohl kritisieren, dass diese und jene Spitäler und Abteilungen geschlossen worden sind, etc.“ Langer Rede, kurzer Sinn, wir werden Sie nicht wählen. Ich wünsche Ihnen alles Gute. Intellektuell brillant, bei der intellektuellen Redlichkeit vielleicht noch ein bisschen arbeiten. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 10.26 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, die nächste Wortmeldung ist die der Frau Klubobfrau Ing. Jungwirth, bitte.

LTabg. Ing. Jungwirth (10.26 Uhr): Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte einen Punkt ansprechen, der bis jetzt noch nicht hier vorgebracht wurde und der aus meiner Sicht, nämlich als Frau in der Politik, sehr wichtig ist. Denn es ist schon auffällig, wenn immer dann, wenn es eng wird an der Spitze, die Frauen verlieren und das ist gerade in dieser Situation auch wieder der Fall. Es ist auch ein Muster, das meiner Meinung nach gerade in der ÖVP besonders erkennbar ist. Denn wenn wir uns diese Partei genauer anschauen, dann ist es so. Die ÖVP ist eine männliche Partei. Die Führungspositionen sind

von Männern besetzt und diese verteilen die Macht unter sich. Das ist offensichtlich an dieser Stelle. Schauen Sie es sich im Detail an: Der Landesparteiobmann sitzt hinter mir, brauche ich, glaube ich, nicht näher erklären. Die Regierungsmannschaft: Da wurde die einzige Frau hinauskomplimentiert und nun folgt ein Mann. Die Führungspositionen der Teilorganisationen sind ebenfalls durchgängig von Männern besetzt, sowohl auf der Obmannebene, als auch bei den Geschäftsführungen. Einzig und allein die steirische ÖVP Frauenorganisation hat an der Spitze zwei Frauen, aber das ist ja wohl das Mindeste was man erwarten kann. Und nebenbei, auch im Wirtschaftsbund war es so, dass vor zwei Jahren die ehemalige Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Regina Friedrich - ihr wurde so lange das Leben schwer gemacht, bis sie das Handtuch geworfen hat - gegangen ist und nun sitzt dort auch ein Mann an dieser Stelle. Ich beurteile jetzt nicht die Leistung, ob gut oder schlecht, sondern es ist ein erkennbares Muster und das möchte ich hier noch einmal betonen, Herr Landesrat Buchmann. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Was geht Sie das Personal der ÖVP an, Frau Kollegin?“*) Man kann sich schon fragen woran das liegt, denn im Grunde genommen ist es schon so, dass die Parteien das auch in der Hand haben in der Art, wie sie ihre Gremien besetzen, bzw. in der Art, wie sie sich im Statut etwas vornehmen, wie sie diese Dinge verankern. Und die Strukturen in der politischen Arbeit sind momentan einfach von und für Männer gemacht. Wenn wir hier nicht hingreifen, dann wird sich nie etwas ändern. Ich empfinde es ehrlich gesagt auch als Treppenwitz, dass ausgerechnet letzte Woche die Frauengleichstellungsstrategie präsentiert wurde, die von der Landesregierung zuerst beschlossen wurde, und dann in Folge auch in den Landtag kommen wird, wo die Rede davon ist, dass ein strategisches Handlungsfeld die gleichmäßige Repräsentanz der Geschlechter in Entscheidungsgremien und Führungspositionen ist. Das, was Sie hier vorleben, ist etwas anderes. Das möchte ich noch einmal betonen. Die scheidende Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder, ich möchte Sie auch noch einmal wirklich persönlich ansprechen an dieser Stelle, denn ich möchte Ihnen sagen, Ihnen gebührt wirklich Respekt für das, was Sie geleistet haben. Auch von den Oppositionen gebührt Ihnen Respekt. Bei allen Differenzen, die wir inhaltlich hatten, aber ich möchte ganz deutlich sagen, die ehemalige Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder war das einzige Regierungsmitglied, das immer Auskunft geben konnte, wenn es Fragen zu ihrem Ressort gab. Sie wusste tatsächlich Bescheid, was in ihrem Ressort lief im Gegensatz zu den anderen, die sehr, sehr oft die Hilfe der Fachabteilungen brauchen, um Auskunft geben zu können. Ich möchte das betonen, da war große Kompetenz vorhanden.

Es ist sehr schade, dass das nicht zählt, vor allem auch aus frauenpolitischer Sicht sehr, sehr schade.

Zum Kandidaten für das Amt, Christopher Drexler, auch noch ein paar Worte, bitte von unserer Seite. Wer ist Christopher Drexler und wie haben wir ihn bisher erlebt? In der letzten Periode war er die Sperrspitze der Attacke gegen den Landeshauptmann, nun ist er zum Schoßhündchen des Landeshauptmanns geworden - ein Wendehals. Ob das jetzt eine Auszeichnung für dieses Amt ist, das darf man sich schon fragen, denn was ist zu erwarten von jemanden, der Politik zum Selbstzweck macht? Was ist zu erwarten vom Chefverteidiger des Regierungskurses und was ist zu erwarten von jemandem, der sich noch nie zum Thema Gesundheit zu Wort gemeldet hat? Und, was ist zu erwarten von jemandem, der im Herbst in der Bundesregierungsverhandlungsphase das Thema Pflegeregress verhandelt hat, aber keine Lösung zustande gebracht hat? Die Bevölkerung erwartet sich aber eine Lösung, Christopher Drexler. Die steht einfach an und es muss Schluss sein mit dieser Ungerechtigkeit in der Steiermark. Es muss Schluss sein mit der Ungerechtigkeit, dieser Angehörigensteuer und es muss endlich Schluss sein mit dem Regress in der Steiermark. Das möchte ich dir mitgeben, bevor du dein Amt antrittst. Ich denke, es ist dir bewusst. Wir erwarten uns alle, dass es eine rasche Lösung gibt in diesem Bereich. Ich möchte noch einmal sagen, es ist leider wirklich erschütternd, dass Kompetenz offensichtlich kein Kriterium ist in der Besetzung von Führungspositionen. Und vor allem gerade bei SPÖ und ÖVP. Dabei gäbe es tatsächlich andere Wege zu agieren. Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben, wie man es anders machen könnte. Die Salzburger Grünen haben, als sie in die Landesregierung gekommen sind, die Aufsichtsratspositionen, die sie zu besetzen hatten, öffentlich ausgeschrieben. Da ging es nicht um das Kriterium Parteimitgliedschaft. Es ging sehr wohl um das Kriterium Parität in den Gremien. Und sie haben jenseits von Parteimitgliedschaften und derartigen Seilschaften besetzt, sondern sie haben nach Kompetenz besetzt und es kam beispielsweise sogar eine ehemalige SPÖ Politikerin, die schon früher im Aufsichtsrat einer Gesellschaft war, wieder in dieses Amt, weil man ihr Kompetenz zugeschrieben hat. Und das von einer anderen Partei in der Regierungsfunktion. Das heißt, da sehen Sie, man kann es auch anders machen, wenn man möchte, wenn es darum geht, dass man wirklich die kompetenteste Person für ein Regierungsamt sucht, würde ich mir das auch wünschen. Ich möchte darauf hinweisen, es gibt hier in unseren Reihen eine Abgeordnete, die sich tatsächlich einen Ruf erarbeitet hat und die von allen Seiten als höchst kompetent angesehen wird im Bereich der Gesundheit und der

Pflege, Ingrid Lechner-Sonnek, sie wäre aus unserer Sicht die Richtige für diese Position. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(10.33 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Ich möchte nur ..., Frau Abgeordnete, in einem Katalog sind die Worte Schoßhündchen und Wendehals als ordnungsrufverdächtig angeführt. Ich bitte noch einmal alle Damen und Herren, insbesondere dich, die Würde des Hauses insofern hochzuhalten, als man bei der Wortwahl ein bisschen vorsichtiger umgeht. Wir reden von Menschen und man muss sich ein bisschen zurückhalten, selbst wenn es manchmal vielleicht aus Gründen der Aufmerksamkeitshebung angebracht ist. Bitte also noch einmal, alle Damen und Herren sich ein bisschen zu beherrschen und die Würde des Hauses zu wahren.

Zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Barbara Eibinger. Frau Klubobfrau, bitte.

LTAbg. MMag. Eibinger *(10.34 Uhr):* Danke, Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte mir schon erwartet, dass von der vereinigten Opposition keine Zustimmung für meinen Vorschlag kommen wird. Es war auch den Medien schon das eine oder andere zu entnehmen und es war auch klar, dass Christopher Drexler keine Schonfrist bekommen wird. Er wird auch heute, was absolut unüblich ist, schon eine Dringliche Anfrage beantworten müssen. Aber seien Sie versichert, er wird mit vollem Elan an die Sache gehen, er wird das gut meistern und er wird vor allem für die Steiermark im Bereich Gesundheit, Pflege und Wissenschaft und Forschung das Beste tun. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wenn Frau Klubobfrau Jungwirth die Frauen anspricht, auch in der ÖVP, dann darf ich nur auf diese Seite des Saales verweisen. Wir haben neun von 22 weibliche Abgeordnete, ganz tolle Frauen und wir haben über 40 %. Ich denke, wir sind sogar der weiblichste Klub in ganz Österreich, auf den bin ich ganz stolz. Seien Sie versichert, dass ich als Klubobfrau auch die Frauen in meinem Klub besonders stärken werde. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Es freut mich auch in gewisser Weise, dass jetzt nach dem Rücktritt auch Lob kommt für die Fachkompetenz unserer früheren Landesrätin. Ich hätte mir das bei der einen oder anderen Dringlichen Anfrage auch schon gewünscht, denn in jeder Sitzung wurde sie für ihre Vorschläge mehr oder weniger geprügelt. Also, da waren Sie von der Opposition, geschätzte Damen und Herren, noch anderer Meinung. *(LTAbg. Lechner-Sonnek: „Das stimmt nicht!“)* Ich möchte die Gelegenheit noch nutzen, noch einmal und ausführlicher Kristina Edlinger-Ploder herzlich

zu danken. Sie hat es wirklich geschafft, mit ihrer fachkundigen, kompetenten, aber auch offenen sympathischen Art über die Parteigrenzen hinweg Erfolge zu feiern und anerkannt zu sein und sie wird mit ihrer Expertise unserem Klub wirklich eine starke Stütze sein. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.37 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke auch für diese Wortmeldung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung zu diesem Punkt vor.

Ich darf daher gemäß § 62 Abs. 1 GeoLT 2005 Folgendes mitteilen. Jede Wahl im Landtag wird mittels Stimmzettel vorgenommen, sofern sie nicht einstimmig in anderer Form beschlossen wird.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Detlef Gruber und Peter Tschernko je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jeder und jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, auf dem Stimmzettel ist der Name des zu Wählenden zu schreiben. Ich weise darauf hin, dass gemäß § 62 Abs. 2 GeoLT 2005 leere Stimmzettel ungültig sind. Ebenso sind nach § 62 Abs. 5 GeoLT alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig.

Bitte nun um das Austeilen und Einsammeln der Stimmzettel.

(Austeilung und Einsammlung der Stimmzettel)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stimmzählung hat Folgendes ergeben:

Es wurden 54 Stimmen abgegeben:

Ungültige Stimmen sind: 11

Davon gültige Stimmen: 43

Es entfielen 43 Stimmen auf Mag. Christopher Drexler und damit wurde Herr LTAbg. a.D. Mag. Christopher Drexler einstimmig zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung gewählt.

Ich ersuche Herrn Mag. Christopher Drexler zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

LTAbg. a.D. Mag. Christopher Drexler (10.46 Uhr): Herr Präsident, ich nehme die Wahl an. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Präsident Majcen: Danke. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren begrüße ich Herrn Mag. Christopher Drexler als neugewähltes Mitglied der Landesregierung und bitte dich auf der Regierungsbank Platz zu nehmen. Herzlich willkommen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*
Meine Damen und Herren, ganz kurz lade ich den Herrn Landesrat ein sich niederzusetzen, um ihn gleich wieder einzuladen aufzustehen.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung für voraussichtlich zehn Minuten zur Durchführung einer außerordentlichen Regierungssitzung im Rittersaal. Ich werde die unterbrochene Sitzung um 11.00 Uhr wieder aufnehmen

(Unterbrechung der Sitzung von 10.46 Uhr bis 11.02 Uhr)

Präsident Majcen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich nehme die unterbrochene Sitzung um 11.02 Uhr wieder auf und gratuliere dem nunmehr auch angelobten Landesrat Mag. Christopher Drexler noch einmal sehr herzlich und wünsche ihm alles Gute. Damit ist auch die Regierungsbank wieder voll besetzt und wir gehen mit einer vollbesetzten Regierung in die Zukunft. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Herr Landesrat Christopher Drexler hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Mag. Drexler (11.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmann, verehrte Kollegen und Kollegin auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Erlauben Sie mir, dass ich mich kurz zu Wort melde – der Kürze, die mir halt immer zu eigen war – um mich zuallererst bei den Damen und Herren Abgeordneten für die Wahl in diese Steiermärkische Landesregierung recht herzlich zu bedanken. Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen recht herzlich bedanken, die mich gewählt haben. Werde selbstverständlich alles daran setzen, die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass sie mich hätten wählen können. Vor allem aber, meine Damen und Herren Abgeordneten, darf ich Ihnen eines sagen: Es war ja vernehmbar zum Teil, ja, ich habe eine Vergangenheit in diesem Haus. Eine ausführliche Vergangenheit in diesem Haus, weil sie ist 14 Jahre und ich darf Ihnen eines garantieren, ich werde mit Sicherheit nicht vergessen, dass ich fast 14 Jahre Abgeordneter in diesem Haus war, auch in dieser neuen Funktion, weil ich einfach gerade aus dieser Erfahrung heraus weiß, dass man die Parlamentarier und die Parlamentarierinnen, unser Parlament, unser steirisches Parlament, den Landtag nicht hoch

genug einschätzen darf und daher danke ich Ihnen für die Wahl, garantiere Ihnen eine gute Zusammenarbeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf mich aber auch bei einer Abgeordneten ganz besonders bedanken, nämlich bei meiner Vorgängerin im Amte, Kristina Edlinger-Ploder, der ich für ihre umsichtige Amtsführung danken möchte und für das solide Fundament, auf dem man nun hier aufbauen kann. Und ich bedanke mich natürlich auch, freue mich sehr, dass meine Familie mich heute hier begleitet hat. Bedanke mich bei meiner lieben Frau für die Unterstützung in den letzten fünf Jahren. Auch nicht immer einfach. Bedanke mich bei meinen Eltern für die Freiheiten, die sie mir in jungen Jahren gewährt haben, weil Freiheit hat Chancen bedeutet und dafür recht herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und ich freue mich selbstverständlich auch, dass drei meiner vier Kinder hier sind. Lediglich eine Englischschularbeit stand dem vollzähligen Erscheinen sozusagen entgegen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen aber in dieser Stunde auch sagen, dass ich dieses neue Amt mit Respekt, mit Demut, aber auch mit Freude annehme, weil ich glaube, dass Freude auch zum politischen Handeln dazu gehört. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich verhehle nicht, es ist mir eine große Ehre, dieses Amt heute antreten zu dürfen und es ist mir auch eine Ehre, in der von Franz Voves und Hermann Schützenhöfer angeführten Landesregierung zu sitzen, ganz besonders in dieser Landesregierung, denn ich denke, dass das, was Franz Voves und Hermann Schützenhöfer in den letzten 3,5 Jahren in diesem Land vorgezeigt haben, eine neue politische Kultur, ein neuer Stil von Politik ist. Es ist eigentlich nachahmenswert. Diese Reformpartnerschaft hat sich vorgenommen, den Haushalt in Ordnung zu bringen, Strukturen in diesem Land zukunftsfähig und zukunftsfit zu machen und daher erfüllt es mich mit besonderem Stolz und ist es mir eine besonders große Ehre, just dieser Landesregierung anzugehören. Ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, meinem größten politischen Mentor und einer der beiden tragenden Stützen dieser Reformpartnerschaft, Hermann Schützenhöfer, recht herzlich für das Vertrauen zu danken, mich für diese Funktion vorgeschlagen zu haben. Ich hoffe, ich werde dieses Vertrauen nicht enttäuschen. Ich bedanke mich ganz herzlich. Es ist mir eine besondere Freude mit ihm gemeinsam einer Landesregierung anzugehören. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wenn ich Ihnen gesagt habe, dass es mir eine Ehre ist, dann sage ich das auch vor dem Hintergrund, dass ich weiß, dass unser Berufsstand, und das trifft die Damen und Herren Abgeordneten genauso wie die Kollegin und Kollegen auf der Regierungsbank, dass unser Berufsstand in der öffentlichen Wahrnehmung im Image wahrlich schon bessere Zeiten gesehen hat. Es ist

nicht bloß Kritik, es ist zum Teil Verachtung oder Feindseligkeit, die der Politikerin und dem Politiker gelegentlich entgegenschlagen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da sind wir alle gefordert, dieser Zeiterscheinung entgegenzutreten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte an die Spitze meiner Überlegungen heute stellen, dass wir uns einfach auf das besinnen müssen, was unseren wunderbaren Beruf, was unsere wunderbare Aufgabe ausmacht, das größte Privileg das wir letztlich haben, nämlich dienen zu dürfen. Wir dienen der res publica (*Allgemeiner Beifall*) Das ist etwa, im Amerikanischen kommt es die ganze Zeit zum Ausdruck, wenn es heißt: The governor's serving is first turn, serving, serving in office. Dort ist das Dienen im Sprachgebrauch eine glückliche Fügung. Sprachlicher Zufall, ich bin kein Sprachwissenschaftler, dort ist es täglich sozusagen Begleiter. Ich möchte dieses Bekenntnis, meine sehr verehrten Damen und Herren, an die Spitze meines Amtsverständnisses stellen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben mir heute ein besonderes Ressort überantwortet. Das, was in diesem Ressort passiert, berührt im ganz besonderen Maße das Leben der Menschen, besser noch gesagt, es berührt die individuellen Leben der Steirerinnen und Steirer. Krankheit oder Pflegebedürftigkeit sind Extremsituationen im Leben jedes Menschen. Da soll niemand und da will niemand Kompromisse machen. Da will jeder von uns das Bestmögliche, die bestmögliche Versorgung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen das immer im Auge behalten, auch wenn wir ein Gesundheitssystem technokratisch vermessen und abstellen. Es geht um jeden einzelnen Menschen. Daher und meine sehr verehrten Damen und Herren, das möchte ich Ihnen versprechen, geht es in diesem Ressort um eine besondere Sorgfalt im besten Wortsinn in der politischen Arbeit. Die möchte ich Ihnen versprechen. Dennoch gilt es die ökonomischen Rahmenbedingungen zu beachten. Das ist überhaupt keine Frage. Das ist der politische Kern der Reformpartnerschaft, weil wir nicht nur im Augenblick alle glücklich machen wollen. Nein, es geht um die nachhaltige Verlässlichkeit, die wir mit unserer Politik erreichen wollen. Verantwortungsvolle Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, bewegt sich gedanklich immer auf der Zeitachse Richtung Zukunft. Es gilt jede Entscheidung, nicht nur auf ihre Wirkung in der Gegenwart hin abzuklopfen, sondern insbesondere auf jene in die Zukunft hin abzuklopfen. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaub ich, dass es ein besonderes Ressort ist, das Sie mir überantwortet haben. Weil auch jener Teil, der noch hinzukommt, der Wissenschaftsteil, eine besondere Verantwortung mit sich bringt, zumal es sich in diesem Ressort um jenes handelt, wo zuallererst die Zukunftschancen unserer Kinder und Kindeskinde verhandelt werden, wenn es darum geht, durch einen

Wissenschaftsstandort Steiermark einfach uns auch für die Zukunft zu wappnen und jene Chancen zu eröffnen, die wir für Arbeit und Wohlstand in der Zukunft brauchen werden. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollte ich Ihnen mein Grundverständnis an die Spitze stellen, was es heißt, aus meiner Sicht in der Politik tätig zu sein, was es heißt in einer Regierung neuerdings tätig zu sein. Ich verhehle Ihnen auch nicht, dieser Perspektivenwechsel ist mir noch nicht ganz geläufig. Viele von Ihnen wissen ja, dass mir diese Landstube so etwas wie ein arbeitstechnisches Wohnzimmer geworden ist in den letzten 14 Jahren und mein liebstes Möbelstück war das Rednerpult da unten, mit der kurzen Unterbrechung im Rathaus – Perspektivenwechsel. Aber ich habe Ihnen gesagt, es ist mir eine besondere Ehre. Ich darf eines noch hinzufügen, es ist mir eine ganz besondere Ehre in diesem Bundesland, in unserer Steiermark, in unserer weiß-grünen Heimat in einer Regierung zu dienen, denn die Steiermark ist auch ein ganz besonderer Teil Österreichs. Seit bald 822 Jahren, wenn mich meine Rechnung nicht täuscht. Die Steiermark ist ein Bundesland, das für seine Vielgestaltigkeit bekannt ist. Der Tourismusreferent spricht gelegentlich darüber. Eine Vielgestaltigkeit in der Topografie, eine Vielgestaltigkeit vielleicht sogar im Klima, vielleicht sogar in den Mentalitäten. Eigenständigkeit und Kreativität zeichnen die Steirerinnen und Steirer aus. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Steiermark ist nicht nur ein geografischer oder staatsrechtlicher Begriff, nein, die Steiermark entsteht jeden Tag aufs Neue durch das individuelle Leben und die Arbeit der Steirerinnen und Steirer. Die Steiermark entsteht jeden Tag aufs Neue, wenn ich in der Früh meinen Sohn Theodor in den Kindergarten bringe und mit ihm den KindergartenpädagogInnen überantworte. Sie entsteht jeden Tag aufs Neue am Fließband von Magna, wenn Mercedes-Benz G, MINI Countryman oder Peugeot RCZ zusammengeschaubt werden. Sie entsteht jeden Tag aufs Neue am Hochhofen in Donawitz, in der Tischlerei in Riegersburg, in den Schulen und Universitäten, in Bauernhöfen und auch in den Spitälern, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Steiermark ist ein lebendiger Organismus und es ist das Schönste was ich mir vorstellen kann, diesem, unserem Heimatland, in seiner Regierung dienen zu dürfen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mancher Anachronismus umweht mich auch. Ich habe keinen Facebookaccount. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mit meiner politischen Arbeit, mit meinem Büro, meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen realpolitischen Account für die Anliegen der Steirerinnen und Steirer schaffen für ihre Herzen und für ihr Hirn. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich abschließend noch einmal bei Ihnen allen bedanken. Es wird Sie nicht verwundern, dass ich einen Dank

jetzt noch an das Ende meiner Ausführungen stelle, das ist der Dank für die exzellente Zusammenarbeit mit Walter Kröpfl. Er hat es auf den Punkt gebracht mit den zehn Jahren – gute Zeiten, schlechte Zeiten – wie im Fernsehen. Vielfach waren sie auch im Fernsehen. Es ist schön, wenn man trotz dieser unterschiedlichen Positionen, um den zum Teil erbitterten Wettstreit, den wir insbesondere in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden gehabt haben, so eine gute Zusammenarbeit kultivieren kann. Walter, herzlichen Dank. Weiterhin auch alles Gute von meiner Seite. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit komme ich endgültig zum Abschluss. Ich lade Sie alle ein, arbeiten wir gemeinsam an der Zukunft dieses Landes, an unserer weiß-grünen Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe Verständnis für jede Kritik und Sie können mir glauben, ich habe auch für jede Wortmeldung heute großes Verständnis bereits zum Ausdruck gebracht in einzelnen Gesprächen. Ich kenne das und ich habe eine Vergangenheit in diesem Haus, wie ich schon gesagt habe. Kritik ist wichtig, Widerspruch ist wichtig, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, vergessen wir über allen Zwist und Hader, über das Wechselspiel von Opposition und Regierung, vergessen wir über all das nicht worum es letztlich geht. Nämlich das bestmögliche für dieses Land, vor allem aber das bestmögliche für die Menschen in diesem Land zu erreichen. Dazu lade ich Sie ein. Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.17 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Ausführungen. Noch einmal herzliche Gratulation mit der Bitte um gute Zusammenarbeit – Regierung/Landtag, wie gewohnt.

Ich komme damit zur Tagesordnung. Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, möchte ich die Schülerinnen und Schüler der Landesberufsschule Graz 7 unter der Leitung von Frau Anita Knopper herzlich begrüßen. Danke fürs Kommen und für das Interesse. *(Allgemeiner Beifall)*

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Verfassung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2501/2, betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Besuch von landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen.

Berichterstatter ist Herr LTAbg. Johannes Schwarz. Ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung.

LTAbg. Schwarz (11.18 Uhr): Der Ausschuss "Verfassung" hat in seiner Sitzung vom 25.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss "Verfassung" stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Besuch von landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen wird zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche um Zustimmung. (11.19 Uhr)

Präsident Majcen: Danke, es liegen zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen vor, daher komme ich bereits zur Abstimmung.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals, Gegenstimme.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2547/1, betreffend Bericht an den Landtag Steiermark betreffend Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Schulreformen (Einl.Zahl 1988/3).

Berichtersteller ist Herr LTAbg. Wolfgang Böhmer. Herr Abgeordneter, ich erteile dir das Wort zur Berichterstattung und bitte dich um deinen Bericht und erteile dir gleich im Anschluss das Wort für deine Ausführungen

LTAbg. Böhmer (11.19 Uhr): Ich danke, Herr Präsident!

Schriftlicher Bericht – Ausschuss „Bildung“. Der Ausschuss "Bildung" hat in seiner Sitzung vom 25.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss "Bildung, Schule, Kinderbetreuung und Sport" stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 708 des Landtages Steiermark vom 02. Juli 2013 betreffend Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Schulreformen wird zur Kenntnis genommen.

(11.20 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für den Bericht, bitte um die Ausführung.

LTAbg. Böhmer (11.20 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages, liebes Publikum, liebe Jugend im Auditorium, liebe Menschen am Livestream!

In diesem Antrag geht es u. a. um die Beteiligung, genauer gesagt um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, wenn es darum geht, in der Bildung, in der schulischen Verwaltung ein bisschen mitzureden. Es ist dies in der UNO-Kinderrechtskonvention festgehalten und zwar genauer gesagt, das Recht auf Partizipation in den Artikeln 12 und 15 verankert und ich darf dazu ganz kurz sagen, dass diese Kinderrechtskonvention, die von Österreich am 06. August 1992 unterzeichnet worden ist und am 05. September 1992 in Kraft getreten ist, eigentlich auf vier Grundprinzipien basiert, d. h. auf vier Säulen steht. Die erste Säule sagt aus: Es spricht ein allgemeines Diskriminierungsverbot aus, d. h. alle Kinder auf unserem Planeten, auf unserer Welt haben die gleichen Rechte. Zweitens, es ist dies der Vorrang des Kinderwohls, d. h. bei Entscheidungen, die die Kinder betreffen, so auch bei der Bildung, muss deren Wohl ein vorrangiges Kriterium sein. Drittens, was die Entwicklung der Kinder betrifft, sowohl seelische, körperliche wie auch geistige. Alle Kinder haben ein Recht auf Leben. Es ist deren Existenz zu sichern und es ist die bestmögliche Entfaltung zu garantieren. Und die vierte Säule ist die Beteiligung: Kinder sollen bei Entscheidungen, die sie selbst betreffen, angemessen eingebunden sein und ihre Meinung äußern können. Genau auf diesen vierten Punkt zielt dieser Antrag hin. Dieses Stück ist letztendlich dann in aller Kürze durch die Landesregierung gegangen, weil es ja eine Forderung an die Bundesregierung ist und die Bundesregierung hat dann eine Antwort zu diesem Stück betreffend Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Schulreformen erhalten. Ich kann nur sagen, es ist dies eine Antwort vom Bundeskanzleramt. Diese Antwort beinhaltet drei Schwerpunkte: Erstens, wie schaut es überhaupt mit der Partizipation, d. h. mit der Teilhabe, mit der Beteiligung aus? Es ist zum einen im Schülerversetz, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene, zum anderen im Schulunterrichtsgesetz sind genaue Paragraphen oder sind genaue Gesetze festgehalten, wie Schüler und Schülerinnen, wie Jugend eben einzubinden ist. Letztendlich ist auch die Rolle bzw. die Aufgabe einer Schulleitung ergänzt, egal welcher Schule. Sei dies eine Pflichtschule, eine Allgemeinbildende Höhere Schule oder eine Berufsbildende Höhere Schule, Landwirtschaftsschule, Berufsschule, wie ich da sehe. Ich darf nur ganz kurz sagen, was sagt das Schülerversetz: Schüler-

/Schülerinnenvertretung sehe ich schlechthin für mich als Bindeglied zwischen den Schulbehörden und den Schülern. Und zu den wichtigsten Aufgaben dieser Schüler-/Schülerinnenvertretung gehört grundsätzlich auch die Beratung. Das heißt, dass man in grundsätzlichen Fragen des Unterrichts untereinander auch Schüler-/Schülerinnenvertretung berät und dass man auch Vorschläge erstattet, damit letztendlich diese Vorschläge in Gesetzen und Verordnungen ihren Niederschlag finden. Das heißt, der Schüler-/Schülerinnenvertretung ist dies nicht nur erlaubt, sondern sie ist indirekt auch gesetzlich fast verpflichtet, Abgaben von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen zu machen. Das Zweite, was ich mir aus dem Gesetzestext herausgenommen habe und aus der Antwort des Bundeskanzleramtes, die Schülervvertretung kann natürlich interne Sitzungen je nach Bedarf einberufen und bei diesen internen Sitzungen können Themen, die Schulen als Anliegen an sie herantragen, wahrgenommen werden, sie können aufbereitet werden und es können dann auch diesbezüglich Beschlüsse gefasst werden. Diese Beschlüsse wiederum und Themenbereiche werden an das Ministerium herangetragen und diskutiert. Das sagt dies der § 30 Abs. 3 ganz genau. Es sind sogar im Gesetz vier Treffen der BundesschülerInnenvertretung mit dem Ministerium pro Jahr vorgesehen. Diese Treffen gewährleisten für mich einen beiderseitigen Informationsfluss. Zum einen Schüler, Schülerinnen informieren das Ministerium – was steht an, was interessiert uns. Andererseits informiert das Ministerium auch Schüler, Schülerinnen was von Seiten des Ministeriums ansteht. Das schöne wäre halt, wenn man sich in der Mitte trifft und ein gemeinsames Ganzes, etwas Sinnvolles findet. Jedenfalls der Informationsfluss ist gegeben. Vielleicht ist manches mal, weil auch heute BerufsschülerInnen dasitzen, das Ergebnis nicht immer zufriedenstellend, aber das ist generell im Leben so. Manchmal ist nicht alles zufriedenstellend. Zusätzlich gibt es regelmäßig vertiefende Hintergrundgespräche, wenn es z. B. um größere Reformvorhaben geht. Allen voran was die Schulentwicklung betrifft und auch diese Reformvorhaben oder Ergebnisse dieser Gespräche zu Reformvorhaben werden an das Ministerium weitergeleitet. Ich mache jetzt eine Brücke weg von den nicht mehr oder Pflichtschülern hinüber zur AHS und BHS und diese Brücke heißt BSV on Tour. Heißt nichts anderes als Bundesschülervvertretung on Tour. Heißt auf gut steirisch, dass Schülervvertreterinnen und Schülervvertreter versuchen, in dem sie Schulen besuchen, auch die fünfte bis achte Schulstufe, d. h. Pflichtschüler/Pflichtschülerinnen. Sie versuchen zu sensibilisieren, sie versuchen zu informieren. Es wird kommuniziert was ansteht und das ist natürlich dann auch eine Chance, dass die Schülerinnen und Schüler der fünften bis achten

Schulstufe zunehmend an schuldemokratischen Prozessen teilhaben können. Das heißt, sie werden herangeführt und letztendlich auch mit diesen Teilhabeprozessen – Fremdwort Partizipationsprozessen – mit deren Instrumenten betraut. Das wäre das Schülervertretungsgesetz. Das Zweite ist das Schulunterrichtsgesetz und das betrifft natürlich auch alle Pflichtschulen. Das Schulunterrichtsgesetz regelt im § 58 bis 64 im Großen und Ganzen die Klassensprecher, die Schülervertreter und letztendlich ist in diesem Schulunterrichtsgesetz die Mitsprache in schulparterschaftlichen Gremien am Standort, wie z. B. in der Pflichtschule sind das Klassenforum und Schulforum und weiterführend, ist das der SGA – der Schulgemeinschaftsausschuss. Letztendlich, ich habe es am Anfang erwähnt, kommt bei all dieser Teilhabe an einem langsamen Prozess des Mitbestimmens, des Mitredens, des Partizipierens, natürlich einer jeden Schulleitung im österreichischen Bildungs- und Schulwesen eine ganz große Rolle zu, denn gerade die Schulleitung sollte versuchen, Bewusstsein zu bilden und auch u. a. die Klassensprecher, die Schulsprecher mit einzubinden, wenn es einerseits um Veränderungen am Schulstandort geht. Beliebte Gespräche sind auch, wenn es darum geht, günstigere Preise an manchen Schulbuffets oder eine gesunde Jause beim Schulbuffet zu erlangen, aber auch inhaltliche und gewisse Elemente des Unterrichtes sind Thema. In diesem Sinne wäre die Antwort des Bundeskanzleramtes. Es gibt dann noch einen Entschließungsantrag der Grünen Fraktion. Ich habe mir bei diesem Entschließungsantrag der Grünen Fraktion eigentlich nichts anderes dazugeschrieben als, liebe Kolleginnen – sind ja jetzt nur die beiden Frauen da – es wird im Antrag nicht so zum Ausdruck gebracht, was ihr in der EntschlieÙung verlangt. Ich meine nämlich, dass auf dem Antrag, die Forderung an die Bundesregierung das Schreiben des Bundeskanzleramtes genügt. Ich danke für das Zuhören. *(Beifall bei der SPÖ – 11.30 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Abgeordneten Klimt-Weithaler. Frau Klubobfrau, bitte.

LTAbg. Klimt-Weithaler (11.30 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende!

Kollege Böhmer hat jetzt sehr genau ausgeführt, was in dieser Regierungsvorlage alles drinnen steht, wie das in diesem Schreiben beschrieben wurde, das wir vom Bund bekommen haben. Ich werde jetzt erklären, warum wir dieser Regierungsvorlage nicht unsere Zustimmung geben. Es klingt mir alles zu sehr nach Friede, Freude, Eierkuchen – sage ich

jetzt einmal. Und damit das jetzt verständlich ist, auch für diejenigen, die mit dieser Materie bis dato noch nichts zu tun hatten, muss ich ein bisschen weiter ausholen. Es kommt in dieser Legislaturperiode nicht sehr oft vor, dass es Allparteianträge gibt, also d. h. Anträge, wo alle im Landesparlament vertretenen Parteien gemeinsam sagen, das wollen wir in den Landtag einbringen. Der zuletzt stattgefundene Jugendlandtag, der an sich schon etwas Besonderes ist, hat dazu beigetragen, dass es nun doch ein paar wenige solcher Fünf-Parteien-Anträge gibt. Ich halte das für eine sehr positive Entwicklung. Die Idee, die Anliegen der Jugendlichen, die bei diesem Jugendlandtag bei uns auch deponiert wurden, gemeinsam in den Landtag einzubringen, das war eine Idee vom Ausschussvorsitzenden, vom Max Lercher, den ich jetzt nicht sehe – ich weiß nicht, ob er anwesend ist. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, dann hat er auch diese akkordierte Vorgehensweise damit begründet, dass er gemeint hat, wir müssen den jungen Menschen zeigen, dass wir fraktionsübergreifend uns für sie einsetzen, wenn es um ihre Belange, um ihre Bedürfnisse geht. Finde ich ganz, ganz toll. Wir haben auch sofort zugestimmt, auch alle anderen Fraktionen waren sich einig über diese Vorgehensweise, und so haben wir das bis jetzt auch durchaus gemacht. Das heißt, es gab zuerst einen Nachbesprechungstermin mit den Jugendlichen und auch den OrganisatorInnen, bei dem wir uns die Themenbereiche aufgeteilt haben. Dann gab es eine ganz normale formale Unterausschusssitzung, bei der die Entwürfe der einzelnen Fraktionen diskutiert wurden. Man muss sich das so vorstellen, da gab es z. B. ein Thema Mobilität. Das hat sich die Fraktion XY genommen, die haben sich dann einen Antrag überlegt, haben das dort vorgestellt, man hat darüber diskutiert und letztendlich ist man bei all diesen fünf Themenbereichen zu einem gemeinsamen Antrag gekommen. Das ist für eine Situation, wie wir sie hier jetzt in dieser Legislaturperiode haben, nämlich in diesen Zeiten einer sogenannten Reformpartnerschaft, schon wirklich etwas ganz, ganz Besonderes, dass sich da alle fünf zusammentun und sagen: „Wir wollen das gemeinsam machen.“ Jetzt klingt das alles sehr harmonisch und jetzt bin ich wieder beim Kollegen Böhmer. Das klingt jetzt so, als wären wir uns da alle einig gewesen. Aber ganz so war es nicht, denn ich will jetzt gar nicht die Anträge an sich kritisieren. Natürlich muss man dazu sagen, einige dieser Anträge waren im Vorfeld weitreichender, als wir sie dann zuletzt gemeinsam eingebracht haben, aber das ist ja auch der Sinn in einem Unterausschuss zu diskutieren, dass man sagt: „Wenn wir es schaffen wollen, wenn wir einen Allparteiantrag machen wollen, dann muss man sich auch auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen.“ Das ist nicht immer einfach, aber das ist gelungen. Das Problem, das ich jetzt aber habe ist, wenn aus solchen Fünf-Parteien-Anträgen

Regierungsvorlagen werden, die nicht nur die Intention des ursprünglichen Antrages nicht widerspiegeln, sondern im Gegenteil diese sogar in Abrede stellen, dann ist es mit dieser viel gepriesenen Partizipation leider gar nicht mehr in Einklang zu bringen. Dann läuft hier meiner Meinung etwas grundfalsch. Darum bin ich auch sehr verwundert gewesen, wie ich gesehen habe, dass all jene Abgeordneten von SPÖ und ÖVP, die auch in diesem Unterausschuss waren, die auch bei der Nachbesprechung dabei waren, die am Jugendlandtag teilgenommen haben, dieser Regierungsvorlage zugestimmt haben. Denn was steht denn da drinnen? Es steht in dieser Regierungsvorlage de facto nichts anderes drinnen, als dass man dieses Schreiben vom Bund zur Kenntnis nimmt und was in dem Schreiben drinnen steht, hat uns Kollege Böhmer schon erzählt. Da steht drinnen wie toll die Partizipation bei Schulreformen von Kindern und Jugendlichen derzeit funktioniert. So, jetzt muss ich aber schon fragen, glauben Sie ernsthaft, dass die Jugendlichen, die sich bereit erklärt haben an diesem Jugendlandtag mitzuarbeiten, die sich im Vorfeld stundenlang bei den verschiedensten Treffen in den Regionen damit auseinandergesetzt haben, dieses Thema überhaupt aufs Tapet gebracht hätten, wenn Sie der Meinung wären, es ist alles paletti? Das glaube ich nicht. Das war ja der Kern dieses ursprünglichen Antrages, dass die Jugendlichen eben festgestellt haben, es gibt dieses und es gibt jenes, das hat uns Kollege Böhmer sehr schön referiert, aber das ist uns zu wenig. Ich muss dir ganz ehrlich sagen, lieber Wolfgang, mir genügt es nicht, wenn ich den Jugendlichen sage, ja schaut`s, so ist das Leben. Ihr habt euch da zwar eingebracht, ihr habt da gut argumentiert, habt euch hier hingestellt, ihr habt die Fehler aufgedeckt, wir haben uns das bitte alles angehört, aber jetzt haben wir dem Bund geschrieben, und der Bund sagt, dass eh alles passt und dann sagen wir auch: „Passt eh alles.“ Also ich muss ganz ehrlich sagen, das ist für mich eine ganz, ganz massive Änderung von diesem Antrag und denen sind wir eigentlich im Wort, den AntragstellerInnen. Jetzt meine ich nicht die Fraktionen, die den Antrag eingebracht haben, sondern den ursprünglichen AntragstellerInnen, nämlich den Jugendlichen, die beim Jugendlandtag hier gesessen sind und zu uns gesagt haben: „Hallo, das ist uns zu wenig. Wir wollen da mehr mitreden. Wir brauchen mehr Beteiligung.“ Schließlich und endlich sind das ja Dinge, die uns betreffen. Wir wissen alle, ein Schulleben macht in der Zeit, wo man in die Schule geht, den Großteil des Lebens aus. Da hinten sitzen jetzt lauter junge Menschen, die mir wahrscheinlich beipflichten werden, wenn ich sage, Freizeit ist ein kleiner Teil Ihres Lebens. Im Moment verbringen diejenigen, die eine Schule besuchen, mehr als die Hälfte ihrer Lebenszeit in dieser Phase in der Schule und dann sollen sie dort doch bitte mitreden dürfen und vor allem auch mitbestimmen dürfen. Darum finde ich

das so schade, dass wir jetzt hergehen und sagen, dass wir einen Brief geschrieben haben an den Bund, der Bund sagt, dass alles passt, dann sagen wir auch passt alles. Was ich mir wünschen würde wäre, dass, wenn wir die Bedürfnisse der Jugendlichen wirklich ernst nehmen und wenn es uns auch ein ernsthaftes Anliegen ist, dass wir aus dem Jugendlandtag heraus Dinge hier in der Steiermark beschließen, die wirklich von der Basis kommen, wo uns die jungen Menschen sagen: „Das wollen wir, da brauchen wir eine Erweiterung oder dort läuft irgendetwas schief“, wenn wir uns das wirklich zu Herzen nehmen und ernst nehmen, dann müssen wir diese Regierungsvorlage ablehnen und sagen: „Nein, es passt eben nicht alles, und ich wünsche mir, dass wir im nächsten Unterausschuss ...“ Warum schüttelst du denn den Kopf? Ich rede hier die Wahrheit. Warst du beim Jugendlandtag dabei, liebe Kollegin Lipp? Ich nehme an, ich glaube mich zu erinnern. Da haben die sich ja hergestellt und gesagt, dass es ihnen zu wenig ist, und jetzt sagen wir ihnen, dass es ihnen nicht zu wenig sein darf. Von Partizipation habe ich ein anderes Verständnis offensichtlich als Teile der ÖVP und SPÖ. Also, wenn wir die Bedürfnisse der Jugendlichen wirklich ernst nehmen, dann müssten wir eigentlich hergehen, diese Regierungsvorlage ablehnen und sagen: „Setzen wir uns im nächsten Unterausschuss noch einmal zusammen und bemühen wir uns, eine Lösung zu finden. Schauen wir, ob wir in der Steiermark vielleicht irgendetwas ausbauen können, wo wir Entscheidungen treffen können. Ich weiß schon, wir können natürlich gewisse Dinge, die über den Bund geregelt werden, in der Steiermark nicht einfach anders machen, aber es gibt sehr wohl einen gewissen Spielraum, das weiß auch der zuständige Landesrat, Herr Mag. Schickhofer, wo wir etwas verändern könnten. Das würde ich mir wünschen. In diesem Sinne werden wir dem Entschließungsantrag, den die Grünen einbringen, selbstverständlich unsere Zustimmung geben, denn da ist es genau formuliert drinnen. Die sagen nämlich aus, erstattet uns jetzt einmal Bericht und sagt einmal genau was ist der Status Quo, damit wir da weiter arbeiten können. Im Sinne der Jugendlichen, im Sinne der Teilnehmenden von diesem Jugendlandtag wünsche ich mir und ich habe Hoffnung, dass das auch wirklich noch passiert und wie gesagt, das ist der Grund warum wir dieser Regierungsvorlage jetzt nicht unsere Zustimmung geben. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 11.40 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke auch für diese Wortmeldung. Die nächste ist die Wortmeldung der Frau Klubobfrau Jungwirth. Frau Klubobfrau, bitte.

LTAbsg. Ing. Jungwirth (11.40 Uhr): Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler!

Da sitzen ja viele Betroffene, was dieses Thema anbelangt. Claudia Klimt-Weithaler hat schon den Kern des Problems sehr genau angesprochen. Auch wir werden dieser Regierungsvorlage nicht zustimmen, denn, wenn man sich das anschaut wie das ganze gelaufen ist, dann ist das ganze, so wie es jetzt vorliegt, ein riesen Schmäh. Das muss man einfach sagen. Das ganze Prozedere und wie hier vorgegangen wurde mit den Anliegen, mit den wichtigen Anliegen der Jugendlichen und es wird auch wenig Respekt gezeigt über dem, dass sich die jungen Leute hier viel Zeit genommen haben. Viel Zeit in der Vorbereitung, viel Zeit in der Erarbeitung der Thesen, die dann in den Jugendlandtag gekommen sind und die dort vorgetragen worden sind. Was mich nämlich so irritiert an der ganzen Geschichte ist, dass alle Parteien damals, als wir mit den Jugendlichen zusammengesessen sind, sowohl im Jugendlandtag, als dann auch in der Nachbesprechung, die ja stattgefunden hat, beteuert haben: „Wir nehmen euch ernst. Eure Anliegen sind uns wichtig und ihr habt vollkommen recht mit dem, was ihr da fordert.“ Da ist große Einigkeit gewesen durch alle Reihen durch. Die These, um die es hier konkret geht, die lautete: „Bildung für eine erfolgreiche Zukunft“ und die Forderung war: „Wichtige Informationen über Reformen, z. B. über die Zentralmatura an die Schulsprecherinnen und Schulsprecher weiterzugeben und in den einzelnen Schulen zu behandeln. Das Mitbestimmungsrecht auszubauen, Änderungen im Schulsystem erst dann in Kraft treten zu lassen, wenn sie vollkommen ausgereift und wichtige Informationen vorhanden sind.“ Das war es, worum es ging. Anlass war selbstverständlich die Debatte um die Zentralmatura damals. Dennoch, es ging um mehr. Es ging nicht nur um die Zentralmatura, denn das würde ja auch nur einen Schultyp betreffen. Es ging um die Beteiligung der Jugendlichen in allen Schultypen. Es ist vollkommen egal. Wir hatten dann eben den Antrag, den wir als Grüne Partei formuliert hatten im Landtag, dem alle Parteien zugestimmt haben, aus dem heraus dann die Stellungnahme der Bundesregierung von der Landesregierung angefordert wurde. Daraus ist nun dieser Antrag entstanden, um den es jetzt geht. Diese Stellungnahme der Bundesregierung, ich finde das auch ein wenig dürftig, ehrlich gesagt. Wenn du, Wolfgang Böhmer, sagst: „Es ist halt so, da kann man nichts machen“ – ungefähr, (LTAbsg. Böhmer: „Nein, bitte!“) das ist das, was bei mir ankommt. Wir müssen zufrieden sein mit dem, was es gibt. Es gibt eh so viele Beteiligungsmöglichkeiten steht drinnen. Ja, das mag schon sein, dass einiges schon festgeschrieben ist, aber offensichtlich reicht das eben nicht. Die Verantwortung auf die SchulleiterInnen zu

verschieben, das ist mir auch zu wenig. Denn wenn die jungen Menschen kommen und sagen: „Wir wollen mehr Beteiligung“ und die SchulleiterInnen erfüllen das offensichtlich nicht in der Form, wie es Möglichkeiten gäbe, ja dann stimmt ja was nicht. Dann muss man ja die Struktur angehen, wenn das nicht funktioniert. Das Thema haben wir auf mehreren Ebenen. Das gibt es in unterschiedlichen Politikfeldern, wo immer so getan wird, als ob man eh schon alles perfekt hätte und es ist eh freiwillig. Alles möglich, was wir nur wollen. Ist hier ganz das gleiche. Natürlich könnten die SchulleiterInnen mehr Foren einberufen und größere Beteiligung ermöglichen. Es gibt durchaus Schulen, wo das auch funktioniert. Ich sehe es vor allem im Alternativschulbereich, wo es viel Partizipation gibt. Ich denke z. B. an die Modellschule in Graz, wo regelmäßig ein Forum stattfindet und die Schülerinnen und Schüler sich im Turnsaal versammeln und in diesen Versammlungen tatsächlich so etwas Ähnliches wie die Debatten, die wir hier abhalten, stattfinden. Ich finde das großartig. Solche Dinge sollten in allen Schulen möglich sein. Aber offensichtlich ist der Wille dazu nicht da bei vielen SchulleiterInnen, sondern die wollen eben nicht, dass mehr stattfindet als das, was am Papier festgehalten wird und das wird in der Minimalvariante oftmals durchgeführt. Ich bin selber einmal im Schulgemeinschaftsausschuss gesessen. Ich kann mich gut erinnern, wie das war, auch wenn das schon länger her ist. Aber das Instrument hat damals ziemlich gleich ausgesehen wie jetzt. Wie gesagt, wenn es so nicht ausreicht, und das wurde ganz, ganz deutlich von den Jugendlichen gesagt, dann muss man sich etwas anderes überlegen und dann muss man die Struktur angehen und kann nicht einfach sagen: „Wir nehmen die Stellungnahme des Bundeskanzleramtes zur Kenntnis und sind damit zufrieden.“ Deswegen haben wir auch einen Entschließungsantrag formuliert, in dem es darum geht, hier noch einmal nachzustoßen, sich nicht zufrieden zu geben mit dem was gekommen ist, sondern noch mehr einzufordern. Es gäbe für Sie ja die Möglichkeit da zuzustimmen. Ich vernehme nur, Sie wollen nicht, weil Sie wollen nicht Ihrer eigenen Partei, nämlich die in der Regierung am Ruder ist, offensichtlich einen kleinen Schubs erteilen. Ich bringe aber jetzt den Entschließungsantrag ein.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, Bericht darüber zu erstatten,

1. welche Rolle Vertretungen von SchülerInnen bei Verhandlungen und im Gesetzgebungsverfahren bezüglich Schulreformen tatsächlich eingenommen haben,

2. insbesondere welche Stellungnahmen von Vertretungen von SchülerInnen bezüglich Schulreformen abgegeben wurden, und
3. inwieweit die Bundesregierung bei Schulreformen auch Stellungnahmen von Vertretungen von SchülerInnen auf welche Art und Weise einbezogen hat.

Ich ersuche um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 11.46 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung ist die vom Herrn Bundesrat Krusche als Mitglied des Bundesrates mit Rederecht zu diesem Tagesordnungspunkt. Bitte um die Ausführungen.

Bundesrat Krusche (11.46 Uhr): Herr Präsident, werte Abgeordnete, meine Damen und Herren, liebe Schüler!

Ich kann die Kritik meiner Vorrednerinnen an dem heute zu forschenden Beschluss, nämlich die Kenntnisnahme der Antwort des Bundesministeriums nicht ganz nachvollziehen. Sie sollten eigentlich in der Politik wissen, man bekommt immer die Antworten auf die Fragen bzw. Forderungen, die man gestellt hat. Wenn man sich anschaut wie dieser Antrag seinerzeit ausgeschaut hat, dann ist es im Wesentlichen nur darum gegangen, dass die UN-Kinderrechtskonvention eingehalten werden soll, aber nicht um Fragen der Zentralmatura oder ähnliches. Ihre Kritik hätte eigentlich schon zum damaligen Zeitpunkt Platz greifen müssen, nämlich als dieser seinerzeitige Allparteiantrag, aber offensichtlich ist es bei Allparteianträgen so, das ist der kleinste gemeinsame Nenner, als dieser Antrag eben eingebracht wurde. Wir werden daher der Stellungnahme des Ministeriums zustimmen, denn das Ministerium antwortet auf diese Forderung damit, dass sie sagt, diese Forderung ist erfüllt. Das muss man natürlich bei einer schwammigen Anfrage bzw. Forderung zur Kenntnis nehmen. Wir werden auch dem Entschließungsantrag zustimmen, wenngleich ich schon sagen muss, das ist, aus unserer Sicht, auch ausgesprochen schlampig und sehr oberflächlich gemacht. Das wäre eigentlich ein klassischer Fall für eine parlamentarische Anfrage gewesen, nur hätte man sich dann - Sie haben ja die Möglichkeit, Sie sind ja vertreten im Bundesparlament, im Nationalrat – die Mühe machen müssen, etwas präzisere Fragen zu stellen, denn die sind genauso schwammig und ich weiß jetzt schon, dass Sie mit den Antworten, die Sie auf diese Fragen bekommen werden, auch nicht zufrieden sein werden. Denn beispielsweise die Frage zwei, „insbesondere welche Stellungnahmen von

Vertretungen von SchülerInnen bezüglich Schulreformen abgegeben wurden“ da kann ich schon vermuten, welche Antwort da kommen wird, nämlich alle Stellungnahmen zur Gesetzesreform, die kann man sich auf der Homepage vom Parlament anschauen. Dazu bedarf es eigentlich keines Antrages im Steiermärkischen Landtag. Aber weil wir grundsätzlich dafür sind, dass Transparenz herrscht, werden wir diesem Antrag unsere Zustimmung geben, auch wenn wir eigentlich erwartet hätten, dass der etwas gewissenhafter ausformuliert gewesen hätte sein sollen. Lassen Sie mich nur noch zwei oder drei grundsätzliche Anmerkungen machen zu dem Thema. Es handelt sich ja um ein äußerst wichtiges Thema - Bildungspolitik und Schulpolitik. Es ist ja bekanntermaßen so, dass in der Bildungspolitik in Österreich sogar noch mehr Experten zu finden sind, wie im Fußball. Jeder ist irgendwann einmal Schule gegangen und hat Kinder, deshalb ist er Experte. Aber ich muss schon sagen, ich wünsche mir vielleicht auch gerade in Anbetracht der derzeitigen sozialistischen Bildungspolitik, die eigentlich auf eine systematische Demontage des Leistungsprinzips abzielt und der mehr oder weniger dazupassenden Schleuderpolitik der ÖVP, dass wahrscheinlich eine bessere Einbindung von Schülern, die vielleicht ein kritischeres und realitätsbezogeneres Urteil haben würden, gar nicht so schlecht wäre. Ich bin überzeugt davon, dass die Schülervvertretung nicht unbedingt diesen Weg fortsetzen will, den die Frau Bundesminister ja bereits angekündigt hat, schrittweise und stufenweise Abbau aller Noten oder des Notensystems, beginnend in dieser Legislaturperiode mit den ersten drei Schulstufen und so soll es dann sukzessive fortgesetzt werden. Oder mit der Forderung der ehemaligen Generalsekretärin, die Matura abzuschaffen. Bildungspolitik, meine Damen und Herren, wäre eigentlich wert, hier auch Anträge und Diskussionen zur Folge zu haben, die weniger Placebocharakter haben, als die vorliegenden, wo man ein bisschen das Gefühl hat, man tut hier irgendetwas nach dem Motto: „Es muss was geschehen, aber es darf nichts passieren“, um die Forderungen des Jugendlandtages befriedigen zu können. *(Beifall bei der FPÖ – 11.52 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Herr Bundesrat. Nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung der Frau Abgeordneten Schwammer. Frau Abgeordnete, ich bitte dich ans Rednerpult

LTAbg. Schwammer *(11.52 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Abgeordnete Kolleginnen und Kollegen!

Ich wollte eigentlich noch die Jugendlichen, die Schüler und Schülerinnen im Publikum begrüßen, aber die sind uns abhanden gekommen.

Ich wollte einfach betonen, dass uns sehr wohl die Jugendlichen sehr, sehr wichtig sind und ich erinnere mich an diesen Jugendlandtag, bei dem ich selber auch dabei war, wo natürlich immer wieder gesagt wird, wir wollen mehr mitbestimmen. Aber wenn es dann darum geht, wirklich zu arbeiten, sich zu engagieren, dann bleiben nur wenige übrig. Dass aber die Mitbestimmung, die Partizipation der Jugendlichen in der Realität sehr gut läuft, kann uns Eva-Maria Lipp auch sagen. In Ihrem Namen möchte ich das hier betonen. Sie ist selber Elternvertreterin in der HTL in Leoben und sie sagt, es sind mindestens vier SGA – Schulgemeinschaftsausschusssitzungen pro Jahr verpflichtend und in der Realität ist es so, dass in Großteilen der Schulen es eine sehr, sehr gute Einbindung der Jugendlichen, der Schüler und Schülerinnen gibt, zusammen mit den Eltern und den Lehrern. Wir von Seiten der ÖVP sehen keinen Grund hier eine Änderung vorzunehmen. Wir weisen darauf hin, wie schon Kollege Böhmer, dass im Schulvertretungsgesetz und im Schulunterrichtsgesetz es viele Möglichkeiten gibt, dass sich Schülerinnen und Schüler hier aktiv einbringen können. Wir bilden ja hier, wir können als Gesetze ein Skelett erstellen, das sind die Rahmenbedingungen, aber wie diese Gesetze vor Ort ausgeführt werden und mit welchem Fleisch sie dann gefüllt werden, das hängt von den handelnden Personen vor Ort ab. Zu diesen handelnden Personen gehören meines Erachtens Lehrer, Pädagogen und Pädagoginnen, die schon von klein auf versuchen, die Kinder zur Mitbestimmung, zum Mitreden zu erziehen, sie einzubinden. Es gehören Direktorinnen und Direktoren dazu, die dasselbe tun. Es gehören aber auch Eltern dazu, die ihren Kindern es ermöglichen, sich nach ihren Fähigkeiten zu entwickeln und nicht nur Abbild dessen werden, was sich Eltern von ihren Kindern erwarten. Und letztlich gehören wir als Abgeordnete dazu, die ja sehr wohl die Jugendlichen einladen, eingeladen haben zu Jugendlandtagen, die sehr wohl an der Basis sind und immer wieder schauen und hören, welche die Probleme und Argumente, die Sorgen und Nöte der Schülerinnen und Schüler sind und dies nach bestem Wissen und Gewissen einbeziehen. Ich denke, Ziel von uns allen muss es sein, junge selbstbestimmte Menschen heranreifen zu lassen, die sich einbringen in die Gesellschaft, die aber auch Verantwortung übernehmen, die sich ihrer Rechte bewusst sind, aber auch ihrer Pflichten für diese Gesellschaft. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.56 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, die nächste Wortmeldung ist eine weitere Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Böhmer. Ich glaube, er ist durch vorhergehende Beiträge dazu ermuntern worden. Ich bitte dich, Herr Kollege Böhmer um deine Ausführungen.

LTAbg. Böhmer (11.56 Uhr): Danke, Herr Präsident, Herr Landesrat!

Meine Wortmeldung ist etwas kürzer, weil ich dem Kollegen, Herrn Bundesrat, in seinen Ausführungen recht geben muss. Ich stimme Ihnen zu, dass dieser Antrag ein sehr großzügig verfasster ist. Ich sage nicht „schwammig“, wie Sie gesagt haben. Er ist sehr großzügig und nicht auf die Materie oder auf den Wunsch gekommen. Sie haben selbst gesagt, es war wahrscheinlich nicht gut oder es war nicht möglich einen kräftigeren Fünf-Parteien-Antrag zu stellen. Da stimme ich Ihnen zu. Auch zu dem Entschließer kann ich nur sagen, Ja. Würde aber auch meinen, dass wir uns im Landtag Steiermark wirklich mit kräftigen, aussagekräftigen Anträgen befassen müssen. Das Zweite, muss ich schon der Kollegin Sabine Neuwirth mitgeben. (LTAbg. Lechner-Sonnek: „Jungwirth!“) Jungwirth, entschuldige.

Warum sage ich immer Neuwirth, irgendetwas hat es da bei mir. Weil du neu bist, aber jung (LTAbg. Böhmer hat diese Sätze in seinen Korrekturen komplett herausgestrichen! Bitte um Entscheidung, ob die Sätze bleiben oder nicht).

Sabine, entschuldige, ich möchte nur sagen, wenn man nahezu vier Jahrzehnte in Schulklassen steht, davon drei Jahrzehnte Klassenvorstand ist, noch dazu ein Vierteljahrhundert Personalvertreter ist, glaube ich, kann man von Schule sprechen. Ich glaube, ich darf nur sagen, nicht nur im Schulunterrichtsgesetz steht es drinnen, ich kenne viele, viele Lehrerinnen und Lehrer, Kustodinnen und Kustoden, Leiterinnen und Leiter, die tolle demokratische Arbeit außerhalb des sogenannten gewöhnlichen Unterrichts vollbringen und darf dir nur weiter auch sagen, es gibt ja auch Unterrichtsprinzipien – steht immer vor einem Lehrplan oder vor jedem Curriculum – und ein Unterrichtsprinzip ist z. B. auch die Erziehung zur Demokratie, Gemeinschaftsleben u. dgl. m. Ich sage, die erste Wahl, oder der Partizipation, wenn es nicht passt, wie du selber vielleicht weißt, ist die Wahl zu einem Schulsprecher, zu einem Klassensprecher und da kann man damit beginnen. Wenn du, so wie ich, großteils nur gute Kolleginnen und Kollegen triffst, dann geht da schon was weiter. Ich würde dir einen kleinen Tipp geben, besuche auch einmal eine Pflichtschule und nicht nur Privatschulen, wo es so gut funktioniert. Denn in Pflichtschulen funktioniert es genauso gut. Zum anderen brauche ich nicht mehr viel sagen. Ich sage nur, als Abschluss, ich habe gesagt, das SchülerInnenvertretungsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz hält diese Aufgaben fest. Darf auch sagen, als wir im Jahr 1992 diese

Charta der Kinderrechte unterschrieben haben, hat sich ja auch der Bund etwas gedacht und ich brauche nicht für den Bund eintreten, ich habe vor mir das Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jahrgang 2011, Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kinder, Artikel IV: „Jedes Kind hat das Recht auf angemessene Beteiligung und Berücksichtigung seiner Meinung in allen das Kind betreffenden Angelegenheiten in einer seinem Altern und seiner Entwicklung entsprechenden Weise.“ Ich glaube, dem trägt unser Staat in allen seinen Gremien größtenteils Rechnung. Ich danke für das Zuhören. *(Beifall bei der SPÖ – 12.00 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke auch für diese Wortmeldung. Es liegt die letzte Wortmeldung des Herrn Landesrates Schickhofer vor. Herr Landesrat, ich bitte dich um deine Ausführungen.

Landesrat Mag. Schickhofer *(12.01 Uhr)*: Ja, ich bin ja selbst als 15-Jähriger damals über ein Beteiligungsprojekt der Stadtgemeinde Weiz überhaupt in die Politik gekommen. Ich war Unterstufenschulsprecher und dann auch Schulsprecher. Das heißt, ich weiß auch, dass man im Beteiligungsprozess ständig daran arbeiten muss, Kindern wirklich auch Gehör zu verschaffen. Mir ist eines wichtig in dem Zusammenhang, das gemeinsame Engagement junge Menschen, gerade in der Steiermark, zu beteiligen haben wir, glaube ich. Wir haben in den steirischen Regionen wirklich das einzigartige System der Jugendmanagerinnen und –manager, wir haben eine ganz aktive Einbindung in den Leitbildprozess in den einzelnen Regionen. Extrem aktive steirische Gemeinden. Ich danke da auch dem Gemeindebund, dem Städtebund, die da tolle Partner in der Umsetzung sind, junge Menschen zu beteiligen. Wir haben LOGO, wir haben Beteiligung.st, d. h., die Beteiligungspolitik ist absolut zentral und nicht zuletzt haben wir den Jugendlandtag. Ich glaube, eines müssen wir ganz ehrlich einfach unterscheiden. Die formalen Regelungen, und das ist ja auch Inhalt der Bundesregierungsstellungnahme, im SchülerInnenvertretungsgesetz, im Schulunterrichtsgesetz, sind sehr umfassende. Es gibt natürlich auch die Stellungnahmerechte im Rahmen des parlamentarischen Prozesses und ich glaube, im formalen Rahmen kann man durchaus sagen, dass das, was durch die UN-Kinderrechtskonvention auch gefordert wird, in Österreich erfüllt ist. Das einzige was ich auch als Jugendlandesrat natürlich sage, und da müssen wir alle miteinander gemeinsam mit den Schuldirektorinnen und –direktoren, Lehrerinnen und Lehrern intensiv weiter arbeiten, ist das, was im formalen Rahmen vorgesehen ist, auch praktisch, aktiv beteiligend, umgesetzt wird. Das halte ich für zentral, das ist auch für mich

die Message aus dem Jugendlandtag heraus, wo wir auch Anträge zum Thema Beteiligung haben, dass wir das ernst nehmen und auch faktisch leben und umsetzen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.03 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke, Herr Landesrat. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP zwei ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der KPÖ und der Grünen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen zu TOP 2, Einl.Zahl 2547/3, betreffend „Beteiligung von SchülerInnen bei Schulreformen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Ablehnung mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über das Sonderstück, Einl.Zahl 2500/1, betreffend Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend E-Technik Hafendorf Follow-up (Einl.Zahl 1091/3, Beschluss Nr. 469).

Berichterstatterin ist Frau LTAbg. Gabriele Kolar. Ich erteile ihr das Wort.

LTAbg. Kolar *(12.04 Uhr)*: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Ausschuss "Kontrolle" hat in seiner Sitzung vom 25.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratung durchgeführt.

Der Ausschuss "Kontrolle" stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Maßnahmenbericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend E-Technik Hafendorf Follow-up (Einl.Zahl 1091/3, Beschluss Nr. 469) wird zur Kenntnis genommen. *(12.05 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher schon zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP drei ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme, fest.

Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2145/1, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Fischereigesetz 2000 geändert wird.

Berichterstatter ist Herr LTAbg. Erwin Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Erwin Gruber (12.05 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag Steiermark, geschätzte Damen und Herren!

Ich darf Bericht erstatten. Schriftlicher Bericht Ausschuss „Landwirtschaft“. Gesetz mit dem das Steiermärkische Fischereigesetz 2000 geändert wird.

Der Ausschuss "Landwirtschaft" hat in seinen Sitzungen vom 10.09.2013 und 25.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss "Landwirtschaft" stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Beiliegendes Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Ich bitte um Annahme. Danke. (12.06 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Ich danke für die Berichterstattung. Herr Abgeordneter Gruber hat sich auch zu Wort gemeldet.

LTAbg. Erwin Gruber (12.06 Uhr): Ich darf ganz kurz berichten zu den Themen, was eben die Änderungen des Steiermärkischen Fischereigesetzes 2000 betrifft. Warum gibt es hier die Gesetzesänderung? Erstens einmal gibt es eine EU-Verordnung des Rates aus dem Jahr 2007, wo die Verwendung von nicht heimischen und gebietsfremden Arten geregelt ist und wo es darum geht, eine zuständige Behörde zu benennen und einen zuständigen Beratungsausschuss, was den Besatz von diesen Arten betrifft. Dann zweitens, es geht um

eine Anpassung an das Steiermärkische Aufsichtsorganisationsgesetz, an die neue Gesetzeslage, im Speziellen in Bezug auf die Fischereiaufsicht. Da sind genau die Rechte und Pflichten eines Aufsichtsorganes geregelt, aber vor allem auch die Bestellungs voraussetzung. Und drittens, bei dieser Gesetzesänderung geht es um legislative Anpassungen und Klarstellungen, auch in Bezug auf die Digitalisierung des Fischereikatasters und auf die Datenverwaltung. Es hat dazu eben zwei Unterausschusssitzungen gegeben. Ich darf da für die rege Diskussion und Mitarbeit danke sagen und möchte jetzt im Speziellen ein paar Paragraphen herausnehmen, die für das Fischereigesetz von großer Bedeutung sind. § 1, Fischereirecht – da ist eigentlich nur die Überschrift geändert worden, aber ich möchte den Paragraphen trotzdem kurz bringen, weil er einen sehr wesentlichen Punkt beinhaltet. Es geht da im Abs. 2 darum, dass es eben ganz klar dargestellt wird, welche Rechte und Pflichten der Fischereiberechtigte in der Hege von Wassertieren hat, um den Bestand zu erhalten und wo da explizit drinnen steht: „Jeder Störung der Lebensgrundlagen ist entgegenzuwirken.“ Wenn man sich derzeit die Situation in den österreichischen, aber auch in den steirischen Gewässern anschaut, wo hier Fischräuber, im Speziellen der Reiher, der Kormoran und der Fischotter riesen Schäden machen, so müssen wir auch aufgrund dieser Gesetzespassage in Zukunft handeln und ich werde da später noch auf das Thema zurückkommen, damit wir eben jeglicher Störung der Lebensgrundlagen entsprechend entgegenzutreten. Im § 4 ist das Thema Teichwirtschaften und Fischzuchtanstalten geregelt. Explizit, dass das auf landwirtschaftliche Betriebe keine Anwendung hat. Sehr wohl aber eben hier ganz konkret geregelt, den Einsatz und die Verwendung nicht heimischer und gebietsfremder Arten in Aquakulturen. Da ist auch ganz klar festgelegt, dass eben die Bezirksverwaltung die zuständige Behörde ist, die Bezirksverwaltungsbehörde, und als beratender Ausschuss ist namhaft gemacht die Bundesanstalt für Wasserwirtschaft, weiters auch das Institut für Gewässerökologie, Fischereibiologie und Seenkunde. Kurz zum § 6, was den Besatz betrifft. Die Fischereiberechtigten haben dafür Sorge zu tragen, dass der Erhalt des natürlichen Bestandes an Wassertieren gewährleistet ist. Besatzmaßnahmen sind innerhalb von 14 Tagen der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde zu melden und es ist genau die Größe der Besatztiere, die Herkunft, die Menge, aber auch die Besatzstrecke anzugeben. Den § 8 darf ich noch besonders anführen. Die Bestellung von Fischereiaufsichtsorganen. Hier ist neu geregelt im Abs. 1, dass hier laut Bestimmungen des Steirischen Aufsichtsorganengesetz vorzugehen ist und dass hier klare Regelungen getroffen wurden. Wenn man eben vorgeschlagen wird, als Fischereiaufseher tätig zu werden, braucht es entsprechende

persönliche Voraussetzungen, es braucht fachliche Kenntnisse, es sind die Aufgabenstellungen klar geregelt und es braucht auch Fortbildungskurse, die alle fünf Jahre der Bezirksverwaltungsbehörde entsprechend nachzuweisen sind. Im § 22 ist jetzt explizit geregelt, dass es den Fischereikataster gibt und dass der auch automationsunterstützt zu führen ist. Abs. 1 sagt hier aus, dass es eine klare Regelung wiederum gibt. Die Zuständigkeit auch hier wieder in der Bezirksverwaltungsbehörde. Und wenn dieser Kataster eben entsprechend geführt wird, ist anzugeben, Ort und Nummerierung, der Eigentümer des entsprechenden Fischgewässers, die Erwerbsart, wie dieses Gewässer eben bewirtschaftet wird, die Angaben bezüglich des Nutzungsberechtigten sind zu führen, allfällige Ober- und Unterlieger sind eben namhaft zu machen, das Aufsichtsorgan ist entsprechend zu benennen, aber auch der Besatz und die Fischarten sind eben genau digital aufzunehmen. Im § 27 ist dann weiter noch geregelt, dass es Verweise zum EU-Recht gibt. Zugrunde liegt eben dieser Gesetzesänderung, noch einmal angesprochen, die Verordnung Nr. 708/2007 des Rates vom 11.06.2007, aber natürlich auch die FFH Richtlinie 1992 und geändert 2006. Also ich glaube, dieses neue Gesetz, und ich darf da wirklich allen danken, vor allem auch dem Verhandlungsleiter Kollegen Karl Lackner im Unterausschuss, schafft, glaube ich, eine gedeihliche Grundlage für die Zukunft und für die Weiterentwicklung der Fischereiinteressen in der Steiermark, aber auch insbesondere der Fischproduktion. Ich darf, weil ich noch ein bisschen Zeit habe, ein wenig noch ansprechen, was ich vorher angekündigt habe, möchte aber zuerst auf das Thema eingehen, dass Fischzucht oder Fischproduktion natürlich ein großes Chancenpotenzial in der Land- und Forstwirtschaft für Österreich, aber insbesondere für die Steiermark darstellt. Fisch ist ein wertvolles Lebensmittel, wird immer bedeutender. Wenn man zurückschaut auf das Jahr 1995, da hat der Österreicher im Durchschnitt rund fünf Kilo an Fisch verzerrt. Mittlerweile sind es fast acht Kilo pro Person und Jahr. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass Fisch eben ein extrem gesundes Lebensmittel oder fast mittlerweile Genussmittel ist. Fisch ist auch leicht verdaulich. Es gibt einen geringen Anteil an Bindegewebe. Fisch ist für den Zellaufbau enorm wichtig, weil er essenzielle Aminosäuren enthält. Der Fisch senkt das Herzinfarkttrisiko durch die Omega-3-Fettsäuren und der Fisch hat wichtige Mineralstoffe – Kalium, Eisen, Magnesium, Phosphor und Selen seien hier besonders erwähnt. Fisch ist aber auch wirtschaftlich als Standbein enorm interessant. Derzeit werden nur rund 5 % des Österreichbedarfs an Fischen in Österreich produziert. Das ist eine Zahl, die uns zu denken geben sollte und 30 % der Süßwasserfische, die in Österreich verzerrt werden, werden auch in Österreich erzeugt. Der Trend hier zur heimischen Qualität, zur

Frische, zur Regionalität, aber auch zur heimischen Wertschöpfung ist in dieser Richtung ungebrochen. Damit ist die Fischproduktion ein großer Wachstumsmarkt für Österreich, aber auch insbesondere für die Steiermark. Ich darf da vielleicht die Zahlen kurz bringen, die derzeit in der Aquakultur, das ist eben die bewirtschaftete Fischzucht, ob jetzt extensiv oder intensiv in der Bezeichnung darstellt, was derzeit produziert wird. Wir produzierten im Jahr 2012 rund 3.128 Tonnen an Speisefischen. Eine Steigerung von 7,5 %. Spitzenreiter in den Steigerungsraten sind da eben forellenartige Fische, die Regenbogen- und die Lachsforelle mit der Steigerung von 5,2 %, aber vor allem der Renner, die Bachsaiblinge, da produzieren wir derzeit rund 436 Tonnen von den 3.128 Tonnen und da haben wir eine Steigerungsrate von 8,5 %. Unterstützen tut die zukünftige Produktion auch ein ambitioniertes Ziel des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, aber auch der Landwirtschaftskammer Österreich mit dem Strategiepapier Aquakultur 2020. Hier gibt es eben das Ziel, den Selbstversorgungsgrad bei Süßwasserfischen von 30 % auf 60 % zu steigern in der Form einer qualitätsorientierten, ökologisch ausgerichteten Qualitäts- und Markenproduktion. Dazu stehen beim Europäischen Meeres- und Fischereifonds rund 6,3 Milliarden Euro an Fördermittel zur Verfügung, was letztendlich für Österreich heißt, kofinanziert ein Investitionsvolumen von rund 40 Millionen Euro, was eben die zukünftige Fischproduktion betrifft, das zur Verfügung steht. Der große Wermutstropfen ist aber eines und das möchte ich am Schluss meiner Rede kurz ausführen, dass wir in Bezug auf die Fischproduktion, sei es jetzt im Bereich der Fischerei, wo es vor allem Fließgewässer betrifft, aber auch in der Aquakultur, wo es eben bewirtschaftete Teichanlagen betrifft in der Land- und Forstwirtschaft, aber auch im privaten Bereich, da haben wir es eben mit einem großen Maß an Fischschädlingen und Fischräubern zu tun – Reiher, Kormorane, auch der Schwarzstorch oder der Fischotter und andere Arten sind hier genannt, und die haben im Prinzip keine natürlichen Feinde. Ich bin selber auch Fischzüchter und weiß was sich da in den letzten Jahren abgespielt hat. Wenn man da nicht aufmerksam ist und aufpasst, sind Teiche – ich will nicht sagen binnen Stunden - aber zumindest binnen Tagen geleert. Das ganze Stressverhalten, was sich da im Bereich der Fische abspielt, ist einfach nicht mehr tolerierbar und akzeptierbar für die Zukunft und es kann auch nicht so sein, dass man manche Arten bis ans Ende sozusagen schützt und bei anderen Arten zuschaut, wie die tagtäglich mehr der Ausrottung preisgegeben werden. Und da braucht es einen massiven Hilfeschrei. Unser Landesrat hat das Gott sei Dank schon getan, wofür ich auch recht herzlich danke sagen möchte, dass wir einfach mit Gesetzen, mit Verordnungen auch mit dem Ruf nach Brüssel,

mit entsprechenden Petitionen den Schutz der heimischen Fischbestände gewährleisten können. Dass wir auch die Erhaltung der Artenvielfalt gewährleisten können, was vor allem die Fließgewässer betrifft und dass wir alles daran setzen, dass der Erhalt des biologischen Gleichgewichtes auch in Zukunft gesichert wird. Da möchte ich wirklich alle Verantwortungsträger und –trägerinnen dazu aufrufen, dass wir da in Zukunft gemeinsame Wege beschreiten und hier einfach die richtigen Antworten für die Zukunft finden. Zum Abschluss möchte ich noch einen Abänderungsantrag einbringen. Es ist beim Gesetzestext eben ein kleiner legislativer Fehler passiert und das sollte und das ist, glaube ich, bereits eingebracht worden im System, in der vorliegenden Novelle der § 22 Abs. 3, da sollte die Zitierung richtiggestellt werden. Die lautet im Detail: BGBl. 1, Nr. 165/1999, in der Fassung BGBl. 1, Nr. 133/2009, dass das eben zu ändern ist. In dem Sinne bitte ich um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.21 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Peter Samt.

LTAbg. Samt (12.21 Uhr): Danke Frau Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

Danke, Erwin, für deinen Ausflug in die Fischereiwelt oder in die Fischwelt. Auch in die, die Fische essen, dazu gehöre ich auch, unter anderem. Ob ich acht Kilo im Jahr zusammenbringe, weiß ich jetzt nicht so genau, aber das wäre durchaus möglich. Ich bin da nicht so wie meine Tochter, wie sie klein war, die gesagt hat, ich esse jeden Fisch, aber er muss ausschauen wie Fischstäbchen. Nichts desto trotz haben wir hier mit der Änderung und der Novellierung dieses Fischereigesetzes, da gebe ich dir durchaus Recht, eine sehr gute Diskussionskultur gehabt, auch in dem Unterausschuss, und ich möchte mich einmal grundsätzlich gleich auf zwei Paragraphen, die mir nicht ganz als unwichtig erscheinen, ein bisschen einstimmen. Wir haben den § 4 Abs. 1, der vom Erwin Gruber auch erwähnt wurde, allerdings explizit ist hier schon Eines zu bemerken. Es war in der Vorlage noch die Miteinbeziehung einer Ausdehnung des Regelgegenstandes, so, wie es auch da steht, auf die Angelfischerei durch betriebsfremde Personen bei Landwirtschaftsbetrieben, vorgesehen. Dieser Absatz ist dann gestrichen worden und der Hintergrund, Erklärung, weil ich das natürlich wissen wollte, warum man das streicht, weil er ja, und das wurde auch so ausgeführt, eine Ungleichstellung dar stellt, das heißt, es ist ja tatsächlich hier, und das muss

man so beim Namen nennen, wie es ist, eine Bevorzugung der landwirtschaftlichen Betriebe, die hier vorgenommen wird, indem sie explizit aus diesem Paragraphen und aus der Regelung heraus genommen werden. Aber, und damit will ich auch dokumentieren, dass wir gegen den oftmaligen Behauptungen der Reformpartner weder kompromissbereit sind, noch gute Vorschläge einbringen, haben wir uns natürlich über das schon Gedanken gemacht und schlussendlich wurde festgestellt, nach Informationseinholungen, das gebe ich auch zu, dass es sich hier um eine Regelung handelt, die, wenn wir sie durchgezogen hätten, einen praktisch unüberschaubaren Aufwand bedeutet hätte, die praktisch nicht zu administrieren wäre, weil, man müsste dann in Wirklichkeit ein Größenkataster sämtlicher Fischteiche anlegen, die es hier in unserem Land Steiermark gibt. Es gibt auch ungleiche Regionen, es gibt in der Obersteiermark sehr viele kleine landwirtschaftliche Betriebe, kleine Teichwirtschaften von landwirtschaftlichen Betrieben, während es im Süden der Steiermark halt wieder größere gibt. Das heißt, wir haben also hier ein Problem, das zu verwalten. Das war schlussendlich der Ausgangspunkt für uns, dass wir gesagt haben, das wird kein Ausscheidungsgrund sein für uns, hier deswegen diesem Gesetz nicht zuzustimmen, weil es einfach entweder noch keine Lösung oder überhaupt keine Lösung für dieses Problem gibt, wie wohl ich glaube, wir sollten da nicht aufhören zum Nachdenken darüber. Und auch eine Änderung oder eine Ergänzung, die gewünscht war, die also auch meines Wissens nach von Seiten der Landwirtschaftskammer bzw. des Beirates gekommen ist, war das unter dem § 9 festgehaltenen, die Zweckbindung der Landesabgabe, wo da drinnen steht, dass 10 % dieser Abgabe für Fischereizucht oder Fischereiprojekte verwendet werden sollte. Auch bei unseren Gesprächen und Diskussionen im Ausschuss haben wir gehört, dass also hier der Bedarf offensichtlich nicht sehr groß ist. Das kann ich mir auch gut vorstellen, weil die Einnahmen aus dieser Abgabe werden kaum die 50.000 Euro-Grenze erreichen und davon wiederum 10 % sind also nicht so aufregend viel, dass man hier großes Interesse wecken kann oder wird. Deswegen glaube ich auch, dass wir hier auch weiterdenken sollten und hier nachdenken sollten, ob man das nicht attraktivieren kann und sollte, dass also hier mehr Betriebe auf so eine Förderung zugreifen und sich das näher anschauen, was sie damit machen könnten. Ich sage es auch gleich von dieser Stelle, wir werden hier weiter uns mit diesem Problem beschäftigen und auch entsprechende Anträge noch stellen, die wir dann gern im Ausschuss zur Diskussion stellen und ich freue mich schon darauf auf die Diskussion dort, wenn wir hier auch versuchen, für die Nutzer dieser Förderungsmittel Verbesserungsvorschläge einzubringen. Grundsätzlich ist es klar und da gehe ich jetzt auf den letzten Exkurs vom

Erwin Gruber, vom Kollegen, ein, dass wir hier natürlich auch mit Räufern beschäftigt sind, aber, und das weiß der Herr Landesrat Seitinger genauso wie die meisten anderen, dass wir hier natürlich, so wie wir hier auch EU-Recht sozusagen umsetzen, wir hier in einem hohen Maß auch von EU-Recht bezüglich des Tierschutzes umgeben sind und uns schwer, man wird vielleicht Lösungen finden, über diese Bedingnisse hinwegsetzen können. Und wenn der Fischotter geschützt ist, dann werden wir uns natürlich alle miteinander Gedanken machen können, wie wir das machen, dass der nicht unsere Fische wegfrisst, aber wir werden, um es einfach auszudrücken, jetzt auf diese Räuber, auch, wenn sich von Fischereiverbänden und dem Fischereibeirat abwärts alle dafür aussprechen, nicht auf diese Tiere losgehen können, gleich, ohne wirklich Handhabe zu haben, die uns auch rechtlich dazu dient, dass wir nicht von Brüssel eine „drüber kriegen“. Diese Möglichkeiten, wenn wir uns über gewisse Gesetzmäßigkeiten hinweg setzen, das ist ein bisschen schizophren, auf der einen Seite setzen wir laufend EU-Recht hier um und stimmen dem oft zu, ich sage es oft zähneknirschend, jetzt haben wir das Problem, dass wir hier EU-Recht oder mit EU-Recht konfrontiert sind, das natürlich andere Bereiche unseres Lebens und unserer Natur in der Steiermark beeinträchtigt. Ich gebe dir schon Recht, auf der einen Seite wirft man sozusagen Gattungen dem Fraß vor, anderen, geschützten Gattungen, aber ich glaube, da wird man halt auch miteinander sehr viel nachdenken müssen, was wir für Lösungen zusammen bringen. Schlussendlich ist es nach unserer Erkenntnis eine gute Novellierung dieses Gesetzes. Wir werden, wie ich jetzt schon gesagt habe, ein paar Anmerkungen noch dazu einbringen bzw. ein paar Änderungsanträge dann in weiterer Folge, die man dann für die nächste Novellierung diskutieren kann und sollte und wir werden daher dem Antrag bzw. auch den Abänderungsanträgen entsprechend zustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Beifall bei der FPÖ – 12.28 Uhr*)

Präsident Mag. Lackner: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich noch Herr Abgeordneter Karl Lackner.

LTAbg. Lackner (*12.28 Uhr*): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen, Kollegen, Frauen und Männer in unserem Hohen Haus!

Ich möchte nur noch kurz erwähnen, zunächst einmal danke für die gute Mitarbeit und Unterstützung im Unterausschuss unserem Reformpartner, auch der Freiheitlichen Partei zuletzt in der Beschlussfassung, auch im Erkenntnis der Tatsache, dass hier in einer Unverhältnismäßigkeit ein Änderungsansatz gewünscht wurde, der so dann eigentlich nicht

zum Tragen gekommen ist. Ich möchte insgesamt noch festhalten, dass wir in der Steiermark 24.000 Fischerkarten haben, das ist ein bisschen mehr als Jägerinnen und Jäger im Lande sind, da sind es 22.000 und dass es 1700 ermäßigte Fischerkarten gibt. Betreffend dieses Passus der landwirtschaftlichen Teile möchte ich nur noch zusätzlich auch mit einbinden, dass der Fischereiverband, der ja um diese Bestimmung bemüht war, damit auch die Weidgerechtigkeit der Fischerei im Besonderen gesehen hätte, aber ich muss dazu sagen, bei diesen gewünschten „Gastfischerkarten“ eigentlich die Qualität oder die Qualifikation betreffend der Weidgerechtigkeit keine Anwendung gefunden hätte und deshalb auch wir bemüht waren, das heraus zu nehmen. Es hat ein technisches Problem gegeben beim EDV-Kollegen, beim Erwin Gruber, ich muss deshalb diesen Abänderungsantrag von meiner Seite nochmals einbringen und bitte um Zustimmung. Es geht lediglich um die Änderung BGBl. Nr. 1, 165/1999 i.d.F. BGBl. 1, Nr. 133/2009. Ich denke, dass wir mit dieser Novelle uns allen einen guten Dienst erwiesen haben, besonders der Fischerei im gesamten Lande und nachdem ich selber ein Fischkartenbesitzer bin und fallweise der Fischerei fröne, ist es etwas, was landesweit auch in der Qualität der Nahrungsmittel des Fischessens große Zustimmung findet und ich bitte Sie um die Zustimmung zum Abänderungsantrag. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP – 12.31 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke für die nochmalige Einbringung. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Johann Seitingner.

Landesrat Seitingner *(12.31 Uhr)*: Danke, Frau geschätzte Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren in den Zuschauerreihen!

Petri Heil, sagen die Fischer als ihren Gruß und wenn man also jetzt den Ausführungen des Karl Lackner gut zugehört hat und gehört hat, dass 22.000 Fischer, oder 24.000 Fischer und 22.000 Jäger in der Steiermark ihre gute Tat vollbringen, dann hätten die Klubstatus, würden sie zusammen halten und eine Partei gründen. Also, ein schon mächtiges Bollwerk an Persönlichkeiten, die einen wichtigen Teil der Bewirtschaftung der Natur hier vornehmen. Aber ich will mich nicht auf diesen Punkt jetzt reduzieren, sondern vielmehr danke sagen für die gute Arbeit in den Unterausschüssen und in den Ausschüssen zu diesem Thema. Ich sage das deshalb sehr deutlich, weil die Fischerei doch in unserem Land eine zukünftig größere Bedeutung haben soll und wird, vorausgesetzt, wir schaffen dafür die entsprechenden

Rahmenbedingungen, die sie auch brauchen, die Fischer genauso wie die Jäger und es gibt ein altes Sprichwort, das heißt, „Biene, Fisch und Schaf, besorgen dem Herrn das Geld im Schlaf“. Dann gibt es einen kleinen Nachsatz, der heißt, „Schlafe aber nicht zu lang, sonst wird dir Angst und Bang“. Das heißt mit anderen Worten, es ist und es besteht eine Möglichkeit mit der Fischerei in der Landwirtschaft, in der Ernährungswirtschaft gutes Geld zu verdienen und wenn wir den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Gruber gelauscht haben, der das sehr gut analysiert hat, wie es derzeit aussieht mit dem Fischbestand in der Steiermark, in Österreich, wie viel wir importieren, um unseren Bedarf sozusagen hier zu decken, dann ist das nahezu ein klassischer Aufruf für die Fischerei mehr zu tun und entsprechend hier, wie gesagt, auch für den Rahmen zu sorgen, der dafür notwendig ist. Hier gibt es nun einmal, und ich will das heute nicht allzu lang ausdehnen, einiges an Ungleichgewicht in der Natur, durch die Schutzmaßnahmen, die wir im Bereich verschiedener Fischräuber hier europäisch gesetzt haben, versucht haben, da war auf Landesebene das Eine oder das Andere etwas aufzuarbeiten, aber hier gilt es, noch viel zu tun. Ich kann Ihnen sagen, ich war vor wenigen Wochen mit allen Experten der steirischen Fischerei- und Teichwirtelandschaft zusammen und parteiübergreifend, und sie sitzen hier wirklich parteiübergreifend beieinander, haben alle gesagt, Landesrat, bitte hilf uns in dieser wichtigen Frage der Reduzierung dieser Fischräuber, sonst wird kein Mensch in der Landwirtschaft oder in der Fischereiwirtschaft nur einen einzigen Cent in Zukunft investieren, wenn es uns hier nicht gelingt, im Bereich Fischotter, Kormorane, Reiher, tatsächlich auch etwas zu tun, denn die Auseinandersetzung mit anderen Schwierigkeiten, die auf uns zukommen im Bereich der Landwirtschaft und Fischereiwirtschaft, die wir zum Teil ja ohnehin auch haben durch die internationalen Einflüsse, können wir da und dort ja nicht direkt ändern, aber in diesem Bereich könnten wir etwas ändern. Und ich möchte hier wahrlich einen Aufruf machen und auch meinen Kollegen, Landesrat Dr. Kurzmann bitten, hier gemeinsam mit mir auch in Europa ein Bewegen sozusagen hier herbei zu führen, dass wir hier einen sehr sanften und aber nachhaltigen Eingriff auch im Bereich dieser Fischräuber vornehmen dürfen. Ich glaube, das ist deshalb so wichtig, weil der Fisch ein Trendnahrungsmittel der Zukunft ist, ein besonders gesundes Nahrungs- und Lebensmittel ist und hier haben wir die besten Voraussetzungen in der Steiermark mit unserem guten Wasser hier auch dieser Fischerei eine entsprechende Zukunft zu geben. Diesen Aufruf möchte ich hier noch einmal auch tun. Wir dürfen hier nicht stehen bleiben, wir müssen hier die entsprechenden Vorbereitungen treffen, um auch den europäischen und auch den nationalen

Zielsetzungen hier näher zu kommen, nämlich der Fischproduktion eine entsprechende Zukunft zu geben. Im Sinne des Anwachsens der Bevölkerung, im Sinne einer gesünderen Ernährung für unsere Menschen in unserem Lande und auch im Sinne der Möglichkeiten, die es gibt hier in der Fischerei, der Wertschöpfung für unser Land einen stärkeren Rahmen und Umfang zu geben. Das wollte ich nochmals gesagt haben. Also nochmals vielen herzlichen Dank für diesen ersten Schritt, dieses Gesetz praxisnah zu schaffen und zu bauen. Ich glaube, dass hier aber das letzte Wort noch nicht gesprochen sein kann, insbesondere wenn es eben darum geht, hier die Naturschutzfrage um die Fischräuber entsprechend zukunftsfähig zu klären. Danke vielmals. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.37 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der ÖVP, Einl.Zahl 2145/5 betreffend „Gesetz, mit dem das Steiermärkische Fischereigesetz 2000 geändert wird, hinsichtlich § 22“ ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der Grünen und KPÖ.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters in der Fassung des Abänderungsantrages zu TOP vier die Zustimmung geben, ersuche ich nun um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist wiederum die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der Grünen und KPÖ.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, darf ich die Schülerinnen und Schüler der 4.C-Klasse der HTBLVA Ortweinschule – Kunstabteilung, unter der Leitung von Herrn Dr. Walter Großhaupt, sehr herzlich begrüßen. *(Allgemeiner Beifall)*

Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2551/1, betreffend Bodenschutzbericht 2013.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Waltraud Schiffer.

LTabg. Schiffer (12.38 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler, werte Zuhörer!

Es handelt sich um einen Schriftlichen Bericht, Ausschuss „Landwirtschaft“, Einl.Zahl 2551/2. Der Ausschuss „Landwirtschaft“ hat in seiner Sitzung vom 25.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratung durchgeführt. Im Steiermärkischen Landwirtschaftlichen Bodenschutzgesetz ist festgelegt, dass die Steiermärkische Landesregierung durch Verordnung ein steiermärkisches landwirtschaftliches Bodenschutzprogramm zur Erhebung und Kontrolle des Belastungsgrades landwirtschaftlicher Böden zu erlassen hat und das Ergebnis der Untersuchung ein jährlicher Bodenschutzbericht zu erstellen und dem Landtag Steiermark zur Kenntnis zu bringen ist. Es handelt sich, der Bodenschutzbericht 2013, um den Bezirk Leoben. Der Ausschuss Landwirtschaft stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, Betreff: „Bodenschutzbericht 2013“, wird zur Kenntnis genommen. (12.39 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke der Berichterstatteerin. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Monika Kaufmann.

LTabg. Kaufmann (12.39 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Bodenschutzbericht kommt dieses Mal aus dem Bezirk Leoben, meinem Heimatbezirk. Als ich vor ca. 30 Jahren begonnen habe, als Landwirtschaftsvertreterin, kann ich mich noch sehr gut erinnern, da war rund um Donawitz eines der Hauptthemen das Waldsterben, der Saure Regen. Geschädigte Bauern und Forstwirte haben damals einen Verein gegründet. Ich kann mich noch erinnern auf eine Begehung auf der Niederung, das ist so eine Erhöhung in der Nähe von Donawitz oder genau in Donawitz. Wir haben damals den Wald begangen und ich habe bei einem Baum so über die Nadeln gestreift und die Hand war schwarz. So geschädigt waren die Wälder und brauner Rauch, schwarzer Rauch ist aufgestiegen, also es war wirklich sehr schlimm. Einer der Verursacher damals war die Schwerindustrie, nämlich die Voest-Alpine-Donawitz. Die Voest-Alpine hat damals die Zeichen der Zeit erkannt. Die Zeichen der Zeit und die Zeichen der Natur und die Voest-Alpine hat viele Millionen, ich glaube, es waren sogar Milliarden, investiert, hat Filteranlagen eingebaut und hat alles getan, was notwendig und machbar war, um Menschen und Natur zu schonen. Und heute ist Donawitz zwar kein Luftkurort, aber Wälder und Luft sind weitestgehend okay. Viele

Menschen wohnen direkt neben dieser Schwerindustrie ohne große Probleme. So gesehen war die Voest-Alpine Vorreiter in diesem Bereich und ich bin stolz auf diesen größten Arbeitgeber unseres Bezirkes, der immerhin einigen tausend Menschen Arbeit bietet, wenn man den vor- und nachgelagerten Bereich mit zählt. Es gibt, wie man diesem Bericht entnehmen kann, natürlich im Industriegebiet Altlasten. Unser gesamtes Tal, das Vordernberger Tal, ist davon betroffen. Altlasten, für die man heute niemanden mehr verantwortlich machen kann. Ich denke hier an meinen Heimatort, es waren damals in der Hochblüte 14 Radwerke in Betrieb und ziemlich genau vor 100 Jahren hat das letzte Radwerk geschlossen. Heute lässt sich in unmittelbarer Nähe von drei Radwerken noch eine ein-Meterdicke Rußlage feststellen. Unvorstellbar. Damals muss die Luft in unserem Ort durch die Radwerke, durch die Dampflokomotiven in etwa so ausgesehen haben, wie wir sie jetzt aus Bildern von Peking kennen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, vom Referat Boden – und Pflanzenanalytik der A10 wurden von 1986 bis 2006 1000 Untersuchungsstandorte in der Steiermark eingerichtet, davon 69 im Bezirk Leoben. Die Landwirtschaft spielt in unserem Bezirk eine eher untergeordnete Rolle. Nur ca. 18 % der Bezirksfläche werden landwirtschaftlich genutzt, Tendenz fallend. Wurden 1981 noch knapp 26.000 Hektar landwirtschaftlich genutzt, sind es 2011 nur mehr 20.000 Hektar. Beim Wald ist es genau umgekehrt, 72 % der Bezirksflächen sind Wald, Tendenz steigend, 1981 waren es ca. 70.000 Hektar, 2011 sind es mehr als 79.000 Hektar. Das zeigt, dass die landwirtschaftlichen Betriebe geschlossen haben und die genutzten Flächen aufgeforstet wurden. Dem Bericht kann man entnehmen, dass unsere Böden weitestgehend, und ich sage weitestgehend, in Ordnung sind. In Ordnung, was Nährstoffe, Spurenelemente und das wasserlösliche Fluor betreffen. In der Zusammenfassung wird geraten, Düngungsmaßnahmen nur entsprechend einer fachkundigen Bodenuntersuchung mit der Düngungsberatungsstelle der Landwirtschaftskammer durchzuführen. Anders sieht es bei den Schwermetallen aus. Der Bezirk Leoben weist bei allen Schwermetallen, außer Chrom, höhere Durchschnittsgehalte aus, als bei der landesweiten Bodenzustandsinventur. Als Grund oder als Gründe werden einerseits die naturgegebenen geogenen Anteile an erzreichem Gestein und andererseits Einträge aus der Schwerindustrie genannt. An 51 von 69 Standorten wurden Überschreitungen festgestellt. Dort wurden laut gesetzlicher Vorgabe auch Pflanzenproben untersucht, wobei fallweise die Orientierungswerte für Schwermetalle überschritten wurden. Da es aber zu keinen Überschreitungen der in der Futtermittelverordnung festgelegten Höchstwerte kommt, können unsere Rinder und Schafe, und was es sonst noch gibt,

unbedenklich grasen. Für Sie locker formuliert, für mich aber beruhigend. Organische Schadstoffe liegen bei 81 % der untersuchten Standorte im normalen Bereich. Die belasteten Standorte findet man meist im Einflussbereich der Donawitzer Schwerindustrie. Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich ist damit, mit diesem Bericht, die Arbeit des Referates für Boden- und Pflanzenanalytik noch lange nicht abgeschlossen. Im Bezirk Leoben nicht und auch nicht in der gesamten Steiermark. Die derzeit in Arbeit befindlichen Bodendauerbeobachtungen werden, wenn auch die zukünftige Politik es will, und dafür auch die notwendigen finanziellen Mittel bereit stellt, bis spätestens 2026 eine erstmalige Erfassung von mittelfristigen Bodenveränderungen hinsichtlich Nährstoffversorgung und Schadstoffbelastung der steirischen Böden vorliegen. Ich bedanke mich bei allen Jenen, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben, bei Jenen, die in der Natur direkt vor Ort die Proben nehmen und beobachten, was mit unseren Böden passiert und bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ – 12.46 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Waltraud Schiffer.

LTAbg. Schiffer *(12.47 Uhr):* Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Grundsätzlich gibt der Bodenschutzbericht Auskunft über die Lebensweise unserer Gesellschaft. Sie spiegelt unseren Umgang mit unseren Ressourcen und ist deshalb abhängig vom Verkehr, von der Industrie und der Besiedlungsdichte und auch von der Landwirtschaft, wobei zu beobachten ist, dass unsere Landwirte große Grundbesitzer sind. Es liegt in der Hand unserer Entscheidungsträger, wie viel Landwirtschaft wollen wir in Zukunft. Wenn wir bedenken, dass österreichweit täglich 22,4 Hektar landwirtschaftliche Fläche verbaut wird und in den vergangenen Jahren in der Steiermark 20.000 Hektar Ackerland verloren gegangen ist, das sind 26.000 Fußballplätze, zum Vergleich. In Graz-Umgebung sind in den letzten acht Jahren, Graz und Graz-Umgebung, sind in den letzten acht Jahren 35.000 Menschen zugezogen, das sind gleich viel, wie im Bezirk Murau zu Hause sind. Da sehen wir ein großes Problem. Die Weltbevölkerung steigt, das Essverhalten ist anders, wir werden viel, viel mehr Lebensmittel brauchen und das ist eine große Herausforderung für die Industrie, für die Wirtschaft, aber vor allem auch für die Landwirtschaft. Große Herausforderung haben wir noch im Bereich der Erosionen, Wind, Wasser und Verdichtungen. Unsere Böden sind wichtige Ressourcen und haben hohe Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung, aber vor

allem bei landwirtschaftlichen Produkten und nachhaltigen Rohstoffen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist es das Ziel, unsere Böden schonend und sparsam zu nützen. Nur wenn wir unsere Böden nicht überfordern, können sie auch für künftige Generationen nützlich sein und da leisten unsere Landwirtinnen und Landwirte ganz große Arbeit. Sie sind im Rahmen des ÖPUL-Programmes vorne, sie machen Ausbildung und sie nehmen an vielen, vielen Teilen der Umwelt teil. Da ist es wirklich einmal Zeit, Danke zu sagen, Danke für diese Leistung und die Bauern und Bäuerinnen, sie schützen unsere Umwelt, sie wollen die Steiermark kinder- und kindessicher machen. Sie schützen unsere Kinder, aber das ist ja auch das Thema der ÖVP. Wir wollen unsere Zukunft sicher vorantragen, wir machen unsere Steiermark enkeltauglich in jeder Hinsicht. Ja, die Frau Kollegin Kaufmann hat zum Bodenschutzbericht des Bezirkes Leoben schon sehr viel gesagt, ein relativ positiver Bericht. Sie haben ja gesagt, 69 Standorte, 273 Bodenproben wurden untersucht. Im Großen und Ganzen liegt es im Steiermark-Bereich, wie wir schon gesagt haben, die Schwermetalle sind vorrangig, aber das ist auf die Industrie zurückzuführen. Und, wie Kollegin Kaufmann schon gesagt hat, der Wald ist ein großes Thema im Bezirk Leoben, der Bezirk Leoben ist der walddreichste Bezirk der Steiermark und die Steiermark das walddreichste Bundesland von Österreich. Aber gerade der Wald hat auch eine sehr, sehr wichtige Funktion. Er ist für die Umwelt Schutz- und Erholungsfunktion. Ein Hektar Wald speichert 12 Tonnen CO₂ und als zentrales Thema ist auch die Nachhaltigkeit unseres Waldes zu betrachten. Er liefert einen umweltfreundlichen und nachhaltigen Rohstoff. Und eines muss ich noch sagen, ich bin froh, dass ich in der Steiermark leben darf und bin froh, praktizierende Landwirtin hier sein zu dürfen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.51 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Anton Kogler.

LTAbg. Kogler *(12.51 Uhr)*: Frau Präsidentin, meine Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen zum Landtag, werte Zuhörer, Zuseherinnen via Livestream und hier im Auditorium!

Auch ich möchte mich bei der Abteilung 10 für den vorliegenden Bodenschutzbericht 2013 natürlich recht herzlich bedanken. Meine Vorrednerinnen, die Kollegin Monika Kaufmann und auch die Kollegin Waltraud Schiffer, sind ja sehr detailliert auf diesen vorliegenden Bodenschutzbericht eingegangen. Kurz noch zu einigen Details der Untersuchung, im

Positiven, aber auch im Negativen zu sehen. Positiv zu sehen ist sicherlich, dass keiner der Untersuchungsstandorte als stark erosionsgefährdet eingestuft ist. Es wurden von den 69 Untersuchungsstellen des Bodenschutzprogrammes im Bezirk Leoben und nach dieser groben Abschätzung sind nur sieben Standorte mäßig erosionsgefährdet. An den restlichen 62 Untersuchungsstandorten besteht keine Gefahr einer Erosion. Weitere positive Aspekte wären noch anzuführen, der Humusgehalt aller im Bezirk untersuchten Böden ist in Ordnung, die Nährstoffbilanz der im Bezirk Leoben landwirtschaftlich genutzten Böden ist zufriedenstellend. Wie meine Vorrednerinnen auch schon erwähnt haben, „hapern“ tut es natürlich am Eintrag der Schwermetalle, da sind natürlich der geogene Anteil an erziehen Gesteinen, aber natürlich auch die Schwerindustrie dafür stark verantwortlich. Geschätzte Damen und Herren, und ich glaube, da sind wir in diesem Landhaus alle einig, zweifellos ist der Boden eine sehr, sehr wichtige Lebensgrundlage für uns alle. Hier werden Lebensmittel produziert, zudem sind Äcker und Wiesen Lebensraum für Tiere, für Pflanzen und bieten natürlich auch zahlreiche Schutzwirkungen, wie Wasserrückhalt und Wasserspeicherung. Unsere Böden dienen dem Erhalt der Biodiversität und der Kohlenstoffspeicherung und sind nicht zuletzt Lebens- und Erholungsraum für die Menschen. Das Thema „Boden“ ist ein allgegenwärtiges und natürlich steht unser Alltag im direkten Zusammenhang damit. Leider passiert der Umgang mit dem Boden häufig nicht bewusst und so ist es selbstverständlich, dass dies in der Praxis auch kaum hinterfragt wird. Bodenschutz beginnt ja schon bei der Gartenarbeit. Nicht nur Gartenbesitzer können durch Kompostierung den eigenen Boden stark verbessern und schützen. Durch die Verwendung von Kompost werden dem Boden Nährstoffe natürlich zugeführt entsprechend dem Motto „Boden sinnvoll nützen – sorgsam schützen“. Ich habe in meiner letzten Rede im Vorjahr auch zu diesem Bodenschutzbericht schon darauf aufmerksam gemacht, dass es aus meiner Sicht auch ganz, ganz wichtig wäre, bei der Bewusstseinsbildung auch in der Bildungsarbeit für den Boden bereits entsprechende Maßnahmen zu setzen. Ich bin fest überzeugt, die Kinder von heute sind Bodenschützer oder Bodenzerstörer von morgen und daher ist es so wichtig, dass wirklich die Bedeutung von Boden in der Bildungsarbeit bereits einfließt. Hier sollte aus meiner Sicht eine Kampagne gestartet werden mit dem Ziel, allen Kindern und Jugendlichen den Wert des Bodens und die Wichtigkeit des Bodenschutzes vor allem bekannt und bewusst zu machen. Nachhaltiger Bodenschutz räumt unseren nachfolgenden Generationen die Möglichkeit ein, weiterhin eine sorgsame Bedeutung und Bodennutzung zu betreiben. Die Erde ist unsere Lebensgrundlage

und das gilt nicht nur für unseren Planeten Erde, sondern ganz besonders auch für die Erde unter unseren Füßen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 12.56 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Wolfgang Böhmer.

LTabg. Böhmer (12.56 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, meine Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Jugend im Auditorium und etwas älter gewordene Jugend im Auditorium!

Ganz kurz zwei Bemerkungen. Meine Kollegin Monika Kaufmann hat sehr richtig gesagt, dass wir vor 30, 40 Jahren in der Hochsteiermark, sagen wir in der Obersteiermark, die Zeiten der Zeit erkannt haben, der damaligen Zeit der Schwerindustrie. Dieses Zeichen der Zeit hat auch die Österreichische Hagelversicherung in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem Umweltbundesamt erkannt, denn diese drei haben gemeinsam heuer erstmals einen Gemeindebodenschutzpreis ausgeschrieben. Dieser Bodenschutzpreis ist dotiert in Summe mit €10.000,--, das heißt erster Preis €5000,--, zweiter Preis €3000,-- und dritter Preis €2000,-- und Einreichen können natürlich alle Gemeinden Österreichs, leider nur mehr bis 30.04.2014, und die Verleihung der sogenannten „bodenschonendsten“ Gemeinden, der drei, findet im Rahmen des Gemeindetages, von 11. bis 13. Juni 2014 ist dieser, findet in diesem Rahmen in Oberwart statt. Warum sage ich das? Man muss es auch der Jugend sagen und uns allen bewusst machen, dass die Gemeinden durch ihre Raumordnungskompetenz letztendlich die Aufgabe haben, Boden zu vergeben, das heißt, eine richtige Zuordnung an Flächen. Letztendlich liegt dieser Bodenschutz auch in der Hand der Gemeinde. Dieses Triangel, Hagelversicherung, Gemeindebund und Umweltbundesamt, hat schon für mich zwei wichtige Punkte auch heraus geschrieben, die meine Vorrednerinnen auch bereits erwähnt haben. Die Kollegin hat erwähnt, ich habe es mir nur kurz notiert, auf das Verbauen und Versiegeln von wertvollem Acker und Grünland. Ganz klar, sie hat gesagt, 22,4 Hektar pro Tag, wenn das keine wirtschaftlichen und à la longue keine ökologischen Folgen hat, was dann? Also das müsste eigentlich Jeder und Jedem bewusst werden. Als Zweites müsste uns auch bewusst werden, dass durch den Verlust von Boden natürlich der Boden als unverzichtbarer, für mich, CO₂-Speicher, natürlich ein Klimaschutzfaktor ist. Damit komme ich bereits zu meinem zweiten Teil, Klimaschutzfaktor. Wir wissen laut Klimaschutzplan von verschiedensten Wissenschaftsberichten, dass in den nächsten Jahren bei uns in der

Steiermark, im Konkreten nenne ich die Oststeiermark, nicht mehr und nicht weniger an Regen fallen wird, die Temperatur vielleicht um ein bis zwei Grad steigen wird, aber der Regen der Zukunft Starkregen der besonderen Art sind, in kürzeren Perioden, das heißt, wir werden sehr kurze Nasszeiten, Regenzeiten haben und etwas eher längere Trockenphasen. In Summe passt aber immer wieder der Wasserstand, sage ich, auf das Jahr bezogen. Das heißt, durchschnittlich passt es immer. Und diese Starkregen, und da setze ich jetzt bei dir an, Herr Landesrat und erwarte mir deine Hilfe, diese Starkregen werden natürlich auch unsere landwirtschaftlichen Flächen, aber letztendlich auch die bebauten Flächen in Mitleidenschaft ziehen, wenn wir nicht Maßnahmen ergreifen. In diesem Bericht heute, Kollege Kogler Toni, du hast es erwähnt, 69 Standorte und wenn man sagen kann, es besteht eigentlich bei allen 69 keine Gefahr von Erosion, natürlich auch bedingt

was angebaut wird, aber wenn ich zu uns in die Oststeiermark schaue und ich habe das, Herr Landesrat, da warst du noch nicht da bei meinem ersten Klimaschutzbericht, bereits Radkersburg und Leibnitz erwähnt, wenn man bei uns in der Oststeiermark schaut, geht jährlich zigtonnenweise fruchtbarer Boden, fruchtbarer Humus durch Erosion verloren. Und ich muss sagen, gute Kritik, Herr Landesrat, kann zum Positiven führen, nämlich zum Positiven für den Boden, weil dieser fruchtbare Humus, diese Erde rinnt in einen Graben, rinnt in einen Kanal, nicht nur, dass sie diesen verstopft, nicht nur, dass der Graben und der Kanal diese Mächtigkeit an Wasser, an Schlamm nicht schaffen, sondern sie richten auch an Zivilbauten enormen Schaden an. Sehr kurzfristig und die Leute leiden dann sehr lange. Daher möchte ich ganz einfach sagen, diese Erosion müssten wir bei uns in der Oststeiermark, im Konkreten - ich war gestern wieder am Abend in der Nähe von Bad Waltersdorf bei einem Anwesen, die fürchten sich vor jedem Regenfall. Denn wenn es regnet, schießt das Wasser herunter und, ich sage es ganz flott, und über die Begrenzung drüber in den Keller hinein, natürlich beigemengt durch diesen feinen Sand, der fürchterlich schwer wieder aus dem Anwesen heraus zu bringen ist. Ich würde dich ersuchen, in diesem Sinne, Herr Landesrat, dass gerade, es steht ja so gut, man soll als Widerstand gegen Erosion, steht da, pflanzenbauliche Maßnahmen setzen, man soll Eingrünen zwischen zwei Maßsaaten, man soll landwirtschaftstechnische Maßnahmen setzen, man soll Fruchtwechselwirtschaft betreiben, das ist schon fast manchmal ein Phantasiewort, sage ich auch ganz ehrlich, (*Landesrat Seitinger: „Das ist Pflicht!“*) du sagst Pflicht, aber ich sage ganz einfach, bei uns verschwindet durch die Erosion ja nicht nur quasi die Erde, es verschwinden auch Teile von Geh-, Rad- und Wanderwegen. Das heißt, es erleidet ja auch der Steuerzahler Schaden. Ich

ersuche dich wirklich, wenn Bürger aus unserer Zivilgesellschaft bei dir anklopfen, dass man diese unterstützt, aber letztendlich dass man die Landwirte, und das soll nicht gegen die Landwirte gerichtet sein, aber dass man die Landwirte doch unterstützt und ihnen sagt, sie sollen bei leichter Hangneigung wirklich die empfohlenen Maßnahmen ergreifen und ich würde auch so weit gehen, dass man ab einer gewissen Hangneigung das Ermöglichen von Maiskulturen, und es sind nur Maiskulturen, letztendlich nicht mehr gestattet. Es kann nicht sein, dass von einem auf das andere Jahr aus einer tollen, leicht terrassierten Streuobstwiese auf einmal eine Maiskultur wird und die Leute leiden darunter. Herr Landesrat, ich poche auf deine Zuverlässigkeit, auch in der Oststeiermark und wünsche mir, dass die Erosionstätigkeit der Maiskulturen schön langsam zurückgeht. Ich danke fürs Zuhören. *(Beifall bei der SPÖ – 13.03 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke. Abschließend hat sich Herr Landesrat Johann Seitinger gemeldet.

Landesrat Seitinger *(13.04 Uhr):* Geschätzte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete, lieber Wolfgang!

Jetzt im Besonderen auf deine Anregung hin, ich kann das ja nur unterstützen, was du jetzt hier gesagt hast, weil es tatsächlich richtig ist, auf Punkt und Beistrich. Wir haben das Problem in den Steillagen mit dem Maisanbau in der Oststeiermark, insbesondere in der Region Gnas, aber auch bis ins Hartberger Land hinauf, *(LTAvg. Detlef Gruber: „Auch im Süden!“)* das wissen wir, und daher ist auch ein wichtiger Teil der neuen Fördermaßnahme im Rahmen des ÖPUL, also des Ökologischen Programmes für Umwelt in der Landwirtschaft, die Begrünung, ein wichtiger Teil auch das richtige Anlegen sozusagen von Ackerkulturen und auch ein wichtiger Teil die Beratung der Betriebe, eben um zunehmend mehr vom Anbau des Maises in Steillagen Abstand zu nehmen und andere Kulturen sozusagen hier vorzuziehen. Wir sind auch einen sehr mutigen Schritt gegangen in Richtung „Weg von Monokulturen“, das zwingt uns nicht nur in Bezug auf den Verzicht der Neonikotinoide im Maisanbau, das haben wir hier im Landtag ausführlich diskutiert, sondern es geht hier tatsächlich um die nachhaltigste und sinnvollste Maßnahme, diesen Schädling zu bekämpfen, nämlich im Rahmen der Fruchtfolge hier auch neue Wege zu gehen. Ich glaube, dass wir insgesamt, wenn wir das Gesamtpaket jetzt so anschauen, das jetzt vor uns steht und hin und wieder braucht man hier die Prinzipien „Zuckerbrot und Peitsche“, wenn ich so sagen darf,

Zuckerbrot in Form von entsprechenden Fördermaßnahmen und Unterstützungen, auch bei ratternder Natur der Landwirte und Peitsche auch so verstanden, dass man hier tatsächlich auch Verbote ausspricht und Regelungen trifft, um hier zu diesen gravierenden und sehr kostenaufwendig dann in der Wiederherstellung der Erosionen einen Gegenpart zu liefern. Das ist uns völlig klar, das ist notwendig und ich kann zum Abschluss nur sagen, es versteht dann letztlich auch der Landwirt. Der Humus und der oberste Teil sozusagen hier unseres Bodens ist ja ein ganz entscheidender Teil des Gesamtbodens, der ja letztendlich die Fruchtbarkeit der Pflanzen ganz wesentlich mit steuert und wenn wir hier mit unrichtigen Anbaumethoden, mit sozusagen Steillagenfalschbewirtschaftungen diesen Humus aufs Spiel setzen oder abschwemmen lassen, dann ist es ja auch ein Ertragsminus, das der Bauer direkt verspürt und insofern, glaube ich, hat er das letztlich auch verstanden, dass hier ein Umdenken notwendig ist. Also ich kann dich da durchaus ein wenig beruhigen, es geht auch in der neuen Förderperiode 2014-2020 in der ländlichen Entwicklung ganz primär, ganz deutlich also in die Richtung, hier gegen Erosionen ganz massiv aufzutreten. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.07 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP fünf ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich sehe die einstimmige Annahme.

Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2533/1, betreffend 7. Bericht an den Landtag Steiermark über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2014 gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Johannes Schwarz.

LTAbg. Schwarz (13.07 Uhr): Der Ausschuss Finanzen hat in seiner Sitzung vom 25.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt. Der Ausschuss Finanzen stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der 7. Bericht für das Rechnungsjahr 2014 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in den beiliegenden Listen samt Kopien der zugrunde liegenden Regierungssitzungsstücke der zuständigen Abteilung angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Rechnungsjahr 2014 in der Gesamthöhe von €908.825,- wird gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Zustimmung. (13.09 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP sechs die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der Grünen und KPÖ.

Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Verfassung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2534/1, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Vergaberechtsschutzgesetz 2012 geändert wird.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa.

LTAbg. Dr. Bachmaier-Geltewa (13.09 Uhr): Der Ausschuss „Verfassung“ hat in seiner Sitzung vom 25.02.2014 über den angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Verfassung“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Das Steiermärkische Vergaberechtsschutzgesetz 2012, welches hiermit geändert wird, möge beschlossen werden. (13.09 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke für die Berichterstattung. Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP sieben ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der KPÖ.

Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht, Einl.Zahl 2324/3, betreffend Karmeliterhof – Bautechnische Prüfung.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger. Ich darf als Berichterstatter nun Herrn Abgeordneten Peter Samt um den Bericht ersuchen.

LTAbg. Samt (13.10 Uhr): Danke, Frau Präsident!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses „Kontrolle“ zur Kenntnis betreffend Einl.Zahl 2324/3, Karmeliterhof – Bautechnische Prüfung, Landesrechnungshofbericht. Der Ausschuss „Kontrolle“ hat in seinen Sitzungen vom 04.02.2014 und 25.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Kontrolle“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungshofbericht betreffend „Karmeliterhof – Bautechnische Prüfung“ wird zur Kenntnis genommen. (13.11 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Ich danke für die Übernahme der Berichterstattung. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP acht ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die einstimmige Annahme feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft über den Antrag, Einl.Zahl 2290/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler, Dr. Werner Murgg und Ing. Sabine Jungwirth, betreffend Förderung von Frauen und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Rahmen der Wirtschaftsförderung.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Werner Murgg.

LTAbg. Dr. Murgg (13.12 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte nicht anwesende Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem Sie, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich darf den Schriftlichen Bericht Ausschuss „Wirtschaft“ betreffend „Förderung von Frauen und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Rahmen der Wirtschaftsförderung“ Ihnen zur Kenntnis bringen. Der Bericht ist im Wesentlichen bekannt, deswegen darf ich mich auf den Antrag stützen.

Der Ausschuss „Wirtschaft“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag Einl.Zahl 2290/1 der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler, Dr. Werner Murgg und Ing. Sabine Jungwirth betreffend „Förderung von Frauen und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Rahmen der Wirtschaftsförderung“ wird zur Kenntnis genommen. (13.12 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet als Erste ist die Frau Abgeordnete Ingrid Gady.

LTAbg. Gady (13.13 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Chancengleichheit ist für uns alle, und damit meine ich speziell die Frauen hier im Landtag, besser gesagt ich unterstelle uns Frauen das, kein Schlagwort, sondern ein Auftrag, den wir auf allen politischen Ebenen umsetzen. Es ist unsere Aufgabe und Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass eine echte Chancengleichheit von Männern und Frauen gewährleistet ist. Natürlich haben wir Frauen dabei uns Frauen im Blick. Bemühen uns um ein selbstbestimmtes Leben und wollen dazu Frauenpolitik in allen Politik- und Gesellschaftsbereichen einfordern und zur Entfaltung bringen. Die KPÖ fordert nun, dass Förderungsempfängerinnen der steirischen Wirtschaftsförderung gestaffelt nach Unternehmensgröße bestimmte Maßnahmen der Förderung von Frauen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie umsetzen müssen. Der 20 Punkte umfassende Katalog, beispielsweise die Umsetzung eines qualifizierten Frauenförderplanes, verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des Frauenanteiles, Einsetzung einer Frauenbeauftragten, bevorzugte Berücksichtigung von Frauen beim beruflichen Einstieg nach erfolgreichem Abschluss einer inner- oder außerbetrieblichen Bildungsmaßnahme, sollen laut KPÖ in die Wirtschaftsförderungsrichtlinien aufgenommen werden. Wirtschaft muss global agieren können. Dazu brauchen wir heute Kompetenzen, ganz andere Kompetenzen wie vor 50 Jahren. Frauen besitzen viele dieser Eigenschaften, auf die es in Zukunft ankommt, weil sie besser sozialisiert sind wie Männer. Um also wirtschaftlich agieren zu können, ist die

Gleichstellung unser Ziel. Dazu braucht es eine Änderung unserer Haltungen und keine zusätzlichen Verpflichtungen. Nach Sozialpartnereinigung wurde das Steiermärkische Wirtschaftsförderungsgesetz Anfang 2012 dahingehend novelliert, dass Förderbewerberinnen und Förderwerber verpflichtet sind, das Gleichbehandlungsgesetz einzuhalten. Die Aufgabe der steirischen Wirtschaftspolitik liegt darin, den steirischen Unternehmen bestmögliche Rahmenbedingungen für Wachstum, Beschäftigung, Investition und Innovation zu bieten. Für investitionswillige Unternehmen dürfen keine zusätzlichen Hürden eingebaut werden, zumal es ohnehin immer schwieriger wird, im Standortbewerb mithalten zu können. Vor wenigen Tagen haben wir den 103. Internationalen Frauentag gefeiert. Auch, wenn sich seit dem ersten Frauentag sicherlich vieles im Sinne von uns Frauen verändert hat, so gibt es heute noch genügend Missstände, denen wir entgegenwirken müssen. So wird das Prinzip, gleicher Lohn für gleiche Arbeit immer noch unterlaufen. Wir können diesen Tag sofort abschaffen oder sogar ersatzlos streichen, sofort, wenn Gleichberechtigung der Geschlechter herrscht, wenn jedes Individuum nach seinen persönlichen Eigenheiten und Bedürfnissen beurteilt wird, und zwar nur nach diesen. Wenn Verhaltensweisen nicht mehr männlich oder weiblich sind, wenn sie nicht mehr als männlich oder weiblich kategorisiert werden, sondern allesamt als menschlich, wenn es keine schubladisierenden Aussagen mehr gibt, wie, Buben weinen nicht, oder brave Mädchen tun das nicht, wenn es kein Bubenspielzeug und kein Mädchenspielzeug mehr gibt, sondern schlicht Spielzeug für Kinder mit unterschiedlichen Bedürfnissen, wenn es keine Frauenberufe und keine Männerberufe mehr gibt, keine gut bezahlten und keine schlecht bezahlten, sondern schlicht Berufe für Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten. Wenn es für jeden Heranwachsenden eine Vielfalt an Vorbildern gibt, in allen Bereichen des Lebens und auf allen Hierarchieebenen und wenn die Politik von Frauen nicht mehr Frauenpolitik genannt wird, sondern Gleichstellungspolitik. Wenn nicht nur Frauen Mütter werden, sondern Männer Väter, und wenn sich diese Wandlung bei beiden gleichermaßen im Berufsleben nieder schlägt, wenn gleich viele Männer wie Frauen Teilzeit arbeiten und Pflegeurlaub nehmen und wenn es gleich viele männliche wie weibliche Alleinerziehende gibt. Das erreichen wir nicht mit einem zusätzlichen Forderungskatalog, das erreichen wir nur mit einer Änderung unserer Haltung. Am Vorabend des Internationalen Frauentages wurde die Steirische Frauen- und Gleichstellungsstrategie 2020 präsentiert. (*LTA*bg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „*Frau Kollegin, haben Sie das bei den Grünen abgeschrieben? Das ist das grüne Frauenprogramm!*“) Das ist meine eigene Meinung. Die Steirische Frauen- und Gleichstellungsstrategie erachtet die Steiermärkische Landesregierung als gemeinschaftliche

Aufgabe, die einen zentralen Stellenwert für die Sicherung und die Erreichbarkeit der sozialen Gerechtigkeit hat. Damit gibt sie den Handlungsrahmen für die künftige Frauen- und Gleichstellungspolitik des Landes vor. Gleichstellung bedeutet Gerechtigkeit und Fairness. Geschlechterbezogene Diskriminierung abbauen, gleiche Teilhabe der Geschlechter in ihrer Vielfalt sicherstellen und individuelle geschlechtliche Lebensweisen von Rollenzwängen befreien. Für mich ist Gleichstellung an einer Gabelung angelangt. Es stellt sich die Frage, ob wir weitergehen wollen oder nicht. Eine Seite der Veränderung ist die Männerrolle. Dazu müsste der Männeranteil, der in Karenz geht, mindestens ein Drittel betragen, dass er als normal erachtet wird und dazu müssen wir in der Politik Anreizsysteme schaffen. Es muss erlaubt sein, dass Familie und Beruf für beide Geschlechter gleichermaßen Thema sein darf. Wenn uns diese Gleichberechtigung der Geschlechter in Fleisch und Blut übergegangen ist, dann haben wir tatsächlich Fortschritte gemacht. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.21 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Werner Murgg.

LTAbg. Dr. Murgg (13.21 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landesrat, Herr Landesrat Kurzmann, noch einmal liebe Zuhörerinnen und Zuhörer und liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ganz kurz von unserer Seite auch etwas zu diesem Antrag bzw. zur vorliegenden Beschlussvorlage, ich muss zuerst auf die Kollegin Gady kurz eingehen. Ich gebe Ihnen vollkommen Recht, was alles sein müsste, damit wir zufrieden sind, das haben Sie also sehr schön vorgetragen, nur ich muss Ihnen schon die Frage stellen, ich frage mich, warum man bei den Fischen und Ameisen und beim Baumschutz und überall eine gesetzliche Regelung braucht, nur, wenn man sagt, die Frauenrechte, *(Beifall bei der KPÖ)* da bedarf es dann angeblich nur des guten Willens und es bleibt alles im ungesetzlichen Rahmen. Ich sage Ihnen, solange wir nicht hier auch entscheidende Gesetze vorbereiten, dass eben das alles, was Sie jetzt vollkommen zu Recht eingefordert haben, auch umgesetzt werden muss, werden wir in 50 Jahren noch dort sein, wo wir heute sind. Aber unser Antrag hat ja gar nicht, sozusagen, die Gesamtarbeitswelt der Frauen im Fokus gehabt, der war ja viel bescheidener. Es ist ja bei diesem Antrag nur gegangen um Maßnahmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung, also, dass wir gesagt haben, wir haben ein paar Punkte, 20, glaube ich, waren es, aufgelistet und haben gemeint, da können wir gewisse Punkte vergeben und eine

gewisse Anzahl unserer Vorschläge müssen eben die Wirtschaftsbetriebe, wenn sie eine Wirtschaftsförderung lukrieren wollen, einhalten. Also ein ohnehin sehr bescheidener Antrag. Wir haben auch andere, schärfere Dinge im Landtag schon gefordert und auch das wird immer wieder zu fordern sein, wie verpflichtende Kindergartenplätze für Betriebe, die gesetzlichen Rahmenbedingungen überhaupt zu schaffen, da ist nicht der Landtag allein aufgerufen oder nur in sehr geringem Maße, aber Petitionen eben an den Bundesgesetzgeber zu richten, beispielsweise um das Pensionsrecht endlich einmal anders zu gestalten, dass es nicht so frauenfeindlich ist, wie es derzeit ist, Teilzeit, Flexibilisierung, all das wird man bedenken müssen, wenn es darum geht, den Frauen und vor allem auch den arbeitenden Frauen wirklich zu ihrem Recht zu verhelfen. Aber wie gesagt, bei diesem Antrag ist es uns gegangen um Maßnahmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung für Frauenbeschäftigung zu setzen. Ich sage Ihnen jetzt noch etwas, Frau Abgeordnete, Sie sind erst sehr kurz im Landtag, aber Sie werden wahrscheinlich diese Begleitbemerkungen, wie es zu diesem Antrag gekommen ist, gelesen haben und da werden Sie gesehen haben, dass das bereits in der letzten Periode von uns gestellt wurde, also vor mehr als vier Jahren, im Jahr 2010, vor der letzten Landtagswahl war es, gestellt ist er noch länger worden, aber da ist er angenommen worden. Er ist nämlich, ich glaube, es war einstimmig, ja, die Claudia nickt, wenn sie nickt, dann wird es stimmen, also er ist einstimmig im Landtag beschlossen worden. Sie waren damals noch nicht im Landtag, dann wäre es vielleicht nicht einstimmig gewesen, aber in dem alten Landtag war es einstimmig und es ist fünf oder vier Jahre einfach nichts passiert und jetzt lese ich mit Verwunderung, dass die Sozialpartner und Interessensvertretungen zusammengekommen sind und sagen, eigentlich alles ein „Holler“. Sie verzeihen also meine etwas plakative Sprechweise, der Präsident Majcen sitzt eh nicht oben, weil sonst hätte er wahrscheinlich schon wieder sein Bücherl heraus geholt, dass das hart am Ordnungsruf ist, ich passe eh auf, ich passe eh auf, aber Sie sagen eben, die Sozialpartner und Interessensvertretungen sind zu bürokratisch. Das ist gesagt worden. Wir werden im Übrigen noch bei der Arbeiterkammer und beim ÖGB nachfragen, wer bei diesem Treffen, wenn überhaupt, dabei war, weil das möchte ich mir von denen schon, also sozusagen unter vier Augen, oder von Demjenigen oder Derjenigen, die dabei war, dann bestätigen lassen, dass die auch meinen, nein, die Punkte sind eigentlich alle viel zu bürokratisch und die brauchen wir in der Form nicht umzusetzen. Ich darf ein paar, Ihnen im Übrigen, keine Angst, nicht alle 20, aber einige Highlights hier vortragen: Umsetzung eines qualifizierten Frauenförderplanes, also warum kann das nicht umgesetzt werden, oder was ist da zu bürokratisch? Oder Angebot

von Praktikumsplätzen für Mädchen und junge Frauen, insbesondere in Berufen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Also was ist da bürokratisch oder was kann da nicht umgesetzt werden? Oder Bereitstellung betrieblicher oder externer Kinderbetreuung auch für Arbeitszeiten außerhalb der Öffnungszeiten der regulären Kinderbetreuung, das ist ja sowieso d'accord, sagst du auch, lieber Kollege Hamedl, ich sehe, wie du nickst, also ich verstehe ja nicht, was da bürokratisch wäre oder nicht umgesetzt werden kann und eines sage ich noch, Vermeidung einer überproportionalen Verringerung des Frauenanteiles an der Gesamtzahl der Beschäftigten bei Personalabbaumaßnahmen. Ja, eine ganz eine wichtige Sache, dass nicht die Frauen als Erstes über die sprichwörtliche Klinge springen müssen, wenn eben hier und da größere Personalabbaumaßnahmen durchgeführt werden. Ich sage ausdrücklich nicht durchgeführt werden müssen. Darum geht es Ihnen aber gar nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ und von der ÖVP und wahrscheinlich auch Ihnen, Herr Landesrat, Sie werden ja gleich dazu was sagen. Ich wage hier zu behaupten, Ihnen geht es nämlich um ganz etwas anderes, und das ist auch die Conclusio Ihrer Stellungnahme, die darf ich nämlich noch vorlesen und das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen. Da heißt es nämlich, und so weiter, dass die Aufgabe der steirischen Wirtschaftspolitik darin liegt, den steirischen Unternehmen bestmögliche Rahmenbedingungen für Wachstum, Beschäftigung, Investitionen in Forschung und Entwicklung und Innovationen zu bieten. Also, es geht Ihnen um die bestmöglichen Verwertungsbedingungen des investierten Kapitals, die zu präsentieren und die den Betrieben zur Verfügung zu stehen, um die Frauenrechte geht es Ihnen nur solange, solange es nichts kostet. Das müssen wir endlich einmal ändern, Frau Kollegin Gady und lieber Herr Landesrat. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 13.28 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Ing. Jungwirth.

LTAbg. Ing. Jungwirth (13.29 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler auf der Zuhörerbank!

Ich bin unzufrieden, unzufrieden mit dem, was wir als Antwort bekommen haben auf den ursprünglichen Antrag. Es wird hier zwar auf der einen Seite dargestellt, dass in der Steirischen Wirtschaftsförderung sehr wohl versucht wird, über den Schlüssel des Förderprozentsatzes die Gleichstellungsziele zu erreichen, die ohnedies gesetzlich festgeschrieben sind, auf der anderen Seite finde ich es ebenso wie Sie, Herr Kollege Murgg,

schon sehr eigenartig, dass die Verhandlungen der Sozialpartner, so wie Sie sie hier dargestellt haben, zu so einem Ende führen, nämlich, dass man einfach sagt, das ist alles zu kompliziert, zu aufwändig, zu viel Verwaltungsaufwand und, und. Deswegen wollen wir das alles nicht machen, was notwendig wäre, um Frauen bessere Bedingungen im Arbeitsleben zu ermöglichen? Das finde ich sehr traurig, denn das hat genau nichts mit Gleichstellungspolitik zu tun. Und da bin ich auch schon bei dir, Ingrid Gady, du weißt, ich schätze dich sehr, weil du doch eine etwas unkonventionellere Art hast, die Politik zu betrachten in den Reihen der ÖVP, aber ich denke, in dem Fall war das nicht ganz schlüssig, was du gesagt hast. Denn du hast gesagt, Politik für Frauen sollte nicht Frauenpolitik, sondern Gleichstellungspolitik genannt werden. Ja, wahrscheinlich irgendwann einmal im Jahr 2030, 2040, 2050, hoffentlich, werden wir dort sein, aber solange wir in der Situation sind, wie es jetzt ist, da wehre ich mich dagegen und ich wehre mich dagegen, nicht Frauenpolitik, sondern nur Gleichstellungspolitik zu machen, denn, wir bewegen uns so langsam vom Fleck, es ist so, dass wir seit 100 Jahren kämpfen für die Gleichstellung der Frau und es bewegt sich so langsam. Ich möchte auf den Frauenmanagementreport in dem Zusammenhang verweisen, der gerade eben erst von der Arbeiterkammer veröffentlicht wurde, Februar 2014 ist das Datum, Helga Ahrer, du kennst ihn sicherlich, wo dargestellt wird, wie es aussieht mit den Frauen in Führungspositionen. Und zwar schaut das in Österreich so aus, dass unter den TOP 200 in der Geschäftsführung derzeit der Frauenanteil bei 5,6 % liegt. TOP 200 Unternehmungen. Die TOP 200 haben im Aufsichtsrat im Jahr 2014 13,9 % Frauenanteil. So, die Börsenunternehmen haben im Vorstand 3,1 % Frauen und im Aufsichtsrat bei den Börsenunternehmen liegen wir bei 12 % Frauen. Das ist wirklich armselig. 50 %, sogar mehr als 50 %, 51 % der Bevölkerung sind Frauen, Frauen haben mittlerweile mehr Hochschulabschlüsse als Männer in den letzten Studienjahren. Es kann doch nicht sein, dass die Frauen es nicht und nicht schaffen, in die Führungsetagen aufzusteigen und ich gebe mich nicht damit zufrieden, dass wir sagen, ja freilich können wir alles machen. Bei der Freiwilligkeit sind wir schon so lange. Mir reicht es auch nicht, wenn die Industrieellenvereinigung beispielsweise tolle Papiere produziert, wo sie des Langen und Breiten erklärt, wie wichtig es doch ist, dass auch die Frauen an die Unternehmensspitze kommen und wie wertvoll und was für ein großer Nutzen für das Unternehmen das doch ist, wenn sie sich zu guter Letzt aber immer darauf versteifen, dass alles nur freiwillig sein darf und sich nicht zu einer tatsächlich gesetzlich festgelegten oder auch im Unternehmen festgelegten Quote hinreißen lassen. Das ist mir einfach zu wenig, denn Lippenbekenntnisse

hören wir, wie gesagt, seit 100 Jahren und es bewegt sich zu wenig, es bewegt sich zu langsam. Wir brauchen andere Maßnahmen, die da tatsächlich angreifen. Ich möchte Ihnen in dem Zusammenhang etwas sagen: Ich habe diese Woche, oder vergangene Woche, ja auch anlässlich des Frauentages einen Antrag eingebracht, wo es genau um die Besetzung der Führungspositionen in den Aufsichtsräten geht, der sich bezieht auf die EU-Richtlinie, die die Kommissarin Viviane Reding, eine konservative Politikerin, in der Europäischen Union erstellen hat lassen und die in der Kommission durchgegangen ist, mittlerweile auch im Europäischen Parlament abgestimmt wurde und mit großer Mehrheit angenommen wurde. Es haben dort 459 Abgeordnete zugestimmt, 148 waren dagegen und 81 Enthaltungen. Das ist tatsächlich ein Meilenstein in der Frauenpolitik und vor allem in der Frauenwirtschaftspolitik, denn an dem Punkt waren wir noch nie und ich finde das wirklich großartig, dass es so eine große Mehrheit gegeben hat für diese Richtlinie, in der ganz klar festgeschrieben ist, dass das Ziel sein muss, bis 2020 den Anteil des unterrepräsentierten Geschlechts in den Aufsichtsräten der börsennotierten Unternehmen auf mindestens 40 % zu steigern. Das ist ein sehr mutiger Vorstoß von einer konservativen Europapolitikerin und wie gesagt, das Europäische Parlament hat zugestimmt und hat sogar noch die Richtlinie verschärft, nämlich dahingehend, welche Maßnahmen im Falle von Verstößen zu ergreifen sind. Es geht nämlich so weit, dass es bis zu Geldbußen gehen soll, es soll den Ausschluss von Vergabeverfahren geben und, ich sage Ihnen, ich finde es richtig. Ich habe Ihnen schon gesagt, warum ich es richtig finde. Es ist einfach notwendig, dass wir so vorgehen. Jetzt steht an, dass diese Richtlinie, noch als letzten Schritt, im EU-Rat diskutiert und angenommen wird. Das ist jetzt der letzte Schritt, der noch zu tun ist und da wird es die Aufgabe der Vertretung von Österreich, also unserer Regierung, sein, das dann tatsächlich auch durchzubringen, zuzustimmen und da konsequent weiter zu gehen in der Politik, die die Ministerin Heinisch-Hosek da Gott sei Dank ja auch vertritt. Ich möchte an der Stelle auch noch einen Kommentar machen zur Flexiquote, mit der letzte Woche die Ministerin Karmasin hinaus gegangen ist und die ein ÖVP-Vorschlag ist. Ich persönlich muss Ihnen sagen, ich kann mit der Flexiquote nichts anfangen, denn die Flexiquote bedeutet, dass in den Führungsetagen so besetzt werden soll, wie es sich die einzelnen Branchen ausverhandeln und da natürlich dann sich entlang tastend an dem, wie viele Frauen denn in welcher Branche arbeiten. Das bedeutet beispielsweise, dass in der Metallindustrie, wo wir ja einen sehr niedrigen Frauenanteil haben, am Ende bei der Quote, die dort festgelegt wird, mit Sicherheit auch eine ganz niedrige Quote für die Führungspersonen, für das Führungspersonal festgelegt werden wird. Bitte, da

zementieren wir ja nur den Status quo ein. Das kann es ja wohl nicht sein. Wenn wir uns nicht klar dazu bekennen, dass wir auch in diesen Berufen, wo die Frauen sowieso schon unterrepräsentiert sind, die Frauen in die Führungspositionen bekommen wollen, dann werden wir nicht vom Fleck kommen. Und deswegen ist das aus meiner Sicht kein taugliches Mittel, sondern, wir brauchen eine einheitliche Quote, denn, Sie kennen sicher das Sprichwort „der Fisch beginnt am Kopf zu stinken“, umgekehrt ist es aber auch: Das, was am Kopf oben passiert, das kann auch Positives bewirken. Deswegen ist es einfach so wichtig, dass in den Aufsichtsräten, in den Führungspositionen, die Frauen ausreichend repräsentiert sind und zwar, meiner Meinung nach, mit einer gesetzlich festgelegten Quote von mindestens 40 %.
Danke. *(Beifall bei den Grünen – 13.36 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Pichler-Jessenko.

LTabg. Mag. Pichler-Jessenko *(13.37 Uhr):*

Ich möchte jetzt wieder ein bisschen zurück, oh, Entschuldigung, zuerst sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte, ja, positiver Weise heute auch vornehmlich junge Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte wieder einmal zurück jetzt zu diesem ursprünglichen Antrag. Wir waren jetzt mitten in der Quotendiskussion. Gegangen ist es um die Wirtschaftsförderung und die verbindliche Festlegung von Auflagen für die Aufnahme bzw. die Frauenförderung. Der Herr Murgg, ich muss jetzt auf den Herrn Murgg zurückkommen, Ihr letzter Satz sozusagen gegen das Kapital hat mich sehr verwundert. Ich glaube, ohne Kapital in diesem Land wird es keine Arbeitsplätze geben und ohne Kapital wird es auch keine Frauenarbeitsplätze geben. Also ganz kann ich Ihre Argumentation hier nicht nachvollziehen. Ein Unternehmen und Investitionen werde ich nur mit Kapital, mit Geld sozusagen, gründen können und dann werde ich Arbeitnehmer anstellen können, die dann auch Arbeitsplätze haben. Also ganz komme ich da nicht mit, aber die Diskussion haben wir schon öfters gehabt. Sie nennen Ihren Antrag einen bescheidenen Antrag mit 20 Punkten. Wie ich weiß, sitzen Sie selbst im Wirtschaftsförderungsbeirat, was glauben Sie, die anderen Abgeordneten, wie viele Anträge wir da im letzten Beirat hatten auf eine Investitionsförderung eines steirischen Unternehmens, wie viele Unternehmen haben um Wirtschaftsförderung angesucht? Sie wissen es natürlich, was glauben die Anderen? Waren es 10, waren es 20 Unternehmen, die in der Steiermark

investieren, Arbeitsplätze schaffen? Es war ein Unternehmen. Wenn wir jetzt her gehen und diese bürokratischen Hürden, über die wir hier sehr oft diskutieren, es geht einerseits um die EU-Bürokratie, die es immer schwieriger macht, Wirtschaftsförderung auf europäischer Ebene abzuholen, es geht auch um die Bürokratie im Land selbst, wenn man jetzt hergeht und sozusagen diesen Auflagenkatalog an Hürden, die ein Unternehmen zuerst einmal überwinden muss, dass es überhaupt einmal zu einer Förderung kommt, wenn man das jetzt noch ein bisschen erweitert, dann, würde ich sagen, bald einmal Gute Nacht. Immerhin werden die (LTAbg. Klimt-Weithaler: „Das heißt, Sie diskriminieren lieber bis zum Ende?“) Wirtschaftsdaten - hören Sie einmal zu bis zum Ende, dann komme ich auch zur Frauenpolitik bzw. zur Wirtschaftspolitik hinsichtlich Frauen. Wenn Sie sich die Wirtschaftslage anschauen und das tut der Herr Murgg sicher auch, weil, wie gesagt, der ist meistens sehr gut informiert, dann werden auch die Andern wissen, dass gerade das erste Quartal 2013 nicht rosig aussieht. Wenn man Unternehmen befragt, bewerten nur mehr 24 % der steirischen Unternehmen ihren Auftragsbestand als gut, im Vorquartal waren es noch 41 %. Die Ertragssituation ist rapide zurückgegangen. Es gibt hier diesen Index, im Sommer 2013 waren wir noch bei 33 plus 33, laut diesem Index, im Dezember waren wir bei 14 und mittlerweile im Jänner oder bzw. jetzt im Februar liegen wir bei minus drei, was die Ertragssituation angeht. Dann sind wir wieder beim Kapital. Ertrag zu machen als Unternehmer heißt, diesen Ertrag, diesen Gewinn auch wieder zu investieren und Investition heißt auch Aufbau wieder von Arbeitsplätzen. Also ich glaube, da „beißt sich dann die Katze in den Schwanz“ und wenn ich dann hergehe und Förderungen noch schwieriger mache, dann wird es dazu führen, dass wir einfach weniger Unternehmen in der Steiermark haben. Die werden sich andere Länder suchen, wo die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bessere sind. Gut. Nun zum Thema Frauenpolitik, weil hier immer die Unternehmer als die Bösen dargestellt werden. Die Sabine hat es auch kurz gesagt, es gibt in der IV ein neues Markenbild, wo ganz speziell der Mensch im Mittelpunkt steht und hier ein eigener Teil, also ein sehr großer Bereich in dieser neuen Marke, den Frauen gewidmet ist. Es hat auch eine wirklich tolle Veranstaltung der Frau Landesrätin Vollath gegeben vor ein paar Wochen in der Alten Universität, einige Abgeordnete, ich glaube sieben Abgeordnete von uns, alles Frauen, waren dort, ich weiß nicht, ob die Frau Klimt-Weithaler, Sie habe ich, glaube ich vermisst, die Frau Jungwirth habe ich dort gesehen, da waren auch große Unternehmen am Podium, das war ein sehr gemischtes Podium, unter anderem auch der Gerstenmayer von AT&S, es war von Böhlerit jemand und es waren auch Frauen aus Führungspositionen, die dort sehr positiv ihre Geschichte erzählt

haben, nämlich, dass gerade große Unternehmen sehr viel für die Frauen tun. Ich will jetzt das eine Beispiel nennen, es war eine Dame, die war Personalleiterin, die in Karenz gegangen ist und konnte über eine geringfügige Beschäftigung gleich zu Beginn, also, nachdem sie das Kind bekommen hat, gleich nach dem Mutterschutz, sozusagen ihre Position behalten und über ein Home-Office weiter in dieser hohen Führungsposition für das Unternehmen, in dem Fall war es, glaube ich, AT&S, weiter arbeiten. Also es hat dort sicher, sage ich einmal, fünf solche Beispiele gegeben, wo es eine sehr enge Kooperation zwischen der Geschäftsführung des Unternehmens und diesen Frauen in Führungspositionen gibt. Die reden miteinander, das Unternehmen ist natürlich höchstgradig interessiert, diese hochqualifizierten Frauen zu halten. Ich glaube nicht, dass es immer nur darum geht, was schreibe ich jemandem vor, muss er eine Frau nehmen bzw., ich glaube, man muss den Unternehmen und vor allem den privaten Unternehmen überlassen, wie sie hier vorgehen. Das sind Eigentümer, die privates Risiko fahren, die ihr eigenes Geld investieren, ich selbst habe ein kleines Unternehmen, ich suche mir als Angestellte gerade wieder eine Frau, ich will keinen Mann, ich sage es hier ganz offen. In unserem kleinen Bereich passt eine Frau besser zu uns. Diese Freiheit bitteschön, die muss ich dann schon den Unternehmen überlassen. Ich muss Rahmenbedingungen ändern, da bin ich bei Ihnen, ich muss die Kinderbetreuung aufbauen, ich muss schauen, dass Frauen, gerade in Führungspositionen, die Möglichkeit haben, nicht noch um 17.00 Uhr in ein Meeting zu gehen, das dann vielleicht zwei oder drei Stunden dauert. Auch hier bitte können wir was verändern. In den nordischen Ländern hat sich sozusagen, aber auch freiwillig, dieser Usus eingebürgert, kein Meeting in der Führungsebene nach 17.00 Uhr, damit es Frauen auch mit kleinen Kindern möglich ist, daran teil zu nehmen. Also ich glaube, ich kann nur nicht alles von oben oktroyieren, zumal wir, das hätte ich jetzt fast vergessen, ja ein Bonussystem in der Wirtschaftsförderung haben. Wir haben ja Bonuspunkte. Er bekommt die Förderung und wenn er mehr tut, eben in Richtung Frauen jetzt, ich will da jetzt nicht wieder die Punkte aufzählen, dann bekommt er Bonuspunkte und bekommt ja sehr wohl ein Mehr an Förderung. Nur eine Förderung jetzt zusätzlich noch an diese bürokratische Hürde zu knüpfen, halte ich in der derzeitigen Wirtschaftssituation für absolut kontraproduktiv. Ich hoffe, ich habe jetzt auf alle repliziert, ich habe kurz, ja, Sabine, dein Thema, zu diesem Quotenthema, wie gesagt, das sehe ich trotzdem differenziert. Also da kann ich nicht mitgehen, dass man hier Zwänge vorsieht. Ich glaube einfach, vielleicht fehlt es uns Frauen auch oft an dem Selbstbewusstsein. Ich weiß schon, wir haben die Chance nicht, aber auch in diesem Fall, mir haben mehrere Unternehmen berichtet, wenn sie eine Spitzenposition ausschreiben, es gibt oft gar nicht so

viele Frauen, die sich dafür bewerben, jetzt prozentuell. (*LTabg. Klimt-Weithaler: „Was glauben Sie denn, woran das liegt?“*) Es gibt auch viele Frauen, die gerne in Teilzeit arbeiten. Also ich muss Ihnen ehrlich sagen, auf dieses Thema Teilzeit, das ist jetzt sozusagen dieses große Schreckgespenst auch vom Herrn Pesserl in den Medien gewesen, ich glaube, man sollte eine Wahlmöglichkeit zulassen. Wie meine Tochter klein war, ich habe es mir gut richten können als Selbstständige, habe ich auch nicht 40 Stunden gearbeitet, sondern habe mir meine Zeit einteilen können. Ich glaube, man muss es auch den Frauen überlassen. Also immer dieses, weiß ich nicht, wie in der Planwirtschaft, was passiert mit dem, wer muss so und so wirtschaften und handeln, also dazu bekenne ich mich nicht. In diesem Sinne hoffe ich, ja, dass wir weiterhin in der Steiermark eine gute Wirtschaftspolitik machen werden, bin mir auch dessen sicher, mit weniger Zwängen und weniger Bürokratie. Danke. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.45 Uhr*)

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dr. Christian Buchmann.

Landesrat Dr. Buchmann (*13.45 Uhr*): Sehr geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtages, liebe Zuseher und Zuhörerinnen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte auch ein paar Worte zu der Diskussion und zu diesem Antrag und zur Beschlussfassung verlieren. Ich möchte vielleicht damit beginnen, dass wir unlängst im Landtag eine sehr qualifizierte, wie ich meine, Diskussion hatten über die Situation am Arbeitsmarkt und mein Eindruck war, dass es dem Hohen Haus sehr bewusst ist, dass wir aktuell eine wirtschaftliche Situation haben, wo wir zwar ein moderates Wirtschaftswachstum haben, aber bei Weitem nicht jene Dynamik in der Wirtschaft haben, die es uns ermöglicht, Beschäftigung aufzubauen und Arbeitslosigkeit abzubauen, sondern dass wir in einer sehr, sehr angespannten Situation sind und die Frau Abgeordnete Pichler-Jessenko hat darauf hingewiesen, dass auch die Spannungsituation für unsere Unternehmungen, das betrifft die KMU's gleichermaßen wie unsere Industriebetriebe, sehr, sehr angespannt ist. Angesichts dieser wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf nationalen und internationalen Märkten ist es, glaube ich, ein Gebot der Stunde, dass wir nicht permanent neue Regulierungen aufstellen, sondern dass wir deregulieren, dass wir nicht permanent neue bürokratische Schikanen erfinden, sondern dass wir Rahmenbedingungen formulieren, die es unseren

Unternehmungen, egal welcher Größenordnung, möglich machen, Beschäftigung aufzubauen. Und dieser Beschäftigungsaufbau sollte sich dann an Damen und Herren jeweils richten und zwar nach Damen und Herren, die die entsprechenden Qualifikationen für diese Arbeitsplätze in der Wirtschaft mitbringen. Die entsprechenden Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen, die am Arbeitsmarkt gefordert sind, formulieren, die Unternehmungen entlang der Arbeitsplätze, die angeboten werden, und dann wird das Geschlecht, glaube ich, eine sekundäre Rolle spielen, sondern entscheidend ist, dass ein gewisses Know-How da ist, eine soziale Kompetenz da ist, dass Fertigkeiten da sind, dass handwerkliche Grundkenntnisse da sind, dass Managementfähigkeiten da sind, je nach der Qualifikation des jeweiligen Arbeitsplatzes. Ich bitte Sie schon sehr, dass wir gemeinsam versuchen, in diesem Sinne Rahmenbedingungen zu formulieren, die es der Wirtschaft insgesamt möglich machen, wieder zu wachsen. Mein Traum ist, das zeichnet sich für die nächsten beiden Jahre leider von den Wirtschaftsforschern her noch nicht ab, dass wir wieder ein Wirtschaftswachstum in Österreich haben jenseits der zwei Prozent, weil das würde es möglich machen, dass die Wirtschaft Arbeitslosigkeit abbaut und Beschäftigung aufbaut und dass damit eine wirtschaftliche Dynamik verbunden ist, die wir alle gemeinsam, glaube ich, anstreben. Zum Zweiten formuliert dieser Antrag zwei Ziele, wenn ich ihn richtig verstanden habe, nämlich auf der einen Seite die Gleichstellung von Männern und Frauen, und zum Zweiten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ich glaube, in diesen Zielsetzungen trennt uns Nichts, die einzige Frage ist, auf welchem Weg kann man diese Vereinbarkeit Beruf und Familie und die Gleichstellung von Männern und Frauen entsprechend vorantreiben. In der Politik gibt es im Wesentlichen zwei Handlungsansätze. Der eine Handlungsansatz ist durch Restriktionen, durch Gebote und durch Verbote zu arbeiten und der andere Handlungsansatz ist, durch Anreize, durch Stimulierung, durch die Vermittlung auch von Lust und Freude am Gestalten, entsprechende Dynamik zu entfalten. Es wird Sie nicht wundern als Jemanden, der von der Österreichischen Volkspartei kommt, dass mir der Ansatz des Gestaltens, auch der Lust am Gestalten, der Einbindung beider Geschlechter entsprechend ein Anliegen ist und dass ich nicht glaube, dass in der Restriktion das Heil zu finden ist, sondern dass ich sehr glaube, dass das durch Anreize funktionieren sollte. In diesem Sinn hat das Wirtschaftsressort auch Ihre Anfrage beantwortet, auch nach einer sehr umfassenden Konsultation der Sozialpartner. Sie haben ja auch bereits eine Anfrage an mich gerichtet, die ich gerne beantworten werde, wo Sie auch wissen wollen, welcher Sozialpartner was gesagt hat. Ich weiß nicht, ob dort ein Wortprotokoll geführt wurde bei dieser Besprechung, aber wir werden die Anfrage gemäß

unserem Kenntnisstand selbstverständlich beantworten. Dort ist auch gemeinsam mit den Sozialpartnern formuliert worden, dass wir nicht neue, bürokratische Schikanen aufbauen wollen, weil wir nicht glauben, dass das auch Frauen insbesondere dienlich ist, sondern dass wir durch Anreize arbeiten wollen. Deswegen gibt es zusätzlich, und ich glaube, dass das ein sehr, sehr positiver Ansatz ist zu bestehenden Förderinstrumenten der steirischen Wirtschaftsförderung, auch ein Modell, das ein Bonusmodell ist, das der Dr. Murgg sehr gut kennt, weil wir es in unterschiedlichen Geschäftsfeldern auch im Wirtschaftsförderungsbeirat anwenden, wo wir versuchen, dadurch erwünschtes Verhalten der Wirtschaft ganz besonders anzureizen und zu stimulieren und die ersten Erfolge stellen sich in diesem Bereich ein und ich glaube, dass das ein wesentlich zielorientierterer und sympathischerer Zugang ist, als permanent den Menschen Gebote und Verbote vorzuschreiben, was sie zu tun oder was sie zu lassen haben. Gestatten Sie mir auch eine Anmerkung zur Debatte über Quoten. Ich persönlich bin kein besonderer Anhänger von Quoten. Ich glaube, dass Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft von Menschen beiderlei Geschlechts entsprechend im Mittelpunkt auch von Auswahlverfahren in der Wirtschaft stehen und ich glaube, dass Frauen, und das erlebe ich bei Betriebsbesuchen, das erlebe ich auch bei mir in der Familie, bereit sind, ihre Leistung entsprechend einzubringen und dass Unternehmungen sehr bereit sind, Frauen entsprechend aufzunehmen in den Unternehmungen und ihnen die entsprechenden Möglichkeiten zu geben. Dutzende, um nicht zu sagen hunderte, wahrscheinlich tausende Beispiele gibt es im ganzen Land und an denen sollte man sich auch beispielhaft orientieren und nicht immer negative Felder und Fälle herbei reden. Was mir ein wesentliches Anliegen ist, ich weiß, dass das die Abgeordneten der KPÖ nicht besonders erfreut, aber wenn Sie hier ein ganzes Bündel von Maßnahmen formulieren, dann bitte ich Sie schon, dass Sie sich diese Maßnahmen, die teilweise ja vernünftig sein können, in ihrer Wirkung für die Unternehmungen anschauen. Das Ganze macht ja dann nur Sinn, wenn ich in Ihrer Arbeitslogik verhaftet wäre, was ich ausdrücklich nicht bin, wenn das Ganze dann auch wieder kontrolliert wird und mit entsprechenden Sanktionen versehen wird. Das ist ja wahrscheinlich der Gegenstand Ihres Anliegens. Was glauben Sie, welche Batterien von Erhebungsorganen hier wieder eingestellt werden müssen, welche bürokratischen Hemmnisse und Hindernisse in den Unternehmungen vorherrschend sind und damit haben die Unternehmungen nämlich nicht das zu tun, was sie eigentlich tun sollten, ihre Produkte und Dienstleistungen auf nationalen und internationalen Märkten abzusetzen, sondern sich mit bürokratischen Schikanen zu beschäftigen. *(LTAbg. Klimt-Weithaler: „Was aber in Berlin*

tadellos passiert. In Anlehnung an dieses Modell haben wir diesen Antrag gestellt!“) Liebe Frau Kollegin, warum wandern Sie dann nicht nach Berlin aus, wenn in Berlin alles besser ist? Ich sage Ihnen, dass wir in der Steiermark eine Region sind, wo wir mit einer F&E-Quote von 4,7 % zu den erfolgreichsten Regionen in Europa zählen, wir werden beim nächsten Tagesordnungspunkt darüber zu reden haben, dass dazu wesentlich beitragen die Forscherinnen und Forscher, die Entwicklerinnen und Entwickler in den Unternehmungen, da sind nämlich Frauen und Männer gleichermaßen beteiligt, überproportional sogar Frauen beteiligt, und die arbeiten nicht in Berlin, die arbeiten in der Steiermark, weil hier die Rahmenbedingungen gut sind, weil es hier dynamische Unternehmungen gibt und weil hier vieles von dem bereits gelebt wird, wovon Sie träumen. Danke für die Aufmerksamkeit.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.53 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP neun die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der Grünen und KPÖ.

Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2521/1, betreffend Forschung und Entwicklung (F&E) und Innovation am Wirtschafts- und Technologiestandort Steiermark.

Berichterstatterin ist Frau Klubobfrau MMag. Barbara Eibinger.

LTAbg. MMag. Eibinger (13.54 Uhr): Werte Kolleginnen und Kollegen!

Der Ausschuss „Wirtschaft“ hat in seiner Sitzung vom 25.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt und stellt den Antrag, dass der Bericht zur Kenntnis genommen werde. (13.54 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke für die Berichterstattung. Die Frau Berichterstatterin ist auch als Erste zu Wort gemeldet.

LTabg. MMag. Eibinger (13.54 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen!

Der Bericht über Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovation ist ein sehr erfreulicher Bericht und zwar können wir dort die Forschungs- und Entwicklungsquote von 4,7 % nachlesen. Wir hatten bisher schon einen sehr, sehr guten Wert von 4,3 %, und dieser gute Wert konnte weiter angehoben werden und wir sind damit weiterhin die klare Nummer eins in Österreich. Zum Vergleich dazu, Wien liegt bei 3,4 % und der Österreichdurchschnitt ist überhaupt nur bei 2,8 %, das heißt, die Steiermark ist hier ganz vorne dabei. Nicht nur in Österreich, sondern auch innerhalb der Europäischen Union haben wir den sehr, sehr guten zweiten Platz, in allen europäischen Regionen liegt eigentlich nur Baden-Württemberg vor uns. Diese tollen Platzierungen gehen aber nur, wenn man auch starke, steirische Unternehmen hat, die hier einen Anteil dazu beitragen und es ist tatsächlich so, dass drei Viertel aller Forschungs- und Entwicklungsausgaben von den steirischen Unternehmen getragen werden. Und, das ist auch ein sensationeller Wert, es ist so, dass ungefähr ein Viertel aller im Forschungsbereich Beschäftigten von den steirischen Unternehmen beschäftigt werden. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist auch, dass wir es in der Steiermark sehr gut schaffen, Bundes- und EU-Mittel zu lukrieren, auch hier sind wir bei den Rankings überall ganz vorne dabei und zu guter Letzt möchte ich auch als Erfolgsfaktor nennen die Kompetenzzentren, die Steiermark hat 22 von 50 österreichischen Kompetenzzentren und ist hier die klare Nummer eins. Wir haben die Bedeutung der Kompetenzzentren erst kürzlich auch bei uns im Haus diskutiert, wo ich auch darauf hinweisen konnte, welch wichtiger Faktor für den Wohlstand in unserem Lande diese Kompetenzzentren sind, wo ja Unternehmen mit Hochschulen gemeinsam Projekte umsetzen. Insgesamt ist der Bericht auch ein schönes Zeugnis dafür, dass unsere Wirtschaftsstrategie, wo wir uns ja das Motto gesetzt haben, Wachstum durch Innovation, goldrichtig ist, daher an dieser Stelle ein Dank auch an unseren Wirtschaftslandesrat und wünsche ihm auch weiterhin alles Gute. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.57 Uhr)*

Präsident Breithuber: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Franz Schleich.

LTabg. Schleich (13.57 Uhr): Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, Forschungs- und Entwicklungsbericht, wie vorher schon von der Kollegin hier gesagt, hier gibt es Gott sei Dank nur Positives und hier kann die Steiermark wirklich stolz sein, wie schon vorher erwähnt, in Europa der Regionen Zweiter zu sein und im Spitzenwert von 4,7 % eine Steigerung in den letzten zwei Jahren von 0,4 %, der Österreichschnitt ist 2,8 %, hier gab es auch nur eine Steigerung von 0,1 %, Wien liegt mit 3,4 % und Tirol, Kärnten und die anderen Bundesländer reihen sich beim Österreichschnitt dann dahinter ein. Das heißt natürlich schon, dass wir gesamt auch Investitionen getätigt haben und insgesamt wurden im Jahr 2011 1,75 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung ausgegeben, das ist eine Steigerung von 17,4 % gegenüber den letzten zwei Jahren, was aus Vergleichsjahren ist. Vor allem die steirischen Unternehmen steigerten ihren Einsatz in Forschung und Entwicklung von 19,4 %, das sind immerhin an Investitionen 1,2 Milliarden Euro. Damit wurden 72,3 % Ausgaben in der Steiermark von den Unternehmen getätigt. Das ist schon, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine enorme Summe. Die Quote in Europa im Vergleich, zweithöchste Quote innerhalb der europäischen Regionen, im Juni 2010 wirtschaftspolitische Strategie von Europa 2020, waren fünf Kernziele. Das erste Ziel war, die Quote Europa wieder erreichen bis 2020 drei Prozent. Für Österreich kann es natürlich nur höher sein, weil wir einen anderen Level haben, da sind es 3,7 % und für die Steiermark hat man sich hier das Ziel von 5 % gesetzt. Ja, Lebensstandard, Lohnniveau, Wettbewerb, Arbeitsorganisation, Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung, Bildung, Forschung, das sind sicher ganz wichtige Punkte, die dazu nötig sind, um überhaupt hier an dieser Reihe da zu stehen und natürlich hier so vorne dabei zu sein. Der Landtag hat ja hier in diesem Haus am 17. Mai 2011 die Wirtschaftsstrategie Steiermark 2020-Wachstum durch Innovation beschlossen, und wenn man vergleicht, wie viel Zentren - hat auch schon die Kollegin vorher erwähnt, dass z.B. drei der österreichweit fünf K2-Zentren alle mit Hauptsitz in der Steiermark sind, dass sieben der österreichweit 16 K1-Zentren, davon fünf mit Hauptsitz ebenfalls in der Steiermark sind und noch professioneller stehen wir da, dass 12 der österreichweit 29 K-Projekte alle mit Hauptsitz in der Steiermark sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt, das ist natürlich eine Herausforderung für die Zukunft in der Steiermark, und die weitere Stärkung und Innovationskraft für Forschung und Technologietransfers darauf ausgerichtet ist und das ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt, dass es hier vor allem auf Klein- und Mittelbetriebe, auf KMU's in die Zukunft geht, damit unsere Betriebe eine Chance haben und wir natürlich am Arbeitsmarkt für Arbeitsplätze, aber für Forschung und Technologie weiter die Nummer eins bleiben und es auf die 5 % ausbauen können, wo das Ziel hingehet. Ich danke in diesem Fall

natürlich allen Abteilungen, die hier natürlich sich sehr bemühen und Herr Landesrat, in diesem Fall kann man nur sagen, kann man natürlich auch der Regierung gratulieren. Danke.
(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.01 Uhr)

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung und die abschließende Wortmeldung Herr Landesrat Dr. Christian Buchmann. Bitte.

Landesrat Dr. Buchmann (14.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Tat ein sehr erfreulicher Bericht, den wir über den Stand, Gang und Lage der Innovation in unserem Bundesland abgeben können. Ich habe mir jetzt bei der Debatte gedacht, als ich im Jahr 2005 die Chance bekommen habe, in der Landesregierung für Wirtschaft und Innovation zuständig zu sein, habe ich mir gedacht, es wäre doch schön, wenn wir die Steiermark zu einem der innovativsten Regionen in Europa entwickeln könnten. Damals haben wir in der Steiermark auch schon auf einem sehr guten Niveau im Jahr 2005 eine Forschungs- und Entwicklungsquote von 3,6 % gehabt und trotzdem war der Ehrgeiz gemeinsam da, dass wir die Steiermark, das war unsere Vision, zur Meisterin der marktumgesetzten Innovationen machen. Und warum ist das Wort „umgesetzt“ und „Innovation“ in dem Zusammenhang wichtig? Es ist deshalb wichtig, weil gute Ideen bald jemand hat, aber der entscheidende Punkt ist, diese guten Ideen in Produkte und Dienstleistungen, in Verfahrenstechnologien, in Geschäftsmodelle, überzuführen, die dann auf Märkten auch abgesetzt werden können, weil damit Arbeitsplätze verbunden sind und zwar Arbeitsplätze von Frauen und Männern gleichermaßen und diese Arbeitsplätze in Wertschöpfung für die Steiermark münden, damit in Einkommen für die Menschen und Einkommen für die Menschen in unserem Lande. Hat ja etwas auch mit Lebensqualität zu tun und das ist aus meiner Sicht der Sinn des Wirtschaftens, dass wir unsere Lebensqualität entsprechend erhöhen und dass wir gerne in der Region in der Steiermark leben. Um diese Steigerung zu gewährleisten, was Forschung und Entwicklung betrifft, hat es große Anstrengungen gegeben und ich möchte an dieser Stelle auch der Kristina Edlinger-Ploder sehr herzlich dafür danken, dass wir es immer gemeinsam geschafft haben, die Wissenschaftsstrategie des Landes und die Wirtschaftsstrategie des Landes abzustimmen und dass wir gemeinsam das Ziel der Steigerung der F&E-Quote entsprechend zu erhöhen. Und wenn wir jetzt mit 4,7 % zu den dynamischsten Regionen im Thema der Innovation in Europa

gehören, dann ist das in erster Linie den wissenschaftlichen Einrichtungen im Lande, unseren Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu verdanken, auch Joanneum Research möchte ich in diesem Zusammenhang ansprechen. Es ist aber auch den angewandten Forschungseinrichtungen in unseren Unternehmungen zu verdanken und insbesondere den Kurs, den der Landtag Steiermark mit großer Mehrheit gemeinsam auch mit mir und mit uns gegangen ist, nämlich zu sagen, ja, auch in angespannten budgetären Zeiten wollen wir zusätzliche Mittel in das Kompetenzzentrenprogramm investieren und wir haben in der abgelaufenen Periode 100 Millionen Euro in dieses Kompetenzzentrenprogramm investiert und wir werden es in der laufenden Periode um 40 Millionen Euro aufstocken, damit wir jenes Ziel, das auch der Abgeordnete Schleich angesprochen hat, erreichen können, nämlich 5 % gemessen an der regionalen Wertschöpfung unseres Landes in Forschung und Entwicklung zu investieren, weil damit, wie gesagt, Arbeitsplätze verbunden sind und Arbeitsplätze mit dem Einkommen von Menschen zu tun hat. Ich möchte mich für die Mitwirkung an dieser gemeinsamen Zielerreichung im Vorhinein bei Ihnen bedanken, möchte mich selbstverständlich auch bei den steirischen Unternehmungen ganz besonders bedanken, weil drei Viertel der Mittel von über 1,2 Milliarden Euro werden jährlich in Forschung und Entwicklung investiert, drei Viertel dieser Mittel werden von der Industrie und der Wirtschaft gestemmt und ein Viertel entsprechend von den öffentlichen Haushalten und da ist die Steiermark, glaube ich, sehr zielgerichtet und zielbewusst unterwegs. Summa Summarum ein wirklich erfolgreicher Bericht für unser Bundesland, weil es zeigt, dass, wenn man im Denken und im Handeln Grenzen überschreitet, man auch als kleine, feine Volkswirtschaft international mit tollen Produkten innovativ erfolgreich sein kann. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.06 Uhr)*

Präsident Breithuber: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP zehn ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2535/1, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gesundheitsfondsgesetz geändert wird (1. StGFG-Novelle).

Berichterstatterin ist Frau LTAbg. Barbara Riener.

LTAbg. Riener (14.06 Uhr): Danke, Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf berichten vom Ausschuss „Gesundheit“ betreffend dem Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gesundheitsfondsgesetz geändert wird, Einl.Zahl 2535/1. Der Ausschuss „Gesundheit“ hat in seiner Sitzung vom 25.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss stellt den Antrag, diese Gesetzesnovelle zu beschließen. Ich bitte um Annahme. (14.07 Uhr)

Präsident Breithuber: Danke. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP elf ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Mehrheitlich angenommen gegen die Stimmen der Freiheitlichen, Grünen und KPÖ.

Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Umwelt über den Antrag, Einl.Zahl 2536/1, der Abgeordneten Erwin Dirnberger und Karl Petinger, betreffend Ausbau- bzw. Verfahrensstand der LB70 im Abschnitt Mooskirchen – Krottendorf.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Gruber.

LTAbg. Erwin Gruber (14.08 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses „Umwelt“, Betreff „Ausbau bzw. Verfahrensstand der LB70 im Abschnitt Mooskirchen – Krottendorf“. Der Ausschuss „Umwelt“ hat in seiner

Sitzung vom 25.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt. Die Begründung will ich jetzt nicht zur Gänze vorlesen. Ist ja jedem zugegangen.

Der Ausschuss „Umwelt“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend die Planung und die Vorbereitungen für die UVE für den notwendigen Ausbau der LB70 im Abschnitt Krottendorf – Mooskirchen (St. Johann-Köppling bis Söding) voranzutreiben und die erforderlichen finanziellen Mittel bereit zu stellen. Ich bitte um Annahme. Danke. (14.08 Uhr)

Präsident Breithuber: Danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Erwin Dirnberger.

LTAbg. Dirnberger (14.09 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich darf mich zu diesem Tagesordnungspunkt LB70, Ausbau Abschnitt Krottendorf – Mooskirchen, zu Wort melden, zumal mir dieser Abschnitt natürlich besonders am Herzen liegt. Erstens einmal, weil das das fehlende Teilstück ist, um unsere Region, den Kernraum Voitsberg, zu erschließen und zweitens natürlich, weil das unser Gemeindegebiet ganz besonders betrifft. Es heißt zwar der Abschnitt LB70 Mooskirchen – Krottendorf, aber betroffen hauptsächlich davon sind die Gemeinden St. Johann-Köppling und Söding. Historisch gesehen geht die ganze Geschichte schon auf die Mitte der 70er-Jahre zurück, wo es erste Veränderungen gegeben hat, sprich geplant waren, die dann natürlich in der Form nie umgesetzt wurden. Dann, in den 80er-Jahren hat es einmal einen Plan gegeben, wo durch das Ortsgebiet unserer Gemeinde in St. Johann ob Hohenburg ein vierspuriger Ausbau angedacht war, der dann verworfen wurde, weil es natürlich dementsprechend Widerstand gegeben hätte, da hätten müssen Häuser abgelöst werden, dementsprechende Lärmschutzwände und dgl. errichtet. Dann, 1989, ist quasi ein Neustart erfolgt, indem man fixiert hat, wir prüfen jetzt noch einmal eingehend die ganze Thematik „Ausbau LB70“, soll der Bestand ausgebaut werden, soll eine Trassenverlegung stattfinden und das ist dann in die 90er-Jahre hinein gegangen, vier Trassen wurden untersucht, Bestandsausbau, eine sogenannte Verbindungstrasse, eine Bahntrasse entlang des Bahnkörpers und eine kainachnahe Trasse. Nach einem mehrjährigen Diskussionsprozess, wo ich dann, weil ich 1990 Bürgermeister geworden bin, dann schon sehr stark involviert war, alle Grundeigentümer mehrmals mit den Planern des Landes, aber auch mit anderen Ziviltechniker besucht habe,

Informationsveranstaltungen im Kleinen, im Großen, alle zusammen, aber auch nur mit einzelnen Betroffenen der jeweiligen Trasse haben stattgefunden und zu guter Letzt ist dann im Herbst 1996 eine Trassenempfehlung von Seiten des Landes an unsere Gemeinden ergangen, die geheißen hat, man soll die bahnahe Trasse beschließen. Das ist dann im Jänner 1997 erfolgt in einer gemeinsamen Gemeinderatssitzung bei mir in der Gemeinde mit Söding und St. Johann-Köppling, den Gemeinderäten, also der beiden Gemeinden. Dieser Empfehlung wurde auch Folge geleistet, und mit der Option, dass so um 2000, 2001, 2002 Baubeginn ist, wenn alle anderen Vorfragen geklärt sind. Das hat leider nicht stattgefunden und dann ist die EU-Wasserrahmenrichtlinie gekommen, das wurde in nationales Recht umgewandelt und damals haben dann die Planer schon gemeint, dass die Trasse, die bahnahe Trasse, wie sie vorgeschlagen ist in Tieflage, in der Form nicht umsetzbar ist, weil das zur Folge gehabt hätte, dass das Grundwasser abgeleitet werden muss, und die Wasserrahmenrichtlinie sagt aus, dass das Grundwasser nicht mehr abgeleitet werden darf, sondern, es muss vor Ort zur Versickerung gebracht werden. Das ist technisch nicht machbar, alles andere, behaupten die Planer, wäre machbar gewesen. Das heißt, die Trasse ist von der Tieflage heraus gekommen, in der Zwischenzeit ist dann die Feinstaubverordnung gekommen, die Feinstaubsanierungsgebiete, unter anderem auch unsere Gemeinden sind da drinnen enthalten, das heißt, die Anrainer haben auch einen gewissen Schutz bezüglich Steigerung dieser Feinstaubwerte und das wäre jetzt in der Form, dass man die Trasse einfach anhebt auf jetziges Niveau, nicht möglich. Es müssten Einhausungen gebaut werden und das bringt natürlich mit sich, dass die Kosten explodieren. Aus diesem Grund ist dann eine weitere Untersuchung, eigentlich mehrjährige, vonstattengegangen, wo man noch einmal geprüft hat die Bahntrasse oder die kainachnahe Trasse und nach dieser mehrjährigen Diskussion zum Planungsprozess ist dann die Empfehlung von Seiten des Landes, von der zuständigen Abteilung gekommen, wir sollten eigentlich der kainachnahen Trasse Folge leisten, weil exakt entlang der Kainach die Straßenführung durchzuführen ist natürlich nicht möglich, deswegen kainachnahe Trasse, weil sie zum Einen weiter weg ist von den Wohnobjekten, von der betroffenen Wohnbevölkerung und, ein wesentlicher Faktor, und wir wissen alle, wie die finanzielle Ausstattung des Straßenbaubudgets ist, dass diese Trassenführung um ca. 9 Millionen Euro billiger wäre. Die bahnahe Trasse verursacht, damals geschätzt im Jahr 2010, um die 48 Millionen Euro und die andere Trasse wäre so auf runde 39 Millionen Euro gekommen. Dieser Empfehlung haben dann die Gemeinden, inzwischen sind es dann vier Gemeinden geworden, die davon betroffen sind, die

Marktgemeinde Ligist mit einem kleinen Teil, meine Gemeinde wiederum, St. Johann-Köppling, dann natürlich Söding und auch die Marktgemeinde Mooskirchen haben dann in einer gemeinsamen Gemeinderatssitzung, ganz exakt war es, glaube ich, der 02. August 2010, hier auch ihre Beschlüsse gefasst, dass man diese Trasse zur Umsetzung bringen soll, wobei man dazu sagen kann, dass es eigentlich rechtlich gar nicht relevant ist, ob die Gemeinden etwas beschließen oder nicht, aber natürlich, wenn ein politisches Gremium wie der Gemeinderat dem auch zustimmt, dann ist von Landes Seite angedacht, dass man das ernsthaft weiter verfolgt. An sich könnte ja das Land alleine auch die Entscheidung treffen und sagen, da planen wir eine Trasse, weil der wichtigste Ansprechpartner sind ja immer wieder die Grundeigentümer. In weiterer Folge ist natürlich bekannt gewesen, dass es jetzt zu Detailuntersuchungen kommen muss, weil ja in Folge jetzt eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig ist, eine Umweltverträglichkeitserklärung und wenn die positiv über die Bühne geht, dann kann man weitere Schritte setzen, Grundstückseinlösungsverhandlungen durchführen und Detailplanung und zu guter Letzt sollte es auch zu einem Ausbau kommen. Mit Verwunderung haben wir jetzt vernommen bei einem Zeitungsbericht, dass sich die Region nicht einig wäre und das muss ich ganz entschieden zurückweisen. Erstens haben wir in den Gemeinden immer dem Folge geleistet, was nach einem mehrjährigen Planungsprozess von Seiten der Straßenverkehrsplanungsabteilung gekommen ist, auch oft schweren Herzens, auch mit gewissen Bedenken, ob das wohl umsetzbar ist - damals schon die Tieflage mit der Grundwasserproblematik, jetzt auch, ob man das Hochwasser dementsprechend berücksichtigt hat, ist von den Planern uns mitgeteilt worden, das ist berücksichtigt. In der Zwischenzeit wissen wir, dass es nicht so richtig berücksichtigt wurde. Man muss jetzt auch dementsprechende Nachuntersuchungen durchführen. Das ist alles bekannt, aber wir haben es auch als Region, als Bezirk, kundgetan, indem wir auch dementsprechende Beschlüsse gefasst haben in den damals noch Planungsbeiräten, aber auch als Resolution im vergangenen Jahr in der Bürgermeisterkonferenz. Gestern auch noch einmal, dass wir zu dem, was das Land uns empfohlen hat, stehen und wir uns wünschen, dass das weiter vorangetrieben wird. Ich kenne jetzt die finanzielle Situation des Straßenbaubudgets, das ist mir alles sehr bewusst, da geht es jetzt aber nicht um die Millionen des Ausbaus, wir wollen einmal so weit kommen, dass wir überhaupt alle rechtlichen Voraussetzungen haben, damit dieser Ausbau getätigt werden kann. Ich kann mich noch erinnern, die ganze Problematik beim Südgürtel, wo in etwa, glaube ich, 127 Millionen Euro verbaut werden und durch gewisse Umstände, Unvorhergesehenes und so

weiter, die Kostensteigerung 15 Millionen Euro war und es musste auch aufgestellt werden und so fordern wir als Region, dass hier diese Planungsarbeiten, damit wir überhaupt zur Umweltverträglichkeitsprüfung gelangen, voran getrieben werden und nicht zum Stillstand kommen, weil hier geht es dann um 100.000, 200.000, 250.000 Euro und darum ersuchen wir eindringlich die Landesregierung, im Speziellen Sie, Herr Landesrat, dass das auch gewährleistet wird, damit auch unsere Region einen dementsprechenden tüchtigen Verkehrsträger hat, einen zweiten, der hochwertig ist und das ist unser Ersuchen und dass wir in der Region uns nicht einig wären und nicht die notwendigen Beschlüsse gefasst hätten, das muss ich entschieden zurückweisen. In diesem Sinne ersuche ich um Annahme unseres Antrages. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.19 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann.

LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann *(14.19 Uhr)*: Herr Präsident, Herr Landesrat, Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren!

Völlig richtig, viele Projekte sind in der Warteschleife, vorweg möchte ich sagen, wir werden diesem Antrag deshalb nahe treten, weil ich der Meinung bin, dass Straßenbau, Infrastrukturausbau, notwendig ist, auch für die Wirtschaft, gebe ich dir, lieber Kollege Dirnberger, recht. Grundsätzlich aber muss man natürlich betonen, wenn man durch die Steiermark fährt und sich die Landesstraßenzustandsberichte ansieht, in welchem Zeitraum diese Landesstraßen in diesem Dämmerungszustand dahintümpeln, wage ich zu bezweifeln, dass wir viele oder notwendige neue Infrastrukturprojekte in diesem Sinne auch leistbar machen können. Wie gesagt, Ausbau Infrastruktur, wichtig, keine Frage, klar ist leider, dass der Straßenbau, wenn man die letzten 10 bis 15 Jahre her nimmt, der Entwicklung Verkehr, Infrastruktur, Industrie, hintnach hinken muss, weil da ja viele Verfahren notwendig sind, um diese Dinge auch auf den Plan und auf den Punkt zu bringen. Da ist der Plan der Durchführung, die Entwicklung in der Wirtschaft und im Verkehr schneller, als die des Straßen Planens und Bauens, wobei wir auch wissen, jene, die sich mit diesem Thema auseinander setzen und intensiv diese Struktur betrachten, was es bedeutet, Straßen-, Brücken- und Verkehrswegebau zustande zu bringen, das ist etwas komplexer als andere Bauvorhaben. Die Finanzierungsmittel, wissen wir, die sind halt leider in den letzten Jahrzehnten woanders hingeflossen und nicht in den Infrastrukturbau. Südgürtel, lieber

Kollege Dirnberger, muss ich dich berichtigen, da gibt es einen Zeitablauf, dann gibt es eine Ausschreibung, gibt es ein Präliminar und dasjenige Präliminar, das der Ausschreibung zugrunde gelegt ist, wird nicht überschritten, da solltest du dir die Zahlen einmal anschauen. Es gibt auch andere Beispiele in der Steiermark, wenn ich an das Ennstal denke, jeder, der von uns durch fährt, fragt sich, was bitte hat hier die Politik in den letzten 30 Jahren gemacht. Offen gestanden nichts. Ein bürgerliches Trauerspiel in der Obersteiermark, da könnten wir noch einige dieser Dinge aufzählen die hier momentan aber zu weit führen würden. In einem gebe ich dir Recht, wer alles verteidigt, verteidigt nichts. Hat schon Hindenburg gesagt. Prioritätensetzung ist wichtig, ob, und wie diese Priorität zu setzen ist, wird der Herr Landesrat entscheiden, er wird dann eh dazu noch etwas sagen. Wichtig ist aber eines zu sehen, man kann sich nur dahin strecken, wo man hingehen kann, wenn man die notwendigen Mittel hat und ich bezweifle, dass zu diesem Zeitpunkt mit diesen nicht ausschüttenden Füllrohren diese Straßenprojekte zu realisieren sind. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ – 14.21 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung Abgeordneter Karl Petinger.

LTAbg. Petinger *(14.21 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Zuhörer!

Erwin Dirnberger hat schon sehr ausführlich in der Chronik dieser Straße geblättert, die über 30 Jahre aufliegt, und auch ganz klar und deutlich gesagt, dass das nicht stimmt, dass die Region nicht hinter der Fertigstellung und hinter dem Ausbau dieser LB70 steht. Ich habe auch ein bisschen geblättert und habe ein Protokoll aus dem Jahre 2003, aus dem damals noch vorhandenem Planungsbeirat gefunden, in welchem sich alle Institutionen, die Politik und alle dort vertretenen Persönlichkeiten schon ganz klar und deutlich für den Ausbau dieser Straße ausgesprochen haben. Ja – nein, nicht - ganz klar. Infrastruktur, wissen wir, ist ein wesentlicher Bestandteil, dass die Wirtschaft auch dementsprechend überleben kann; das ist auch ein wesentlicher Bestandteil, dass Regionen Arbeitsplätze haben und weiter erhalten können. Wir wissen alle und wir reden auch immer davon und alle haben ein klares Bekenntnis dazu, dass wir die Regionen erhalten wollen. Der wesentliche Bestandteil sind eben Arbeitsplätze in einer Region, damit auch die Menschen dort Arbeit haben, damit die Menschen dort wohnen, dafür gehört eine dementsprechende Infrastruktur dazu. Ganz wertfrei betrachtet, Herr Kollege Deutschmann - und ich hoffe nicht, Herr Landesrat, dass Sie

auch in das gleiche Horn stoßen und uns enttäuschen: Ja, es ist jahrelang zu wenig passiert bei dieser Straße; es ist noch ein Teilstück zu machen. Aber das kann nicht als Ausrede oder als Argument gelten, dass man jetzt wieder jahrelang nichts tut und wir haben auch ganz klar hier die Fakten am Tisch, dass die Schriftlichen Anfragen, die letzte im April 2013 darauf hingewiesen haben, dass wir noch im Herbst 2013 zu weiteren Schritten kommen und das formal am Tisch liegt, wie es mit dem Ausbau dieser Straße weitergeht. Ich kann mich an kein Jahr erinnern, in den letzten zehn Jahren, wo nicht Erwin Dirnberger und ich zwei, drei, vier Schriftliche Anfragen, Anträge in diesem Haus eingebracht haben, damit der Ausbau dieses Straßenstückes beschleunigt wird. Also, bitte, oder wir erwarten – sagen wir es so – ein wirklich klares Bekenntnis von Ihnen, Herr Landesrat, dass Sie uns heute sagen: „Ja, wir werden mit möglicher Raschheit alle Formalitäten, die dazu notwendig sind, um diese Straße umzusetzen, durchführen“, bis hin zu UVE, bis zu den Grundstücksverhandlungen, bis zu all den notwendigen, formalrechtlichen Dingen, die erledigt werden müssen. Bitte auch nicht - und das habe ich schon so oft gehört - die finanzielle Situation als Ausrede herzunehmen. Wir wissen um das Budget, wir wissen um das Budget im Straßenbau selbstverständlich – wir sind ja auch nicht von vorgestern – und uns ist auch bewusst, dass, wenn das ausgebaut wird, es einer besonderen finanziellen Anstrengung bedarf, dass das aus dem normalen Budgettopf nicht beglichen werden kann, sondern dass es hier zu politischen Verhandlungen kommen muss, um nun endgültig diese LB70 auszubauen. Das ist uns völlig bewusst, also bitte auch das nicht als Ausrede herzunehmen, sondern klar und deutlich uns zu sagen: Die LB70 hat oberste Priorität im steiermärkischen Straßenausbau; die LB70 wird jetzt mit allen möglichen Dingen, die man dazu braucht, vorangetrieben, um einen Rechtsstatus herzustellen. Dann werden wir und müssen wir uns über eine mögliche Finanzierung aus dem Straßenbau aus anderen Finanzierungsmitteln unterhalten. Also wir wünschen uns heute wirklich ein klares Signal von Ihnen und hoffen – und Sie haben das schon gehört – dass Sie diesen Antrag mittragen werden. Das ist uns irgendwie auch klar gewesen, klarerweise werden Sie nicht dagegen stimmen, das wäre ja nicht gut in der öffentlichen Darstellung. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ – 14.26 Uhr)*

Präsident Breithuber: Abschließend die Wortmeldung von Herrn Landesrat Dr. Kurzmann.

Landesrat Dr. Kurzmann *(14.26 Uhr):* Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Durch die Wortmeldungen der Abgeordneten sind die Erinnerungen ja wieder erweckt worden, Herr Präsident Dirnberger hat die Geschichte dieser fehlenden Straße seit den 70er-Jahren beleuchtet. Ich kann durchaus nachvollziehen, was regionale Abgeordnete sozusagen in ihren Wohnbereichen immer wieder an Interventionen erleben, weil ja die gesamte Politik immer wieder an die Situation erinnert wird: „Das ist unbefriedigend, die Situation. Warum tut ihr nichts?“ Also von meiner Seite vollstes Verständnis dafür und ich bekenne mich auch als Verkehrslandesrat zu allen Projekten, die lange vor meiner Zeit geplant worden sind und die sinnvoll sind. Ich habe das gleich eingangs in einer meiner ersten Reden gesagt, dass mir die Beschlüsse der Landesregierung, des Landtages wichtig sind und ich mir wünschte, dass alle Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Ich lebe ja auch in der Realität, wo wir allein 50 Millionen Euro Jahr für Jahr mehr bräuchten, um die Landesstraßen in Schuss zu halten – etwa auf dem gleichen Niveau wie jetzt. Also wir wissen, wo die Wünsche sind und wir kennen auch die Realitäten.

Jetzt aber zur Landesstraße 70 zwischen Mooskirchen und Krottendorf. Ich bekenne mich dazu, dass man alle rechtlichen Voraussetzungen schaffen sollte, dass dann, wenn wieder einmal Geld vorhanden ist – vielleicht in Form einer Sonderfinanzierung – man diesen Bereich auch ordentlich ausbaut. Denn die LB70 ist eine der am stärksten befahrenen Straßen im Bezirk Voitsberg. Wir haben da einen TDV von 18.000 Fahrzeugen, das bedeutet, dass dieser Bereich ein Straßeneinreichprojekt für etwa 4,5 km ein notwendiger Lückenschluss ist und allen – nicht nur die, die dort wohnen, sondern alle, die sich mit Verkehrspolitik beschäftigen – wissen, dass das notwendig sein wird. Die Grobkosten möchte ich allerdings nicht verschweigen. Je nachdem, je nach Trasse 35 bis 45 Millionen Euro, sagt mir die Verkehrsabteilung. Noch einmal: Man bräuchte, um das Projekt sofort anzugehen, eine Sonderfinanzierung, die ist in Zeiten wie diesen nur für solch wichtige Projekte wie für den Südgürtel politisch einheitlich durchführbar. Ich hoffe, dass sich die Zeiten ändern, ich hoffe, dass sich die Budgets bald zum Besseren wenden, sodass man also wirklich als Politiker nicht nur immer Vorarbeiten für den Bau leisten kann, sondern wirklich ins Bauen kommt.

Als Landesrat für die Umwelt ist mir aber der schonende Eingriff in den Naturraum der Kainach ein wichtiges Anliegen. Der Herr Präsident hat das ja auch erwähnt. Von den Gemeinden ist da die Forderung nach einer kainachnahen Trasse erhoben worden, die vernünftig ist, und es sind zwei Abteilungen des Landes – nämlich die Abteilung 14 und 16 – daran eine Lösung zu finden. Da geht es um die Interessen der Straßenbauer, aber natürlich auch um den Hochwasserschutz. Es gibt dort die Frage, die Straße müsste durch ein

sogenanntes Retentionsbecken geführt werden, befindet sich im Bereich der Trasse, und die Fragen des Hochwasserschutzes sind dort natürlich zu berücksichtigen. Es wird am 01.04. ein weiteres Gespräch geben, wo die Vertreter der Abteilungen diese Frage weiter erörtern werden. Sobald sozusagen im Bereich der Beamten hier Klarheit herrscht, was den Hochwasserschutz betrifft, wird die Weiterplanung durch die Abteilung 16 erfolgen. Sie wissen, dass ich mit dem Kollegen Seitinger in vielen anderen Bereichen auch gut zusammenarbeite und ich bin überzeugt davon, dass sich die Abteilungen da bald finden werden. Die Geldmittel für die Umweltverträglichkeitserklärung sind vorhanden und wir werden selbstverständlich auch die finanziellen Mittel für die erforderliche Planung, diese 200.000 bis 300.000 Euro, selbstverständlich zur Verfügung stellen. Ich möchte aber noch sagen, weil ein Zeitungsartikel angesprochen worden ist, ich glaube, Sie gehen nicht davon aus, dass ich dieses Interview gegeben habe oder diesen Schlusssatz irgendwie dort sozusagen unvorsichtige oder unwissende Erklärungen provoziert habe. Sondern das, was eine Mitarbeiterin meines Büros gemeint hat, was aber offensichtlich falsch angekommen ist, ist, dass, wenn alle Vorarbeiten geleistet sind, es dann einen einheitlichen politischen Willen geben müsste, um eine Sonderfinanzierung zu erreichen. Das wurde kommuniziert und wurde hier vielleicht verkürzt dargestellt. Also ich wollte den Ball nicht an die Gemeinden weiterspielen, so nach dem Motto: „Dort fehlt der einheitliche politische Wille“, weil mir klar ist, dass das ein notwendiges Anliegen der gesamten Region ist. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 14.32 Uhr)*

Präsident Breithuber: Noch einmal zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Erwin Dirnberger.

LTAbg. Dirnberger (14.32 Uhr): Geschätzte Damen und Herrn, Herr Landesrat!

Erstens einmal danke für das klare Bekenntnis zum Ausbau der LB70 und rübergekommen ist es natürlich leider anders. Natürlich können Sie sich vorstellen, wie dann der Druck sofort auf uns losbricht: „Ihr tut ja nichts, ihr wisst ja nicht, was ihr wollt“, und so weiter. Eigentlich bin ich aber deshalb herausgegangen, weil Sie in der Beantwortung jetzt gemeint haben, wir wollen die kainachnahe Trasse. Das ist schon Landesvorschlag, wir sind immer dem Land gefolgt, der Planungsvorschlag – immer nach einer eingehenden Prüfungsphase über Jahre, mit Abwägen von Vor- und Nachteilen; jede Trasse hat Vorteile, jede Trasse hat Nachteile. Also das muss ich klarstellen, es ist bei der kainachnahen Trasse uns sehr bewusst, dass wir

da in den Naturraum hineingehen, dass das auch große Schwächen hat, aber in Summe mehr Stärken und wesentlich günstiger kommt – deswegen folgen wir. Wir wissen auch, auch wenn jetzt die Planungen und Arbeiten zügig weitergehen, wird es noch Jahre dauern, bis wir so weit bis zur Umsetzung sind. Bis dorthin hoffe ich, dass wir dann auch bei der Finanzierung so weit sein können. Noch einmal: Danke für das klare Bekenntnis. *(Beifall bei der ÖVP – 14.33 Uhr)*

Präsident Breithuber: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 12 die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!
Gegen die Stimmen der Grünen und der KPÖ mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Gemeinden über den Selbstständigen Ausschussantrag gemäß § 22 GeoLT 2005, Einl.Zahl 1832/6, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Baugesetz geändert wird (Steiermärkische Baugesetznovelle 2014).

Berichterstatter ist Herr LTAbg. Ing. Gerald Schmid.

LTAbg. Ing. Schmid (14.34 Uhr): Geschätzte Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht, Ausschuss „Gemeinden“, Selbstständiger Ausschussantrag gemäß § 22 GeoLT 2005 betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Baugesetz geändert wird, Steiermärkische Baugesetznovelle 2014.

Der Unterausschuss, der zur Beratung einer Baugesetznovelle eingesetzt worden ist, hat über die ihm vorliegenden Stücke beraten. Zusätzlich wurden Anforderungen, die sich aus der Praxis der Vollziehung dieses Gesetzes durch die Gemeinden und die Landesregierung ergeben, und weitere vorliegende Anregungen im Rahmen dieser Beratungen berücksichtigt. Es erscheint dem Landtag als sinnvoll, die vorliegenden Punkte in einer Novellierung zusammenzufassen, und sie dem kostengünstigeren Bauen, Verbesserungen der Vollziehung des Gesetzes, umwelt- und energiepolitischen sowie nachbarschaftlichen Interessen dienen, und sofort noch offene Punkte im Unterausschuss für eine weitere Novellierung zügig zu

beraten. Die einzelnen Novellierungspunkte sind Ihnen entsprechend bekannt, wir werden voraussichtlich heute auch noch einmal kurz zu diesem Stück sprechen.

Der Ausschuss "Gemeinden, Wohnbau, Bau- und Raumordnung" stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Beiliegendes Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Ich danke Ihnen. (14.36 Uhr)

Präsident Breithuber: Das Mikrofon ist ausgefallen, tut mir leid. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Werner Murgg.

LTAbg. Dr. Murgg (14.37 Uhr): Danke, Herr Präsident! Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ein paar Worte von unserer Seite zur Novelle des Baugesetzes. Wir werden dieser Novelle nicht zustimmen. Wir haben versucht uns auch im Unterausschuss einzubringen, es sind unsere Vorschläge leider, ich darf fast sagen in keiner Weise berücksichtigt worden, obwohl wir einige Dinge, die jetzt novelliert werden, auch positiv sehen. Vielleicht fange ich mit denen an. Das ist einmal, ganz salopp ausgedrückt, es ist jetzt möglich, dass bei nachträglichen Lifteinbauten – ich spreche vom verdichteten Gebiet – die Abstandsgrenzen nicht eingehalten werden müssen. Das ist, glaube ich, eine vernünftige Lösung. Es ist sehr gut unserer Meinung nach, dass die Bedingungen, wann ein Lift eingebaut werden muss, bei Neubauten so bleiben wie bisher und nicht, dass man sagt, erst ab dem vierten Geschoss. Von uns wird goutiert, dass ein anderer Vorschlag jetzt in das Baugesetz Einfluss gefunden hat. Jetzt nicht unbedingt so, wie wir wollten, aber immerhin ist jetzt drinnen, dass zu den unzumutbaren oder das ortsübliche Ausmaß übersteigenden Belästigungen keinesfalls mehr Kinderlärm dazugezählt werden darf.

Aber nichts desto trotz sind die Negative dieser Novelle überwiegend und dazu haben wir Vorschläge gemacht und ich sage, denen ist samt und sonders nicht nachgekommen worden. Ich möchte zwei, drei wirklich herausgreifen. Das eine ist das mit diesen Trafo-Stationen, also das sind Stationen, die in der Nähe von Objekten aufgestellt werden, die nicht begehbar sind, aber doch eine nicht unerhebliche Größe haben und ich weiß aus Erfahrung, dass das die viele Mieterinnen und Mieter oft zum Wahnsinn treibt, vor allem wenn sie Parterre-Mieter sind und direkt die Fenster zu diesen Stationen haben. Wir sehen nicht ein, dass das nach wie vor nicht

dem Baugesetz unterliegt, d.h. dass es hier keine Parteienstellung gibt. Das Zweite, ich glaube, da werden auch die Grünen etwas sagen: Wir sehen nicht ein, dass diese leidige Geschichte mit der Schweinegülle nicht endlich so geregelt wird, dass auch hier eine verpflichtende Abdeckung vorgeschrieben wird. Also das kann mir niemand erzählen, dass man damit, wenn man solche Abdeckungen vorschreibt, die Schweinebauern in den Ruin treiben würde. Vielleicht kann dann von der ÖVP jemand sagen, was eigentlich so eine Abdeckung kostet, denn ich glaube, das sind ja Bagatellbeträge und da geht es eher von der Seite der Landwirtschaft um einen Justament-Standpunkt. Ganz wesentlich, und das hat eigentlich für uns das Fass zum Überlaufen gebracht, ist ein Punkt, wo es um die Werbetafeln geht. Sie wissen wahrscheinlich - vermutlich ja - alle von Ihnen werden es wissen, die Stadtgemeinde Graz hat einen einstimmigen Beschluss gefasst, dass auch außerhalb der Ortsbildschutzzone die leidige Geschichte mit den überhandnehmenden Werbetafeln eingebremst werden sollte. Es hätte so eine Bestimmung in das Baugesetz hineinkommen sollen, da war schon ein Vorschlag vorhanden, dann haben wir gehört: „Ja, die Wirtschaftskammer ist dagegen.“ Plötzlich hat es geheißen: „Nein, das kommt weg!“ Ich sage, Graz betrifft es in erster Linie und der Grazer Gemeinderat hat sich einstimmig dafür ausgesprochen. Das hat für uns letztlich wirklich den Ausschlag gegeben, dass wir dieser Novelle nicht zustimmen werden. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 14.41 Uhr)*

Präsident Breithuber: Pardon, mein Mikro ist ausgefallen. Nächste Wortmeldung ist von Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (14.41 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren!

Novelle Steiermärkisches Baugesetz 2014, lassen Sie mich ein paar Rahmen umreißen, damit wir wissen, wovon wir sprechen. Leistbares Wohnen war ein Thema, Entfall der Notkaminverpflichtung – ich sage das jetzt im positiven Sinne, die Abstellanlagen für Fahrräder können auch mittels einer Rollhilfe erreichbar sein, freier Bau, Verpflichtungsüberdachung von Fahrradabstellplätzen wurde von derzeit mehr als fünf auf mehr als zehn hinaufgesetzt, auch hier haben wir eine Erleichterung erkannt. Die gesetzliche Verankerung der Zumutbarkeit von Kinderlärm, die Herr Dr. Murgg bereits angesprochen hat, wurde aufgenommen, wobei ich hier – es gibt einen eigenen Tagesordnungspunkt – noch sagen muss, es ist ein trauriger, aber offensichtlich notwendiger Zugang, dass das hier

thematisiert werden muss, dass wir schon so weit sind, dass wir Kinderlärm im Gesetz verankern müssen. Geschätzte Damen und Herren, quo vadis? Die Berücksichtigung der Elektromobilität wurde aufgenommen, die Klarstellung der Erleichterung des Vollzuges, Verfahrensvereinfachungen in vielerlei Hinsicht, die Türnummernregelung beim Projekt, die Kennzeichnungspflicht und gewisse legistische Anpassungen. Im Wesentlichen, geschätzte Damen und Herren, ist diese bestimmende oder zu bestimmende Baugesetznovelle in den meisten Bereichen – sie wurde und wird von uns mitgetragen – als ein positiver Schritt zu sehen. Klarstellungen, Vereinfachungen sind vor allem in der komplexen Materie Baugesetz notwendig, um in der Praxis rascheres und vor allem flexionsfreieres Handeln zu sichern. Die Bauwirtschaft - und das sei bitte betont und nicht zu unterschätzen - ist und bleibt ein wesentlicher Faktor in der Wirtschaft und ist ein Motor. Diesem Motor, diesem Wirtschaftsflügel muss man unbedingt Erleichterungen zuerkennen, denn das Baugesetz ist kompliziert genug. Umso notwendiger sind alle Erleichterungen und vor allem die Klarstellungen, die in dieser Novelle auch gemacht wurden. Einiges oder vieles ist gemeinsam umgesetzt worden oder ist im Begriffe umgesetzt zu werden, anderes ist leider irgendwo stecken geblieben, was leider so typisch für die Kompliziertheit und Klientelhaftigkeit der Reformpartnerschaft ist. Seit geraumer Zeit wird über das Thema „Leistbares Wohnen“ gesprochen und wir haben hier im Landtag schon viel leistbares Wohnen debattiert, geschätzte Damen und Herren. Arbeitsgruppen – schade, dass Herr Landesrat Seitinger nicht da ist –, Taskforces und mehr haben getagt, um hier etwas mehr hinsichtlich der Erleichterungen ins Baugesetz übernehmen zu können. Auch im Wohnbauförderungsbeirat wurde viel und inhaltlich diskutiert, aber eben nur diskutiert. Denn die wirklich wichtigen und in der Praxis notwendigen Veränderungen sind am halben Wege stecken geblieben – leider, wie so oft. Da stellt man sich schon die Frage, wo bleibt denn der Reformwille? Fehlt der Mut? Ein politisches Geplänkel der Sonderklasse? Geschätzte Damen und Herren, denn gerade in diesem Bereich hier stehen zu bleiben - ich komme noch dazu - ist traurig. Als die eine Reformhälfte, so sehe ich es einmal, über die Medien sich auf die Brust klopfte, was jetzt im geförderten Wohnbau nicht alles passieren wird und offensichtlich den anderen Wohnbaupartner darüber nicht informierte, war der Verdruss klarerweise vorprogrammiert. Im Wohnbauförderungsbeirat, wo ich das Thema aufwarf, weil die Vorsitzende, die Kollegin Witt, sollte Vertrauen haben, die Dinge werden selbstverständlich – ich rede jetzt von der Personenaufzugsproblematik – übernommen oder auch behandelt. Fakt war, dass im Unterausschuss der Passus „Baugesetznovelle“ fiel. Das wäre wirklich ein Punkt

gewesen, der wirklich eine Erleichterung vor allem für den Bereich „leistbares Wohnen“ gewesen wäre. (*LTA*bg. Mag. Pichler-Jessenko: „Aber der wird ja noch weiter verhandelt!“) Ich bin gleich fertig. Ein frommer Wunsch, nichts dergleichen ist geschehen. (*LTA*bg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Da siehst du, wie man der ÖVP vertrauen kann!“) Eben in Sachen „Personenaufzug“ ist man stecken geblieben. Auch wenn weiter debattiert wird klarerweise, davon gehe ich jetzt einmal aus. Eines ist aber klar: Wir setzen uns zusammen mit guten Ideen, die Zeit läuft uns davon, alle Bauträger wissen, dass „leistbares Wohnen“ nur mit ganz klaren Randbedingungen erfahren werden kann. So, wenn ihr gewisse Punkte weglasst, weil es gerade nicht in den Kram passt, werden wir dieses Ziel nicht erreichen. Graduiere keine Reform, sondern billiger Abtausch, geschätzte Damen und Herren. So werden wir diese Reformen im Wohnbau und im leistbaren Wohnen nicht machen können. Wenn man sich eben nur halbherzig zu diesem wichtigen Thema bekennt, dann passiert eben nichts. Vielleicht ist aber diese notwendige Anpassung des Baugesetzes der ebenso notwendigen Maßnahme der Schweinegülleabdeckung, wie das der Kollege Murgg schon gesagt hat, zum Opfer gefallen. Ein noch schlimmerer Abtausch, denke ich, denn beide Dinge sind notwendig, die Schweinegülleabdeckung für die Luft, geschätzte Damen und Herren, und das hat nichts, wie wir glauben, mit Abstand und Geruchskreis zu tun. Da geht es um die Luftgüte. Das Zweite ist die Machbarkeit und die Umsetzung im Wohnbau. Schwach, geschätzte Damen und Herren, kein wirklicher Mut zur Reform in diesem Bereich. Ich sehe hier leider Gottes Klientelpolitik. Nehmen wir zur Kenntnis: Reform- und Änderungswille Ja, aber nur ein wenig, wenn es dem anderen Partner nicht weh tut. In Zukunft würde ich mir wünschen, dass wir natürlich - auch wenn wir weiterdebattieren - natürlich mehr Mut haben zur Umsetzung, mehr Mut und Gestaltungswillen auch nicht in kleinen Schritten, denn wir schreiben jetzt immerhin schon fast, sage ich einmal, das Ende dieser Gesetzesnovellenbegehung, weil es ist bald der Sommer da. Dann kommt der Herbst, dann kommt das Wahljahr – da bezweifle ich, dass hier eine Novelle entstehen wird. Ich würde mir nur wünschen, dass wir in der Raumordnungsnovelle, an der wir jetzt basteln, solche „Knieschüsse“ und Fehleinschätzungen nicht machen und uns wirklich eine Novelle zugestanden wird und dass wir es gemeinsam durchtragen. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ – 14.48 Uhr*)

Präsident Breithuber: Die nächste Wortmeldung, Frau Alexandra Pichler-Jessenko. Bitte schön.

LTabg. Mag. Pichler-Jessenko (14.48 Uhr):

Gerhard, ich gebe dir in vielen Dingen Recht. Du kennst mich. (LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Der Gerhard sitzt da drüben!“) Gerald, Entschuldigung, schon wieder – da hat er mich letztens schon ermahnt, weil ich es falsch gesagt habe. (LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Dass du dir keine Namen merken kannst!“) Es gibt so viele Gerhards und Gerald. (LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Voraussetzung ist, dass man sich Namen merken kann.“) Wunderbar, aber das war nicht absichtlich, wir arbeiten sehr konstruktiv zusammen, auch im Wohnbaubeirat, und du weißt, dass ich oft ein Mensch bin, der alles sofort durchsetzen möchte und relativ rasch über den Kamm schere. Mir geht auch vieles zu langsam. Ich glaube, genau dieser Themenbereich, den du jetzt angesprochen hast, dieses Lifthema und der anpassbare Wohnbau, ist ein sensibles Thema, weil es hier um diesen Bereich der Menschen geht, die eine Einschränkung haben. Und jenen muss es genauso möglich sein, gut in diesem geförderten Wohnbau, aber auch leistbar zu leben. Da ist ein bisschen ein Spannungsfeld. Betonen möchte ich bitte, diese zwei Punkte sind nicht herausgefallen, das stimmt so nicht, sie werden – wir haben bereits einen Termin – wo weiter verhandelt wird und es gibt halt ... bitte? (LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Ja, sind Sie jetzt drinnen oder nicht?“) Ja, jetzt nicht, aber auch du weißt, weil es eben in gewissen, sensiblen Bereichen oft nicht so einfach ist zu entscheiden. Ich bin auch ein Mensch, der immer glaubt es gibt „schwarz“ und es gibt „weiß“. Ich habe hier lernen müssen, dass es verschiedene Seiten gibt, von denen ich das anschauen kann. Das eine ist die Seite von Herrn Schrittwieser, der Menschen mit besonderen Bedürfnissen vertritt, und die andere Seite ist das Thema „Leistbarer Wohnbau“. Diese beiden Seiten werden wir zu einer guten Lösung zusammenführen. Aber was das jetzt mit Klientelpolitik zu tun hat, also diesen Begriff im Bereich Barrierefreiheit und anpassbarer Wohnbau, das finde ich jetzt schon ein bisschen an den Haaren herbeigezogen. Das muss ich ehrlich sagen. Gerade an dem Wohnbaubeirat schätze ich dieses Klima. Wir diskutieren oft sehr heftig, wir sind nicht immer einer Meinung, auch der – jetzt muss ich aufpassen – Gerhard Schmid und ich nicht, das kann ich hier auch offen sagen. Aber ich glaube, diese zwei Punkte werden weiter behandelt. (LTabg. Amesbauer, BA: „Er heißt auch Gerald!“) Hier jetzt zu sagen, das sei vom Tisch, das ist auch nicht in Ordnung. Das weißt du auch, dass das nicht so ist. Das wollte ich nur angemerkt haben. (Beifall bei der ÖVP – 14.50 Uhr)

Präsident Breithuber: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gerald Schmid.

LTabg. Ing. Schmid (14.51 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Baugesetznovelle, es ist heute schon vieles gesagt worden. Das Allerwichtigste: Nein, wir sind noch nicht am Ende des Weges angelangt, als Antwort zum Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Deutschmann. Es wird weitergehen, es wird auch weitergehen müssen und wir haben uns ein Ziel gesteckt. Das Ziel ist, den Wohnbau eindeutig in der Steiermark günstiger zu machen - und ich sage es, die Kollegin hat es richtig angesprochen - es gibt viele Betrachtungsweisen, aber es gilt, glaube ich, auch ein Grundsatz, und der Grundsatz ist, dass es keine Tabus geben sollte sich alle Dinge anzuschauen, um das entsprechende Ziel zu erreichen.

Worum ist es im Endeffekt gegangen? Wir haben von den Themenbereichen der Kabelstationen bis zu den Fernwärmeanschlüssen die Spanne gelegt, von der Türnummernregelung bis zur den kostenminimierten Verfahrensvereinfachungen, von den elektrischen Ladestationen, dass man schon hier Vorsorge für Elektromobilität in die Zukunft trifft bis hin zum Wegfall der Notkaminverpflichtung und - es ist schon angesprochen worden - der Kinderlärm. Nämlich dass Kinderlärm kein Lärm ist, um es vereinfacht zuzusagen, obwohl es für manche Menschen vielleicht nicht die schönste Musik ist, aber so soll es in letzter Konsequenz sein. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg, wir sind aber noch lange nicht am Ende dieses Weges angelangt. Es hat natürlich auch die Diskussion gegeben, dass man gesagt hat: „Machen wir jetzt eine Novelle, verhandeln wir weiter und machen wir dann eine größere Novelle“. Wir haben dann gesagt, dass es viele wichtige Punkte gibt, die es jetzt umzusetzen gilt, und darum machen wir jetzt diese Novelle. Ich glaube, es war richtig und gescheit so, denn wie lesen Sie auch im heutigen Antrag die Erklärungen dazu? Beispiel § 22: „Diese Novellierung dient der Beseitigung einer in der Baurechtspraxis immer wieder auftretenden Unsicherheit und der Verfahrensökonomie.“ Da sind wir einmal auf dem richtigen Weg. Weiter § 22: „Diese Novellierung dient der kostensenkenden Vereinfachung in der Baurechtspraxis, weil sich der Bauwerber erspart, die von ihm definierte Teilfläche vermessen zu lassen.“ Das heißt, was will ich damit sagen? Es sind alles kleine Teilschritte in die völlig richtige Richtung. Oder § 28: „Diese Novellierung dient der Rechtssicherheit der Baubehörden, die auf die Beiziehung nicht amtlicher Bausachverständigen angewiesen sind.“ § 37: „Diese Novellierung dient der Klarstellung und Vereinfachung in der Baurechtspraxis.“

Das heißt wieder, es ist definitiv der richtige Weg – teils in größeren, teils in kleineren Schritten, aber wir haben ihn gezielt zu gehen. Wir gehen ihn, glaube ich, miteinander und eines muss ich sagen: Mit allen unter der Kollegenschaft, die mit dem Bau/Wohnbau beschäftigt sind, gibt es, glaube ich, eine gute Basis. Es gibt eine gute fachliche Zusammenarbeit und darum, glaube ich, werden wir auf eine größtmögliche breite, bunte Entscheidung weiterhin bei der nächsten Baunovelle verweisen können.

Herr Dr. Murgg, vielleicht ganz kurz, Sie haben es einleitend gesagt. Sie haben angefangen mit: „Das ist gut“, dann haben Sie gesagt: „Das ist sehr gut“, dann haben Sie gesagt: „Das wird goutiert.“ Das heißt, auch Sie sehen es so, wir sind auf einem richtigen Weg, auch wir werden viele gemeinsame Nenner noch finden können. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.55 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Karl Petinger.

LTabg. Petinger (14.55 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr verehrte Kolleginnen, werte Kollegen, werte Zuhörer!

Grundsätzlich möchte ich mich bei allen Ausschussmitgliedern bedanken, über alle Parteien hinweg, das waren sehr fruchtbare Gespräche, sehr intensive Gespräche; manchmal kontrovers, ja, das gehört dazu. Man kann nicht alle Interessen in solchen Themen abdecken.

Kollege Murgg, ganz verstehe ich das nicht. Du hast durchaus die positiven Seiten dieses Antrages hervorgestrichen und dann ein, zwei negative Dinge. Deswegen lässt man ein ganzes Konvolut, eine wirklich gravierende Änderung im Baugesetz nicht fallen, aber man stimmt nicht mit. Das ist auch kein Ausdruck von Demokratie. Denn letztendlich, wie ich schon betont habe, können nicht alle Interessen abgedeckt werden, das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Somit danke ich durchaus Herrn Landesrat Kurzmann, dass er diesen Antrag eingebracht hat, trotz Kritik aus den eigenen Reihen. Als zuständiger Landesrat für das Baugesetz ist das ein wichtiger Schritt. Von einigen Vorrednern wurde schon betont, dass das nicht der letzte Schritt sein kann. Wir müssen intensiv über Dinge weiterverhandeln, wie die Liftlösung, die Güllelösung und andere Dinge, die nicht angesprochen wurden. Ich glaube, insgesamt war das von dem Begriff „Leistbares Wohnen“ getragen und ich glaube, uns allen ist bewusst und ich stehe auch dazu, dass hier nicht die ganz großen Schritte beim leistbaren Wohnen getätigt wurden, aber einige kleine Ansätze sind darin, die wirklich auch dem gerecht werden.

Insgesamt - ich werde mich nicht auf die einzelnen Punkte einlassen - sehe ich eine Qualitätsverbesserung im Baugesetz, und zwar nicht nur für die Anrainer da und dort, sondern auch für die Behörden, damit es klarere Entscheidungen gibt, die letztendlich dann auch für die betroffenen Antragsteller und die betroffenen Anrainer zu einer Rechtssicherheit führen. Ich habe nur ganz kurz die Dinge angestrichen, es ist von einer legistischen Klarstellung im § 21 ausgegangen, von Unsicherheiten bei der Verfahrensökonomie im § 22, Rechtssicherheit und Klarstellungen im §§ 28, 33, 34 und 37 und auch noch im § 40. Sie sehen, man hat versucht, aus der Praxis heraus tägliche Dinge einzubauen und hier dementsprechende Rechtssicherheit zukünftig auch zu gewährleisten. Ich hoffe, dass wir in dieser konstruktiven Weise auch weiter diskutieren. Es gibt viele Dinge, die im Baugesetz noch angesprochen werden müssen, das ist uns völlig bewusst.

Zum Raumordnungsgesetz, Kollege Deutschmann: Ja, der Entwurf jetzt einmal zum SAPRO macht uns nicht glücklich. Denn ich kann nicht davon ausgehen, dass, wenn wir diesen Entwurf ins Raumordnungsgesetz eins zu eins übernehmen oder dementsprechend werden wir – Luftreinhaltung – ... ja, dann wird es zu Schwierigkeiten kommen und dann zu wesentlichen Verschlechterungen vor allem im ländlichen Bereich. Also wir werden uns das noch sehr gut überlegen müssen, wie wir mit diesem Stück umgehen, damit hier nicht weiterhin auch der ländliche Raum benachteiligt wird und nur die Interessen der Stadt und Stadt-Umgebung berücksichtigt werden. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.59 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Erwin Dirnberger.

LTAbg. Dirnberger (14.59 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Landesräte, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren auf Zuschauer- und Zuhörergalerie!

Ich darf mich zu den beiden Tagesordnungspunkten 13 und 14 melden, Novelle Baugesetz und auch bezüglich des Kinderlärms. Es ist schon von allen Rednern angesprochen worden, dass es sehr umfassend war und trotzdem nicht zu Ende ist. 32 Punkte werden heute quasi novelliert, verändert – von Ladestationen, Parkplätzen, Lifteinbau, Türnummernregelung usw. ist die Rede. Ich kann auch bestätigen, dass die Diskussion sehr sachlich und konstruktiv war, auch bei unterschiedlichen Meinungen und ich darf mich bei allen Teilnehmern des Unterausschusses bedanken. Im Besonderen beim Vorsitzenden des Unterausschusses, dem Herrn Kollegen Schmid, aber auch bei der Abteilung für die professionelle Aufbereitung und

immer auch, wenn es Wünsche vom Unterausschuss gegeben hat, dass das auch dementsprechend berücksichtigt oder auch eingearbeitet wurde. Kosteneinsparungen, leistbares Wohnen sind so die Überbegriffe, und das ist halt immer so ein Spagat. Welche Wertigkeit gebe ich welchem Bereich? Ist Barrierefreiheit eine große Wertigkeit? Wie stark regle ich das? Notkamine z. B., die haben wir jetzt rausgenommen. Natürlich gibt es da sofort den Einwand: „Wir, in unserem Land, in der Situation, dass da ein Stromausfall sein kann ...“, und so weiter, „ist es nicht gescheiter, dass wir die Notkamine belassen?“ Eigenverantwortung kann man das auch nennen, dass jeder selbst ein bisschen nachdenkt, wie das ist, wenn z.B. eine Heizung ausfällt, eine ganz moderne, die nur auf Strom ausgelegt ist und dergleichen. Anpassbarer Wohnbau mit den Geschoßen, das ist zu guter Letzt wieder herausgekommen, wird weiter verhandelt, wie wir heute schon mehrmals gehört haben. Das ist ein erster Schritt und da gibt es auch andere Punkte wie z. B. die ganze Geschichte „verpflichtende Abdeckung der Gülleanlagen“. So zu tun, als ob das gar nicht der Fall ist, ist, glaube ich, falsch. Wir haben ja schon eine Regelung und die ist im Sanierungsgebiet IG-Luft enthalten, dort ist diese verpflichtende Abdeckung schon vorgeschrieben. Wir haben uns nur dagegen verwehrt, dass wir überregulieren und überall dort, wo es eigentlich quasi von der Komponente Sanierungsgebiet IG-Luft notwendig ist, dass das auch erfolgt, weil wir beim Sanierungsgebiet IG-Luft z. B. verschiedene Maßnahmen haben, u.a. auch, dass die Geschwindigkeit auf 100 km/h reduziert wird auf Autobahnen oder 80 km/h und wir auch nicht in den anderen Landesteilen, was nicht in Sanierungsgebiet „IG Luft“ hineinfällt, Geschwindigkeitsreduzierungen durchführen und das fällt auch unter Kostenfaktor. Auf der einen Seite „Leistbares Wohnen“, das gilt natürlich genauso für die Bauernschaft, dass das Ganze, das sie produzieren, leistbar bleibt.

SAPRO ist kurz vom Kollegen Petinger angesprochen worden. In der Form, wie das jetzt vorliegt, ist es aus unserer Sicht nicht akzeptabel und nicht umsetzbar. Da werden wir sicher noch einige Gespräche darüber führen und auch, hoffe ich, dementsprechende Verhandlungen führen. Ganz positiv möchte ich hervorheben – und ein Danke an die KPÖ, dass sie das thematisiert hat – diesen unzumutbaren Kinderlärm. Jetzt geht es nicht generell um den Kinderlärm, sondern es geht um den Kinderlärm bei Kinderbetreuungseinrichtungen wie Kindergärten u.dgl., Schulen und solchen Spielplätzen. Das finde ich sehr positiv, dass wir das jetzt klar geregelt haben, dass dieser Kinderlärm nicht als unzumutbar gewertet werden kann, weil wir in der letzten Zeit verstärkt vernommen haben, wenn Gemeinden Kindergärten u.dgl. errichten: Alle bekennen sich zum Kind. Aber wenn dann plötzlich Kinder da sind und

ein gewisser Lärmpegel natürlich vorhanden ist, dann gibt es auf einmal großen Widerstand und das kann bedeuten, dass so eine Betreuungseinrichtung, ein Kindergarten, die Errichtung einer solchen Betreuungseinrichtung über Jahre hinausgezögert wird und viel Geld kostet mit Gutachten, Gegengutachten u.dgl. Deswegen bin ich sehr froh und glücklich, dass dieser Passus klarer geregelt ist. Das gilt jetzt nicht für die klassischen Sporteinrichtungen, sondern wie gesagt für Kinderbetreuungseinrichtungen, Kindergärten, Schulen u.dgl. In diesem Sinne ersuche ich auch um Annahme. Danke nochmals für die konstruktive Arbeit im Unterausschuss und die Unterausschussverhandlungen werden weitergehen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.04 Uhr)*

Präsident Breithuber: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 13 die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Mehrheitlich angenommen, gegen die Stimmen der Grünen und der KPÖ.

Bevor wir zu Tagesordnungspunkt 14 kommen, darf ich die Damen und Herren des Vereines zur Wiedereröffnung der Geburtenstation Voitsberg „Schützt kleines Leben“ unter der Leitung von Frau Bianca Benedikt begrüßen. Herzlich willkommen im Landtag! *(Allgemeiner Beifall)*

Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 771/10, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg, betreffend Zumutbarkeit von Kinderlärm gesetzlich verankern.

Berichterstatterin ist Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte schön.

LTAbg. Klimt-Weithaler (15.05 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Es geht um die Zumutbarkeit von „Kinderlärm gesetzlich verankern“, Einl.Zahl 771/1.

Der Ausschuss „Soziales“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales zum Antrag Einl.Zahl 771/1 der Abgeordneten Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg, betreffend „Zumutbarkeit von Kinderlärm gesetzlich verankern“, wird zur Kenntnis genommen. (15.06 Uhr)

Präsident Breithuber: Danke für den Bericht. Die Frau Berichterstatterin ist gleich zu Wort gemeldet, bitte.

LTabg. Klimt-Weithaler (15.06 Uhr): Ja, danke noch einmal, Herr Präsident! Sehr geehrte Herren Landesräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Kollege Petinger - da ist er - ich weiß jetzt nicht wirklich, was du nicht verstanden hast von den Ausführungen des Kollegen Murgg. Er hat, glaube ich, sehr genau aufgezeigt, dass es uns nicht darum geht, dass wir sagen, das komplette Baugesetz, wie es jetzt daliegt, finden wir nicht in Ordnung, aber es gibt diese und jene Punkte, die wir nicht in Ordnung finden und die sind für uns überwiegend und deshalb stimmen wir nicht zu; ganz einfach, eigentlich.

Du wirst jetzt über meine Wortmeldung sehr froh sein, denn ich gehe jetzt ja auf einen dieser Punkte ein, die uns sehr gut gefallen und worüber wir sehr froh sind, dass dieser jetzt auch den Eingang in dieses Gesetz gefunden hat. Da möchte ich mich auch bei dir, lieber Herr Dirnberger, bedanken, dass du das auch hier einmal erwähnst, dass das eine Initiative der KPÖ war. Das hören wir hier ja sehr selten, wenn dem so ist.

Es ist jetzt schon mehrmals angesprochen worden, das Thema „Zumutbarkeit von Kinderlärm“. Es hat jetzt Eingang gefunden, zwar nicht hundert Prozent so, wie wir es in unserem ursprünglichen Antrag gefordert haben, aber wir sind der Meinung, das ist wirklich ein Schritt in die richtige Richtung.

Ich darf jetzt kurz in Erinnerung rufen, wie die Chronologie zu diesem Antrag stattgefunden hat. Wir haben bereits im September 2011 einen Antrag eingebracht, wo es uns klipp und klar darum ging, dass es ein Signal braucht, dass der Lärm, der eben durch spielende Kinder verursacht wird, nicht mit anderen Lärmarten gleichzusetzen ist. Ich habe damals im Ausschuss schon gesagt, Kinder sind keine Rasenmäher und Kinder gehören nicht hinter Lärmschutzwände, sondern Kinder gehören in die Mitte der Gesellschaft. Zum Glück ist das auch von den anderen Fraktionen so gesehen worden, und wir haben zu unserem Antrag einen Unterausschuss mit dem schönen Titel „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ eingerichtet. Bei den Verhandlungen ist uns dort auch von Seiten der Fachabteilungen immer wieder bestätigt

worden, dass eben auch - so wie es Kollege Dirnberger auch schon erwähnt hat - wenn es darum geht, dass Kinderbetreuungseinrichtungen irgendwo gebaut werden, es immer wieder zu Problemen kommt, weil Anrainer/Anrainerinnen das nicht wollen und es daher oft zu langen Verzögerungen kommt, bis diese Einrichtung auch wirklich eröffnet werden kann. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich halte es für ein großes Armutszeichen einer Gesellschaft, wenn sie ihre Kinder bzw. den Lärm, den diese Kinder verursachen, als unzumutbar einordnet. Das finde ich mindestens genauso schlimm wie die Tatsache, dass wir jene, die mit unserem Geld arbeiten, besser bezahlen als jene, die mit unseren Kindern arbeiten und unsere Kinder betreuen. Auch auf dieser Ebene gibt es einen großen Änderungsbedarf, meiner Meinung nach, und ich hoffe, dass sich auch auf diesem Gebiet in nächster Zeit etwas ändern wird. Was mir sehr gut gefallen hat: Da sind wir in unseren Recherchen sehr oft auf das Beispiel Deutschland gekommen, dort wurde nämlich ebenfalls im Jahr 2011 durch eine Änderung der Immissionsschutzgesetze im Bund in Deutschland und in den Ländern klargestellt, dass Geräusche, die durch Kinder verursacht werden, als Ausdruck selbstverständlicher kindlicher Entfaltung und zur Erhaltung kindgerechter Entwicklungsmöglichkeiten grundsätzlich sozialadäquat und damit zumutbar sind. Das gefällt mir sehr gut und es ist schade, dass man es wirklich festschreiben muss und dass es nicht eine Selbstverständlichkeit ist, dass sozusagen Kinderlärm auch sozialadäquat ist. Kinder brauchen Räume zum Spielen, Kinder brauchen manchmal auch Räume zum Toben und das ist manchmal auch etwas lauter. Sie müssen sich frei entwickeln können und dazu gehört eben auch, dass sie ihrem Alter entsprechend nicht immer stillsitzen müssen. Meiner Meinung nach kann sich eine kinderfreundliche Gesellschaft nur dann entwickeln, wenn Kinderfreundlichkeit auch ein wirkliches öffentliches Anliegen ist. Eine solche kinderfreundliche Gesellschaft muss dann auch Verständnis dafür haben, einerseits für die Bedürfnisse von Kindern, aber auch für Schwierigkeiten, die in der Erziehung manchmal entstehen und die die Erziehung mit sich bringt. Ich weiß nicht, wer von Ihnen allen sich an Situationen erinnern kann, die manchmal nicht sehr angenehm sind, wenn man mit seinen Kindern z.B. ein Restaurant besucht oder in einem Geschäft ist und sich das Kind dann nicht unbedingt erwachsenenverhaltenskonform verhält. Das sind manchmal schon Situationen, die einen sehr „angehen“ können, wenn man dann von anderen, die ebenfalls im Restaurant oder im Geschäft sind, schief angeschaut wird, weil das Kind laut ist. Ich finde, dass es unser Ziel sein muss – mein persönliches ist es schon lange, aber ich wünsche es mir auch für den Landtag Steiermark – dass wir davon ausgehen: Kinder müssen mündige Menschen werden,

müssen sich zu mündigen Menschen entwickeln und durch ihre Fähigkeiten und durch ihre Möglichkeiten zu einem späteren Zeitpunkt auch Verantwortung übernehmen können, für sich selbst und für die Mitmenschen. Um diese Entwicklung eben positiv von Seiten der Politik beeinflussen zu können, finde ich, dass sowohl eine kinderfreundliche Gesellschaft dazu beitragen muss, und dass es eine Notwendigkeit ist, dass wir solche Gesetze beschließen, wie eben jetzt, dass wir sagen, wir müssen diesen Passus in das Baugesetz aufnehmen. Kinderlärm darf künftig nicht mehr als schädliche Umwelteinwirkung gelten. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir in der Steiermark an diesem Punkt einen Schritt weiter sind und danke auch für die Zustimmung. *(Beifall bei der KPÖ – 15.12 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, ich bitte den Herrn Abgeordneten Bernhard Ederer.

LTAbg. Ederer *(15.13 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich melde mich ebenfalls zu diesem Tagesordnungspunkt „Zumutbarkeit von Kinderlärm gesetzlich verankern“ zu Wort, der unmittelbar mit dem vorherigen Tagesordnungspunkt „Änderung des Steiermärkischen Baugesetzes“ zusammenhängt.

Meine Damen und Herren, wir haben hier im Plenum sehr oft über Kinder und Jugendthemen debattiert, über die Kinderbetreuung. Wir haben aktuell einen Unterausschuss zum Thema Kinderbetreuung laufen, wo zahlreiche Stücke drinnen sind, die gerade endbesprochen werden, und es wurde im Bereich der Kinderbetreuung in den letzten Jahren vieles umgesetzt was die Qualität betrifft, was die Anzahl der Kinderbetreuungsplätze betrifft. Alle haben wir immer von unserer Zukunft gesprochen. Wie wichtig es für die Kinder und Jugendlichen ist, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass unsere Zukunft – weil, sie sind die Zukunft – gesichert ist. Das ist so, das ist wichtig, und genauso oft haben wir hier Umweltthemen, Umweltschutzthemen debattiert und auf der Tagesordnung, auch Lärmbelästigung, und auch das ist wichtig. Wissen Sie, was mich stört? Dass vor einigen Jahren beginnend immer öfter Einsprüche gemacht wurden, wenn man Kinderbetreuungseinrichtungen bauen wollte und mehrfach diese, wie heute schon angesprochen, unnötig verzögert, verhindert, blockiert wurden, das hat nichts mehr mit Zukunft zu tun. Kinderlärm mit Straßenlärm, mit Industrielärm gleichzusetzen: Was wäre das für eine traurige Gesellschaft? Wo geht hier die Entwicklung hin, wenn das allgegenwärtig, wenn das tagtäglich so wäre, dass wir das tun

würden? Es hat danach einen Unterausschuss gegeben, wo das behandelt wurde und der Unterausschuss „Kinderlärm“ – der genaue Name „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ – war eine Idee der Claudia, das sage ich hier auch, weil du es vorhin angesprochen hast. Das muss man so sagen, wie es ist. Es ist ein guter Titel, aber wesentlich wichtiger ist, dass wir dann hier all diese Problematiken besprochen haben und dass wir hier jetzt, am heutigen Tag, eine endgültige Lösung haben. Wobei, das kann ich nur wiederholen: Es schon ein bisschen traurig ist, dass wir es gesetzlich verankern müssen, dass man anscheinend Kinder nicht so groß oder hoch wertschätzt, sodass man ein Gesetz schaffen muss, dass Kinder lachen dürfen und laut sprechen dürfen. Aber dementsprechend steht es heute auch in der Zeitung oder ist in der Zeitung gestanden, neben den Themen „Leistbares Wohnen“ und „Schnellere Verfahren“ stehen dabei im Vordergrund des neuen Baugesetzes, aber die meisten Sympathiepunkte ernten wird ein anderer Passus. Zu den unzumutbaren oder das ortsübliche Ausmaß übersteigenden Belästigungen oder Gesundheitsgefährdungen zählen jedenfalls nicht Geräuscheinwirkungen von Kindern. Die Errichtung von Kindergärten usw. kann mit dem Lärmargument nicht mehr verzögert werden, wie das bisher leider der Fall war. Das ist ein großer Schritt und viele haben dazu beigetragen. Ich möchte heute im Namen meiner Fraktion, der steirischen Volkspartei, danke sagen all jenen, die sich eingesetzt haben. Das war eine Entwicklung der letzten Jahre. Ich möchte vielleicht noch kurz einen Text eines Antrages aus dem Gemeinderatsklub der ÖVP-Fraktion vorlesen, wo man das Thema auch schon im September 2011 aufgegriffen hat, weil es, glaube ich, heute dazu passt. Es ist so richtig, es ist notwendig, dass das heute protokolliert wird und dass wir darauf aufmerksam machen, dass wir heute etwas Wesentliches schaffen. Wir haben viele Punkte in der Reformpartnerschaft umgesetzt, viele Verbesserungen für die Steiermark und für diese Menschen, aber heute – ganz konkret für die Kinder, für unsere Zukunft – haben wir ganz etwas Bedeutsames jetzt beschlossen oder umgesetzt, das heute auch unbedingt mehrfach gesagt gehört, auch wenn es wiederholt wird. „Kinderlachen ist Zukunftsmusik. Dieses familienpolitische Leitmotiv begleitet uns seit vielen Jahren. Kinder lachen wesentlich häufiger als Erwachsene und sind uns allen dadurch ein wichtiges Vorbild. Selbstverständlich hören wir die Kinder auch weinen, singen, rufen, streiten und schreien. Ihre Stimmen erinnern uns jedenfalls immer daran, dass Kinder in unserer Nähe sind und unser Land eine gute Zukunft hat. Leider gibt es auch immer wieder Beschwerden wegen störender Kinderstimmen, Klagen wegen Lärm aus Kinderbetreuungseinrichtungen und Spielplätzen“ und so weiter. Ich glaube, der erste Abschnitt, den ich vorgelesen habe „weinen, singen,

rufen, streiten und schreien hören; Kinderstimmen, wie schön das ist“, darum bin ich dankbar, dass wir hier für ein Miteinander stehen. Ich wünsche uns in Zukunft weiterhin alles Gute, dass wir solche wichtigen Punkte einstimmig beschließen können wie heute und in diesem Sinne freue ich mich auf eine gute Zukunft für die Steiermark. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.19 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Frau Abgeordnete Eva Maria Lipp.

LTAbg. Lipp *(15.19 Uhr)*: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werter Herr Präsident, die Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Auch für uns als christlich soziale Partei gehören die Kinder in die Mitte der Gesellschaft, liebe Claudia Klimek-Weithaler. Das ist eine Selbstverständlichkeit und kein „Gott sei Dank, dass wir da mitgegangen sind“. Für mich gibt es nichts Normaleres als Kinder in meinem Leben, das ist so. Auch für mich ist Kinderlärm eine wunderbare und sehr schöne Zukunftsmusik. Das ist ein guter Ausdruck, der mir sehr gut gefällt.

Ich möchte auf etwas anderes eingehen, natürlich auch auf die Kinder. Was gibt es Schöneres als ein Kinderlächeln. Ich glaube, jeder freut sich, wenn einem ein Kind entgegenkommt und es lächelt einen an. Was gibt es Schöneres zu beobachten, als lachende, lustig spielende Kinder? Man freut sich darüber, dass sie sich gut verstehen. Was macht ein Fest oder Feiertage so richtig aus? Ich denke da z.B. jetzt an Weihnachten, die strahlenden Kinderaugen – wie freuen wir uns über das. Was gibt es Schöneres für Eltern, als ihr neugeborenes Kind in den Händen zu halten? Für mich sind Kinder das größte Glück, das einem überhaupt passieren kann, wenn man es im positiven Sinne betrachtet. Das sind die schönen Bilder, die uns Kinder schenken, und darum bin ich mitunter sehr entsetzt, dass man überhaupt so einen Antrag in dieser Form braucht. Er ist berechtigt und man muss darüber reden, das ist schon richtig, aber insgesamt ist es für mich auch das, wie das Abbild unserer Gesellschaft ist. Wie weit haben wir es in unserem Leben gebracht? Sehr oft habe ich schon den Eindruck, dass Hunde den Kindern den ersten Rang ablaufen – immer öfter. Das finde ich auch so besonders schlimm. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Sie sind Leben, sie sind Alltag, aber sie sind auch Auftrag und darauf möchte ich besonders eingehen. Kinder brauchen natürlich Liebe, Freiheit, aber sie brauchen auch Grenzen. Die Grenzen werden aus meiner Sicht den Kindern viel zu wenig aufgezeigt. Ich merke das selbst immer wieder, wenn ich mit Kindern

arbeite. Nachdem ich das sehr oft mache mit Kindern, im Bereich Ernährung, Kochen etwas mache, da kann man nicht alles zulassen, weil wir natürlich mit Messer arbeiten müssen. Kinder akzeptieren Grenzen und da gibt es mitunter auch härtere Wortgefechte, aber diese Kinder kommen trotzdem immer wieder, weil sie Grenzen akzeptieren und froh sind, wenn man ihnen Grenzen zeigt. Kinder wollen sogar erzogen werden, das glauben nur leider viele Eltern nicht. Sie sind Bestandteil unserer Gesellschaft, unserer künftigen Gesellschaft, und es soll auch mit unserer Gesellschaft gut weitergehen. Wenn man unterwegs ist, so wie die Claudia das auch gesagt hat, dass es nicht immer angenehm ist, wenn die Kinder in einem Restaurant einen Wirbel machen oder auch beim Einkaufen oder wie auch immer – ich erlebe das ja tatsächlich sehr oft. Ich glaube, wenn man den Kindern doch immer wieder Grenzen aufzeigt, dann wird es besser funktionieren. Nur, manche Eltern erscheinen mir fast machtlos in dieser Hinsicht. Das Leben besteht nun einmal aus Regeln, sowohl in der Kindheit wie auch im Erwachsensein und ich glaube, man tut den Kindern nichts Gutes, wenn man sie nicht erzieht. (*LTA*bg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Frau Kollegin, es geht um das Baugesetz!“) Die Verhaltensauffälligkeiten stammen vielfach auch daher, natürlich hat es auch andere Gründe. Ich glaube, man kann den Eltern – wieder Stichwort „Eigenverantwortung“ – die Eigenverantwortung dahingehend nicht abnehmen, indem man noch mehr Gesetze dahingehend erlässt. Sie haben dafür zu sorgen, dass sich Kinder wie Kinder benehmen und der übliche Lärm muss selbstverständlich von der Gesellschaft anerkannt werden. Ich bin auch sehr froh, dass im Baugesetz dieser Passus geändert wurde, weil das kann auch nicht sein, dass man jahrelang Kinderbetreuungseinrichtungen u.dgl. verhindert. Danke. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.22 Uhr*)

Präsident Breithuber: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 14 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

15. Bericht des Ausschusses für Umwelt über den Antrag, Einl.Zahl 2285/1, der Abgeordneten Lambert Schönleitner, Ing. Sabine Jungwirth und Ingrid Lechner-Sonnek betreffend Schutz des Schiffterkogels.

Berichterstatter ist Herr LTAbg. Lambert Schönleitner, ich bitte ihn darum.

LTAbg. Schönleitner (15.23 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich bringe kurz den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Umwelt.

Der Ausschuss „Umwelt“ hat in seinen Sitzungen vom 05.11.2013 und 25.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Umwelt“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Umwelt zum Antrag mit der Einl.Zahl 2285/1 der Abgeordneten Lambert Schönleitner, Ing. Sabine Jungwirth und Ingrid Lechner-Sonnek betreffend Schutz des Schiftekogels wird zur Kenntnis genommen. (15.24 Uhr)

Präsident Breithuber: Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 15 die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Mehrheitlich angenommen gegen die Stimmen der Grünen und KPÖ.

Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Umwelt über den Antrag, Einl.Zahl 2286/1, der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Lambert Schönleitner und Ingrid Lechner-Sonnek betreffend „Ökologische Revitalisierung von Kleinwasserkraftwerken und Möglichkeiten multifunktionaler Nutzungen“.

Berichterstatterin ist Frau LTAbg. und Klubobfrau Ing. Sabine Jungwirth. Ich bitte darum.

LTAbg. Ing. Jungwirth (15.24 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Der Ausschuss „Umwelt“ hat in seinen Sitzungen vom 05.11.2013 und 25.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Umwelt“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Umwelt zum Antrag, Einl.Zahl 2286/1, der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Lambert Schönleitner und Ingrid Lechner-Sonnek betreffend „Ökologische Revitalisierung von Kleinwasserkraftwerken und Möglichkeiten multifunktionaler Nutzungen“ wird zur Kenntnis genommen. (15.25 Uhr)

Präsident Breithuber: Danke für den Bericht. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 16 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Ich komme somit zur Behandlung der Dringlichen Anfragen.

Am Mittwoch, dem 26. Februar 2014, wurde um 15.00 Uhr und zwei Sekunden von den Abgeordneten der FPÖ eine **Dringliche Anfrage** an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves, betreffend Franz Voves: „Eine Gesellschaft, die Betteln als einzige Einkommensoption akzeptiert, ist in meinen Augen eine unmenschliche Gesellschaft“, eingebracht.

Ich erteile Herrn Klubobmann LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeit von 20 Minuten gilt. (LTAbg. Hamedl: „Georg, mach was! Sag was!“)

LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: (15.26 Uhr): Edi, du wirst noch Teil meiner Rede sein, keine Sorge. Der Mayer hat wieder ein "Taferl" zu seiner Rede mitgebracht, damit ihr plakativ seht, worum es heute geht, damit ihr seht, wie konstruktiv die FPÖ sein kann und ich möchte unbedingt den lieben Kollegen von Rot und Schwarz noch einmal den Titel unserer Dringlichen Anfrage vorlesen, und zwar stammt dieses Zitat von Franz Voves, nämlich in der Sitzung, als wir hier das Bettelverbot beschlossen haben. Zitat Franz Voves, bitte gut zuhören: „Eine Gesellschaft, die Betteln als einzige Einkommensoption akzeptiert, ist in meinen Augen eine unmenschliche Gesellschaft.“ Jetzt frage ich euch: Was an diesen Worten des Herrn Landeshauptmanns gefällt euch denn eigentlich? Uns als Freiheitliche Fraktion kann ich nur sagen, uns gefällt das, was der Herr Landeshauptmann damals gesagt hat. Da hat er nämlich absolut Recht und insofern unterstreichen wir das auch – doppelt und dreifach, sogar mit gelbem Leuchtstift, wenn es sein muss. Warum ist es also so schwierig, mit Rot und Schwarz über dieses Thema zu diskutieren? Warum sind SPÖ und ÖVP hier im Landtag nicht in der Lage die Problematik des Bettelverbotes zu behandeln? Ich werde heute nicht wie schon

vielmals (*LTA*bg. Hamedl: „Weil es der Verfassungsgerichtshof so entschieden hat.“) – ja, Edi, hör zu, und heute hast du eine Alternative – wieder alle Argumente in die Waagschale legen und wiederholen, was wir schon alles längst gehört haben. Die Argumente sind schon im Wesentlichen ausgetauscht wie ihr wisst, wir haben schon zahlreiche Anträge eingebracht, was das Bettelverbot betrifft. Kein Österreicher - da sind wir uns, glaube ich, auch einig - muss betteln, Gott sei Dank, in diesem Land. Wir haben, Gott sei Dank, keine Zustände, wie es sie im Mittelalter gegeben hat. Wir werden auch - das haben wir auch schon vielfach gesagt - in der Steiermark nicht die Probleme der Oststaaten lösen können. Das ist auch gar nicht unsere Aufgabe. Es ist nicht unsere Aufgabe die organisierten Banden, die dort herkommen, zu bekämpfen. Es ist nicht unsere Aufgabe, so traurig es ist, die Bettler, die oft gezwungen werden – ihr erinnert euch, es gab erst gestern oder vorgestern eine Schlagzeile, dass 42 Bettler von einer kriminellen Organisation in einen Kleinbus gezwängt wurden – das ist nicht unsere Aufgabe, liebe und geschätzte Kollegen, und, und und. Da gibt es noch zahlreiche andere Dinge, die alle hier schon erwähnt wurden. Aber wir können, und das ist jetzt der Unterschied, das Bettelproblem in unseren Städten in der Steiermark lösen. Diese Kompetenz haben wir, geschätzte Kollegen von Rot und Schwarz. Wenn man sich in Graz die letzten Tage ein bisschen umschaut, dann zeigt Graz gerade im Frühling die besondere Schönheit dieser Stadt immer wieder. Doch hat man auch manchmal den Eindruck, wenn man sich auf den Plätzen bewegt, dass es einem ein bisschen wie im Mittelalter vorkommt. Ich bin letzten Samstag etwas eine Stunde am Lendplatz gesessen und bin innerhalb dieser einen Stunde geschlagene fünfmal von Bettlern angebettelt worden. Wir wollen dieses Problem des aggressiven Bettelns und des Bettelns im Allgemeinen nicht nur lösen, weil es lästig ist und stört, sondern weil es stört, wäre eine Lösung unsererseits dringend notwendig. Jetzt lamentiert ihr hier seit über einem Jahr herum. Ihr wisst, wir haben schon mehrere Anfragen gestellt, wir haben auch schon mehrere Anträge gestellt, aber es ist einfach nicht möglich von Seiten der SPÖ und der ÖVP, dass man zu diesem Thema auch nur eine Meinung bekommt. Da wird in weiten Teilen von Rot und Schwarz auf Tauchstation gegangen, da wird die Kopf-in-den-Sand-Technik verwendet und man hört nichts. Leiden an der Situation, wie sie in der Steiermark ist – in Graz ganz besonders, aber auch in anderen größeren Städten - tun vor allem Wirtschaft, Tourismus und die Menschen. Geschätzte Kollegen, lieber Edi, wenn jetzt schon bei Trauerfeiern gebettelt wird, wie auch schon berichtet wird von manchen Stellen, dann ist uns klar, so kann es auf keinen Fall weitergehen, da brauchen wir dringend eine Lösung.

Jetzt gibt es einen ganz besonderen Aspekt, der heute in unsere Dringliche hereinspielt, deshalb haben wir sie auch unter anderem gestellt – die Dringliche, weil vielleicht gibt es eine neue Perspektive zumindest von Seiten der ÖVP, Edi. Edi, von Seiten der ÖVP, du bist ja Grazer Abgeordneter. Von Seiten der ÖVP gibt es vielleicht einen Perspektivenwechsel, vielleicht habt ihr jetzt einmal angedacht, auch etwas zu tun, denn es ist ein neuer Aspekt in diese Debatte gekommen. Es gibt nämlich eine Petition des Gemeinderates der Stadt Graz an den Herrn Landeshauptmann. Ich weiß nicht, ob ihr das wisst, d.h. der Herr Bürgermeister Nagl – vielleicht euer zukünftiger Parteiobmann – hat also eine Petition an den Herrn Landeshauptmann gerichtet, in der er genau das sagt. In der er genau sagt: „So kann es in diesem Land nicht mehr weitergehen. Wir wollen diese Zustände nicht und wir müssen uns eine Lösung für die Problematik überlegen!“, und zwar spricht der Bürgermeister hier und der Gemeinderat eine Lösung auf politischer Ebene an, die zu suchen ist und die auch gefordert wird vom Gemeinderat in Graz. Weil wir nun interessiert sind - und das ist der neue Aspekt an der Meinung des Herrn Landeshauptmannes zu dieser Petition, die aus Graz an ihn gerichtet wurde - haben wir eine Dringliche Anfrage gestellt. Diese Fragen werde ich jetzt stellen und werde mich nachher noch einmal zu Wort melden, denn als Freiheitliche haben wir eine Alternative gefunden. Wir werden sehen, ob ihr die mittragen könnt. Ich werde sie später noch einmal erläutern. (*LTAbg. Hamedl: Unverständlicher Zwischenruf*) Zu dem komme ich dann noch einmal. Jetzt aber einstweilen möchte ich die Dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann richten, die aus 21 Fragen insgesamt besteht und die folgend lauten:

1. Wie beurteilen Sie als ressortzuständiges Regierungsmitglied die Situation hinsichtlich des Bettelwesens in der Steiermark?
2. Welche Maßnahmen haben Sie seit Bekanntgabe des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 10. Jänner 2013 zur Lösung der Bettelproblematik gesetzt?
3. Was gedenken Sie gegen die vom Gemeinderat der Stadt Graz monierte merkliche Steigerung von aggressivem Betteln zu unternehmen?
4. Befürworten Sie die von der Stadt Graz in der Petition vom 14. November 2013 dargelegte Forderung zur Einführung von Bettelzonen, wonach Betteln nach bestimmten Vorgaben überwacht bzw. auch reglementiert werden kann?
5. Werden Sie die von der Stadt Graz benötigten gesetzlichen Grundlagen zur Einführung von Bettelzonen im Rahmen einer entsprechenden Regierungsvorlage dem Landtag zur

- Beschlussfassung vorlegen?
6. Wenn nein, warum nicht?
 7. Wenn ja, bis wann darf mit einer entsprechenden Regierungsvorlage gerechnet werden?
 8. Werden Sie die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung eines zeitlich begrenzten Bettelverbotes in der Zeit von 8 bis 22 Uhr im Zuge einer entsprechenden Regierungsvorlage dem Landtag zur Beschlussfassung vorlegen?
 9. Wenn nein, warum nicht?
 10. Wenn ja, bis wann darf mit einer entsprechenden Regierungsvorlage gerechnet werden?
 11. Werden Sie die gesetzlichen Grundlagen für das, von Ihrer Partei einst befürwortete, sektorale Bettelverbot im Zuge einer entsprechenden Regierungsvorlage dem Landtag zur Beschlussfassung vorlegen?
 12. Wenn nein, warum nicht?
 13. Wenn ja, bis wann darf mit einer entsprechenden Regierungsvorlage gerechnet werden?
 14. Werden derzeit vom Land Steiermark Hilfsmaßnahmen vor Ort in Roma-Siedlungen finanziert?
 15. Wenn ja, welche und in welchem finanziellen Ausmaß?
 16. Welche Organisationen werden in welcher finanziellen Höhe dabei gefördert?
 17. Zu welcher Abnahme der Zahl der Bettler hierzulande haben die in der Vergangenheit vom Steuerzahler finanzierten Hilfsmaßnahmen vor Ort geführt?
 18. Werden Sie gemäß der von der Stadt Graz beschlossenen Petition als subsidiär zuständiges Regierungsmitglied für internationale Zusammenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit eine internationale Tagung zum Thema "menschenrechtskonforme Lösungsstrategien im Umgang mit bettelnden Menschen" ausrichten und, wie vom Gemeinderat der Stadt Graz gefordert, auf "internationaler bzw. zwischenstaatlicher politischer Ebene Lösungen programmorientiert ausarbeiten"?
 19. Wenn nein, warum nicht?
 20. Wenn ja, welche Schritte wurden dahingehend bereits von Ihnen unternommen?
 21. Welche "programmorientierten Lösungen" können Ihrerseits dazu dem Landtag präsentiert werden?

Danke für die Aufmerksamkeit. Ich bin schon gespannt und lausche den Antworten auf unsere Fragen. *(Beifall bei der FPÖ – 15.35 Uhr)*

Präsident Breithuber: Ich erteile Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage. Ich bitte darum.

Ich bitte auch die Fraktion der Freiheitlichen dieses „Taferl“ etwas weg zu tun. Danke schön.

Landeshauptmann Mag. Voves (15.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben ein technisches Problem, jetzt geht es. (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Die Reformpartnerschaft gelingt!“*) (*Präsident Breithuber: „Ich danke der Reformpartnerschaft für die Reparatur!“*)

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, liebe Zuseherinnen und Zuseher, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich habe mir zumindest jetzt kurz die Frage gestellt, warum absolut kein Medienvertreter mehr bei den Dringlichen Anfragen anwesend ist.

Aber jetzt ins Eigentliche: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Abgeordnete der FPÖ! Beinahe fühle ich mich geehrt, dass ein Zitat von mir als Betreff für eine Dringliche Anfrage hier in diesem Hohen Haus herangezogen wird. Ich kann Ihnen auch versichern, dass ich zum Inhalt dieses Satzes nach wie vor uneingeschränkt stehe. Eine Gesellschaft – und hier sind natürliche in erster Linie die politischen Verantwortungsträger eines jeden Gemeinwesen gemeint –, die sich damit abfindet, dass es für eine große Anzahl ihrer Bevölkerung nur das Betteln als einzige Einkommensoption gibt, ist für mich nach wie vor nicht akzeptabel. Alle in diesem Haus - und wie ich Ihrer Begründung entnehmen kann, auch Sie, meine Herren, von der FPÖ - wissen aber, dass unsere Gesellschaft hier in der Steiermark und darüber hinaus in ganz Österreich dieses Attribut ganz sicher nicht verdient. Die Nachkriegspolitik in diesem Land hat ihre soziale Verantwortung im internationalen Vergleich in vorbildhafter Art und Weise wahrgenommen und ich freue mich, dass auch die FPÖ anerkennt, so lese ich das aus Ihrer Begründung, dass es den beiden großen politischen Kräften, die die Zweite Republik geprägt haben, gelungen ist, ein tragfähiges Sozialnetz aufzubauen, das in der Lage ist, bedürftige Menschen mit allen notwendigen Dingen des Lebens zu versorgen. Ich bedanke mich für die Anerkennung dieser großartigen humanitären Leistung, die im Hinblick auf ihren umfassenden sozialpolitischen Erfolg, sowohl bezogen auf die Geschichte unserer Heimat als auch im Vergleich mit den meisten Nationen dieser Erde, einzigartig ist. Tatsache ist aber auch, dass wir unsere sozialen Errungenschaften

anderen Ländern nicht aufzwingen können. In diesem Zusammenhang muss wohl auch akzeptiert werden, dass die Wirtschaftskraft nicht überall auf der Welt gleich ist und die öffentliche Hand daraus resultierend auch nicht überall die gleiche Leistungskraft aufbringen kann. In einer mobilen Welt, in der Grenzen eher virtueller Natur sind und kaum noch reale Bedeutung haben, muss man daher damit leben, dass soziale Defizite anderer Länder auch bei uns beispielsweise in Form des Bettelwesens spürbar werden. Auch wenn dies für unsere wohlstandsverwöhnten Augen befremdlich wirkt, ist, mit dem Verfassungsgerichtshofurteil vom Jänner 2013 neuerlich klar bestätigt, dass Betteln in unserer Rechtsordnung nun einmal als Grundrecht zu betrachten ist und als solches beachtet werden muss. Wie Sie selbst in Ihrer Begründung ausführen, sind aber Bettelverbote, die bloß bestimmte Erscheinungsformen des Bettelns unter Strafe stellen, wie beispielsweise aggressives Betteln oder Betteln mit Kindern, sehr wohl verfassungskonform und genau diese Erscheinungsformen sind auf Grund unserer derzeitigen Gesetzeslage in der Steiermark ohnehin auch verboten. Vergehen gegen diese bestehenden Verbote sind natürlich von den Behörden zu ahnden. Dies wird seit November des vergangenen Jahres durch verstärkte Bettelstreifen der Grazer Polizei sichergestellt. Die von Ihnen in Ihrer Dringlichen Anfrage behauptete eklatante Steigerung des aggressiven Bettelns geht in erster Linie auf die Ergebnisse dieser speziellen Soko-Bettelwesen zurück. Auf Grund der Tatsache, dass es so gut wie keine Anzeigen gegen aggressives Betteln gegeben hat, fehlten nämlich vor diesem Zeitraum alle möglichen Vergleichszahlen. Durch die Ermittlungsergebnisse der neuen, spezialisierten Polizeigruppen sind natürlich zwei Effekte aufgetreten: Zum einen liegen erstmals tatsächlich realistische Zahlen über Gesetzesverstöße im Bereich des aggressiven Bettelns vor, was Sie offenbar dazu veranlasst, wieder einmal politisch aufzuschreien. Zum anderen aber wirken die im Zuge der Aktivitäten dieser Polizeieinheiten verhängten Strafen bereits abschreckend. Da die einschreitenden Polizeibeamten mit Vorführungsbefehlen ausgestattet sind, sind sie in der Lage, bei Nichtbezahlung der verhängten Geldstrafen den Straftäter unmittelbar und sofort zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe abzuführen. Selbstverständlich wird auch diese Maßnahme nicht vereinzelt Erscheinungsformen des aggressiven Bettelns ganz aus dem Grazer Stadtbild verdrängen, aber nach Berichten der Grazer Exekutive zeitigt dieses rigorose Einschreiten bereits spürbaren Erfolg. Ich bitte aber auch Sie, meine Herren von der FPÖ, ein für alle Mal zur Kenntnis zu nehmen, dass stilles Betteln als menschliches Grundrecht zu akzeptieren ist und daher aus unserem Straßenbild mit legalen Maßnahmen ganz einfach nicht verbannt werden kann.

Ich darf daher Ihre Fragen wie folgt beantworten:

Zur Frage 1: Die gesetzlich verbotenen Formen des Bettelns werden mit zunehmendem Erfolg von der Exekutive bekämpft. Hinsichtlich dieses Gesetzesvollzuges ist aber anzumerken, dass der Landeshauptmann als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung nicht für die Tätigkeit der Exekutive verantwortlich zeichnet. Wie ich in diesem Haus scheinbar immer wieder aufs Neue erklären muss, liegt die Zuständigkeit für das Polizeiwesen ausschließlich im Bereich des Innenministeriums.

Zur Frage 2: Es wurde, wie Sie wissen, die alte Gesetzeslage wiederhergestellt und damit sichergestellt, dass spezielle Formen des Bettelns, wie das angesprochene aggressive Betteln oder das Betteln mit Kindern, verboten sind. Mehr ist, wie Sie ebenfalls sehr gut wissen, auf einem verfassungskonformen Weg nicht möglich.

Zur Frage 3: Wie ich darauf hingewiesen habe, sind derartige Formen des Bettelns bereits verboten. Sie können daher nur durch ein verstärktes Vorgehen der Exekutivkräfte eingedämmt werden. Dieses geschieht seit November vergangenen Jahres speziell hier in Graz durch eigens dafür abgestellte Polizeieinheiten. In diesem Zusammenhang weise ich nochmals darauf hin, dass der Landeshauptmann der Steiermark auf Grund der Kompetenzverteilung unserer Bundesverfassung nicht in der Lage ist, diesbezügliche Schritte selbst zu veranlassen.

Zur Frage 4: Ich habe diesen Lösungsansatz ursprünglich befürwortet, weil es sonst die vom Verfassungsgerichtshof aufgehobene Regelung nie gegeben hätte. Wie Sie sich mit Sicherheit erinnern können, war in dieser Norm eine Ermächtigung an die steirischen Kommunen enthalten, in bestimmten Zonen das Betteln ausdrücklich zu erlauben. Die Reformpartner und eine große Mehrheit im Landtag wollten damit insbesondere der Stadt Graz, aber auch anderen Gemeinden in der Steiermark ein sogenanntes sektorales Bettelverbot ermöglichen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass keine Gemeinde – auch nicht Graz – von dieser Verordnungsermächtigung Gebrauch gemacht hat. Diese Regelung nun, nachdem die gesetzliche Grundlage dafür vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde, wieder zu fordern, scheint mir mehr als seltsam. Sehr geehrte Damen und Herren, ich meine daher, die Politik in Graz hat ihre Chancen gehabt und wir alle wissen, dass es damals keine politische Mehrheit in Graz gegeben hat und dass es diese Mehrheit auch heute nicht in Graz gibt. Es kann sich also jeder und jede hier im Hohen Haus selbst eine Antwort darauf geben, was von diesem neuerlichen Herantreten der Grazer Politik an die Landespolitik zu halten ist. Ich werde die Mitglieder des SPÖ-Landtagsklubs für diese Politikheuchelei aus Graz jedenfalls

nicht in einen Gewissenskonflikt stürzen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Die SPÖ-Fraktion hier im Landtag akzeptiert die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes voll und ganz.

Zu den Fragen 5 bis 7: Nein, es wird in dieser Legislaturperiode keine Regierungsvorlage zu einer neuerlichen Änderung der gesetzlichen Grundlage für das Betteln in der Steiermark geben, weil es keine mir bekannte Textvariante für örtliche oder zeitliche Grundrechtseinschränkungen in Bezug auf das Bettelwesen gibt, die frei von verfassungsrechtlichen Bedenken wäre. Derartige Einschränkungen können nämlich nur im Rahmen einer Interessensabwägung zu Gunsten noch höherwertiger Interessen vorgenommen werden. Der von Ihnen diesbezüglich ins Treffen geführte Imageschaden für unsere Gesellschaft dürfte dafür kaum reichen.

Zu den Fragen 8 bis 13: Sehr geehrte Herren der FPÖ, auf Ihren menschenverachtenden Vorschlag, Betteln generell nur zwischen 22.00 und 8.00 Uhr früh zu gestatten, (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Was ist denn da los? Sie haben das komplette Verbot beschlossen. Was ist denn da menschenverachtend?“*) möchte ich nicht weiter eingehen und daher auf meine diesbezüglichen Ausführungen zu den Punkten 5, 6 und 7 verweisen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Wo sind wir denn da?“*)

Zu den Fragen 14 bis 16: Aus meinem Ressort wurden lediglich zwei Projekte gefördert, dies war zum einen ein Betrag von 20.000 Euro für den Ankauf eines Grundstückes und die Sanierung der darauf befindlichen Schule in Hostice. Abgewickelt wurde dieses Projekt über das Welthaus der Diözese Graz Seckau. Zum anderen wurde eine Förderung in der Höhe von 12.500 Euro für die Installierung eines Koordinators beschlossen, der die unterschiedlichen privaten und öffentlichen Hilfsprojekte koordinieren sollte. Dieser Betrag wurde aber noch nicht zur Auszahlung gebracht, da der Bürgermeister von Hostice im Wege der Vinzenzgemeinschaft Eggenberg an mich herantreten ist, um eine Umwidmung dieses Geldes zu erreichen. Sein Vorschlag ein Gebäude damit zu sanieren, in dem ein Vinzishop eingerichtet werden könnte, wird zurzeit geprüft. Außer diesen beiden Projekten gibt es aus dem Ressortbereich von Herrn Landesrat Buchmann meines Wissens nur eine Förderung für das Bio-Knoblauchprojekt, das über den Verein European-Neighbours abgewickelt wird. Soweit mir bekannt ist, wurden im Jahr 2011 für das Projekt Förderungen in Höhe 12.221 Euro und im Jahr 2012 Förderungen in Höhe von 10.000 Euro gewährt. Darüber hinaus sind mir keine Förderungen oder Projekte des Landes im Zusammenhang mit der Volksgruppe der Roma bekannt.

Zur Frage 17: Da es kein amtliches Bettlerzählwesen in der Steiermark gibt, kann ich Ihnen weder eine Abnahme noch eine Zunahme der Zahl der Bettler vermelden.

Zu den Fragen 18 bis 21: Lassen Sie mich grundsätzlich festhalten, dass es aus meiner Sicht keiner Tagung zum Thema „menschenrechtskonforme Lösungsstrategien im Umgang mit bettelnden Menschen“ bedarf, weil allen denkenden und fühlenden Menschen klar sein muss, dass es nur eine einzige menschenrechtskonforme Lösung für das Bettelwesen gibt und die lautet „Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern“. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Diese Armutsbekämpfung erfordert zum einen eine erfolgreiche Wirtschaftsförderungspolitik und zum anderen eine effiziente Sozialpolitik. Beides eingebettet und koordiniert in ein gesamteuropäisches Konzept, das die wirtschaftliche wie soziale Entwicklung aller strukturschwachen Länder Europas zum Gegenstand hat. Wie die FPÖ dazu steht, ist uns allen bekannt.

Sie werden aber nicht ernsthaft vom Landeshauptmann der Steiermark erwarten, dass er in diesem Hause programmorientierte Lösungen für all diese Probleme vorlegt. Lassen Sie mich vielleicht einige Fakten nennen, um die eigentliche Problematik zu verdeutlichen: Über in 90 % der in Graz bettelnden Menschen kommen aus dem Bezirk Rimavska-Sobota in der Slowakei, der Großteil aus dem Ort Hostice und Umgebung. In der Ostslowakei liegt die Arbeitslosigkeit bei 50 %, unter den dort lebenden Roma liegt sie bei 98 %. In Hostice leben heute 981 Personen, 570 davon sind Roma. Aus dem gesamten Dorf haben lediglich zehn Personen eine Lohnarbeit, darunter befinden sich nur drei Roma. Wenn, was selten genug der Fall ist, ein freier Arbeitsplatz angeboten wird, bekommt ihn zuerst ein Slowake, dann ein Ungar und erst wenn von diesen beiden Volksgruppen keiner ihn haben will, vielleicht ein Roma. Wir haben es also mit wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und zu allem Überfluss auch noch mit ethnischen Problemen zu tun. Vielleicht wäre es daher hilfreich, meine Herren von der FPÖ, wenn sich Ihre Vertreter in Brüssel für einen europäischen Marshallplan zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung unserer östlichen Nachbarländer stark machen würden. Da fällt Ihnen aber dann wieder nichts anderes ein als: „Unser Geld für unsere Leut“! *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Bekämpfen wir zuerst die Arbeitslosigkeit in Österreich!“)* *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Dass man mit derartiger populistischer Kurzsichtigkeit aber keine Probleme lösen kann, muss sogar Ihnen klar sein. Hören Sie daher auf, durch ständiges Hetzen gegen Menschen und Menschengruppen Probleme zu vertiefen oder neue zu schaffen, tragen Sie besser durch konstruktive Arbeit zu ihrer Lösung bei. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.51 Uhr)*

Präsident Breithuber: Ich danke für die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Ich eröffne nunmehr die **Wechselrede** zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf § 68 Abs. 5 der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie HauptrednerInnen nicht länger als 20 und die DebattenrednerInnen nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Dr. Mayer.

LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL (15.52 Uhr): Danke schön. Geschätzte Kollegen!

Herr Landeshauptmann, vielen Dank für die (*Heiterkeitsausbruch des Redners*) – entschuldige – vielen Dank für die Beantwortung unserer Dringlichen Anfrage. Ich muss hier ein paar Dinge erwähnen, die schon wirklich amüsant sind, ja. Wenn Sie z. B. sagen, die FPÖ hetze gegen Menschen - also ich weiß nicht in einer einzigen Wortmeldung vorher, wo ich irgendwo gegen Menschen gehetzt hätte. Sie haben auch gesagt: „Die Armut gehört in den Herkunftsländern bekämpft.“ Herr Landeshauptmann, vielleicht hören Sie mir zu, das ist nämlich meine Antwort auf die Ihre, das wäre sehr nett und auch respektvoll von Ihnen. Sie haben gesagt: „Die Armut müssen wir in den Herkunftsländern bekämpfen“, Herr Landeshauptmann. Gerade das habe ich vorhin gesagt. Es ist nicht die Aufgabe des Landes Steiermark und der Steirer, die Armut in den Herkunftsländern zu bekämpfen. Das kann nicht unsere Aufgabe sein, Herr Landeshauptmann. Bei der Antwort, die Sie uns gegeben haben, da haben Sie gesagt, Sie sind nicht zuständig für die Polizei. Das wissen wir, Herr Landeshauptmann, danke. Aber Sie sind zuständig für das Sicherheitsgesetz, Herr Landeshauptmann, und bei Ihrer Anfragenbeantwortung habe ich den Eindruck bekommen, Sie sind besser darüber informiert, was in der Slowakei los ist, als darüber, was in der Steiermark los ist. (*LTabg. Amesbauer, BA: „So ist es!“*) (*Beifall bei der FPÖ*) Ich lasse diesen Vorwurf der Menschenverachtung nicht auf uns sitzen, denn der ist kurzsichtig, Herr Landeshauptmann, und wie Sie so gerne sagen: Sie wollen damit nur politisches Kleingeld wechseln. Das ist jetzt aber zu wenig. Das ist zu wenig, nachdem wir uns in Graz mit einem Bettlerunwesen konfrontiert sehen, mit organisierten Banden, die die Leute auspressen. Ich habe auch keine Alternative von Ihnen gehört, Herr Landeshauptmann. Keine Alternative dazu, was wir machen können mit einem Gesetz, das ja Sie alle beschlossen haben. Also tut nicht so: „Die FPÖ - menschenverachtend und hetzend“. Das haben Sie beschlossen, Sie

waren da dabei. Sie haben dieses generelle Bettelverbot ja beschlossen, also tut jetzt nicht so, als wenn ihr damit nichts zu tun gehabt hättet. Denn auch das, Herr Landeshauptmann, ist kurzsichtig und wechselt tatsächlich politisches Kleingeld. Aber ich den Eindruck - und der erhärtet sich bei mir hier herinnen - dass die FPÖ und die Stadt jetzt mit dieser Petition die einzigen sind, die dieses Thema überhaupt interessiert in der Steiermark. Denn was wird denn jetzt passieren? Ich bin überzeugt davon, dass nicht ein einziger von ÖVP oder Roten Abgeordneten hier noch an das Rednerpult treten wird, weil es euch scheinbar schlichtweg egal ist, wie diese Thematik behandelt wird. Da beißt sich jetzt aber wirklich der Hund in den eigenen Schwanz. Denn vorher uns zu erzählen, wir seien hetzerisch und das ist menschenunwürdig, was wir hier machen, und dann aber ein so ein „Wurschtigkeitsgefühl“ mit dieser Bettlerproblematik und allem was dahintersteckt zu entwickeln, also das ist eine besondere Chuzpe. Jetzt sagen Sie, Sie haben noch nie eine vernünftige Lösung gehört. Ich sage Ihnen die vernünftige Lösung, denn es gibt sie, denn es ist ein Verfassungsgerichtshofurteil, das besagt, dass es das generelle Bettelverbot nicht geben darf. Abhilfe könnte es aber geben, die auch rechtsstaatlichen Anforderungen entspricht, Herr Landeshauptmann, und da eben das generell als verfassungswidrig gesehen wird und die Erlaubnis von den einzelnen Gemeinden nicht beschlossen wurde, können wir Folgendes machen und diese geeignete Möglichkeit haben wir uns überlegt und sie ist ein Diskussionsvorschlag und noch einmal: Sie haben generell das Betteln verboten, wir haben gesagt: „Erlauben wir es in einem Zeitraum.“ Eine geeignete Möglichkeit wäre für uns demnach das Betteln zwischen eben 22.00 Uhr und 08.00 Uhr morgens uneingeschränkt zu erlauben. Damit wird nichts weiter getan, geschätzte Kollegen von Rot und Schwarz, als den Marktzugang zu den einzelnen Kunden der Bettler zu verengen und zu beschränken. Das wird sich positiv auswirken, da können Sie sicher sein. Wir werden es nicht weiter dulden, dass etwa bei Trauerfeierlichkeiten aggressiv gebettelt wird; das werden wir nicht dulden, die Stadt Graz wird es auch nicht mehr dulden.

Deswegen stellen wir jetzt im Landtag den folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert eine Regierungsvorlage betreffend „Bettelerlaubnis im Zeitfenster“ im Landtag einzubringen und dabei zu berücksichtigen, dass Betteln nur mehr zwischen 22.00 Uhr und 08.00 Uhr gestattet ist.

Das ist unserer Meinung nach, und da bin ich mir ganz sicher, eine verfassungskonforme Lösung für das Problem, mit dem wir konfrontiert sind und ich bitte um Zustimmung. (*Beifall bei der FPÖ – 15.57 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke. Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Abgeordneten Hannes Amesbauer, BA. Herr Abgeordneter, bitte.

LTabg. Amesbauer, BA (15.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren!

Ich habe mich jetzt zu Wort gemeldet, um dem präventiv vorzugreifen, dass sich sonst kein Abgeordneter einer anderen Fraktion zu Wort meldet, obwohl die Klubobleute von den selbst ernannten Reformpartnern dem Vernehmen nach schon fest am Schreiben sind. Vielleicht erleben wir die Überraschung, (*LTabg. Kröpfl: Unverständlicher Zwischenruf*) dass Sie sich auch noch zu einer Dringlichen wieder einmal nach langer Zeit zu Wort melden, Herr Kollege.

Das, was wir da in der Beantwortung des Herrn Landeshauptmannes gehört haben, das ist wieder die typische Kopf in den Sand-Politik beim Thema Bettelverbot. Wir haben hier im Landtag mit einer großen Mehrheit – sie alle, Abgeordnete von Rot und Schwarz, haben dafür gestimmt – für das absolute Bettelverbot in der Steiermark gestimmt. Sie haben das Erkenntnis, das Urteil des Verfassungsgerichtshofes zur Kenntnis genommen, das nehmen wir auch zur Kenntnis. Unsere Aufgabe aber als Landesgesetzgeber ist es, das zu reparieren und eine verfassungsgemäße Regelung hier auch sicherzustellen und nicht einfach so zu tun, als wenn nichts gewesen wäre und zu sagen: „Okay, wir haben ja die alte Regelung. Das passt.“ Sie stecken den Kopf in den Sand, Sie verschließen die Augen vor den Problemen, vor den Zuständen in der Steiermark mit den Bettlern. Man braucht ja nur durch Graz zu gehen, die Landeshauptstadt und ehemalige Kulturhauptstadt. Ja, die Landeshauptstadt Graz, wenn man hier als Tourist her kommt, was soll man sich denn denken, bitte, wenn sich an jeder zweiten Straßenecke ein bettelnder Zigeuner in den Weg stellt, meine Damen und Herren? (*LTabg. Hamedl: „Graz ist eine schöne Stadt, Herr Kollege!“*) Was soll man sich da denken? Das ist ja ein super Eindruck der Landeshauptstadt, wenn an jedem Straßeneck ein Zigeuner bettelt und hier so das Straßenbild und das Ortsbild auch prägt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist aber nicht nur in Graz ein Problem, dieses Bettelunwesen. Wir wissen ja, dass da die organisierte Kriminalität dahintersteckt, dass man den Menschen, wenn man denen

etwas hineinwirft, ja gar nichts Gutes tut, denn das wird Ihnen ja spätestens am Abend, wenn sie mit den Bussen abgeholt werden, von den Hintermännern entzogen, die hinter dieser organisierten Kriminalität, diesem organisierten Bettlerunwesen steht, die diese Menschen auch ausnützen und auf die Mitleidsmasche drücken. Das wissen wir. Ich habe es selbst gesehen vorige Woche kurz vor dem Jakominiplatz. Eine scheinbar, dem Vernehmen nach, alte Frau mit einem Kopftuch und einer Jacke auf dem Boden kauern um Geld bettelnd – mit einem Kopftuch, mit einem Buckel, mit einem gemachten. Wenn man aber länger hinschaut sieht man es und hat man es gesehen, das habe ich selbst gesehen, dass ein junger Mann darunter gesteckt ist. So werden die Menschen betrogen, so wird agiert in der Steiermark und Sie verschließen davor die Augen, meine Damen und Herren.

Aber es ist nicht nur in Graz ein Problem. Es ist auch ein Problem der Städte in der Obersteiermark. In Mürzzuschlag gehören die Bettler mittlerweile auch schon zum Ortsbild. Massenhaft sind die Bettler in Mürzzuschlag, in großer Anzahl, vor jedem Einkaufszentrum, in allen Fußgängerzonen – in Kapfenberg, in Bruck, überall. Das ist ein Bild, das wir hier nicht haben wollen. Herr Landeshauptmann, Sie haben es selbst gesagt, ich bin mit Ihnen einer Meinung, wenn Sie hier sagen: „Kein Mensch hat es notwendig zu betteln, das soll nicht sein, das darf nicht sein.“ Da bin ich ganz Ihrer Meinung, aber wieso verschließt der Landtag die Augen davor, vor dem, was der Verfassungsgerichtshof gemacht hat. Was hat der Verfassungsgerichtshof gesagt? Das absolute Betteln ist verfassungswidrig, ja. Wenn wir aber Ausnahmen schaffen, um zu sagen: „Die Gemeinden sind jetzt schuld und Graz ist jetzt schuld!“ ... Also das ist auch interessant für die ÖVP, diese Aussagen, die da gefallen sind mit „heuchlerisch“. Das kann sich ja nur an den Bürgermeister Nagl richten, an wen denn sonst? Das ist schon sehr bemerkenswert, dass ihr da nichts dazu sagt. Wieso regeln wir das nicht? Wir haben einen Landesverfassungsdienst, wieso geben wir als Landesgesetzgeber nicht den Auftrag eine verfassungsgemäße Regelung herbeizuführen. Dieser Vorschlag mit dem Nachtbetteln von 22.00 Uhr bis 08.00 Uhr, was das Betteln in Graz und in der Steiermark – und das wissen Sie – beenden würde, weil einfach die Einkommensquellen den Menschen entzogen werden, die Bettelquelle, die Kundschaft sozusagen, das wissen Sie, das ist ein Denkvorschlag. Das ist eine Möglichkeit. Aber es ist von der Freiheitlichen Partei ein Diskussionsvorschlag, ein Diskussionsbeitrag. Was machen Sie? Sie diskutieren überhaupt nicht darüber, sie entziehen sich der Diskussion, sie stecken den Kopf in den Sand und sagen: „Ja, das war es jetzt so.“ Aber dass die Menschen das nicht wollen und dass sich die Menschen belästigt fühlen und die Menschen auch teilweise Angst haben und manche Plätze

der Steiermark schon meiden wegen des Bettelunwesens, das da getrieben wird, das ignorieren Sie wohlwissend. Ich bitte Sie, beteiligen Sie sich an der Diskussion, geben Sie dem von Herrn Klubobmann Mayer eingebrachten Entschließungsantrag Ihre Zustimmung und dann können wir wieder das erreichen, was wir mit einer großen Mehrheit hier beschlossen haben – mit Ausnahme der Kommunisten und der Grünen. Alle Abgeordneten von SPÖ und ÖVP haben für das generelle Bettelverbot gestimmt. Jetzt hebt der Verfassungsgerichtshof auf und Sie nehmen das zur Kenntnis. Ich muss sagen, ich teile die Ansicht des Verfassungsgerichtshofes in dieser Sache nicht. *(Unruhe unter den Abgeordneten der SPÖ und ÖVP)* Bitte, Kollegen, in Österreich gibt es schon so etwas auch wie Rechtsstaatlichkeit und Meinungsäußerungsfreiheit. Dazu gehört selbstverständlich, dass wir Urteile der Höchstgerichte, des Verfassungsgerichtshofes respektieren. Das tun wir uneingeschränkt, ja. Aber die Meinungsäußerungsfreiheit inkludiert auch, dass man auch solche Urteile anzweifeln darf, liebe Kollegen, und das werden Sie mir auch zugestehen, oder? *(Beifall bei der FPÖ)* Es geht jetzt aber gar nicht um das Urteil an sich. Es geht darum, mit diesen Urteilen zu arbeiten und auf Grundlage dieses Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes eine verfassungskonforme Regelung aufzustellen. Das ist ja relativ simpel. Was wollen wir als Freiheitliche? Wir wollen einfach nur, dass auf Grundlage der österreichischen Verfassung im Einklang mit der Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes in der Steiermark das Betteln so gut als möglich durchgesetzt wird – das Bettelverbot, ja. Wir wollen das nicht, das ist unwürdig, das ist nicht gut für die Menschen, die betteln. Die haben nichts davon, wenn sie betteln. Die werden von kriminellen Hintermännern ausgenützt, das werden wahrscheinlich nicht einmal die Grünen in Abrede stellen können, und das haben wir in der Hand. Wir haben es nicht in der Hand, wie sich die soziale Situation in irgendwelchen östlichen Ländern entwickelt. Das ist nicht die Aufgabe des Landtages Steiermark. Die Aufgabe des Landtages Steiermark ist die Belästigung der steirischen Bürger durch die organisierte Bettlerkriminalität abzustellen, meine Damen und Herren. Sehen sie das ein und gehen sie diesen Weg mit uns mit. *(Beifall bei der FPÖ – 16.04 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, meine sehr geehrten Damen und Herren. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung und ersuche alle die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 2576/2 betreffend „Errichtung eines

Bettelzeitfensters“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde abgelehnt, und zwar mit den Stimmen aller anderen Parteien gegen die FPÖ.

Es wurde weiters am Mittwoch, dem 26. Februar 2014 um 15.00 Uhr, 43 Sekunden, von Abgeordneten der KPÖ eine **Dringliche Anfrage** an Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder, betreffend „Fortsetzung oder Ende der Irrfahrt in der steirischen Gesundheits- und Pflegepolitik?“ eingebracht.

Ich erteile Frau Klubobfrau LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

Ich erteile Frau Abgeordneter Klimt-Weithaler das Wort.

LTAbg. Klimt-Weithaler (16.05 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Ich darf zuallererst als Klubobfrau der KPÖ und als Demokratin Ihnen, Herr Mag. Drexler, zu Ihrer Wahl zum Landesrat, zuständig für Pflege und Gesundheit, herzlich gratulieren und darf nun auch gleich die erste Dringliche Anfrage an Sie richten. Es mag unüblich erscheinen, dass man jemanden, der erst wenige Stunden zuvor sein Amt angetreten hat, sofort mit inhaltlichen Fragen konfrontiert, aber in Ihrem Fall sind wir zu dem Entschluss gekommen, dass Sie durchaus in der Lage sein werden Antworten zu geben. Sie sind ja weder neu in diesem Landesparlament – 14 Jahre haben wir heute gehört, gehören Sie dem an – außerdem haben Sie ohne zu zögern dieses Ressort auch übernommen und sich ja auch bisher hier im Landtag sowohl regelmäßig zu Gesundheitsthemen als auch zu Pflege Themen wie z.B. zum Regress gemeldet, und Sie bezeichnen sich selbst ja auch gerne als einen der Ingenieure der sogenannten Reformpartnerschaft. Diese hat - wie wir alle wissen - ja die Gesundheitspolitik bis dato in die politische Richtung gelenkt, in der wir sie jetzt vorfinden. Kollege Klubobmann Kröpfl hat Sie, Herr Mag. Drexler, heute in der Früh auch noch als treibende Kraft dieser sogenannten Reformpartnerschaft bezeichnet. Abgesehen davon hat unsere

Anfrage einen hohen dringlichen Wert. Warum? Die Bevölkerung erwartet sich nach dem Rücktritt von Frau Landesrätin Edlinger-Ploder nun rasch Antworten auf die Probleme und nicht erst nach einer gewissen Schonzeit. Ich habe in einem Interview zu Ihrer Bestellung gelesen, dass Sie sich darüber freuen, Verantwortung zu übernehmen, und ich würde mich heute freuen, wenn Sie uns klare und deutliche Antworten liefern. Ich hoffe nicht, aber so schätze ich Sie auch nicht ein, Herr Landesrat, dass Sie sich jetzt darauf zurückziehen und sagen: „Ich kann ja noch gar keine inhaltlichen Fragen beantworten, ich bin ja überhaupt noch nicht eingearbeitet.“ Das gestehe ich Ihnen zu, Sie werden natürlich noch nicht eingearbeitet sein, das wäre ja jetzt ein bisschen vermessen nach ein paar wenigen Stunden. Aber, wie gesagt, Sie haben mitkonstruiert, Sie sind von Anfang an in dieser Reformpartnerschaft als einer der Hauptakteure aufgetreten, Sie haben eine Haltung, die Sie hier auch immer wieder als Klubobmann dargestellt haben. Uns geht es jetzt darum zu erfahren: Was ändert sich in Ihrer Haltung oder ändert sich etwas zu den einzelnen Themen, die Ihnen ja alle bekannt sind, als Landesrat in Ihrer neuen Funktion?

Ich darf jetzt kurz zur eigentlichen Begründung unserer Dringlichen Anfrage kommen. Wir, also meine Fraktion, haben die Entwicklung des steirischen Gesundheitswesens schon sehr, sehr lange Zeit mit großer Sorge beobachtet und auch immer wieder scharf kritisiert, das wissen Sie. Durch die Ausgliederung der Krankenanstalten aus der Landesverwaltung wurde die Gesundheitspolitik vollkommen dem Ziel der Kostenreduktion untergeordnet. Kollege Murgg und ich haben das immer wieder festgestellt und auch immer, dass die medizinische Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und in ausreichender Dichte vorhandenen Angeboten hintansteht. Also zuerst geht es einmal darum: Wo können wir Einsparungen treffen? In weiterer Folge war es dann schöner formuliert. Es wurde nicht mehr von Einsparungen geredet, sondern von Kostendämpfungen, und dann kommt erst eigentlich „Was bieten wir den Leuten an, was brauchen wir, wo gibt es etwas?“. Denn das Leistungsangebot - und das kann man zurückverfolgen - ist de facto Schritt für Schritt eingeschränkt worden und mit Beschluss des Regionalen Strukturplanes Gesundheit, dem uns allen wohlbekannten RSG, der am 15.04.2011 beschlossen wurde, ist diese Entwicklung noch einmal verschärft worden. Dieser RSG, das wurde uns von Ihrer Vorgängerin immer wieder gesagt, leitet sich vom österreichischen Strukturplan Gesundheit ab. Ich darf jetzt aus einer Wortmeldung von der seinerzeitigen Frau Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder zitieren: „Dieser regionale Strukturplan „Gesundheit“ basiert auf medizinischen und demografischen Entwicklungsprognosen und gilt gemäß den geltenden Gesetzen auch als sogenanntes

qualifiziertes Sachverständigengutachten.“ Sehen Sie, und das ist im Moment, denke ich, eines der Hauptprobleme der sogenannten Reformpartnerschaft. Oberste Priorität ist die Kostenreduktion in allen Bereichen, begründen lassen Sie Ihre Entscheidungen dann von Beratungsfirmen, die den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen im Übrigen Abertausende Euro kosten und - das halte ich für das größte Problem in dieser Vorgehensweise - Sie sind absolut nicht bereit Fehler einzugestehen, auch wenn diese ganz offensichtlich in Erscheinung treten. Ich darf Ihnen diese Behauptung jetzt von mir mit einem Beispiel untermauern, und zwar anhand der Schließung der Geburtenstation in Voitsberg. Bereits Anfang Dezember 2012 stand fest, dass die PatientInnenstromanalyse, die diese Beratungsfirma vorher erarbeitet oder dargestellt hat, ein anderes Ergebnis zutage brachte als die gelieferten Zahlen. Also die Beratungsfirma hat gesagt: „So wird es ausschauen!“ Im Dezember 2012 ist man draufgekommen, dass das gar nicht so ist. Im Übrigen war das Ebner-Hohenauer, keine Unbekannten hier in diesem Haus. Die Schätzungen haben sich schon damals als viel zu gering erwiesen, trotzdem wurde Voitsberg geschlossen. Auch damals schon mit dem Wissen - das kann man auch belegen - dass eine Erweiterung in Graz notwendig werden wird, weil der Plan von der Beratungsfirma, dass die PatientInnen von Voitsberg alle nach Deutschlandsberg ausweichen, nicht funktioniert hat. Es wurde damals schon festgestellt, dass wir in Graz, wenn Voitsberg zugemacht wird, sowohl räumlich als personell Erweiterung brauchen, vom Sicherheitsrisiko jetzt ganz zu schweigen. Das alles gab es bereits 2012 eben schon schriftlich von der Grazer Frauenklinik. Das spielte alles keine Rolle, man hat an dem RSG festgehalten, Voitsberg wurde geschlossen. Jetzt kommt noch hinzu, dass bis dato nicht nur aufgetretene Fehler nicht korrigiert werden, es ist auch diese undemokratische Vorgehensweise, die wirklich zum Himmel schreiend ist. Es gab damals ein Bezirksvolksbegehren in Voitsberg, das über 13.500 Menschen unterschrieben haben und der Landtag wurde nicht damit befasst. Das wurde in der Landesregierung allein am 07. Feb. 2013 beschlossen, die Unterschriften liegen irgendwo. Im Rahmen einer Pressekonferenz von einer Journalistin darauf angesprochen auf dieses Volksbegehren, und darauf, ob sich eben die damals zuständige Landesrätin an das Ergebnis gebunden fühle, hat Mag. Edlinger-Ploder geantwortet, dass es sich dabei um Hysterie und Hetzpropaganda handelt. Ich kann mich erinnern, dass wir über diese Aussagen hier schon damals bei der Aktuellen Stunde sehr heftig diskutiert haben, weil das natürlich nicht geht. So kann man mit den Leuten nicht umgehen. Ich kann nicht ein Bezirksvolksbegehren, das so viele Menschen unterschreiben, hinstellen als wäre das irgendeine Idee von irgendeinem wahnsinnig gewordenen

Bürgermeister. Wenn sich über 13.500 Menschen dazu entschließen, ein Begehren zu unterstützen, dann hat das hier im Landtag besprochen zu werden. So demokratisch muss man sein. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen)* Es hat inzwischen einen tragischen Vorfall gegeben. Es haben sich erneut Menschen im Bezirk zusammengefunden, die für die Wiedereröffnung der Geburtsstation kämpfen - es sind heute Menschen von diesem Verein auch anwesend - und es gab bereits ein Schreiben an Sie, wo Sie gebeten werden, möglichst bald einen Termin mit den Betroffenen, mit der Obfrau anzunehmen, einen Gesprächstermin zu initiieren. Nachdem ich beobachtet habe, dass Sie sich schon vorgestellt haben, Kontakt aufgenommen haben, bin ich guter Dinge, dass dieser Termin bald stattfinden wird. Ich möchte hier noch einmal festhalten: Aus unserer Position heraus möchten wir noch einmal feststellen, dass man diesen Bezirk gänzlich ohne Geburtsstation lässt und so tut, als wäre das neu gegründete Hebammenzentrum eine gleichwertige Alternative. Das ist es natürlich nicht. Diese Einrichtung dort ist wichtig und gut, aber es ist natürlich keine geburtshilfliche oder gynäkologische Station, vergleichbar mit einer Station in einem Krankenhaus. Das wissen wir alle hier. Wir wissen auch, dass die finanzielle Absicherung von diesem Hebammenzentrum nicht langfristig ist. Wir wissen also nicht, ob es dieses Zentrum in ein, zwei, drei Jahren noch geben wird.

Ein Wort noch zu den Beratungsfirmen, die mehr und mehr die Kontrolle über das Gesundheitswesen in der Steiermark übernehmen, Herr Landesrat, da möchte ich Sie schon fragen, um ein Wort zu verwenden, das Sie auch sehr gerne verwenden: Finden Sie es nicht bemerkenswert, dass gerade Berater, die selbst im privaten Krankenhauswesen tätig sind und dort natürlich wirtschaftliche Interessen verfolgen, den politisch Verantwortlichen zu Privatisierungen raten? Also ich finde das nicht unspannend und ich hoffe, dass sich künftig auch auf diesem Gebiet etwas ändern wird. Es sind immer mehr Menschen in der Steiermark mit der stationären Krankenversorgung unzufrieden, einerseits durch die Schließungen, andererseits auch durch die dadurch entstehenden längeren Transport- und Anfahrtswege und natürlich auch, weil es oft wirklich auch an Personal mangelt, bzw. dem Personal, das tätig ist, an Zeit. Diese Situation spiegelt sich natürlich auch bei den Beschäftigten wieder. Wir hören immer wieder Klagen von Beschäftigten, bei denen Stress-, Burn-out-Symptome und Angst um den Arbeitsplatz ständige Begleitung geworden sind. Ich frage mich, wie Sie es schaffen wollen, die strategischen Ziele, die sie in Ihrem Zielsteuerungsvertrag festgeschrieben haben, zu erreichen, wenn Sie an dem Regionalen Strukturplan Gesundheit festhalten. Meiner Meinung nach ist das nicht kompatibel, entweder muss man das eine

ändern oder man muss das andere ändern. Aber diese Ziele können, wenn sie ernst gemeint sind, so nicht erreicht werden, wenn man an diesem Strukturplan „Gesundheit“ festhält. Eine große Baustelle möchte ich noch im Zusammenhang mit Ihrem neuen Ressort ansprechen, es ist der Pflegeregress. Die Steiermark ist nach wie vor das einzige Bundesland, das diese unsoziale Angehörigensteuer einhebt, völlig unverständlich für die Betroffenen, die Angehörigen, völlig unverständlich für ganz, ganz viele Personen, die sich wirklich auskennen, die aus dem Bereich kommen, die dort arbeiten. Vom Sozialminister abwärts haben sich schon ganz, ganz viele Menschen gegen diese Angehörigensteuer ausgesprochen. Gestern erst - Herr Landeshauptmann Voves, das wird Sie vielleicht interessieren - bei der Diskussion der Kleinen Zeitung, wo die Spitzenkandidaten und -kandidatinnen der Arbeiterkammerwahl aufgetreten sind, Parteigenosse und Arbeiterkammerpräsident Pessler hat erwähnt, dass er diesen Pflegeregress eigentlich ungeheuerlich findet und dass er Sie ja schon mehrmals aufgefordert hat, diesen endlich abzuschaffen. Ich weiß nicht, wie das jetzt vonseiten der SPÖ im Moment aussieht. Uns interessiert natürlich - da würde ich Sie auch bitten, den neuen Gesundheits- und Pflegeländerrat, um Ihre Stellungnahme dazu: Wie wird es künftig ausschauen? Auch die Kolleginnen von SPÖ und ÖVP haben heute wieder Gelegenheit für die Abschaffung dieses Regresses zu stimmen, bis dato haben Sie sich eingemauert, aber die Frage ist, wie lange Sie es vor sich selbst noch verantworten können, Ihre Position in diesem Punkt nicht zu ändern. Es ist meiner Meinung nach höchste Zeit, den Irrweg in der Gesundheits- und Pflegepolitik in der Steiermark aufzugeben. Beginnend mit der Wiedereingliederung der KAGes in die Hoheitsverwaltung, das wäre unserer Meinung nach ein erster Schritt, um die einseitigen betriebswirtschaftlichen Überlegungen und die Geschäftemacherei im Gesundheitswesen und die dadurch entstandenen destruktiven Resultate rückgängig zu machen oder zumindest zurückzudrängen. Die Gesundheit der Bevölkerung muss im Mittelpunkt stehen. Die berechtigten Anliegen der PatientInnen und ihrer Angehörigen, die Steirerinnen und Steirer, müssen wieder gehört werden. Herr Landesrat, Sie haben heute nach Ihrer Wahl gesagt, Sie bedanken sich bei all jenen, die Sie schon gewählt haben und alle anderen würden Sie gerne überzeugen, dass sie Sie wählen hätten können. Ich möchte Sie gerne beim Wort nehmen, sie wissen, ich habe Sie nicht gewählt. Sie haben auch davon gesprochen, dass Politik, Politiker und Politikerinnen dienen müssen. Auch hier möchte ich Sie gerne beim Wort nehmen und Sie daran erinnern, dass Sie der Bevölkerung und nicht diversen Beratungsfirmen dienen müssen. Sie haben auch davon gesprochen, dass Krankheit und Pflegebedürftigkeit Extremsituationen im Leben von

Menschen sind und dass wir das immer im Auge behalten müssen. Ich bitte Sie, nehmen Sie das ernst, auch in Ihrer Arbeit, die jetzt auf Sie zukommt, denn Sie haben weiters gesagt, es geht um eine besondere Sorgfalt. Auch diese beiden Aussagen teile ich zu hundert Prozent. Auch zu Ihrem Perspektivenwechsel möchte ich gerne etwas sagen. Es ist auch für mich noch etwas ungewohnt, Sie mehr oder weniger im Rücken zu haben und nicht als Gegenüber, aber wenn Sie schon den Perspektivenwechsel ansprechen, dann darf ich Sie an Folgendes erinnern: Sie sind jetzt ein Mitglied dieser Landesregierung und diese Landesregierung hat einen Regionalen Strukturplan Gesundheit beschlossen, den wir, wie gesagt, auf das Schärfste kritisieren, weil er eine Reihe von Abteilungs- und Krankenhausschließungen, Verlegungen und Zusammenlegungen in sich beinhaltet. Sie haben aber auch jetzt als neues Mitglied dieser Landesregierung eigentlich das Reformpapier mitzutragen, das die beiden Landeshauptleute – Landeshauptmann Voves und Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer – ganz zu Beginn dieser Periode als Präambel unterzeichnet haben und ich darf Ihnen aus dieser Präambel zitieren. Da gibt es ein Kapitel, das nennt sich „Soziales, Gesundheit und Sport“ und darin steht: „Es braucht die Zusicherung, dass Spitalsstandorte erhalten bleiben.“ Man spricht auch in dieser Präambel von einer notwendigen und gewollten qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung. Also möchte ich Sie an dieser Stelle fragen, bevor ich zu den eigentlichen Dringlichen Anfragen komme, Herr Landesrat Drexler: Wozu stehen Sie? Stehen Sie zu diesem regionalen Strukturplan „Gesundheit“ oder stehen Sie zu diesem Regierungsübereinkommen, zu dieser Präambel? Denn zu beiden zu stehen ist offensichtlich nicht möglich, weil die Unterschiede in diesen beiden Schriften sich ausschließen. Ich denke, dass der nun erfolgte Wechsel im Gesundheitsressort eine Chance bietet, die bisherige Politik zu überdenken und jetzt wirklich einen Kurswechsel einzuschlagen. Wir erwarten uns gemeinsam mit den Menschen in der Steiermark eine Antwort auf die Frage, ob es nun mit Verschlechterungen weitergeht oder ob Sie neue Akzente setzen?

Ich darf in diesem Zusammenhang folgende Dringliche Anfrage an Sie stellen:

1. Wie ist Ihre Position zur Forderung der KPÖ, raschest möglich die Auflösung der KAGes und die Wiedereingliederung der verbliebenen landeseigenen Krankenanstalten in die Landesverwaltung zu vorzubereiten?
2. Was werden Sie unternehmen, um zu verhindern, dass die hochproblematische Unterversorgung der Bevölkerung, welche die Reduktion oder ersatzlose Aufgabe wichtiger Elemente der medizinischen Versorgung hervorgerufen hat, weitere Opfer fordert?

3. Sind Sie bereit die Neustrukturierung des Steiermärkischen Gesundheitssystems in Form des derzeit in Umsetzung befindlichen RSG zu überdenken und unter Einbeziehung der Betroffenen in den Regionen zu überarbeiten?
4. Werden Sie die Geburtenstation am LKH Voitsberg wieder einrichten?
5. Bei welchen weiteren Einrichtungen, die von Schließungen und Leistungsreduktionen betroffen waren, sind Sie bereit, die Standortfrage aus dem Blickwinkel der PatientInnensicherheit und Versorgungsgüte erneut zu prüfen?
6. Werden Sie als verantwortlicher Landesrat die berechtigten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen, die sich gegen Verschlechterungen im Spitalswesen einsetzen?
7. Was werden Sie gegen die Überlastung der Rettungsorganisationen durch den Strukturabbau an den Spitälern und die damit verbundene Gefährdung der PatientInnen durch Einsatz- und Fahrtzeitenverlängerung unternehmen?
8. Wie werden Sie verhindern, dass der mit dem Bund paktierte Beitrag der Steiermark zur Kostendämpfung im Gesundheitsbereich zu weiteren Qualitätseinbußen und Versorgungslücken im steirischen Gesundheitsbereich führt?
9. Werden Sie Beratungsfirmen die wesentlichen Entscheidungen über die Fortentwicklung des steirischen Gesundheitssystems treffen lassen?
10. Sind vor dem massiven Hintergrund massiven Kostendruckes und laufendem Leistungs- und Strukturabbau die strategischen Ziele des Landes-Zielsteuerungsvertrages, nämlich
„1. Zahl der gesunden Lebensjahre erhöhen und Lebensqualität von erkrankten Personen verbessern,
2. Behandlungsqualität in allen Versorgungsstufen sicherstellen, routinemäßig messen und transparent machen
3. Patientensicherheit und Gesundheitskompetenz der Bevölkerung insbesondere in Bezug auf Information und Kommunikation stärken und routinemäßig messen,
4. Hohe Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Gesundheitsversorgung sicherstellen und routinemäßig messen?“,
überhaupt erreichbar und nicht vielmehr eine Farce, die der Beruhigung der durch die Verschlechterung der Versorgung massiv verunsicherten PatientInnen dient?
11. Welche Schritte werden Sie zur überfälligen Abschaffung des Pflegeregresses setzen?

Ich darf Sie bitten, diese Fragen zu beantworten und darf Ihnen - nehmen Sie es als Einstandsgeschenk - eine Pflegecreme überreichen, die Sie auf unsere Kampagne „Weg mit dem Regress“ hinweisen soll, denn wir werden so lange nicht aufgeben, bis dieser Regress

fällt. Zum Herrn Kollegen Buchmann noch ein Wort: Auch wenn es Ihnen eine Freude machen würde, ich werde nicht nach Berlin gehen, ich werde Sie hier weiter nerven. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ – 16.26 Uhr)*

Präsident Majcen: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage komme, darf ich die Damen und Herren im Zuschauerraum darauf hinweisen, dass wir in diesem Hause einige Regeln haben. Die Regeln besagen, dass gebeten wird, von Beifallskundgebungen und von Missfallensäußerungen Abstand zu nehmen und auch das Anbringen von Transparenten und Ähnlichen nicht gestattet ist. Ich verstehe, dass Sie das tun möchten, bitte Sie aber sich an diese Spielregeln zu halten. Danke Ihnen vielmals. Ich erteile nunmehr dem zuständigen Landesrat Herrn Mag. Christopher Drexler das Wort zu Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und bitte ihn um seine Ausführungen.

Landesrat Mag. Drexler (16.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Kollegin und Kollegen auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich darf mich zuallererst bedanken. Wir fangen am Nachmittag so an, wie wir am Vormittag aufgehört haben. Ich darf mich zuallererst bei der KPÖ bedanken für Ihren umsichtigen Plan, mich heute bereits mit dieser Dringlichen Anfrage zu konfrontieren, weil mir das die Möglichkeit eröffnet, zu einigen Punkten, die in der aktuellen Debatte zur Gesundheitspolitik aber auch zur Frage der Pflege im Raum stehen, vielleicht einige erste Andeutungen und Skizzen zu machen. Ich darf Ihnen auch gleich sagen, Frau Kollegin Klimt-Weithaler, ich werde es vielfach auch bei Andeutungen und Skizzen bewenden lassen, weil es unseriös wäre, am heutigen Tag wesentliche Weichenstellungen in die eine oder in die andere Richtung so vorzunehmen, dass Sie glücklich sind oder nicht glücklich sind, dass alle möglichen Interessierten glücklich sind oder nicht glücklich sind. Ich werde es zum Teil bei Andeutungen und skizzenhaften Bemerkungen bewenden lassen und das aus gutem Grund. Weil wenn Sie mir heute Vormittag zugehört haben, und Sie für Ihren Teil haben das sehr gut, weil Sie haben ja einige Zitate aus meinen vormittäglichen Ausführungen bereits gebracht, dann wissen Sie, dass ich von einem - und Sie haben es selbst vorhin gesagt - von einem besonderen Sorgfaltsmaßstab gesprochen habe, der insbesondere für die Gesundheitspolitik und wohl auch für das Politikfeld der Pflege gilt. Und es wäre alles andere als diesem

besonderen Sorgfaltsmaßstab entsprechend, wenn ich heute bereits die eine oder andere Frage so beantworten würde, dass Sie jedes Detail dessen bereits erblicken, was wir in den nächsten Wochen und Monaten engagiert, rasch beginnen aber vor allem auch solide recherchiert und solide mit allen wesentlichen Akteuren in den jeweiligen Politikfeldern besprochen, dann auch entsprechend behandeln werden. Mein zweiter Dank gilt der gemischten Taskforce aus Verfassungsdienst und Landtagsdirektion, die das rechtliche Umfeld der Beantwortung der dieser heutigen Dringlichen Anfrage im Vorfeld geklärt hat. Weil es war rechtlich unsicher, wie denn das ist. Man hat dann festgestellt, dass wenn es gelingt, die neue Verordnung über die Geschäftsverteilung der Steiermärkischen Landesregierung vor Beginn dieser Dringlichen Anfrage zu verlautbaren, dass ich dann nicht mehr nur willens bin Ihre Dringliche Anfrage zu beantworten, sondern auch rechtlich in der Lage bin, sie beantworten zu dürfen. Und insofern darf ich mich bei allen, die in der Verwaltung Mühewaltung mit dieser Verlautbarung hatten, recht herzlich bedanken, sie ist offensichtlich im Landtag zumindest um 12.06 Uhr eingelangt, mithin bin ich seit ca. viereinhalb Stunden eben nicht nur willens, sondern auch in der Lage es zu dürfen, Ihre Frage zu beantworten. Das als kurze Vorbemerkung.

Zum Zweiten möchte ich aber gleich auf den Titel Ihrer Dinglichen Anfrage kommen, wenn Sie von einer Irrfahrt sprechen. Ich möchte den Titel Irrfahrt zurückweisen. Sie können nicht mit allem einverstanden sein. Sie können alles Mögliche kritisieren. Aber ich halte es für unseriös, das was die Mehrheit im Landtag und jedenfalls die Mehrheit in der Landesregierung und insbesondere meine Vorgängerin im Amte in den letzten dreieinhalb Jahren getan hat, a priori als Irrfahrt zu bezeichnen. Das möchte ich auf das Entschiedenste zurückweisen (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) ohne Ihnen in irgendeiner Art und Weise auch nur sachte irgendeine Möglichkeit an der Kritik absprechen zu wollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe heute Vormittag auch versucht ein wenig zu meinem Politikverständnis zum Ausdruck zu bringen und das auch insbesondere auf das gegenständliche Ressort hin gemünzt. Insofern habe ich schon gesagt, bin ich durchaus froh, heute bereits eine Reihe von Fragen beantworten zu dürfen. Ich darf aber noch ein Zweites sagen: Ein bisserl eine Verwunderung und ein bisschen ein Erstaunen sei mir angesichts des Perspektivenwechsels noch gestattet, weil ich habe Ihnen gut zugehört. Die Frau Kollegin Klimt-Weithaler hat zwar von in ihrem Fall gesprochen, ja also, so wie mir ... so irgendwie so eine Art der Mittäterschaft an der Reformpartnerschaft Angeklagter wäre, ich darf Ihnen jetzt und an dieser Stelle schon sagen: Ich bin natürlich durchaus froh und stolz darauf, schon bisher an dieser Reformpartnerschaft mitgewirkt zu haben. Als Ingenieur hätte ich mich mit

Sicherheit nie bezeichnet, weil alles was mit Technik, Mathematik, Zahlen usw. zu tun hat, gehört nicht zu meinen größten Talenten und insofern hätte ich da Frau Kollegin Jungwirth mit Sicherheit niemals den Ingenieurtitel abspenstig gemacht, auch nicht im Zusammenhang mit der Reformpartnerschaft. Aber was haben Sie noch gesagt, Frau Kollegin Klimt-Weithaler? Sie haben gesagt, ich hätte mich – behaupten Sie – ich hätte mich hier im Landtag früher regelmäßig gemeldet zu Gesundheits- und Pflegefrage. Da schau her! Das Gegenteil hat nämlich die Grüne Fraktion heute Vormittag behauptet. Und insofern bin ich schon ein wenig verwundert, neige aber natürlich aber Ihrer Meinung, Frau Kollegin Klimt, bis zu einem gewissen Maß zu, zumal ich mich natürlich immer wieder mit den Fragen dieser Politikfelder beschäftigt habe, auch wenn es der geneigten Aufmerksamkeit der Grünen entgangen ist. Darf Ihnen bei dieser Gelegenheit auch mitteilen - und deswegen amüsiert mich das hier zum Teil so besonders, ich habe ja im Landtag auch eine Stunde erlebt, wo man mir genau das zum Vorwurf gemacht hat. Also jene, die länger dabei sind, werden sich erinnern, dass wir einen Untersuchungsausschuss zum Thema Spitalsbauten hatten. Ja, das war eine Mehrheit im Hause, ich glaube im Übrigen auch von den Grünen unterstützt. Na, der Kollege Hagenauer war relativ vorsichtig, aber jedenfalls war eine Mehrheit im Hause der Meinung: „Um Himmels willen, der Drexler, der darf ja nicht im Untersuchungsausschuss Spitalsbauten drinnen sitzen! Warum? Weil er - man höre und staune - Furchterregendes in seiner Vergangenheit aufzuweisen hatte, nämlich dass er Aufsichtsrat der Steiermärkischen Krankenanstalten GesmbH war.“ Also ich wollte Ihnen das nur eingangs zur Relativierung mancher gesagten Sequenzen am heutigen Vormittag kurz einmal erzählen. Weil ich weiß ja dann langsam selber nicht mehr, wie ich damit umgehen soll. Einerseits regelmäßige Teilnahme andererseits - keine Ahnung, schwierig. Dann haben Sie die Frage gestellt: „Ändert sich jetzt etwas?“, also, Sie haben gesagt: „Es ist eine Chance. Wir haben jetzt einen Wechsel an der Spitze dieses Ressorts. Wir haben ein neues Regierungsmitglied. Ändert sich endlich etwas? Machen Sie endlich etwas anders?“ Ja wie soll denn das gehen, ohne nicht sofort wieder dem Vorwurf des Wendehalses irgendwie ausgesetzt zu sein, was wir ja auch am Vormittag gehört haben? (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Also wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren - und damit lasse ich diesen Teil schon auf sich beruhen - ich werde da einen sehr entspannten Zugang zu diesen Dingen pflegen. Alles andere hätte Sie wahrscheinlich gewundert. Eines darf ich Ihnen aber sagen: Sie werden mich nicht dabei ertappen - und das gilt auch für die ganze heutige Beantwortung dann der Dringlichen Anfrage - dass ich Ihnen heute ganz was anderes erzähle, als ich Ihnen noch vor wenigen

Wochen hier im Landtag vom anderen Rednerpult aus erzählt habe. Ja was glauben Sie denn, mit wem Sie es da zu tun haben? Mit jemanden - war heute auch irgendeine interessante Formulierung – der sozusagen alles immer irgendwie so redet, was gerade passt. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe ganz klare Vorstellungen, aber zum Teil sind Sie vielleicht auch einem Überlegungsprozess, oder wie man Neudeutsch sagen würde, einem Evaluierungsprozess, zu unterziehen. Zum Zweiten, ich habe von diesem besonderen Sorgfaltsmaßstab gesprochen und ich möchte den tatsächlich auch in all diesen Geschichten zur Anwendung bringen. Das heißt meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden uns sehr viele Geschichten solide anschauen. Also ich werde nicht heute - und ich nehme an, das hat niemand, einschließlich der Fragestellerin und des Fragestellers, ja wohl niemand erwartet, dass ich Ihnen heute sozusagen sage: „Das werden wir so machen, das werden wir so machen, da werden wir umdrehen, da werden wir weiter ... „, oder so irgendetwas. Nein, aber ich werde Ihnen einige Antworten, wie ich hoffe, geben können. Damit komme ich auch schon zu Ihren konkreten Fragen.

Ihre erste Frage ging in die Richtung Auflösung der KAGes und Wiedereingliederung in den Landesdienst in die Landesverwaltung. Also meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann ich relativ kurz machen. Man hat sich in der Steiermark Mitte der Achtzigerjahre – 1985 - pionierhaft überlegt, den Betrieb der Krankenanstalten, der landeseigenen Krankenanstalten, in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft zu betreiben. Das ist also nächstes Jahr 30 Jahre her. Und ich kann am heutigen Tage eines sagen: Unterm Strich - Irrungen zum Trotz, Problemen zum Trotz, Untersuchungsausschüssen zum Trotz, kritischen Berichten, kritischen Debatten und Diskussionen, all diesen Phänomenen zum Trotz - die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft mbH ist eine bald dreißigjährige Erfolgsgeschichte und wir werden Sie weiter fortschreiten (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). Und meine sehr verehrten Damen und Herren, so wie ich es am Vormittag für die Steiermark gesagt habe, gilt es erst recht auch für diese Steiermärkische Krankenanstalten GmbH. Das ist auch nicht nur eine anonyme Struktur und eine Institution. Es sind mit Stichtag gestern 16.941 Steirerinnen und Steirer, die in dieser Krankenanstalten GmbH arbeiten, die von früh bis spät tagtäglich mit viel Einsatz und Engagement dafür verantwortlich sind, unser Spitalssystem, unser Gesundheitssystem und damit letztlich die Gesundheit der Steirerinnen und Steirer zu unterstützen und daran zu arbeiten. Und erlauben Sie mir an der Spitze dieser Beantwortung diesen 16.941 - Stichtag gestern – Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein großes Dankeschön zu sagen und gleichzeitig ein Bitteschön auch in den nächsten Jahren und in der Zukunft,

diese täglichen Leistungen zu erbringen (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). Ich könnte Ihnen noch einiges über diese Steiermärkische Krankenanstalten GmbH erzählen, aber ich werde es nicht, weil Ihre Frage war kurz und knapp. Wiedereingliederung in die Landesverwaltung, Antwort: Nein. Ich darf Ihnen aber ergänzend vielleicht noch das eine oder andere doch als Garnierung sozusagen hinzufügen. Was wirklich bemerkenswert ist und womit man auch die Qualität dieser Arbeit sieht in den letzten Jahren - von wegen Irrfahrt - wo man auch die Qualität dieser Arbeit sieht. Im Österreichschnitt war die Kostensteigerung bei den Spitälern in den Jahren 2008 bis 2012 laut Statistik bei 19,8 %, in der Steiermark nur bei 9 %. Somit konnten bereits 200 Millionen nicht mehr ausgegeben werden. Ich sage nicht eingespart werden - nicht mehr ausgegeben werden, als wenn man bloß dem Österreichschnitt entsprochen hätte. Und wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang - und wir kommen dann ja später noch bei der einen oder anderen Frage dazu - darf ich Ihnen eines sagen: Die Zahlen, die Kosten, die ökonomischen Rahmenbedingungen sind nicht alles was uns umtreibt. Das ist nicht die einzige Maxime unseres Handels in der Gesundheitspolitik, liebe Frau Kollegin Klimt-Weithaler, dann hätten Sie irgendetwas falsch verstanden, in den letzten Jahren, hier im Hause. Das ist absolut nicht die einzige Maxime, ganz im Gegenteil! Wie oft haben wir über Qualität in diesem Haus gesprochen. Wie oft haben wir über die Qualität unserer Gesundheitsversorgung in diesem Lande gesprochen? Tun Sie bitte schön nicht so, als wäre das ein einziges Coast-Card-Einsparungs-und-Zugrundesparensprogramm: Ganz im Gegenteil! Wir wollen ein zukunftsfähiges, den modernen Anforderungen entsprechendes System entwickeln und dabei sind wir, glaube ich, bis dato einigermaßen erfolgreich.

Ich komme zu Ihrer zweiten Frage: Was werden Sie unternehmen um zu verhindern, dass die hochproblematische Unterversorgung der Bevölkerung, welche die Reduktion oder ersatzlose Aufgabe wichtiger Elemente der medizinischen Versorgung hervorgerufen hat, weitere Opfer fordert? Also liebe Frau Kollegin Klimt, ich bin als verhinderter Oppositionspolitiker ja für alle möglichen Dinge immer zu haben gewesen, aber ich darf Ihnen schon eines sagen: Ich möchte auch hier zurückweisen, das was Sie mit Ihrer Fragestellung, nicht nur zwischen den Zeilen, sondern *expressis verbis* zum Ausdruck bringen - ja, Sie schreiben von einer hochproblematischen Unterversorgung. Also selbst wenn man jetzt nicht der Meinung ist, dass alle Maßnahmen, die getroffen worden sind und auch bereits umgesetzt worden sind, richtig waren - Sie können ja dieser Meinung sein, für jeden unbenommen - aber bei der steirischen Gesundheitsversorgung, insbesondere im Zusammenhang mit den Spitälern und

die Dimension anhand allein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und schauen Sie sich das Budget der KAGes an, schauen Sie sich die Anzahl der Häuser an. Also angesichts allein dieser Struktur von einer hochproblematischen Unterversorgung zu sprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist entschieden zurückzuweisen und zwar nicht zuletzt im Interesse aller, die potenzielle Patientinnen und Patienten in unseren Häusern sind. Wir wollen die Leute ja nicht verunsichern, wir wollen Sicherheit geben, meine sehr verehrten Damen und Herren (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). Im Übrigen darf ich Ihnen sagen, dass in der Steiermark auf Grundlage – wie Sie bereits auch angemerkt haben – des österreichischen Strukturplanes Gesundheit, der in allen Planungskriterien eingehalten wird, ein ausreichender, gleicher, sicherer und gerechter Zugang zu Gesundheitsleistungen in höchster Qualität vorhanden ist. Im internationalen Vergleich sind der stationäre und der niedergelassene Bereich sogar überdurchschnittlich gut versorgt. Das sollten wir uns zumindest bei aller unterschiedlichen Meinung zu unterschiedlichen Maßnahmen, Standorten, Angebotsplanung usw. usw. immer vor Augen halten.

Ich komme damit im Wesentlichen schon zu Ihrer dritten Frage: Sind Sie bereit die Neustrukturierung des Steiermärkischen Gesundheitssystems in Form des derzeit in Umsetzung befindlichen RSG zu überdenken, und unter Einbeziehung der Betroffenen in den Regionen zu überarbeiten?

Ja, also meine sehr verehrten Damen und Herren, exzellente Frage. Kann ich auch kurz beantworten: Ja, ja selbstverständlich, ja Entschuldigung. Wie glauben denn Sie das Politik funktioniert? Oder wie glauben denn Sie, dass eine sinnvolle Fortentwicklung passieren soll, wenn man nicht bereit ist, Dinge zu überdenken und die Kristina Edlinger-Ploder hat bereits vor einigen Wochen gesagt, dass Sie eine Evaluierung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit in Angriff nehmen möchte? Und ich kann das nur unterstreichen und fortsetzen und wir werden das relativ rasch in Angriff nehmen und zwar aus folgendem Grund: Gerade wenn man sich zu den Reformen, zu den Strukturreformen bekennt, gerade wenn man sich dazu bekennt, dass man etwas tut und die Dinge nicht nur treiben lässt, dann muss man jede Reformmaßnahme auch auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Da muss man gelegentlich nachschauen: Hat das, was man sich gedacht hat, die gewünschten Effekte erzielt, ja oder nein? Hat das was man gemacht hat, das gebracht was man in Aussicht gestellt hat? Ja, natürlich wird man sich das ansehen und überlegen müssen. Wie auch überhaupt der dem Ganzen zu Grunde liegende österreichische Strukturplan Gesundheit, ja ebenso einer regelmäßigen Evaluierung und auch Wartung könnte man sagen, unterzogen wird. Und im

Rahmen dieser Weiterentwicklung des österreichischen Strukturplanes Gesundheit entlang der Bundeszielsteuerung wird es auch möglicherweise Adaptierungen und Veränderungen – Anpassungen könnte man sagen – im Bereich des Regionalen Strukturplanes Gesundheit hier in der Steiermark geben. Aber schauen Sie meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine außerordentlich unspektakuläre Antwort, weil sie selbstverständlich ist. Weil sie selbstverständlich ist, zumindest in jenem Anspruch an Reformpolitik, der uns, wie ich glaube, zumindest im Rahmen der Reformpartnerschaft eint, nämlich Dinge in Angriff nehmen, ambitioniert in Angriff nehmen, aber selbstverständlich immer wieder auch überprüfen, was hier tatsächlich dann die Dinge gebracht haben.

Ich komme zur vierten Frage und die bezieht sich auf die Geburtenstation im Landeskrankenhaus in Voitsberg. Und ich darf mich bei der Gelegenheit auch außerordentlich für das Kommen dieser neuen Initiativegruppe bedanken, die sich für die Wiedereröffnung der Geburtenstation in Voitsberg kümmert. Wir haben nur kurz geplaudert, mit einzelnen Vertretern nur kurz geplaudert, werden aber mit Sicherheit in allernächster Zeit ein ausführliches Gespräch führen. Weil meine sehr verehrten Damen und Herren - ich glaube, ich habe es am Vormittag auch gesagt - für mich der Dialog einer der wesentlichsten Bestandteile der Politik ist. Wir werden den Dialog führen. Ich kann Ihnen aber heute nicht und auch der Frau Kollegin Klimt, und der Kollege Hadwiger ist da auch engagiert, und ich nehme wohl an die Ingrid Lechner oder auch nicht, ich weiß es jetzt nicht, wie auch immer, in der Unterstützung dieser Plattform, oder der Lambert Schönleitner - wer weiß es? Weiß man nicht, gut. Wie auch immer, ich kann Ihnen allen am heutigen Tage gar nichts versprechen außer dass ich bereit bin, gute und konstruktive Gespräche zu führen. Aber ich sage Ihnen schon auch, ich gehe davon aus, weil wir es auch im Hause mitgetragen haben, dass die diesbezüglichen Entscheidungen, qualitätsvolle Entscheidungen waren, die ja nicht aus Jux und Tollerei stattgefunden haben, sondern die auf Basis eines gerüttelt Maß an fachlicher Expertise stattgefunden haben, was ja auch im Zusammenhang mit dem furchtbaren Zwischenfall, der sich vor einigen Wochen zugetragen hat auch von fachlicher Seite wieder gesagt wurde. Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden von mir heute hier keine Antwort bekommen, dass ich irgendeine Station irgendwo wieder aufsperrt. Sie werden auch keine kriegen, dass ich eine zusperre. Sie werden das alles am heutigen Tage nicht bekommen, aber Sie können von mir die Zusicherung haben, dass wir in einen konstruktiven Dialog eintreten. Ich darf Sie nur eines bitten: Ein Dialog ist keine Einbahnstraße. Dialog heißt nicht, weil ich den anbiete, mit welcher Forderung die vereinigte

Opposition auch immer zu mir kommt, dass die erfüllt wird, mit Sicherheit nicht. Aber wir werden eine qualitätsvolle Diskussion führen und ich schließe am heutigen Tage - nicht jetzt zu diesem Punkt vier und zu dieser vierten Frage gemünzt sondern insgesamt auch nicht aus - auf gute Argumente, die von Ihrer Seite kommen, Rücksicht zu nehmen bzw. darauf einzugehen, aber zurückkommend auf die konkrete Frage vier: Wir werden uns dieses Thema an die Spitze des Evaluierungsprozesses setzen und da wird es dieser Tage, oder nächste Woche glaube ich schon, eine entsprechende Konstituierung auch einer Gruppe geben, die diese Evaluierung einleiten wird, einschließlich im Übrigen auch der Patienten- und Pflegeombudsstelle und anderer Gruppen, die mit diesem Thema zu tun haben.

Ich komme zu Ihrer fünften Frage und darf es kurz machen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Antwort der zu sehr ähnlichen Frage drei.

Komme zu Frage sechs: Werden Sie als verantwortlicher Landesrat die berechtigten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen, die sich gegen Verschlechterungen im Spitalswesen einsetzen?

In diesem Zusammenhang möchte ich auf alles verweisen, was ich am Vormittag gesagt habe. Sorgen - mögen Sie einem auf den ersten Blick berechtigt oder unberechtigt erscheinen - Sorgen sind ernst zu nehmen. Und es ist ernst zu nehmen, was die Menschen in diesem Land, was die Steirerinnen und Steirer, und zwar in welcher Region auch immer für Sorgen im Zusammenhang mit der Gesundheitsversorgung haben. Ich habe Ihnen heute am Vormittag gesagt, dass ich der Meinung bin, dass dies ein ganz besonderes Ressort ist. Aus den von Ihnen zitierten Gründen und insofern bin ich immer bereit, Sorgen ernst zu nehmen, aber ich bin nicht bereit, jede Veränderung als Verschlechterung zu sehen. Ich bin nicht bereit, jede Veränderung als Verschlechterung zu sehen, auch wenn sie von manchen so hingestellt wird. Was uns eint und was meine Vorgängerin und mich und viele hier im Hause eint, ist die Erkenntnis, dass es notwendig ist, Veränderungen vorzunehmen und ich darf Ihnen mit Sicherheit sagen: Nicht jede Veränderung, die wir in den letzten Monaten und Jahren vorgenommen haben, war eine Verschlechterung, wie Sie es bezeichnen, sondern es sind eben Veränderungen. Ich habe Ihnen auch schon gesagt, dass die Versorgungssicherheit und die Qualität der medizinischen Leistungen für mich mit Sicherheit an der Spitze aller Überlegungen in diesem Zusammenhang stehen.

Sie fragen unter sieben was wir dagegen tun, die Überlastung der Rettungsorganisationen durch den Strukturabbau an den Spitälern und die damit verbundene Gefährdung der PatientInnen durch Einsatz- und Fahrzeitenverlängerung zu unternehmen? Da darf ich Ihnen

zum einen sagen, dass seitens des Roten Kreuzes bestätigt wird, dass bei der Versorgung von Notfällen im Rettungsdienst keine Probleme durch die neue Gliederung der Spitäler in der Steiermark gibt, aber zweitens die Situation im Krankentransport eine andere ist. Ich will mich da jetzt gar nicht auf Zuständigkeitsfragen in diesem Zusammenhang einlassen, denn die Zuständigkeiten sind regelmäßig nicht in meinem künftigen Ressort, aber wie auch immer. Was aber jedenfalls zu sagen ist, dass man nicht generell von einer Überlastung sprechen kann. Was ich aber machen möchte und was ich durchaus für sinnvoll erachte ist, dass wir bei weitergehenden Überlegungen über Strukturveränderungen in der Spitalslandschaft, jedenfalls natürlich mit den wesentlichen Akteuren im Bereich der Rettungsdienste und des Krankentransportes in einem engen Erfahrungs- und Meinungsaustausch treten, weil es ja sinnvoll ist, sich bei derartigen Veränderungen mit wesentlichen Partnerinnen und Partnern nach Möglichkeit ins Einvernehmen zu setzen, jedenfalls aber in einen Gesprächsprozess einzutreten, damit es zu möglichst wenigen Unzukömmlichkeiten kommt.

Unter achtens wollen Sie von mir wissen, wie ich verhindern will, dass der mit dem Bund paktierte Beitrag der Steiermark zur Kostendämpfung im Gesundheitsbereich zu weiteren Qualitätseinbußen und Versorgungslücken im steirischen Gesundheitsbereich führt? Ich darf Ihnen noch einmal sagen, Qualitätseinbußen und Versorgungslücken werden so nicht gesehen, das ist Ihre Interpretation der Geschichte. Ich darf Ihnen sagen, die finanziellen Auswirkungen bestehen darin, dass die öffentlichen Gesundheitsausgaben insbesondere durch die Länder und die Sozialversicherung schrittweise an den mittelfristig prognostizierten Anstieg des nominellen BIP - 3,6 %, ist übrigens bemerkenswert - angenähert werden soll. Dies wird dadurch erreicht, dass die Ausgaben nicht wie bis 2012 um jährlich 5,2 % steigen sollen, sondern dass diese Steigerung bis 2016 auf 3,6 % gesenkt werden muss. Das heißt, die Steigerungsraten sollen gesenkt werden. Das ist immer die Frage, wenn man von Einsparungen spricht, die Steigerungsraten werden gesenkt. Im Übrigen was heißt das: Annäherung ans BIP-Wachstum? Also ich könnte auswendig nicht mehr sagen, wann wir 3,6 % BIP-Wachstum gehabt haben. Wäre im Übrigen wunderbar. Das würde den Kollegen Schrittwieser außerordentlich entlasten, weil wir weniger Arbeitslose hätten, das würde den Kollegen Buchmann außerordentlich erfreuen, weil das Wirtschaftswachstum dann auch entsprechend hier Arbeitsplätze generieren würde und Einkünfte für die Unternehmer generieren würde. Also alles wunderbar, nur 3,6 % Wachstum haben wir schon länger nicht gehabt. Und das ist etwas, was von Ihnen als Kostensteigerung offensichtlich als zu gering gesehen wird. Das ist aber das Geheimnis eigentlich der Politik. Wir müssen schon irgendwie

ein bisserl schauen, dass das was wir an Ausgabensteigerungen haben, ein bisserl mit die Einnahmensteigerungen korreliert nach Möglichkeit. Also das darf ich Ihnen hier vielleicht als kleine Anmerkung am Rande sagen.

Neuntens - und das haben Sie in Ihrer Begründung ja auch ausführlich zelebriert: Werden Sie Beratungsfirmen die wesentlichen Entscheidungen über die Fortentwicklung des steirischen Gesundheitssystems treffen lassen? Nein, ich bekenne mich zur Verantwortung der Politik für alle Entscheidungen unserer Regierung und insbesondere in einem so sensiblen Politikbereich meine Damen und Herren (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*).

Zu zehn, wo Sie auf den von Ihnen behaupteten Widerspruch zwischen dem laufenden Leistungs- und Strukturabbau Ihre Worte und den strategischen Zielen des Landes-Zielsteuerungsvertrages hinweisen und als Service quasi auch noch alle Ziele darlegen, darf ich Ihnen sagen: Alle meine bisherigen Ausführungen und die Tatsache, dass die Inhalte der Zielsteuerung Gesundheit inklusive Kostendämpfung gemeinsam zu betrachten sind, stellt sicher, dass diese strategischen Ziele erreichbar sind und die Erreichung dieser Ziele kann nur im Zusammenspiel mit den Bereichen Versorgungsstrukturen, Versorgungsprozesse und Finanzziele gesehen werden. Die genannten Ziele aus dem Bereich Ergebnisorientierung zeigen darüber hinaus die hohe Priorität, die erstmals den Bereichen der Behandlungsqualität und Patienten- und Patientinnensicherheit gewidmet wird. Also meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dem ganzen Komplex der gesundheitssystem- und spitalssystemrelevanten Fragen darf ich Ihnen noch einmal zusammenfassend sagen, und ich glaube, wir sind Gott sei Dank in der glücklichen Lage ein hoch qualitatives und exzellentes Spitalssystem und Gesundheitssystem in diesem Land vorzufinden. Alles was man in den letzten Jahren hier an den Rädchen gedreht hat, an diesen Reformen, die es hier gegeben hat, hat dem nicht nur keinen Abbruch getan, sondern war weitestgehend notwendig, dafür auch nachhaltig, auch dieses System nachhaltig verlässlich zu gestalten. Selbstverständlich ist es aber, dass wir alle einmal getroffenen Maßnahmen, alle Reformschritte, alle Reformmaßnahmen regelmäßig einer kritischen Überprüfung unterziehen werden und allenfalls im Einzelfall, wenn wir sehen, dass die Maßnahmen oder die Wirkungen dieser Maßnahmen diesem kritischen Überprüfungsprozess nicht standhalten, auch neue Wege gehen werden.

Damit komme ich zu Frage elf, wo Sie wissen wollen, ob der Pflegeregress abgeschafft wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema Pflegeregress beschäftigt den Steiermärkischen Landtag und die steirische Landespolitik seit etlichen Monaten glaube ich sehr intensiv und Sie werden sich auch erinnern, Sie haben es ja auch in Ihrer Begründung

gesagt, ich habe mehrfach hier im Landtag auch zu diesem Thema Stellung genommen. Und Sie werden ja nicht allen Ernstes erwartet haben, dass ich jetzt heute durch eine plötzliche Wandlung oder was auch immer, Ihnen völlig anderes sagen werde, als ich Ihnen in den letzten Wochen und Monaten vom zentralen Rednerpult aus hier gesagt habe. Nämlich, was habe ich Ihnen da gesagt? Der Angehörigenregress ist aus meiner Sicht, in der konkreten steirischen Ausgestaltung sozial vertretbar. Wir steigen ungefähr beim Medianeinkommen ein, haben eine durchschnittliche Belastung von ca. 160 Euro pro Regressverpflichteten. Wir haben eine soziale Staffelung - eine soziale Staffelung - und im Übrigen durch den Beginn der Regresspflicht beim Medianeinkommen ja sichergestellt, dass die Hälfte der Steirerinnen und Steirer niemals von einer Regressverpflichtung erfasst wird, weil das ist ja die Definition von Medianeinkommen. Das ist die eine Seite. Wir wissen auch, dass die stationäre Unterbringung in Pflegeheimen, so Sie von der öffentlichen Hand bezahlt wird, über die Sozialhilfverbände 60 % Land, 40 % Gemeinden aus dem Titel der Sozialhilfe bezahlt wird. Das ist das letzte Netz der sozialen Sicherungssysteme. Aus der Sozialhilfe kriegt man erst was, wenn man nichts hat. Das ist die Grundkonstruktion der Sozialhilfe. Deswegen ist auch eigenes Vermögen zuerst heranzuziehen. Deswegen sind natürlich auch quasi Unterhaltsansprüche pauschaliert durch diesen Regress hier vorgesehen. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille - die ist uns auch allen klar - ist, dass dieses Thema weit über die ca. 6.000 wirklich Betroffenen in der Steiermark zu einem emotional beladenen Hauptthema der politischen Auseinandersetzung in der Steiermark geworden ist. Wir haben ca. 6.000 Betroffene, wie ich schon gesagt habe, aber wir haben gut und gerne eine Million Steirerinnen und Steirer, die gerne über dieses Thema diskutieren und jeweils auch eine explizite Meinung zu diesem Thema haben. Und mir ist auch bewusst, dass gegen ein Argument bei all diesen Diskussionen kaum ein Kraut gewachsen ist. Das ist das Alleinstellungsmerkmal der Steiermark, weil alle anderen Bundesländer mittlerweile - zuletzt das Bundesland Kärnten, wo ja auch diese Thematik im dortigen Landtagswahlkampf eine entsprechende Bedeutung gehabt hat - alle anderen Bundesländer auf diese konkrete Form des Angehörigenregresses verzichten, auf diese Form. Wir haben unterschiedlichste Regressregelungen in allen Bundesländern, zumindest aber in acht Bundesländern, wenn mich nicht alles täuscht. Wenn ich die Eigentumsverwertung auch in diese Sphäre des Regresses hineinnehme, haben wir es in allen neun Bundesländern. Aber die konkrete Form gibt es nur in der Steiermark und das ist ein Argument das uns vielfach begegnet. Sind die Steirerinnen und Steirer Österreicher zweiter Klasse? Schwer zu begegnen diesem Argument, obwohl ich

auch hier im Landtag schon einmal was gesagt habe. Wissen Sie, was ist jetzt der Österreicher zweiter Klasse? Also wir haben zum Beispiel mit Sicherheit ein erheblich besseres Angebot an Betten zur stationären Unterbringung als etwa Niederösterreich – erheblich mehr haben wir. Was ist jetzt der Österreicher zweiter Klasse? Der, der bei uns oder dessen Angehöriger bei uns im Durchschnitt 160 Euro zahlen muss, falls er in einem Pflegeheim - er oder sie - untergebracht ist? Oder ist der Niederösterreicher der Österreicher zweiter Klasse, wofür es im Übrigen ohnehin eine Reihe von Indizien in anderen Bereichen gibt, aber oder ist der Niederösterreicher Österreicher zweiter Klasse weil er gleich gar kein Bett kriegt? Der täte vielleicht gern 160 Euro Regress zahlen, der Sohn, die Tochter, aber es gibt schlicht keines. Also muss man schon ein bisschen aufpassen, wie man das ansieht. Zum Zweiten darf ich Ihnen sagen, ich habe bei einer großen Tageszeitung dieser Tage entnommen: „Alles kein Problem, der Bund schickt ja so viel Geld.“ Ja, ist auch eine bemerkenswerte Logik. Die Zahlen haben dort alle gestimmt im Wesentlichen, die diesem Artikel zu entnehmen waren. Dass es diesen Bundespflegefonds gibt. Dass er für 2017 und 2018 verlängert wird, steht im Regierungsübereinkommen, dass aller Voraussicht nach die Dotation für den Bundespflegefonds, die man für 2016 in Aussicht gestellt hat bzw. festgeschrieben hat, nämlich 350 Millionen bundesweit für alle Länder auch für die Jahre 17 und 18 fortgeschrieben wird. Alle diese Informationen stimmen, richtig: Anteil für die Steiermark wird ab 2016 50,33 Millionen sein, alles richtig, alles richtig, nur hat das mit unserem Regress nichts zu tun. Weil die gleichen Anteile, relativ zu Ihrer Größe, kriegen alle österreichischen Bundesländer. Dieser Pflegefonds ist ja seinerzeit eingerichtet worden, weil man gesagt hat, man will die Belastung der Länder gleichsam einfrieren und will künftige Steigerungen in der Pflegefinanzierung aus diesem bundesweiten Pflegefonds den Ländern sozusagen zur Verfügung stellen. Deswegen ist es auch steigend. Weil man ca. die Gesamtbelastung der österreichischen Bundesländer von 1,4 Milliarden, wenn mich nicht alles täuscht, eingefroren hat, die Kosten steigen aber jedes Jahr. Deswegen wird natürlich auch das, was in dem Bundespflegefonds drinnen ist, jedes Jahr mehr bis 2016. 2016 hat man dann die derzeitige Endausbaustufe von 50,33 Millionen Euro erreicht für die Steiermark, 350 Millionen bundesweit, dabei bleibt's. Ja aber glauben Sie – Preisfrage - dass die Steigerung der Kosten für die Pflege 2016 sozusagen akkordiert mit dem Pflegefonds auch aufhören zu steigen? Glaubt das irgendjemand realistischer Weise. Ich glaube es für meinen Teil nicht. Dieser Glaube, der ist auch hinterlegt, weil ja auch die Zahlen für den Pflegefonds durch Annahmen, die Prognosen, durch konkrete Hintergründe unterlegt sind. Und diese Kurve würde eigentlich

so weiter gehen, dass man 2017, glaube ich, 408 Millionen brauchen würde österreichweit aus dem Pflegefonds, und 2018 wären es bereits, wenn mich nicht alles täuscht, um die 458 Millionen, 350 sind aber eingestellt. Und vor dem Hintergrund der Konsolidierungsbemühungen auf Bundesebene, nehme ich nicht an, dass die jetzt plötzlich bei der gesetzlichen Umsetzung bei der Verlängerung des Pflegefonds 17 und 18 von einer plötzlichen Geldvermehrung kommen werden. Das heißt also, das Geld ist gut, dass in die Steiermark kommt. Das ist erfreulich, dass es in die Steiermark kommt. Es ist erfreulich, dass es den Pflegefonds gibt. Der Pflegefonds allein wird uns aber nicht in die Lage versetzen, mir nichts dir nichts, einerseits auf die Einnahmen aus dem Angehörigenregress zu verzichten und andererseits auf den Lenkungseffekt zu verzichten, den diese Maßnahme unbestreitbar einfach mit sich bringt. Das haben wir ja gesehen. Vergleich Abschaffung Regress seinerzeit 2008 auf 2009 und Wiedereinführung der Angehörigenregressverpflichtung. Das heißt also, meine sehr verehrten Damen und Herren, all jene die geglaubt haben, Sie werden heute von der plötzlichen Regressabschaffung hier erfahren, sind enttäuscht und werden enttäuscht sein. Aber was ich Ihnen sagen kann ist Folgendes: Gerade vor dem Hintergrund einerseits die sachlichen Argumente auf der einen Seite, andererseits die emotionale Befindlichkeit in diesem Land und das unbestreitbare Argument Alleinstellung der Steiermark und der Steirerinnen und der Steirer, werden mich dazu veranlassen, über all diese Geschichten nachzudenken, sehr intensiv und einen Nachdenkprozess, der mit dem weißen Blatt beginnt, wird es geben. Das heißt, wir werden alle Möglichkeiten im Rahmen der Finanzierung überprüfen. Wir werden alle Möglichkeiten überprüfen, den bestehenden Regress auf einzelne Schwächen im System abzuklopfen. Es ist ja immerhin so - und insofern kann man ja bei der KPÖ fast von einer konstruktiven Haltung sprechen, weil die KPÖ hat ja auch zwei Landtagsanträge eingebracht, die sich innerhalb des Regresssystems bewegen. Also die KPÖ sagt ja nicht nur: „Weg mit dem Regress!“, nein sie wüsste auch wie der Regress besser zu gestalten wäre. Das kann man ja durchaus als konstruktiven Ansatz werten. Beide Anträge sind ja erst unlängst im zuständigen Ausschuss glaube ich auch behandelt worden und sind jetzt einem anderen Ausschuss oder Unterausschuss oder wie auch immer zugemittelt worden. Aber es gibt auch von der KPÖ zum einen, einen Antrag betreffend Valorisierung - Sie wissen, Eintritt der Regressverpflichtung - und zum Zweiten einen Antrag betreffend Berücksichtigung der Unterhaltspflichten bei Festsetzung des Pflegeregresses. Also auch hier Maßnahmen im System. Verbesserungen, Evolution nicht Revolution. Das wird dem Dr. Murgg zwar nicht gefallen aber manchmal ist auch die KPÖ für Evolution und nicht

Revolution offensichtlich, wie auch immer. Das heißt meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden auch dieses Problem anpacken, wie alle anderen. Hilft ja nämlich gar nichts. Wir müssen die Dinge anpacken, wir müssen diskutieren, wir müssen schauen, dass wir hier entsprechende Lösungsvorschläge vorbereiten. Daher sage ich Ihnen noch einmal: Wir werden einen Nachdenkprozess und einen Überlegungsprozess starten zum Thema Regress, das heißt zum Thema Pflegefinanzierung, wie wollen wir die steigenden Kosten in diesem Bereich aufbringen? Und dieser Prozess beginnt mit einem weißen Blatt Papier. Herzlichen Dank (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 17.10 Uhr*).

Präsident Majcen: Ich danke für die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und eröffne nunmehr die Wechselrede und weise auf § 68 Abs. 5 hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Hauptrednerinnen nicht länger als 20 Minuten und Debattenredner nicht länger als 10 Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet hat sich wieder die Berichterstatterin bzw. die Einbringerin Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler. Ich erteile Ihr das Wort.

LTAbg. Klimt-Weithaler (17.10 Uhr): Danke Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrter Herr Landesrat Drexler, werte Zuhörende!

Erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung zur Art Ihrer Beantwortung unserer Dringlichen Anfrage. Sie haben die Antworten auf unsere Fragen nicht vorgelesen, das schätze ich sehr, das habe ich hier in diesem Haus zum ersten Mal erlebt. Das dauert aber auch länger. Das will ich jetzt nicht kritisieren. Mich hat's wirklich sehr interessiert (*LR Mag. Drexler: „Auf was einem lust', darf einem auch nicht grausen!“*). Ich habe ja leider eine begrenzte Zeit, also werde ich jetzt mich möglichst kurz fassen und eine andere Vorbemerkung noch hinweg. Die KPÖ, sehr geehrter Herr Landeshauptmann - ah jetzt mach ich ihn schon zum Landeshauptmann - (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Bitte nicht, bitte nicht! Das wird der Wähler nicht zulassen!“*) (*LTAbg. Kröpfl: „Wird schon kommen!“*), sehr geehrter Herr Landesrat, die KPÖ ist immer konstruktiv. Ich finde es nur schade, dass Ihnen das erst jetzt, wo Sie sozusagen hinter uns sitzen, aufgefallen ist. Wir haben immer wieder konstruktive Beiträge eingebracht zu den unterschiedlichsten Themen. Aber es ist halt leichter zu sagen: „Die sagen immer nur nein, um sich damit abzuputzen“, als wirklich das auch zu lesen, was wir vorschlagen. Aber schön, dass Sie es jetzt erkannt haben. Wir haben natürlich auch solide recherchiert, sonst hätten wir diese Anfrage zu diesem Zeitpunkt nicht gestellt, weil wir nicht davon ausgehen konnten, dass wir sie auch beantwortet bekommen würden von Ihnen. Bevor

ich jetzt auch auf Ihre Antworten zu sprechen komme: Sie haben kritisiert, dass wir die Anfrage oder dass wir in dem Titel der Anfrage das Wort „Irrfahrt“ verwendet haben. Wissen Sie, das ist jetzt der Unterschied zu Ihrer neuen Rolle. Früher haben Sie die Kritik da hier direkt am Rednerpult dann entgegen können, jetzt müssen Sie nicht nur die Kritik aushalten, sondern auch die Formulierungen, die die Opposition dafür verwendet. Aber ich glaube, das werden Sie gut machen, denn Sie waren auch früher nicht unbedingt sanft, sag ich jetzt einmal, im Austeilen von Kritik und wir mussten das auch aushalten. Also ich glaube, das Wort „Irrfahrt“ halte ich jetzt insofern nicht für so dramatisch, denn wenn wir jetzt bei diesem Bild bleiben - ich habe mit sehr, sehr vielen Menschen wirklich gesprochen, das können Sie mir glauben, wo es um Betroffene ging, die jetzt im Zusammenhang mit dem Regionalen Strukturplan Gesundheit entweder ihren Job vor Ort verloren haben oder eben eine Abteilung verloren haben, oder ob es nun um die Pflege geht, wie auch immer. Um bei dem Bild zu bleiben: Es haben sich manche schon gefühlt, wie wenn sie auf hoher See von einem Sturm durchgebeutelt wurden. Darum finde ich jetzt das Wort „Irrfahrt“ gar nicht einmal so schlecht. Und weil Sie natürlich gemeint haben in Ihrer Einleitung, Sie werden jetzt nicht hergehen und natürlich alles was Sie bis jetzt gesagt haben, hier bei dieser Anfrage revidieren und sagen: „Passt, jetzt machen wir einen neuen Strukturplan Gesundheit. Schaffen wir den Pflegeregress ab!“, haben wir uns nicht wirklich erwartet, aber weil Sie gemeint haben, sonst bekämen Sie ja wieder den Vorwurf ein Wendehals zu sein; Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen Herr Landesrat, hätten Sie mir jetzt und hier gesagt, Sie schaffen den Pflegeregress ab, dann hätte ich Sie wirklich dafür geliebt, ein Wendehals zu sein. Aber wie gesagt, davon sind wir jetzt nicht ausgegangen. Ich möchte ganz kurz auf Ihre Antworten eingehen. Das heißt, wenn Sie zu Frage eins, also zu unserer Thematik Wiedereingliederung der KAGes sozusagen in die Hoheitsverwaltung sagen, Sie sehen das als Erfolgsgeschichte, was da die letzten Jahre passiert, dann heißt das, Sie werden weiterhin dabei bleiben, und Sie werden weiterhin - so habe ich es auch begründet, so kann ich es nochmal sagen, so sehe ich es auch - bei dieser Kostenreduktion als oberste Priorität bleiben. Diese Ausgliederung war ja wirklich ein Paradigmenwechsel, ja, und den werden Sie beibehalten. Gut, das muss ich zur Kenntnis nehmen. Das halte ich persönlich für eine Katastrophe, aber das ist halt leider so. Weil Sie in diesem Zusammenhang erwähnt haben, wir sollen das nicht immer so reduzieren auf die Tatsache, Sie wollen ja nur einsparen - wir haben ja hier schon so oft über Qualität gesprochen. Ja haben wir eh. Aber Herr Landesrat, über Qualität sprechen allein ist halt ein bisserl zu wenig. Ich kann nicht auf der einen Seite hier große Debatten über

Qualitätssicherung führen und gleichzeitig sperre ich überall im Umland Abteilungen zu oder ganze Krankenhäuser. Also wenn, dann muss ich schon, wenn ich über Qualität hier rede, auch versuchen, dass ich meine Politik umsetze. Und das ist halt meiner Meinung nach in der letzten Zeit nicht passiert. Sie haben unter Punkt zwei auch gemeint, dass wir ja nicht zwischen den Zeilen irgendetwas formulieren, sondern klipp und klar aufschreiben, was wir dazu sagen. Ja, das ist schlichtweg die Art, sag ich jetzt einmal, nicht nur von mir, sondern auch die meines Kollegen. wir tun nicht zwischen den Zeilen sprechen und zwischen den Zeilen lesen, wir sagen das, was wir uns denken. Wahrscheinlich sind wir deshalb auch genau in der KPÖ und nicht in einer der beiden Reformpartnerschaftsparteien. Zur dritten Frage sagen Sie ja, Sie werden die Dinge überdenken. Es wird eine Evaluierung zum Regionalen Strukturplan Gesundheit geben. Dazu gratuliere ich Ihnen. Das halte ich für wichtig. Das finde ich toll, und wie Ihnen bekannt sein dürfte - und das werde ich jetzt am Ende meiner Wortmeldung auch tun - es gibt ja zwei Entschließungsanträge von unserer Seite her. Der eine betrifft die Wiedererrichtung der Geburtenstation in Voitsberg, der andere betrifft den Regionalstrukturplan Gesundheit, wo wir auch fordern, dass es zu so einer Überdenkung kommt. Also eigentlich kann man jetzt einmal davon ausgehen, wird ja dieser Entschließungsantrag dann Zustimmung finden. Denn er sagt genau das aus, was Sie jetzt auch in Ihrer Beantwortung zur Frage drei gesagt haben. Ja, das muss neu überdacht werden. Spannend finde ich das dann aber auch schon und da bin ich schon neugierig auf die Ausführung. Angenommen man kommt jetzt darauf, man hat in Voitsberg wirklich einen Blödsinn gemacht. Wie wir auch wissen oder wie diejenigen wissen, die draußen auch beheimatet sind - Dirnberger, Petinger, wissen ja Bescheid - bevor man diese Voitsberger Geburtenstation geschlossen hat, ist es ja noch nicht so lange her, dass man dort ordentlich investiert hat. Ich war einmal draußen und hab mir das angeschaut, war ja damals auch berühmt für Wassergeburten. Da sind ja Frauen scharenweise, könnte man meinen, jetzt auch aus anderen Einzugsgebieten dorthin gefahren, wenn es eine normale Schwangerschaft war, um dort sozusagen diese Unterwassergeburt zu erleben. Viel Geld reingesteckt, dann kam der Regionale Strukturplan Gesundheit – zugesperrt. Dinge dort abgebaut, nach Deutschlandsberg geführt, dort wieder aufgebaut, dort Geld investieren müssen. Wie ich in meiner Begründung der Dringlichen Anfrage schon erwähnt habe, auch hergehen muss und in Graz ausbauen, weil einfach kein Platz war. Also ich versteh jetzt nicht ganz, wie das dann umgesetzt wird. Wird dann wieder zurückgebaut oder wird dann woanders aufgesperrt? Also auf das bin ich neugierig. Dennoch bin ich froh, wenn dieser Regionale Strukturplan überdacht wird.

Worüber ich mich auch freue, ist die Zusicherung, dass man einen Dialog eingeht, jetzt auch mit dem anwesenden Verein und da freue ich mich, weil ich mir denke, da hat der Verein wieder einen Schritt erreicht. Es geht jetzt darum, dass ein Dialog geführt wird. Aber eines möchte ich da schon anmerken, im Hinblick auf diesen Dialog: Ich meine, es ist mir schon klar, Sie haben gesagt, Sie sind gesprächsbereit, Sie werden reden, Sie werden natürlich nicht von vornherein sagen, das was dann die anderen wollen, werde ich alles erledigen. Das ist verständlich. Aber wovor ich warnen möchte ist, dass man jetzt nach außen tritt und einladet und hergeht und sagt: „Sagt’s Ihr was Ihr glaubt“, und dann im Endeffekt, so wie wir es heute schon einmal gehabt haben, nämlich wie es um den Jugendlandtag gegangen ist, zu sagen: „Naja aber tun tun wir dann doch wieder ganz etwas anderes.“ Also ich würde mir schon wünschen, dass man eben wirklich einen Dialog eingeht und nicht eine monologisierte Gesprächsbereitschaft anzeigt. Weils Sie auch erwähnt haben, nicht jede Veränderung ist eine Verschlechterung - dem kann ich entgegenhalten: Leider war bis jetzt auch nicht jede Reform eine Verbesserung, die Sie hier durchgeführt haben. Also, wir stellen uns ja jetzt nicht grundsätzlich gegen Reformen, und ich habe das hier, glaube ich, schon weiß nicht wie oft gesagt. Aber im ursprünglichen Wortsinn heißt Reform Verbesserung und ganz ganz viele Dinge, die inzwischen sind unter Federführung der sogenannten Reformpartnerschaft passiert, waren eben keine Verbesserungen sondern Verschlechterungen.

Abschließend noch zum Regress: Jetzt abgesehen von der Tatsache, dass ich noch einmal darauf hinweisen möchte, dass dieses Medianeinkommen, von dem Sie immer reden, so nicht stimmt, weil Sie es mit Urlaubs- und Weihnachtsgeld sagen. Die unter Anführungszeichen soziale Staffelung von der Sie sprechen, die beginnt damit, dass man bereits ab 1.286 Euro Nettoeinkommen zahlen muss. Und das ist nicht sozial, hundertprozentig nicht. Aber ich will jetzt gar nicht mehr auf die Argumente eingehen, da haben wir schon hundertmal darüber diskutiert. Ich möchte einmal eine Vermutung anstellen. Herr Präsident, ich bin sofort fertig. Ich glaube, dass Ihnen mit dem Regress einfach wirklich etwas passiert ist, mit dem Sie nicht gerechnet haben. Das glaube ich wirklich. Sie haben sich gedacht: „So, wir führen den jetzt wieder ein.“ Was Sie nicht berechnet haben oder womit Sie nicht gerechnet haben war, dass es massiven Widerstand gibt. Eben nicht nur von diesen vielleicht 6.000 Betroffenen, sondern dass da ganz ganz viele sagen: „Ja seid Ihr wahnsinnig, das könnt Ihr nicht machen!“ Und das nächste Problem, was jetzt ist, jetzt hat man immer auf die Lösung von dem Bund gewartet und jetzt ist die nicht gekommen. Ja, aber ich bin überzeugt davon, dass diese Regressabschaffung, wie Sie es heute auch genannt haben, durchaus passieren wird. Davon

bin ich überzeugt. Ich glaube nämlich, dass die Bevölkerung dafür sorgen wird, dass es zu dieser Regressabschaffung kommt. Ich werde Sie aus tiefstem Herzen unterstützen, weil ich es wirklich für sozialpolitisch katastrophal halte, dass es das gibt und die wird fallen, also dieser Regress wird fallen. Ich gehe einmal davon aus, zu einem für Sie günstigen Zeitpunkt, noch rechtzeitig vor der Landtagswahl. Wie dem auch sei, Hauptsache er fällt. Und da freue ich mich darauf und da gehe ich sicher feiern, wenn der weg ist.

Zu den Entschließungsanträgen noch ganz kurz: Bei dem Antrag der Grünen bitte ich um eine getrennte Abstimmung und unsere beiden Entschließungsanträge möchte ich jetzt noch einbringen.

Der Entschließungsantrag eins ist die Wiedererrichtung der Geburtenstation Voitsberg. Die Begründung liegt Ihnen vor.

Ich stelle den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die jüngst erfolgte Umwandlung der Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe des Landeskrankenhauses Voitsberg in eine dislozierte gynäkologische Tagesklinik im Rahmen der Umsetzung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit rückgängig zu machen, die geburtshilfliche Begleitung der über 450 Gebärenden aus dem Bezirk einschließlich des Geburtsvorganges wieder zu ermöglichen bzw. Kapazitäten für die rasche medizinische Versorgung jener Patientinnen aufzubauen, die im Bezirk Voitsberg gynäkologischer-geburtshilflicher Notfallversorgung bedürfen, und dem Landtag über den Fortschritt seiner dahingehenden Bemühungen laufend zu berichten. Ich bitte um Annahme.

Der zweite Entschließungsantrag ist Ihnen in der Begründung auch bekannt. Da geht es um den Regionalen Strukturplan Gesundheit.

Ich stelle den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die geplante Neustrukturierung des Steiermärkischen Gesundheitssystems in Form des vorgelegten Regionalen Strukturplanes Gesundheit zurückzunehmen und unter Einbeziehung der Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung der betroffenen Regionen und unter Berücksichtigung ihrer unmittelbaren Interessen zu überarbeiten. Auch hier bitte ich um Annahme.

Und wissen Sie, mir hat das jetzt eigentlich sehr gut gefallen. Mir hat das sehr gut gefallen, dass Sie sich herstellen, gesprächsbereit zeigen, dass Sie sagen: „Ja dieses und jenes muss man überdenken und evaluieren, und da muss man vielleicht etwas ändern.“ Ich bin gespannt, wie ich in einiger Zeit in ein paar Monaten darüber denken werde. Denn letztendlich werden wir Sie nicht an Ihren schönen Reden hier messen, sondern an Ihren Taten. Dankeschön *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 17.23 Uhr)*.

Präsident Majcen: Danke Frau Klubobfrau. Es hat sich als nächste Rednerin zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek. Frau Abgeordnete bitte.

LTAbg. Lechner-Sonnek (17.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrter Herr neuer Landesrat Drexler, werte Damen und Herren des Hohen Hauses und sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne!

Ja gleich in der ersten Rede des neuen Gesundheitslandrates hat er uns sowas wie einen Blick auf die seelische Verfassung eines neuen Landesrates gestattet. War ungewohnt ruhig in mancher Hinsicht und fast tastend, sich heranwagend an die Themen. Ein bisserl Sorge gemacht hat mir, Christopher Drexler, dass du jetzt als Landesrat nicht immer eine Redezeitbeschränkung hast. Das hat mir schon ein bisserl Sorge gemacht. Aber man kann sagen - und Claudia Klimt-Weithaler hat das ja auch schon angesprochen - dass es einfach gute Aussagen gab. Man kann natürlich nur froh sein, über eine Ankündigung, dass es eine Nachdenkphase zum Regress gibt. Die können wir gerne mit Fakten, Daten unterstützen, das finde ich gut. Die Evaluierung, die ja deine Vorgängerin, die Frau Kollegin Edlinger-Ploder schon angekündigt hatte, ist auch eine wichtige Sache. Möchte aber bei der Gelegenheit gleich sagen, wenn die Evaluierung unter demselben Gesichtspunkt erfolgt bzw. nachher abgeschlossen ist, dass es aber keinen Einblick in die Evaluierung gibt, was da raus kommt, dann hilft uns das alles nichts. Aber zu diesem Grundproblem komme ich gleich. Was natürlich auch sehr gut ist, ist wenn von Sorgfalt und von res publica und davon die Rede ist, im Dialog zu sein und in die Auseinandersetzung zu gehen, dann ist das sehr gut und ich habe mir gedacht, dem Manne kann geholfen werden. Wenn er das wirklich will, dann wird ihm unser Antrag heute weiterhelfen und ich möchte Ihnen auch sagen, wie unsere Haltung zur Gesundheitspolitik ist und zudem was jetzt so passieren wird. Ein Grundproblem der Landespolitik in der Steiermark ist seit Beginn der sogenannten Reformpartnerschaft, dass im Wesentlichen die Budgetkonsolidierung im Mittelpunkt aller Handlungen, aller Pläne steht

und dass wir unglaublich wenig - und ich bin jetzt ein ganz freundlicher Mensch, deswegen sage ich wenig und nicht gar nichts - unglaublich wenig haben an politischen Zielen, an Vorstellungen, wo sich die Steiermark hin entwickeln soll. Das Wesentliche und Schmerzhafteste an dieser Politik der Reformpartnerschaft ist ja eine Unzahl von Kürzungen, die im Endeffekt dazu führen, dass viele Menschen in ihrer unmittelbaren Lebensführung sehr wohl die Folgen sofort merken und das sind die verschiedensten Personengruppen. Wir sehen auch, dass diese Handlungen vor allem numerisch begründet werden also in den größten Bereichen, dazu gehören Personal, Soziales und Gesundheit. Da sagt man auch ganz einfach, wenn man da ein paar Prozente kürzt, dann kommt gleich mehr Kürzungspotential zustande als in anderen Bereichen. Das scheint also das Prinzip zu sein. Das ist natürlich für die Bereiche, die mit hohen Budgetposten versehen sind, ein sehr schmerzhafter Prozess. Wir haben diese qualitative Weiterentwicklung, die wir immer forcieren wollen und die wir fordern. Und das ist natürlich klar, dass es kein System in der Politik geben kann, das sagt: „Wir entwickeln uns jetzt zehn Jahre nicht“, oder sollen es nur fünf Jahre sein, dass von dieser qualitativen Weiterentwicklung zu wenig spürbar ist. Also ich kann das nicht sehen. Ich höre keine Beschreibung, wo das steirische Gesundheitswesen hingehen soll. Außer dass gesagt wird, von diesem und jenem haben wir zu viel, dieses und jenes kostet zu viel und das ist ja ganz klar und das müssen wir jetzt weggeben. Wer dadurch betroffen ist, das sind Menschen in den Regionen, die mit Angst und Sorge reagieren. Das sind Menschen, die krank sind und vielleicht eine schlechtere Versorgung dadurch haben, als sie sie vorher hatten. Ich möchte mich auch von einer Aussage distanzieren, die heute schon gefallen ist, dass alles katastrophal sein soll. Also da muss man schon die Kirche im Dorf lassen. Wir haben kein schlechtes Gesundheitssystem. Es ärgert mich aber auch immer, wenn routinemäßig dann immer die Aussage fällt: „Wir haben das Beste der Welt“, das können wir von uns nicht behaupten. Wir sollten auch in dieser Hinsicht maßvoll agieren und sagen, was die Bevölkerung braucht und was eine zeitgemäße Gesundheitspolitik ist und was ein zeitgemäßes Angebot ist. Das sollten eigentlich die Marken sein, an denen wir uns orientieren und weiter entwickeln und da müssen wir natürlich auch miteinander reden, was das ist. Das Problem bei uns ist ja, dass wir in der Steiermark sowie in Restösterreich – wenn ich das einmal so sagen darf – einen zu hohen Zugriff zu den Spitälern haben. Es ist einfach so, dass in Österreich überdurchschnittlich viele Menschen ins Spital gehen und auch dort bleiben. Das ist ein Problem. Das ist nämlich der absolut teuerste Bereich der Versorgung. Und ehrlich gestanden, wenn Sie jetzt einmal in sich gehen, für eine Sekunde: Wer geht denn gerne ins Spital?

Trotzdem tun das so viele. Warum tun Sie das? Weil Sie eine andere Versorgung nicht ausreichend wahrnehmen. Ein ganz großes Manko der Gesundheitspolitik in der Steiermark, lieber Herr Landesrat ist, dass der niedergelassene Bereich noch immer nicht in den Fokus genommen wird. Und mich stellt es nicht zufrieden zu sagen: „Ja aber die Gebietskrankenkasse, der Hauptverband der Sozialversicherungsträger, der prägt den Bereich.“ Ja, da kann man gleich sagen: „Wir können nichts machen, dann gehen wir heim.“ Das kann doch nicht die Antwort sein. Auch als Landesrat, als Gesundheitsminister muss man doch etwas tun können, muss man doch mit diesen Institutionen in Verhandlung treten können. Hier gleich w.o. zu geben und zu sagen: „Das ist halt leider nicht in Ordnung aber das ist nicht unsere Baustelle“, das halte ich für ein ganz großes Problem. Ich sehe auch, dass es viele andere Probleme gibt, die auszuhandeln und auszuräumen wären, zusammen mit den Sozialversicherungen. Dass immer mehr Kassenverträge oder Kassenstellen nicht nachbesetzt werden, ist nicht in Ordnung. Meine Damen und Herren, was ist die Folge, wenn man überhaupt ein Angebot hat in einer Region? Dann ist es ein Wahlarzt oder eine Wahlärztin und was haben die? Einen eingebauten Selbstbehalt. Stellt Sie das zufrieden? Mich nicht, das kann doch nicht sein. Die Kasse sieht dem natürlich zu, wahrscheinlich mit Freude, hat vermutlich weniger zu tun oder weniger Kosten. Aber hier wird nicht gehandelt. Es wird nicht einmal gesagt: „Das ist ein Ziel für uns und wir setzen uns jetzt mit dem Hauptverband oder mit der GKK zusammen und versuchen hier etwas zu ändern.“ Eines ist natürlich generell - und das muss man sagen - die Verbesserung des Gesundheitszustandes an sich taucht nicht einmal mehr in einer Sonntagsrede auf. Das ist offensichtlich kein Thema. Das wäre aber die Ausrichtung für den Gesundheitsbereich, Herr Landesrat. Es geht nicht nur um Spitalpolitik. Es geht nicht nur um die Versorgung mit Spitälern und Abteilungen. Es geht vorher noch um ganz was anderes: Wie ist in den letzten Jahren Politik gemacht worden? Gerade im Spitalbereich, gerade im Bereich der Gesundheitspolitik, die in der Steiermark im Endeffekt im Wesentlichen eine Spitalpolitik ist, hat man sich das gut anschauen können. Das war Politikführung durch Verkündigung. Es ist in der Früh in der Zeitung gestanden: „Diese Abteilung wird geschlossen“, oder gleich: „Dieses Haus wird aufgelassen.“ Die Mitarbeiter, die in diesen Häusern gearbeitet haben, haben das in der Früh der Tageszeitung entnehmen können. Die Führungskräfte haben, wenn Sie Glück gehabt haben, das am Abend zuvor erfahren. Das war der Stil, meine Damen und Herren und dass dann Menschen in den Regionen, wie Sie heute hier auf der Zuschauertribüne sitzen, mit Angst reagieren, das verstehe ich total gut. Ich habe das auch x-mal hier herinnen gesagt, man kann nicht erwarten,

dass man einfach wenn man etwas zusperrt und das über die Zeitung verkündet, dass sich die Leute ergeben und sagen: „Ja wird schon wohl seinen Sinn haben“, usw., das geht nicht, das funktioniert nicht. Man muss eigentlich sagen: „Okay wir stärken den niedergelassenen Bereich, der noch dazu im Übrigen wesentlich kostengünstiger ist.“, das ist ein Sparpotenzial, Herr Kollege Landesrat. Da liegt ein großes Sparpotential und deswegen ist es doppelt wichtig hinzuschauen. Man kann nicht einfach sagen: „Wir sperren zu“, und alles andere müssen vielleicht andere machen. Es wurde nicht einmal erklärt. Es wurde nicht einmal erzählt. Schweige denn wurde aufgenommen, was an Befürchtungen da war. Das ist natürlich eine Sache, die ist eingebettet in die Politik der Reformpartnerschaft insgesamt. So wird ja und wurde ja in der Reformpartnerschaft gehandelt, dass man im Endeffekt Tatbestände geschaffen hat, dass man nicht auf Einbindung gesetzt hat, dass Kritik zum Beispiel von Seiten der Opposition immer abwertend gesehen wurde, dass es fast als Zumutung erschienen ist, dass wir hier Dringliche Anfragen einbringen. Das ist ja auf weite Strecken unsere einzige Möglichkeit, zu Antworten zu kommen. Ich habe das auch schon mehrmals gesagt. Aber man muss es hier herinnen immer wieder sagen. Das ist auch für die Bevölkerung oft die einzige Möglichkeit, zu Aussagen und zu Antworten zu kommen, warum Entscheidungen so ausschauen wie sie ausschauen. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Der Landtag hat sich in dieser regierenden Koalition auch verändert. Immer mehr Entscheidungen wurden im Rahmen der Koalition hinter verschlossenen Türen, im Koalitionsausschuss - oder wie auch immer diese Gremien heißen - gefällt. Eine Debatte inhaltlicher Natur, wo man auch Argumente austauschen kann, hat hier herinnen in vielen Dingen, in vielen Bereichen nicht stattgefunden. Hier sitzen aber die Vertreterinnen und die Vertreter der Bevölkerung. Wie Sie wissen, sind das die gewählten Personen, die erst aus ihrer Mitte die Exekutive wählen. Es sollte nicht so sein, dass die Exekutive die Legislative anleitet, was sie zu tun hat. Es kann nicht der Landtag zur Exekutive der Exekutive werden. Aber diese Entwicklung haben auch Sie hier herinnen zugelassen, meine Damen und Herren von ÖVP und SPÖ. Dass das die Politik von der Bevölkerung immer weiter entfernt, immer weniger verständlich und nachvollziehbar macht, ist klar. Dass das Unzufriedenheit in der Bevölkerung schürt, ist auch klar. Das ist selbstgemacht und wenn Sie sich einem Widerstand gegenübersehen, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, dann haben Sie das selber gemacht.

So, zurück zur Spitalspolitik. Wer entscheidet dann was kommt und was nicht kommt? Wir haben die Situation, dass in manchen Regionen Veränderungen erzielt wurden oder

angekündigt wurden oder verkündet wurden und es einen Widerstand gegeben hat, der eine namhafte Größe angenommen hat. Wenn jetzt der Widerstand sehr groß geworden ist, dann ist eine Möglichkeit da gewesen, dieses Ding, was die Landesregierung vorhatte, zu Fall zu bringen. Wenn es nicht möglich war oder niemand da war, dann ist es glatt über die Bühne gegangen. Ja meine Damen und Herren, das ist eine Spitalspolitik, die in einer gewissen Art und Weise einem Zufallsprinzip gehorcht. Wenn Sie mir diese einfache Zusammenfassung erlauben: Wenn es einen Widerstand gibt, der groß genug ist, dann wird was zu Fall gebracht, dann wird was abgelenkt, kommt nicht in der Form. Wenn er nicht da ist, da flutscht das durch. Was ist das für ein Prinzip der Gestaltung, meine Damen und Herren? Was ist das für ein Prinzip? Das kommt daher, dass Sie im Endeffekt einfach sagen: „So ist die Entscheidung!“ Jetzt, meiner Meinung nach, haben Sie damit auch die Bevölkerung entmündigt. Wenn ich nicht mehr soviel bin, eine Entscheidung über Dinge zu treffen, die der Bevölkerung gehören. Einrichtungen, die der Bevölkerung gehören, die mit dem Geld der Bevölkerung geschaffen worden sind, wenn ich nicht einmal in der Lage oder bereit bin zu sagen, warum ich so entscheide, auf welcher Basis, nach welchen Zahlen zum Beispiel, wie viele Personen brauche ich, wie viele Behandlungen es in einer Abteilung geben muss, damit man von einer gewissen Qualität reden kann. So etwas wäre zum Beispiel interessant. Aber darüber gibt es keine Kommunikation. Wenn das alles nicht passiert, dann behandeln Sie die Bevölkerung so als würde Sie das eh nicht verstehen, oder als wäre das eh nicht wichtig, dass die Leute das wissen. Das ist ein Umgang mit der Bevölkerung, der entwürdigend ist. Das muss ich wirklich sagen und das hat mit einer zeitgemäßen Demokratie im 21. Jahrhundert nichts zu tun. Ich würde sagen, so geht man mit Menschen nicht um, die in den Regionen betroffen sind. Vielleicht gibt es aber eben diese Argumente nicht. Vielleicht gibt es gar nicht solche Fakten, die unterstützen, warum eine Entscheidung so gefallen ist. Wir alle wissen das eher nicht. Das wissen die Menschen auf der Regierungsbank. Die Entscheidungen betreffen aber alle. Ich finde dieses Wissen, warum Entscheidungen fallen und auch bevor sie fallen, was die Fakten sind und was die Grundlagen für Entscheidungen sind, die gehören offen gelegt, vor allem bei so großen so zentralen Fragen. Der neue Landesrat hat heute gesagt: „Vergessen wir über all dem nicht worum es geht, das Bestmögliche für die Menschen in unserem Land zu erreichen.“ Gut, wunderbar. Lauter schöne Sprüche, wirst du noch öfter von uns hören. Wie ist es jetzt bei einzelnen Spitalsvorhaben gelaufen? Die Privatisierung, die Auslagerung des Spitals Graz-West konnte aufgehalten werden. Jetzt könnte man natürlich sagen, viele Menschen haben sich da engagiert, die Beschäftigten aber auch viele andere. Es

war also eine kritische Masse, die gesagt hat: „Nein so nicht!“ Wenn wir genauer hinschauen, dann war es das, dass wir erkennen und aufdecken konnten und sichtbar machen konnten, dass die Entscheidungsgrundlagen nicht die richtigen waren. Die waren einfach nicht angemessen. Die haben sich als unhaltbar erwiesen. So, wir sind wieder bei den Zahlen, Daten und Fakten. So und jetzt haben wir einen neuen Gesundheitslandesrat. Ich sehe das auch so, wie die Kollegin Klimt-Weithaler. Wir haben einen neuen Gesundheitslandesrat, der heute auch lauter schöne Dinge gesagt hat. Wie offen er ist und wie er das alles angehen wird und worüber er sprechen will. Deswegen finde ich ist ein Appell angebracht, und zwar wenn große Entscheidungen fallen sollen, vorgesehen sind, dann braucht es eine offene Debatte. Es müssen und sollen die Entscheidungsgrundlagen auf den Tisch gelegt werden, und zwar nicht irgendwo, sondern zumindest einmal im Landtag aber auch gegenüber jenen Personen, die in den Regionen unmittelbar betroffen sind. Es muss einen Raum geben für eine offene Debatte. Es muss einen Raum geben, wo man auch Widerspruch aushält, denn es geht um die Versorgung der Bevölkerung. Es kann nicht sein, dass Politik weiterhin von oben nach unten gemacht wird und man sich nachher wundert, wenn es Schwierigkeiten gibt. Ich nehme auch die Debatte zur Gebärstation in Voitsberg her, als den Punkt bzw. das Thema, an dem sich zeigen wird, lieber Christopher Drexler, wie ernst du das meinst, mit deinen Ankündigungen. Denn ich fordere, dass in Sachen Gebärstation Voitsberg alles auf den Tisch kommt, alles an Daten, Fakten, Gutachten, Expertisen, was auch immer es gegeben hat. Ich möchte, dass erklärt wird und allen, die es wissen wollen, die sich daran beteiligen wollen, offen gelegt wird, warum diese Entscheidung gefallen ist. Und dass dann auch gehört wird und wahrgenommen und zur Kenntnis genommen wird, was diese Entscheidung nach sich gezogen hat. Wenn wir nicht endlich anfangen so an Entscheidungen zu arbeiten, dann wird es immer wieder die gleiche Situation geben. Es wird immer wieder die gleiche Situation geben, dass Menschen in Regionen sagen: „Da wird über uns drüber gefahren und das geht so nicht!“ Sie werden sich immer weiter von der Politik entfernen und ich versteh das total. Das heißt, wenn wir eine Änderung in der Gesundheitspolitik haben wollen, dann muss es eine Politik sein, die demokratischen Standards entspricht. Ich erwarte mir, dass wir in Sachen Voitsberg vorbehaltlos und offen miteinander reden können, alles auf den Tisch kommt und alles besprochen wird und das ergebnisoffene Gespräche sind. Wenn das gelingt, dann habe ich eine Hoffnung, dass wir in der Gesundheits- und Spitalspolitik miteinander einen besseren Weg einschlagen können als das bisher der Fall war. Ich möchte es noch einmal sagen: Für mich ist es extrem wichtig, dass der Gesundheitsbereich sich weiterentwickelt und da darf und

muss sich auch etwas ändern - habe ich oft genug hier gesagt. Aber wie das geht und welchen Weg das geht, das kann unmöglich im stillen Kämmerchen der Reformpartnerschaft passieren. Das kann auch unmöglich allein im Gesundheitsfonds passieren, wo ja auch nur die zwei Koalitionsparteien stimmberechtigt sind, wenn Ihnen das vielleicht bewusst ist oder vielleicht auch nicht bekannt war. Das ist auf jeden Fall extrem wichtig. Was uns vielleicht von der KPÖ unterscheidet - also ich nehme das so wahr - ist, dass mir extrem wichtig ist, dass in diese Auseinandersetzungen und in diese Klärungen auch Expertinnen und Experten einbezogen werden. Da rede ich jetzt nicht von jenen, die Gutachten liefern. Ich glaube, es gibt Leute die über viel Wissen verfügen. Ich würde auch den Vorstand der KAGes hier ganz eng einbezogen wissen wollen. Ich gehe ja auch nicht in die Apotheke und sage: „Bitteschön geben Sie mir ein Medikament, damit ich die nächsten eineinhalb Jahre Reformpartnerschaft gut aushalte und das Medikament heißt so und so.“ Ich würde es mir selber aussuchen und ich würde es auch nicht kriegen. Warum? Weil es Leute gibt, die sich in diesen Bereichen gut auskennen. Mir ist es zu wenig zu sagen, wo es eine Abteilung gibt, wo es ein Krankenhaus gibt, das wird nur zwischen dem Spitalslandesrat und den Menschen der Regionen ausgehandelt, das ist mir zu wenig - das ist mir zu wenig. Ich will auch wissen, was sind fachliche, sachliche Gründe etwas zu tun oder etwas nicht zu tun und das muss dann gemeinsam beraten werden. Die Aussage, es geht um eine besondere Sorgfalt, die der neue Herr Landesrat heute getätigt hat, könnte man ja auch hoffnungsvoll in diesen Bereich hineindenken. Ich möchte eine Sache noch sagen, die sehr heikel ist, aber es drängt mich einfach das zu sagen aus persönlichem Erlebtem. Es hat leider nichts mit Überleben sondern mit dem Gegenteil zu tun. In meinem Freundeskreis hat es vor einigen Jahren den ganz gleichen Fall gegeben, wie den der jetzt in der Region Voitsberg aufgetreten ist. Ein Kind ist bei der Geburt durch eine Plazentaablösung gestorben und das ist im Krankenhaus im Kreißsaal passiert. Und ich finde es nicht gut und es hat mir nicht gefallen und deswegen habe ich da in diesen Chor auch nicht eingestimmt, dieses Faktum, diesen Fall praktisch vor sich her zu tragen. Alle, die es wissen (*Beifall bei der ÖVP*) alle, die sich ein bisschen damit befasst haben, wissen, dass das ein schicksalhaftes Geschehen ist. Ich habe gerade heute noch mit Leuten geredet, die beim Roten Kreuz arbeiten, was die auch schon in der Sanitäter-Ausbildung lernen, dass das eine Situation ist, wo man alles probiert, aber dass das so schnell geht. Und ich sag das auch deswegen, weil diese Freunde von mir - wenn ich mir vorstelle, die müssten das immer wieder in der Zeitung lesen ... Darüber hinwegzukommen, das war so schwer, dass ich bitten würde, hier, wenn es inhaltlich nämlich nicht stimmt - und das ist mein

Problem - das einfach bleiben zu lassen. Das ist meine Bitte. Ich würde es als Bitte formulieren. Das schwächt das Wollen in der Region überhaupt nicht, aber hier würde ich mich für mehr Pietät oder Fingerspitzengefühl einsetzen.

Ich bringe jetzt unseren Entschließungsantrag ein, der im Endeffekt das was der Herr Landesrat heute noch eher vage – aber es ist heute sein erster Tag, das verstehe ich, aber doch immerhin - vielleicht erkennen hat lassen, in welche Richtung er sich vorstellen kann zu gehen. Das beschreibt dies ein bisschen genauer und ich glaube, das wäre eine gute Tat und nachdem du das heute ja alles so gesagt hast, hoffe ich ja doch, dass der Entschließungsantrag auch eine Mehrheit findet. Er lautet nämlich so:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag offenzulegen, welche nächsten großen Schritte in der Gesundheitspolitik geplant sind,
2. dem Landtag alle dafür herangezogenen Daten und Gutachten sowie Entscheidungsgrundlagen offenzulegen,
3. die Leitungsebenen der Kliniken wie auch den jeweiligen niedergelassenen Bereich frühzeitig in die Überlegungen einzubeziehen,
4. die jeweiligen regionalen Gegebenheiten, Befürchtungen und Vorschläge respektvoll in die Entwicklung einzubeziehen, und
5. in einem ersten Schritt mit VertreterInnen der Region, den Führungskräften der KAGes und mit ExpertInnen ergebnisoffene und transparente Gespräche über die Schließung bzw. etwaige Wiedereröffnung der Gebärklinik Voitsberg zu führen und alle bisherigen Entscheidungsgrundlagen offenzulegen.

In diesem Sinne unterstützen wir auch die Anträge, die sich für diese Wiedererrichtung aussprechen. Ich möchte dezidiert hinweisen: Ergebnisoffene Gespräche, das ist mir sehr wichtig. Den einen Entschließungsantrag der KPÖ zum Regionalen Strukturplan Gesundheit werden wir deswegen nicht zustimmen, weil mir diese Abgrenzung zur Expertise zum Fachwissen her, einfach nicht richtig erscheint und weil es nicht eine Aushandlung nach Bedürfnissen allein sein kann, zwischen Gesundheitslandesrat und Vertreterinnen und Vertretern der Region, wo es etwas gibt. So kann ich mir jetzt wiederum Gesundheitspolitik nicht vorstellen. Ich hoffe, um Annahme dieses Antrages, weil er eigentlich im Wesentlichen

dem entspricht, was der Herr Landesrat heute in Aussicht gestellt hat. Danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Beifall bei den Grünen – 17.47 Uhr*).

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hadwiger. Herr Abgeordneter bitte.

LTAbg. Dipl.-Ing. Hadwiger (17.47 Uhr): Danke Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr verehrte Kollegen, liebe Gäste!

Reaktivierung der Geburtenstation Voitsberg: Es ist dazu schon sehr viel gesagt worden. Die Kollegin Klimt-Weithaler hat die wesentlichen Tatsachen dazu oder die Vorgänge in der Vergangenheit dazu aufgelistet. Ich will das nicht noch einmal alles durchkauen. Auch der Ansatz der Kollegin Sonnek, alle Entscheidungsgrundlagen für die Schließung der Geburtenstation in Voitsberg auf den Tisch zu legen und zu diskutieren, finde ich für absolut notwendig und sinnvoll. Hier stehen wir, diskutieren über die Wiederreaktivierung oder Reaktivierung der Geburtenstation, so möchte ich trotzdem noch darauf aufmerksam machen, es gab eine Unterschriftenaktion mit 30.000 Unterschriften in der Region. Es gab darauffolgend eine Bezirksinitiative mit 13.488 Unterschriften, die am Gemeindeamt abgegeben werden mussten, also wo die Leute nicht einfach nur irgendetwas unterschrieben haben, sondern direkt hingegangen sind. Beide Aktionen sind irgendwo in der Landesregierung in einer Schublade verschwunden und niemals hier behandelt worden und durchaus sinnvoll diskutiert worden. Inzwischen hat sich eine Facebookgruppe - deren Vertreter ich hier herzlich begrüße - gegründet, die inzwischen schon nahezu 6.500 Mitglieder hat. Sie kämpfen weiter für die Gynäkologie am LKH Voitsberg – der Name ist Programm. Wir werden diese Aktion durchaus unterstützen. Herr Landesrat, du hast uns gesagt, du wirst eine Diskussion über das Krankenhaus oder die Gynäkologie in Voitsberg führen, das ist sehr gut, das ist sehr erfreulich zu hören. Nur möchte ich auch darauf aufmerksam machen, so wie es die Kollegin Sonnek schon gemacht hat, eine Diskussion sollte dazu führen, dass ein Ergebnis heraus kommt. Nicht schon von vorne herein – wie wir es schon manchmal oder teilweise erlebt haben, dass hergegangen und gesagt wird: „Wir können ja darüber reden aber das Ergebnis wissen wir, wird so sein, wie es vorliegt.“ Also bitte Diskussion ja – bitte Ergebnis offen. Ich möchte jetzt noch unseren Entschließungsantrag einbringen, der kurz und bündig ist.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Ende Dezember 2012 geschlossene Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe am LKH Voitsberg zu reaktivieren, um die lückenlose medizinische Versorgung in der Steiermark sicherzustellen.

Ich bitte um Annahme. Danke (*Beifall bei der FPÖ - 17.51 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke. Nächste Wortmeldung ist Frau Abgeordnete Riener Barbara. Bitte sehr.

LTabg. Riener (17.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne!

Es ist einiges heute Vormittag gesagt worden zu unserem neuen Landesrat, zu unserer verabschiedenden Landesrätin und es ist jetzt einiges gesagt worden. Ich möchte meinen Ausführungen heute und hier bei der Dringlichen - und das ist ja eigentlich fast alte Tradition, Herr Landesrat, die du auch in neuer Tradition übernommen hast, eine Dringliche gibt es sicher bei jeder Landtagssitzung für Gesundheit und Pflege, darf ich in meinen Ausführungen ein wirklich herzliches Danke an unsere Landesrätin außer Dienst, Kristina Edlinger-Ploder, richten. Sie hat in schwierigen Zeiten, budgetmäßig schwierigen Zeiten, in Umbruchzeiten den gesamten Gesundheits- und Pflegebereich betreffend, hervorragende Grundlagenarbeit geleistet und ich glaube auf diese guten Grundlagen kann auch unser neuer Landesrat sehr sehr gut aufbauen. Kristina recht herzlichen Dank für deine Arbeit! (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Ingrid Lechner-Sonnek ist heute in ihren Ausführungen sehr differenziert an die Dinge herangegangen, aber sie hat auch gesagt, sie hört das gerne, dass Dialog ein Zeichen von Landesrat Christopher Drexler sein wird, aber ein bisschen so, ob das wohl dann auch mit der nötigen Transparenz passiert, weil du die Transparenz bei den Fakten und Daten vermisst. Ich tu mir jetzt ein bisschen schwer, weil wir haben oft Fakten und Daten in diesem Hohen Haus gehört. Wir haben Berichte gehabt mit Fakten und Daten. Ich tu mir dann schwer, wenn man dann sagt, die Fakten und Daten sind nicht da, nur weil man sie nicht mitträgt. Aber Politik bedeutet, dass eben jeder aus seiner Sicht diese Fakten und Daten bewertet und es sei unbenommen, dass ihr sagt's, ihr seht das anders, keine Frage. Aber bitte nicht zu ignorieren, dass diese Datenlage da ist. Verbesserung ist immer möglich, aber es ist nicht ein Blindflug gewesen, sondern es waren klare Fakten und Daten, die für uns letztendlich in der Entscheidung die Grundlage waren, um diesen Weg in der Gesundheitspolitik zu gehen.

Wenn der Herr Kollege Murgg heute am Vormittag unserem neuen Landesrat entgegen geworfen hat, die intellektuelle Redlichkeit fehle ihm, dann glaube ich, bist du jetzt eines Besseren belehrt. Weil diese intellektuelle Redlichkeit ist hiermit bewiesen, die letztendlich auch von der Kollegin Lechner-Sonnek goutiert wurde. Denn heute sich herzustellen und zu sagen; „Ich muss mir das erst anschauen und dann reden wir weiter.“, (*LTA*bg. *Mag. Dr. Mayer*, *MBL*: „*Kollegin, Daten zählen und nicht Worte!*“) das ist aber Redlichkeit, wenn man sich erst ein Bild machen will. Es ist nicht so wie bei der FPÖ, dass man einfach losplappert und hinten nach kommt man drauf, dass das eine oder andere nicht gestimmt hat, Herr Klubobmann (*LTA*bg. *Mag. Dr. Mayer*, *MBL*: „*Das war ein untauglicher Gegenangriff!*“) (*Beifall bei der ÖVP*). Nein, das war sehr tauglich. Wenn ich solche Zwischenrufe habe, dann ist das sehr tauglich, Herr Klubobmann. Also ich darf noch einmal sagen, wir haben uns bemüht und ich glaube, dass auch viel Gutes in der Gesundheitspolitik geschehen ist. Das gesamte System in der Gesundheitspolitik bitte auf Bund und Länderebene, ist im Begriff umgebaut zu werden. Und wir haben auch ganz klare Vorhaben, das heißt wir sind nicht unterwegs und sagen: „Wir wissen nicht, wo wir hinsteuern“, liebe Ingrid. Sondern wir haben einen Zielsteuerungsvertrag, hier in diesem Hohen Haus vom Bund her und vom Land her beschlossen. Ich weiß schon, dass du gesagt hast: „Wir werden es erst erkennen können, ob wir das dann auch auf den Boden bringen, was da drinnen steht.“ Da bin ich schon bei dir. Daran muss man uns auch messen können. Aber schon einmal von vornherein zu sagen, wir hätten gar keine Überlegungen, wie es weitergehen soll, das stimmt nicht. Wir haben Überlegungen für eine Weiterentwicklung. Und bitte, wenn du seriöse Politik machen möchtest und auch den Menschen draußen das erklären möchtest, dann dürfen wir nicht immer mit solchen plumpen Aussagen Politik machen, sondern dann müssen wir mit Fakten und mit Ehrlichkeit Politik machen. Die Ehrlichkeit bedeutet, es gibt Grundlagen, es gibt den Zielsteuerungsvertrag, es sind viele klare Vereinbarungen drinnen. Da gibt es auch die Vereinbarung, dass gemeinsame Steuerung mit der Sozialversicherung und dem Land im niedergelassenen Bereich und im stationären Bereich, der wichtigste Punkt ist und das soll über diesen Zielsteuerungsvertrag angegangen werden. Letztendlich müssen wir aber auch messbar und vergleichbar sein. Wenn wir wohin steuern, sollten wir zumindest am Ende des Tages erkennen können: Haben wir das was wir vorgehabt haben erreicht oder nicht erreicht? Also ich kann jetzt nicht einfach hergehen und auf Zuruf sagen, weil das eine oder das andere zugerufen wird, auch von der Opposition, das machen wir jetzt, sondern ich muss das im Gesamten sehen und das muss ich aber den Kolleginnen, und vor allem Ingrid Lechner-

Sonnek von den Grünen, auch zu Gute halten, sie hat immer wieder eine differenzierte Sicht auf das Gesamtsystem. Also das heißt, sie hat schon gesagt: „Das ist in Ordnung, da können wir mitgehen und das ist weniger in Ordnung.“ Das lässt die KPÖ aber leider vermissen. Ich glaube, gute Politik in Zukunft bedeutet neben Dialog und Transparenz auch - und das hat Kristina Edlinger-Ploder in Ihrer Zeit auf jeden Fall gemacht - Reflexion. Reflexion, was haben wir vor? Wo stehen wir? Gehen wir diese Schritte weiter? Aber so gewaltige Umbauten von einem Gesundheitssystem, das eigentlich ein Krankensystem ist, das wir erst Schritt um Schritt jetzt in eine Gesundheitsvorsorge auch umbauen wollen, das ist etwas was nicht von heute auf morgen erkennbar ist. Und wenn die Opposition eigentlich so tut, als ob das möglich wäre - und ich möchte das Sprichwort jetzt hernehmen: „Allen Menschen recht gemacht, ist eine Kunst, die niemand kann.“ Bei der Opposition hat man den Eindruck, das geht. Man kann eigentlich alles immer tun, wenn irgendwo wer was sagt. Nur im Endeffekt passt dann nichts mehr zusammen, wir haben ein Chaos. Dass dieses Chaos nicht stattgefunden hat, das haben wir unserer Landesrätin außer Dienst, Kristina Edlinger-Ploder, zu verdanken. (*LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL. „Dafür findet das Chaos jetzt in der ÖVP statt. Das Chaos hat sich in die ÖVP verlagert.“*) Und ich bin zutiefst davon überzeugt, dass das unser Landesrat Christopher Drexler weiterführen und perfektionieren wird. Ich tu mir auch immer wieder schwer - und da danke ich auch für diese differenzierte Sichtweise heute - wenn man in einen Dialog tritt, eine Transparenz herstellt und dann wird das an die Öffentlichkeit gezerrt, in dem ich sofort Teile daraus skandalisiere: „Was die Reformpartnerschaft da schon wieder vorhat!“ So kann man nicht weiter entwickeln. Das bedeutet Verunsicherung für die Bevölkerung und ich bin froh, dass wir in dieser Regierungsperiode eine Reformpartnerschaft haben, die sich immer wieder gut hinstellen kann und dem entgegenreten kann. Weil es ist Tatsache: Betroffenheit ist ernst zu nehmen, ist mit einzubeziehen in die Überlegungen. Aber Betroffenheit alleine, ist kein guter Ratgeber für Entscheidungen, das weiß jeder und jede hier in diesem Raum, die schon schwere Entscheidungen vor sich gehabt haben. Gute gemeinsame Politik ist unser Anliegen und das wird es auch sein, aber auf Grund von Fakten, auf Grund von guten Grundlagen und ich glaube in einem Stil, der bis jetzt auch schon geprägt war, so wird es weiter gehen. Und ich danke für das offene Wort, für die Dialogbereitschaft Herr Landesrat, letztendlich auch um einen guten Weg für unsere Bevölkerung gehen zu können, in einer sehr sehr schwierigen Zeit, wo auf jeden Fall auch die budgetäre Situation immer da ist, die wir zu beachten haben. Aber ich darf auch darauf hinweisen, dass wir in Österreich in einem Land sind, wo wir an

der Spitze der Gesundheitskosten stehen und in der Effektivität im Mittelfeld europaweit uns bewegen. Das heißt, wir müssen gut hinschauen, dass die Mittel wirklich gut eingesetzt sind, dass das, was für unsere Bevölkerung für die Steirerinnen und Steirer notwendig ist, letztendlich auch in Umsetzung gelangt. Und ich bin davon überzeugt, dass das mit unserem neuen Landesrat gelingen wird. Danke (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 18.02 Uhr*).

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Abgeordneten Hannes Amesbauer. Herr Abgeordneter bitte.

LTAbg. Amesbauer, BA (18.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat!

Meine demokratische Gesinnung gebietet es mir, auch von meiner Seite Ihnen zu Ihrer Wahl zum Landesrat zu gratulieren. Inhaltlich ist ja schon vieles ausgetauscht, auch schon vor Ihrer Wahl. Es ist halt so, um ein regionales Beispiel – ich mach das sehr gerne – zu bringen aus dem Bezirk Bruck/Mürzzuschlag: Da haben wir unter der Politik der Landesrätin, jetzigen Abgeordneten Edlinger-Ploder in unserem Bereich, in unserer Region schon sehr gelitten. Es wurde auch vom ÖVP-Klub unter Ihrer Führung immer vorbehaltlos mitgetragen. Nur kurz zur Erinnerung im Bezirk Bruck/Mürzzuschlag: Die Schließung der Chirurgie in Mürzzuschlag, die Schließung der Geburtenstation in Bruck, die bevorstehende geplante Absiedelung des Landespflegezentrums in Kindberg und auch die Schließung des Krankenhauses in Mariazell. Das einmal nur zur Erinnerung (*LTAbg. Mag. Edlinger-Ploder: „Warum waren Sie nicht bei den Eröffnungen?“*). Aber vielleicht kann man über die einen oder anderen Maßnahmen auch sprechen. Wenn Sie gesagt haben, Sie haben auch ein weißes Blatt und sind gesprächsbereit und das ist eine Kultur oder eine Ansage, die mich positiv überrascht. Ich hoffe, dass das letztlich auch so gelebt wird, dass Sie die Diskussionsbereitschaft haben. Also das Signal da an die Voitsberger war ja eines, das einem vorsichtig - ich sag sehr sehr vorsichtig - positiv stimmen kann und es ist vielleicht auch ein Unterschied zu Ihrer Vorgängerin, weil da wissen wir ja zum Beispiel vom Forum Pro LKH Mürzzuschlag, dass es da eine absolute Diskussionsverweigerung und Gesprächsverweigerung über Jahre hinweg auch gegeben hat. Herr Landesrat Drexler, das Thema Pflegeregress, das Sie angesprochen haben, Sie haben eingeräumt, dass es sich bei der steirischen Lösung, die fachlichen, sachlichen und inhaltlichen Kritiken, die sind ja auch bekannt, da haben wir ganz klar unsere Standpunkte, dass das aus unserer Sicht zutiefst

unsozial ist, zutiefst ungerecht ist, und vor allem auch jene belastet und bestraft, die Kinder groß gezogen haben und somit auch einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft, zum Sozial- und Gesundheitssystem zum Generationenvertrag geleistet haben. Sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren, der Pflegeregress ist aber nicht nur ein Alleinstellungsmerkmal, weil es ihn eben nur in der Steiermark gibt. Er ist nicht nur ein Alleinstellungsmerkmal, er ist auch eine Verschlechterung, er ist auch eine Ungleichbehandlung der steirischen Bevölkerung, das muss man auch klar sagen. Man kann nicht sagen: „Das ist das Alleinstellungsmerkmal, den gibt es nur in der Steiermark und sonst nirgends“, das geben wir zu. Aber man muss schon auch ehrlich sagen, dass es eine Ungleichbehandlung ist, der Steirer und auch eine Verschlechterung der Situation der Steirer, zumindest für diese über 6.000 Personen, die direkt davon betroffen sind. Es ist ja auch noch ein Faktum und das Pfeifen ja nicht mal – Sie haben ja schon die ersten Weichen dahin gelegt und gestellt – das Pfeifen ja nicht nur die Spatzen vom Landhausdach, das tratschen ja mittlerweile schon eher die voll gefressenen oder gut genährten, fast flugunfähigen Tauben am Grazer Hauptplatz, dass der Pflegeregress fallen wird, (*LTA*bg. Mag. Dr. Mayer, *MBL*: „Manchmal gibt es auch Möwen!“) das wissen wir, das ist kein Geheimnis mehr. Das wissen wir vom Umfeld Ihres Einflussbereiches. Der Pflegeregress wird fallen. Sie gehen mit diesem Klotz am Bein nicht in die Landtagswahl. Also das ist so klar wie nur was. Und somit wäre es redlich und ehrlich, den Pflegeregress jetzt abzuschaffen und dann die Alternativen zu diskutieren. Abgesehen davon, dass man ja die Mittel vom Pflegefonds auf Bundesebene bekommen. Das ist ja keine Lüge in der Steiermark. Dass die Pflege - und Herr Landesrat, da gebe ich Ihnen recht und allen, die das immer wieder sagen - dass die Pflege auf Bundesebene österreichweit komplett neu geregelt werden muss und auf neue tragfähige, zukunftsfähige und langfristig finanzierbare Beine gestellt werden muss, das stellt ja kein Mensch in Abrede. Aber wir haben heute hier zum siebenten Mal von unserer Fraktion, die Möglichkeit - zum zwölften Mal insgesamt, wenn ich das richtig im Kopf habe - die Möglichkeit den Pflegeregress abzuschaffen.

Ich stelle hiermit den Entschließungsantrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Pflegeregress umgehend abzuschaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete. Sie haben es in der Hand. Gehen Sie mit uns diesen Weg. Gehen Sie mit uns, mit der Opposition diesen Schritt, und mit der überwältigen Mehrheit der Bevölkerung, die diesen Regress nicht will, die diesen Regress als das erkennt, was er ist, nämlich eine unsoziale, ungerechte, familienfeindliche Schlechterstellung und Benachteiligung der Steirer. Schaffen Sie diesen Regress endlich ab. Er ist durch nichts mehr zu rechtfertigen (*Beifall bei der FPÖ - 18.07 Uhr*).

Präsident Majcen: Das war vorläufig die letzte Wortmeldung und ich bitte um folgende Wortmeldung von Herrn Landesrat Drexler. Er möchte noch gerne eine abschließende Runde machen. Bitte.

Landesrat Mag. Drexler (18.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, geschätztes Publikum!

Zuerst bitte ich Sie um Entschuldigung. War wirklich ein bisserl lang, bin ich nachträglich drauf gekommen, aber ich habe diesen Komfort der Uhr nicht mehr direkt vor mir und dann habe ich irgendwann einmal rüber geschaut und dann habe ich einfach gedacht, die Uhr ist einfach von der Kollegin Klimt-Weithaler weiter gelaufen. Da waren es dann ca. 40 Minuten, das dürften aber meine eigenen gewesen sein. Insofern geehrte Kolleginnen und Kollegen, dafür bitte ich um Verzeihung. (*LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Es sei dir verziehen, es sei dir verziehen!“*). Aber es ist auch nicht so dramatisch - es ist auch nicht so dramatisch - weil wenn ich jetzt nicht nur von mir sondern auch von einzelnen Kolleginnen und Kollegen immer wieder das Wort vom Dialog in den Mund geführt worden ist, dann nennen wir das heute einmal den Beginn eines Dialoges zur Gesundheitspolitik und zur Pflegepolitik. Denn ich darf Ihnen eines sagen: Sie haben ja auch alle ausführlich gesprochen, weil ab jetzt habe ich dann natürlich die Uhr immer ganz genau beobachtet, sodass insgesamt in der Redezeitverteilung ich nicht im Vordergrund gestanden bin, sondern zumindest das Kollektiv der Abgeordneten deutlich über meiner Zeit war. Das aber nur am Rande - das aber nur am Rande. Ich wollte daher auch jetzt nur ganz kurz sagen: Zum einen liebe Ingrid Lechner-Sonnek, ich denke du hast das manchmal ganz gut auf den Punkt gebracht. Du hast ein wunderbares Wort eingebracht, nämlich das „tastende“. Das möchte ich nur bestätigen. Da war mit Sicherheit manches tastend und das hängt aber sehr mit dem von mir eingeforderten Sorgfaltsmaßstab zusammen, weil ich wirklich denke, dass ein paar Geschichten einfach sehr solide angeschaut gehören und dass man sich einfach sehr solide mit den Dingen

auseinandersetzen muss. Insofern hast du das völlig richtig erkannt und auch beschrieben und du warst auch eine jener, die auf den Dialog hingewiesen hat, ich möchte ihn führen. Ich darf sagen, zum Einfordern von Transparenz, ja ich bin sehr für Transparenz. Bitte aber jetzt schon um Verzeihung, dass es mit Sicherheit auch Gelegenheiten geben wird und Situationen geben wird, wo man hinter den berühmten verschlossenen Türen verhandeln wird, um auch Ergebnisse zu erzielen. Dass Ergebnisse von Verhandlungen etwa der Reformpartnerschaft aber auch mit allen im Hause vertretenen Fraktionen manchmal einfach auch in Ruhe und Stille und mithin hinter verschlossenen Türen zu führen sind, gehört einfach zu meinem Erfahrungsschatz, wie Politik funktioniert oder auch funktionieren muss, wenn sie erfolgreich sein soll. Aber ich habe deine Sehnsucht nach Transparenz, die mir bisher auch nicht völlig ungeläufig war, durchaus vernommen. Ich darf eines noch sagen, weil du angemerkt hast, es wäre sozusagen zu kurz gegriffen oder es wäre wenig befriedigend, wenn man sozusagen sagt: „Naja mein Gott wir haben so viele Akteure in dem gesamten Gesundheitssystem und da ist eigentlich die gesetzliche Krankenversicherung zuständig und dort ist eigentlich der Bund zuständig und dort hat man störrische Partner“. usw. usw., das wäre unbefriedigend, wenn ich dich richtig verstanden habe. Es braucht sozusagen einen genuin steirisch landespolitischen Beitrag zur Lösung von Problemen. Völlig richtig und ganz meine Meinung. Allein das heißt jetzt nicht, dass auf einmal alle Probleme plötzlich lösbar sind, und das heißt nicht dass es falsch wäre, dass wir diese Vielzahl an Akteurinnen und Akteuren haben. Ich bitte das zumindest mit zu bedenken und im Übrigen war mir der Hinweis deswegen sehr wertvoll, weil ich bei der Gelegenheit drauf gekommen bin, dass ich ja nicht nur einmal Aufsichtsratsmitglied der Steiermärkischen Krankenanstalten GmbH war, sondern noch viel länger - etliche Jahre - Mitglied der Generalversammlung der Gebietskrankenkasse Steiermark. Also insofern, du siehst, meine Lebenslaufkompetenzpunkte nehmen also rasant zu. Gut, das zu dem. Ich darf dann im Übrigen auch allen Kolleginnen und Kollegen für Ihre Wortmeldungen danken und darf insbesondere dem Kollegen Amesbauer für seinen Beitrag am Ende danken. Wissen Sie, so können wir das angehen. In einer konstruktiven Diskussionskultur. Ich möchte nur eines, damit mich niemand irgendwie überinterpretiert oder falsch verstanden hätte, im Zuge der Beantwortung oder wann auch immer einmal im Tage. Also mit Sicherheit wird sich nicht alles so in Wohlgefallen auflösen, dass Sie mir alle um den Hals fallen und zustimmen (*LTabg. Mag. Dr. Mayer: „Nein, nicht!“*). Also ich garantiere das jetzt schon. Aber warum, lieber Georg, vielleicht wirst du das Um-den-Hals-Fallen versäumen, weil du dann schon im Europäischen Parlament Kolleginnen und Kollegen

um den Hals fällst, also wie auch immer, wir werden sehen. Aber wissen Sie, abschließend meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ich Sie nicht zu sehr heute beanspruche in Ihrer kostbaren Zeit, eines - und das möchte ich schon auch als Punkt aus der heutigen Debatte mit herausnehmen - ein Versprechen haben Sie von mir oder ich möchte es noch einmal unterstreichen: Ich möchte mich wirklich darum kümmern. Ich möchte eine möglichst qualitätsvolle Diskussionskultur bei diesen schwierigen und so im Blickpunkt und im Interesse so vieler Menschen stehenden Themenbereiche einfach haben, und der erschöpft sich beileibe nicht nur mit der Diskussionskultur mit dem Regierungspartner und unserem Reformpartner, sondern das soll sich bewusst auch auf alle Fraktionen im Haus ausdehnen, verstärkt ausdehnen. Vielleicht werden wir da und dort dann zu konsensualen Entscheidungen kommen. Wie gesagt, die Mehrheit der Entscheidungen wird es wahrscheinlich dennoch nicht sein, aber den Versuch möchte ich zumindest unternehmen. In diesem Sinne herzlichen Dank (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.14 Uhr*).

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Landesrat sehr herzlich für seine Abschlussbemerkungen. Gratuliere ihm zu seinem ersten bestandenen Tag, dem werden viele folgen. Ich komme nun - wir kommen nun zu den Abstimmungen meine Damen und Herren. Bitte um erhöhte Aufmerksamkeit. Wir haben fünf Entschließungsanträge zu bearbeiten. Einen davon, nämlich den der Grünen in einer punktuellen Weise. Dort sind wiederum intern dann fünf Einzelabstimmungen notwendig.

Ich komme zu dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 2577/2 betreffend Abschaffung Pflegeregress. Wer dem die Zustimmung gibt, bitte ich ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Gegen die Stimmen der ÖVP und der SPÖ.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 2577/6 betreffend Reaktivierung der Geburtenstation am LKH Voitsberg die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Danke vielmals. Meine Damen und Herren! Für diesen Antrag haben gestimmt die Grünen, die FPÖ und die KPÖ. Gegen diesen Entschließungsantrag haben gestimmt ÖVP und SPÖ. Daher hat dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 2577/5 betreffend Neustart in der Gesundheitspolitik ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand und komme zur punktuellen Abstimmung.

Frage 1: Dem Landtag offenzulegen, welche nächsten großen Schritte in der Gesundheitspolitik geplant sind. Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Mit derselben Konstruktion.

Tagesordnungspunkt 2: Dem Landtag alle dafür herangezogenen Daten und Gutachten sowie Entscheidungsgrundlagen offenzulegen. Wer für diesen Antrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe!

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Mit demselben Abstimmungsverhalten.

Punkt 3 dieses Antrages: Die Leitungsebenen der Kliniken wie auch den jeweiligen niedergelassenen Bereich frühzeitig in die Überlegungen einzubeziehen. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe!

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt 4: Die jeweiligen regionalen Gegebenheiten, Befürchtungen und Vorschläge respektvoll in die Entwicklung einzubeziehen. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

5. In einem ersten Schritt mit Vertreterinnen und Vertretern der Region, den Führungskräften der KAGes und mit Expertinnen und Experten ergebnisoffene und transparente Gespräche über die Schließung bzw. etwaige Wiedereröffnung der Gebärklinik Voitsberg zu führen und alle bisherigen Entscheidungsgrundlagen offenzulegen. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals.

Das ist jetzt ein anderes Abstimmungsverhalten. Die KPÖ stimmt hier sozusagen nicht mit und frage, wer ist jetzt dagegen? Danke vielmals.

Das ist jetzt ein anderes Ergebnis. Eben umgedreht, es waren dafür die Grünen und die Freiheitlichen und dagegen ÖVP, SPÖ und KPÖ. Damit hat auch dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 2577/3 betreffend Regionaler Strukturplan Gesundheit Ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der Grünen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 2577/4 betreffend Wiedererrichtung der Geburtenstation Voitsberg ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Dafür waren die Freiheitlichen, die Grünen und die KPÖ. Dagegen waren die ÖVP und die SPÖ. Das ist also nicht die erforderliche Mehrheit. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Damit meine Damen und Herren ist die Behandlung der Dringlichen Anfragen beendet. Ich fahre nun mehr fort und komme zu dem Punkt, auf den alle warten, nämlich es ist die heutige Tagesordnung damit erschöpft.

Auf Grund der Terminplanung findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 08. April 2014 statt und zu dieser Sitzung des Landtages wird auf schriftlichem elektronischem Wege eingeladen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist die Sitzung beendet. Ich danke und schließe diese und wünsche eine gute Heimreise.

Ende: 18.20 Uhr